

Die Neue Gesellschaft

5

Herausgeber:

Willy Brandt
Otto Brenner
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Oswald von Nell-Brauning S. J.
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Dr. Dr. Theodor Strohm

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer

Anschrift der Redaktion:

53 Bonn, Baunscheidtstraße 17
Telefon 28 13 95

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner
Hans-Eberhard Dingels
Bruno Friedrich
Wolfgang Jansen
Jens Litten
Dr. Günther Müller
Joachim Raffert
Dr. Vera Rüdiger
Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft, 53 Bonn-Bad-Godesberg,

Kölner Straße 149, Telefon 70 31

Postcheckkonto Köln 660 70

Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,

Bonn, Nr. 10 11 35 06

Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,

Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint alle 2 Monate. Bezug

durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel

oder durch den Verlag. Bezugszeit halbjährlich.

Kündigungen zum 15. Juni oder 15. Dezember.

Halbjahresabonnement (3 Hefte) Inland: 9,- DM

zuzüglich Postvertriebsgebühren; Ausland 9,- DM

zuzüglich Porto. Postbezugspreis: 9,90 DM ein-

schließlich Postvertriebsgebühren für ein halbes

Jahr. Einzelpreis: 3,30 DM zuzüglich Porto -

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreiskarte Nr. 6

Inhalt

Seite		Seite	
551	<i>Rüdiger Freiherr von Wechmar</i> Für Entspannung und Frieden	643	<i>Mantred Scheuch</i> SPD-Parteitag
558	<i>Detmar Cramer</i> Die SPD ein Jahr danach	648	<i>Leon Szulczynski</i> Dubceke Partelausschluß: Keln Schlußbericht Analysen – Diskussion
561	<i>Gerhard E. Gründler</i> CDU/CSU in der Opposition	651	<i>Heinz Ruhnau</i> Wächst uns der Staat über den Kopf?
565	<i>Rolf Zundel</i> F.D.P. 1970	654	<i>Werner Sörgel</i> Landtagswahlen 1970
569	<i>Werner Hellmann</i> Das erste Jahr	660	<i>Bruno Friedrich</i> Das Bündnis Strauß/Guttenberg
575	<i>Herbert Ehrenberg</i> Finanzplanung 1970 bis 1974 – die Basis der Inneren Reformen	665	<i>Olof Radke</i> Hessen vor der Landtagswahl
579	<i>Bruno Molitor</i> Zukünftige Sozialpolitik	669	<i>Veronika Schröter</i> Demokratisches Gespräch – Beispiel Erlangen Dokumentation
587	<i>Fred Zander</i> Als Neuling im Bundestag	673	<i>Herbert Wehner</i> Nachdenkliches Gedenken an W. I. Lenin
591	<i>Annemarie Renger</i> Die Frau in unserer Gesellschaft	678	Die „Welt“ manipuliert
595	<i>Katharina Focke</i> Bildungsreform als Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Frauen	679	Zum Zeitgeschehen
601	<i>Hans-Helmut Lenke</i> Otto Stammer 70 Jahre		Leserbriefe
606	<i>Leo Bauer</i> Die befreite Gesellschaft – Vision der Zukunft Gespräch mit Jean-Jacques Servan-Schreiber	686	<i>Bernd Bürger</i> Bewußtsein
627	<i>Karl Wienand</i> Die Chance für Deutschland	688	<i>Sabine Hopmann</i> „Anthropologisches“ zu „Kybernetik und Ideologie“
631	<i>Gert von Paczensky</i> Entwicklungshilfe in der Sackgasse?	688	<i>Friedrich Schuh</i> Verwerfliche Methode
635	<i>Olof Palme</i> Song My ist kein Zufall	687	Kritik
641	<i>Gebhard Hiescher</i> 25 Jahre nach Hiroshima: Atommacht Japan?	695	Bei der Redaktion eingegangene Bücher
		698	Mitarbeiter dieses Heftes

Zum Inhalt

Den Bemerkungen „Zum Inhalt“ seien diesmal Auszüge aus einem Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, vorangestellt, das am 8. August 1970 in der „Stuttgarter Zeitung“ erschienen ist:

„Frage: Herr Wehner, inwieweit die Bedenken der Kritiker gegen das jetzt zu beschließende deutsch-sowjetische Abkommen durch die Verhandlungen von Außenminister Scheel in Moskau im einzelnen ausgeräumt werden konnten, ist noch nicht vorauszusehen. Unabhängig von der Detailkritik war allerdings auch das Argument vorgebracht worden, die Zeit für ein deutsch-sowjetisches Arrangement sei jetzt überhaupt noch nicht reif. Was sagen Sie zu diesem Motiv?

Wehner: Entschuldigen Sie, wenn ich darauf ein wenig ironisch antworte. Die Zeit wird, jedenfalls zu unseren und zu Lebzeiten dieser Kritiker, nicht mehr reif werden, in der man mit der Sowjetunion — was immer man von ihr hält, ich habe da meine deutliche eigene Auffassung nie verhehrt — gewissermaßen verhandeln könne im Zustand von deren Schwäche und Not. Das steckt nämlich dahinter. Lassen Sie mich das mal ganz grob aussprechen. Was heißt hier reif? Die Leute, die so reden, vergessen, daß wir ein Interesse daran haben müssen, als Partner an der Organisation des Friedens in dem Teil Europas, in dem wir wohnen, teilnehmen zu können, ob die Zeit reif ist, das klingt ja wunderbar. Da höre ich dann die sonoren Bemerkungen, ja, wie kann man denn bei der Existenz von Breschnew-Doktrinen einen Vertrag abschließen wollen. Erst kürzlich habe ich daran erinnert, daß Bundeskanzler Adenauer 1955 nach Moskau gefahren ist und mit dem Beschluß, die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, zurückkehrte. Das war zwei Jahre nach der durch Standrecht erstickten Bewegung des 17. Juni im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. So etwas wird immer wieder passieren. Wer meint, die Zeit werde reif sein oder könnte als reif betrachtet werden, wenn die Sowjetunion sich sozusagen geändert hätte, der wird lange warten können. Das ist keine Frage der Wohlverhaltensklausel, die man sich

gegenseitig auferlegt oder gewährt, sondern das ist eine Frage, wieweit man bei aller Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Auffassungen über das, was jeder für sich im eigenen politischen Bereich tut oder darstellt, die Beziehungen zwischen beiden im Interesse der Organisation des Friedens in eine bessere als die jetzige Ordnung bringt.

Frage: Herr Wehner, im Verlaufe Ihrer politischen Tätigkeit im Bundestag sind Sie seit 1949 immer wieder in die Rolle eines Buhmannes gedrängt worden. Jetzt wird Ihnen vorgeworfen, die in der Großen Koalition praktizierte Gemeinsamkeit der großen Parteien in nationalen Fragen auseinandergebrochen zu haben. Können Sie Ihre Haltung in diesem Punkt einmal erläutern?

Wehner: Als ich vor zehn Jahren am 30. Juni versucht habe, in einer Rede — ich habe es allerdings nicht nur damals gemacht — deutlich zu machen, wo man im Zuge der Bemühungen um die Regelung der deutschen Fragen gemeinsam steht, da habe ich darauf erstens Hohn und zweitens Verwunderung als Echo erhalten. Das ist zu einem Zeitpunkt gewesen, nämlich ein Jahr und einige Wochen bevor die schlimmste Besiegelung der deutschen Spaltung, nämlich die Mauer in Berlin, geschehen ist. Damals hat man nichts gemacht. Man entledigte sich der Vorschläge eines Sprechers der Opposition mit Lächeln und damit, daß man sagte: Na, die Sozialdemokraten werden schon kommen, die müssen sich nur auf unsere Politik endlich richtig einspielen, worum es gar nicht gegangen war. Weder das eine noch das andere ließ sich so weitermachen, wie es bis dahin gemacht worden war. Der ganze Begriff von der Gemeinsamkeit ist ja inzwischen durch das Schlagwortgeschreibe zu einer Platitüde gemacht worden. Die Vorschläge, die ich damals gemacht habe, waren niemals für alle Zeiten. Aber es waren bestimmte Einsichten, über die man ja miteinander hätte reden können. Leider hat sich das auch nicht grundlegend geändert in der Periode der Großen Koalition, denn da ist man steckengeblieben in einigen Vorsätzen und einigen Ansätzen. Als

es darauf ankam, Schlußfolgerungen zu ziehen, da blieb es eben dabei, daß man sagte, man müsse warten oder noch sei es nicht soweit. Und dann muß ich noch eines sagen. Es geht nicht, daß eine Parteiführung, wie die der CDU/CSU, im Frühjahr 1969 — und das hat seine Vorgeschichte — sich entschließt, mit den Stimmen der Rechtsextremisten einen Bundespräsidenten zu wählen. Wie kann sie sich dann später darauf berufen, daß man ja doch eine Gemeinsamkeit haben müsse und daß ich sie etwa gebrochen hätte? Das muß erst einmal in Ordnung gebracht werden. Einige Leute wollten im Grunde ein unbequemes Innenpolitisches Verhältnis loswerden. Wenn man es ehrlich hätte entwickeln wollen, hätte es sicher sehr weitgehend zur Regelung mancher schwieriger nationalpolitischer Fragen helfen können. Das Spiel mit der NPD hat man aber später in Niedersachsen ebenso gespielt. Der Grundton war derselbe, nämlich einerseits die Sozialdemokraten loszuwerden und andererseits jetzt so zu tun, der Wehner ist schuld, wenn es keine Gemeinsamkeit mehr gibt. Ich bin immer bereit, bei allen Differenzen und auch ohne zu behaupten, daß das, was ich vorschlage, das allein Richtige wäre, ernsthaft jeden Vorschlag zu diskutieren, mit wem auch immer. Aber doch nicht unter den Vorstellungen einer Parteispitze, die immer meint, daß die anderen sich ihr unterzuordnen hätten. Das ist ein fataler Irrtum der Herren von der Führung der CDU/CSU und nicht von mir. Das müssen sie sich mal überlegen, sie sollten auch einmal zurückgehen. Und ohne, daß ich von jemand zu verlangen hätte, daß er Asche auf sein Haupt streut, erwarte ich doch, daß man genau, wie wir das gemacht haben, prüft, was nicht mehr zu machen ist. Und was man angesichts neuer Umstände notfalls mit Hilfe eines Plans versuchen muß zu tun. Für die Behandlung einer Reihe von Grundfragen der deutschen Politik ist das nach wie vor von Bedeutung. Denn sie lassen sich besser lösen, vielleicht sogar nur lösen, wenn wenigstens in gewissen Punkten grundlegend übereinstimmend gehandelt wird. Es brauchen ja nur gewisse Punkte zu sein.

Wenn man allerdings meint, man könne heimlich in den osteuropäischen Hauptstädten zu verstehen geben: Macht doch mit uns, wir passen euch zwar auch nicht, aber dann würde es also sicherer sein; wenn das also alles nur Taktik ist, zeigt dies, daß die Herren, die so handeln, nicht die wirkliche Lage und unsere wirklichen Positionen genau durchdacht haben. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen.

Frage: Aber Sie werden sich, was Ihre Person betrifft, dennoch weiter bemühen — jedenfalls für die bestimmten Fragen, wie Sie es eben genannt haben —, eine breite Basis im Parlament zu finden?

Wehner: Darauf gebe ich Ihnen eine ganz rationale Antwort. Entscheidend ist und bleibt für die nächsten Jahrzehnte, von denen unsereiner nur noch einen Teil mitbewirken kann, die innere Intaktheit und damit die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Das hatte ich auch vor zehn Jahren deutlich zu machen versucht, daran hat keiner gedacht. Ich will auch kein Denkmal haben oder selber sein. Es ist unmöglich, daß Fragen, wie es die sind, die uns aus dem zweiten Weltkrieg mitzulösen überlassen worden sind und die noch lange nur teilweise gelöst werden können, im Sinne Innenpolitischer Trumpfkarten und als innenpolitische Schlaginstrumente behandelt werden. Das ist ungut. Daran wird unsere Ordnung Schaden nehmen, um es einmal sehr vorsichtig zu sagen. Vielleicht sogar Schlimmeres. Wir sind schließlich auch dazu da, die Lebensfähigkeit unserer Form, der demokratischen Form, durch die Praxis stetig zu beweisen. Das geht weder durch Rechthaberei noch durch den professionellen Antikommunismus, noch durch das Abwarten einer Situation, in der die anderen kommen und sagen, jetzt wollen wir euch doch mal gerne besser behandeln. Das alles muß man dabei bedenken. Ich bin also für Sachlichkeit und für das Maß an Übereinstimmung, das erzielbar ist, sofern man sich darauf verständigen kann, daß die Bundesrepublik Deutschland mitteilnimmt an der Organisation des Friedens. Das wird dadurch nicht besser, sondern schlechter, falls wir uns der inneren Zer-

fleischung nicht widersetzen, beziehungsweise wenn wir uns ihr ausliefern.“

Soweit das Interview *Herbert Wehners*, das, wie schon erwähnt, am 8. August veröffentlicht wurde.

Wie sehr *Herbert Wehner* mit seinen Bemerkungen über einen Teil der CSU/CDU-Politiker recht hat, wird durch das Verhalten dieser Leute nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion bestätigt. Herr *Höcherl* schlug in Warschau vor, der Parteisekretär der Kommunistischen Partei Polens, *Wladyslaw Gomulka*, solle den Haupteinpeitscher des Neonationalismus, *Franz Josef Strauß*, in einem neutralen Lande treffen. Durch diesen Vorschlag, der bei den polnischen Gesprächspartnern nur ein erstauntes, in einigen Fällen sogar verächtliches Kopfschütteln hervorrief, wurde deutlich, daß es den CSU-Oberen mit ihrer Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung in Wirklichkeit ausschließlich um die Wiedereroberung der Macht geht. Nationalistische Emotionen und der Ruf nach der „nationalen Sammlungsbewegung“ sollen *Franz Josef Strauß* das wiedergeben, wonach er lechzt: die Macht.

Nicht genug damit, hat der CSU-Abgeordnete *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg* durch sein Verhalten in den letzten Tagen und Wochen bewiesen, was auch heute noch bestimmte Kräfte in Deutschland unter der angeblichen „Verteidigung der nationalen Interessen“ verstehen. Wer die Geschichte kennt, wird nicht überrascht sein. Bereits in der Zeit der Französischen Revolution scheuten sich die abgehalfterten Aristokraten nicht, gemeinsam mit dem Ausland gegen das eigene Volk zu marschieren, um ihre Macht wieder herzustellen. Das hat sich in der Geschichte oft wiederholt. Denn Männer wie der *Baron von Guttenberg* glauben selbstherrlich feststellen zu dürfen, was den nationalen Interessen des deutschen Volkes entspricht. In Wirklichkeit setzt er sie — hier im trauten Einverständnis mit *Franz Josef Strauß* — den Interessen seiner Partei und der Gruppe, der er angehört, gleich. Ist es nicht

ein Zeichen fast manischer Verblendung, wenn der *Baron* in einer Fernsehsendung zugibt, er habe das von ihm veröffentlichte Gromyko-Papier aus der DDR erhalten? Wörtlich: „... Dieses Papier wurde mir von einer Seite zugestellt, die nicht Regierung hieß. Dies kam aus dem Osten. Es gibt auch im östlichen Teil Deutschlands noch einige Leute, die als Deutsche fühlen.“

Noch einige Leute — das will also sagen, daß die große Mehrheit der Deutschen in der DDR sich nicht mehr „als Deutsche fühlen“. Logisch ist nur, daß nach Meinung des Herrn *Baron* jene, die in der Bundesrepublik mit ihm nicht übereinstimmen, ebenfalls aufgehört haben, „als Deutsche zu fühlen“. Dies sagt der Mann, der es wagt, der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien vorzuwerfen, sie würden die Spaltung Deutschlands vertiefen. „Die Nation, der Staat — das bin ich.“ Nach diesem Motto denkt und handelt *Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg*. Vielleicht fügt er bei sich hinzu: „Nach mir die Sintflut!“

Nicht genug damit: Laut dpa hat der *Baron* am 27. August gegen den Strafantrag des Frankfurter Rechtsanwalts *Gerwald Wiegels* Stellung genommen und erklärt, er müsse das Vorgehen *Gerwald Wiegels* als „bedenkliches Symptom für eine sich ausbreitende sozialistische Freund-Feind-Ideologie“ werten. *Guttenberg* erklärte laut dpa weiter: „Demnach sei es bereits kriminell, sich gegen die Politik der SPD zu stellen.“

Gleichgültig, ob es stimmt, daß der *Baron* seine Informationen im Kampf gegen die Bundesregierung aus dem Osten bezieht oder nicht, gleichgültig, ob die Argumentation von *Guttenbergs* gegen die Politik der Bundesregierung richtig ist oder nicht — die Tatsache bleibt bestehen, daß das Freund-Feind-Verhältnis nicht das Werk der SPD ist. Täglich beweisen *Franz Josef Strauß* und *Guttenberg*, daß es gerade ihnen ausschließlich auf die Verteufelung der SPD ankommt. Mit Recht hat *Herbert Wehner* daran erinnert, daß selbst in der Zeit der Regierung der Großen Koalition die Partei des *Barons von Guttenberg* bereit war, gemein-

sam mit den Neonazis der NPD den Bundespräsidenten zu wählen. Alle Mittel sind recht, wenn es darum geht, die SPD und die von ihr gemeinsam mit der FDP zu tragende Bundesregierung zu verketzern. Beleidigt ist der Baron, wenn sein Tun als das hingestellt wird, was es in Wirklichkeit ist.

In diesem Heft untersucht *Bruno Friedrich* die Hintergründe des Bündnisses Strauß/Guttenberg.

An der eigentlichen Entwicklung werden beide nichts ändern.

Die Bilanz von einem Jahr SPD/FDP-Regierung wird in diesem Heft gezogen: nüchtern, illusionslos und realistisch. Nichts wird verniedlicht, nichts wird beschönigt. Übrig bleibt aber der Beweis, daß in dem ersten Jahr der Koalition zwischen SPD und FDP auf vielen Gebieten mehr geleistet wurde als in den vergangenen Jahren durch andere Regierungen. Das sollte jene nachdenklich stimmen, die allzuleicht resignieren, und denen Kraft geben, die entschlossen sind, sich durch Leistungen dem Machtrausch der CDU/CSU zu widersetzen.

Für Entspannung und Frieden

Zum Abkommen von Moskau

Der Vertrag mit der Sowjetunion ist unterzeichnet und damit ein Anfang für Beziehungen getan, die besser und normaler sein sollen, als es bisher zwischen Bonn und Moskau der Fall war. Die Bundesregierung setzte damit einen Teil Ihrer Regierungserklärung in praktische Politik um. Die Gespräche des Bundeskanzlers und seines Außenministers in Moskau haben über den Inhalt des Vertragswerkes hinaus nicht nur zu einer Klärung der Positionen, sondern auch zum besseren Verständnis der Auffassung beider Regierungen in wichtigen politischen Fragen beitragen können.

Der Vertrag, sein Wortlaut und seine Begleittexte werden die Öffentlichkeit und später das Parlament noch lange beschäftigen. Und das ist gut so. Schließlich geht es hierbei darum, das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa auf eine neue Basis zu stellen. Damit werden auch die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten ganz allgemein zum Besseren gewendet.

Es wäre falsch, nach dem Abschluß des Vertrages nun in unbegründeter Euphorie von einer „Wende“ der deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen. Soweit sind wir noch nicht. Im Gegenteil: Superlative sind bei der Betrachtung dieses ersten Schrittes wenig angebracht. Ein Vertrag bedeutet genau so viel wie das, was man aus ihm macht. Hier wird es also bei der Beurteilung der Wirkung der Vereinbarungen auf lange Sicht wichtig sein zu berücksichtigen, was in den kommenden Jahren als Frucht dieser Vertragsinstrumente für die Sicherung des Friedens, für eine entspannte Lage in Europa und damit für eine Verbesserung der Situation in Deutschland herauskommt.

Obwohl das Wort Berlin in keiner Stelle im Vertragswerk erwähnt ist, haben der Bundeskanzler und der Außenminister in mehrstündigen Gesprächen mit den Spitzen der sowjetischen Führung keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein innerer Zusammenhang zwischen den von uns angestrebten Verträgen mit mehreren Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes und einer befriedigenden Regelung der Berlin-Frage besteht. Wer einen Abbau der Konfrontation in Mitteleuropa wünscht, kann Berlin nicht als Zankapfel weiter wirken lassen. Der Krisenherd muß eliminiert werden und darf nicht das Bild des Ganzen als störendes Element verschlechtern. Umgekehrt sollte vielmehr Berlin eine Funktion in der künftigen Zusammenarbeit zwischen Ost und West erhalten. Schließlich gilt auch dort die im Vertrag angesprochene wirkliche Lage in Europa, an deren Verbesserung beide Seiten ein übereinstimmendes Interesse bekundet haben.

Die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und vor allem die parlamentarische Opposition sollten den Vertrag und den Zusammenhang, in den er gestellt ist, frei von Illusionen

sehen. Dazu gehört auch die Vorstellung, als könnten wir zwischen West und Ost eine Position beziehen. Der Versuch einer Aussöhnung mit dem Osten gewinnt gerade dadurch an Bedeutung, daß er gemeinsam mit unseren Verbündeten im Westen unternommen wird und seine Ergänzung in den Bemühungen findet, denen sich andere wichtige Alliierte gegenwärtig unterziehen. In diesem Zusammenhang sei nur an die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen erinnert.

Der in Moskau unterzeichnete Vertrag setzt einen Schlußstrich unter den Krieg. Er bezeichnet das Ende einer Epoche und soll der Anfang einer neuen Phase europäischer Zusammenarbeit sein. Sicherlich werden die Meinungsverschiedenheiten fortbestehen; und ganz gewiß wird es keiner Seite gelingen, die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in Ost und West zu verändern. Sie sind zu verschieden, sie sind zu unvergleichbar, und wir sollten uns davor hüten, saubere Trennungslinien zu verwischen. Auf der anderen Seite wird in Zukunft für alle Streitfragen gelten, daß sie ohne Gewalt oder Androhung von Gewalt behandelt und geregelt werden sollen. Der Frieden ist dadurch sicherer gemacht worden und ein Stück Entspannung in Europa erzielt.

Die für uns und vor allem für Berlin wichtigen Rechte und Verantwortungen der Vier Mächte bleiben durch den Vertrag unberührt, und es wird mit den Vereinbarungen, die in Moskau unterzeichnet worden sind, auch einem Friedensvertrag nicht vorgegriffen. Nicht nur insoweit wird niemandem geschadet, sondern vielen genutzt. Eine befriedigende Regelung für Berlin wird ein erstes greifbares Ergebnis dieser Entspannung sein.

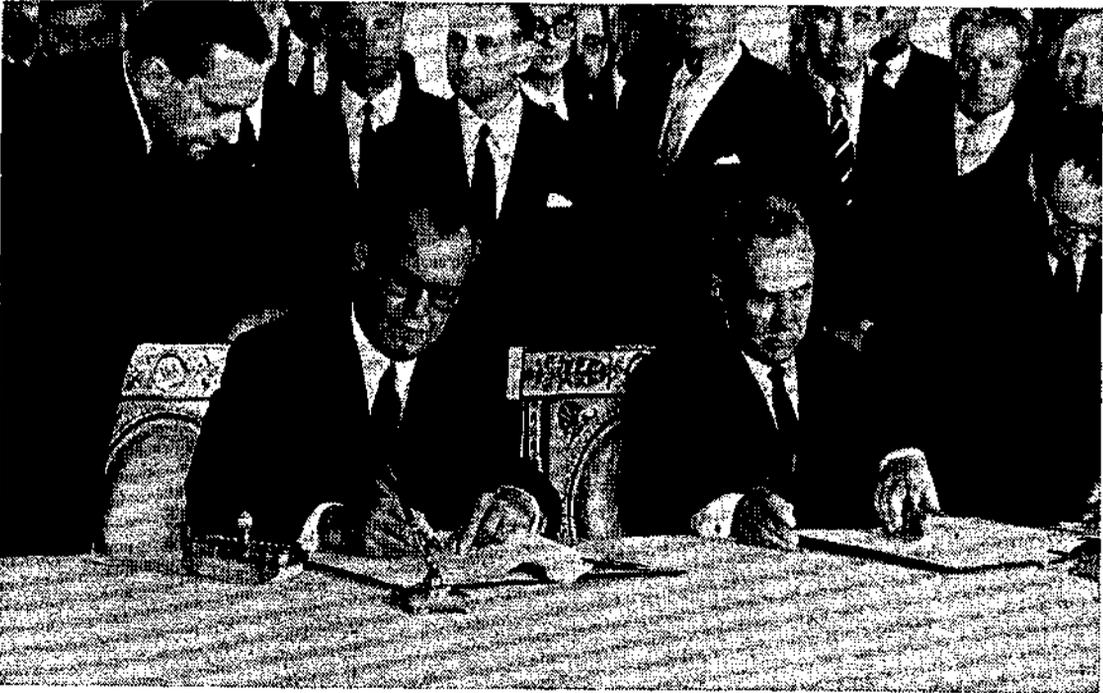
Unser Verhältnis zu den Westmächten, zum Atlantischen Bündnis und zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bleibt vollkommen unverändert. Die sowjetische Führung weiß das, hat es in Rechnung gestellt und trotzdem den Vertrag mit uns unterzeichnet. Sie hat darüber hinaus deutlich zu erkennen gegeben, daß auch der Gemeinsame Markt zu jener realen Lage in Europa gehört, von der alle – West und Ost gleichermaßen – ausgehen sollten. Der Anfang, der mit der Sowjetunion gemacht worden ist, wird Verhandlungen mit anderen Staaten des Warschauer Paktes erleichtern. So dürfte es der SED schwerer als zuvor fallen, den Anfang dieses Jahres an Bundespräsident *Helnemann* übermittelten Entwurf eines Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR noch als einzige Grundlage für vertragliche Regelungen aufrechtzuerhalten.

Ein Vergleich der vom Bundeskanzler in Kassel vorgetragenen 20 Punkte mit dem Ergebnis von Moskau zeigt, daß die Position der Bundesregierung in der Frage vertraglicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten viel realistischer und den gegebenen Möglichkeiten viel entsprechender war, als die bislang von Ostberlin verkündete Position.

Die Unterzeichnung des Vertrages mit der Sowjetunion und seine Ratifizierung nach einer befriedigenden Regelung über Berlin beeinträchtigen überdies in keiner Weise die Anstrengungen der Bundesregierung, die Einheit aller Deutschen mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. In dem Brief zur Deutschen Einheit ist der Sowjetunion noch einmal mit-

geteilt worden, daß die Bundesrepublik von diesem durch das Grundgesetz aufgegebenen Ziel nicht abweichen wird und daß sie das Streben nach Selbstbestimmung des deutschen Volkes nicht als im Widerspruch zum Vertrag stehend betrachtet. Ferner wird durch die Vereinbarung mit der Sowjetunion die Möglichkeit einer europäischen Entwicklung und der friedlichen Aufhebung von Grenzen im Falle einer politischen Union nicht beeinträchtigt.

Der Bundeskanzler und sein Außenminister haben in Moskau insgesamt mehr als 50 Stunden mit den Verantwortlichen der Sowjetunion über die künftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten gesprochen. Dabei sind nicht nur die uns unmittelbar angehen-



Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Alexej Kossygin unterzeichnen den deutsch-sowjetischen Vertrag

den Fragen, sondern auch Bereiche angesprochen worden, die von multilateralem Interesse sind. Hierzu gehört neben anderen das Thema einer Konferenz über die Sicherheit in Europa, die Frage einer ausgewogenen Truppenreduktion, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EWG und den Staaten des Warschauer Paktes sowie die Gemeinsamkeit der Interessen bei der Erhaltung des Friedens in anderen Teilen der Welt.

Der Beitrag bietet viele Möglichkeiten. Sie zu entwickeln und mit Geduld, Sorgfalt und Sachlichkeit vorzubereiten, müßte Aufgabe nicht nur der Regierungsparteien, sondern auch einer kooperationswilligen Opposition sein. Die Bundesregierung hat der CDU/CSU

diese sachliche Zusammenarbeit angeboten. Der Ausgleich mit dem Osten kann nicht die Sache einer Partei, einer Koalition oder der Regierung allein sein. Dies geht unser Volk als Ganzes an.

Die jetzt im endgültigen Vertragstext festgehaltenen Verbesserungen des Bahr-Papiers sind ein beträchtlicher sachlicher und persönlicher Erfolg von Außenminister *Scheel*. Der Vertrag kann sich in der nun vorliegenden Form sehen lassen. Die Verhandlungen waren nicht einfach, denn sie wurden von vorneherein erschwert und befastet durch die vorzeitigen Veröffentlichungen von zunächst Teilen und dann dem gesamten Wortlaut des Bahr-Papiers. Die sowjetische Regierung, die sich an diese mit Staatssekretär *Bahr* getroffene Vereinbarung gebunden fühlte, sah – mit Recht – ihr Prestige verletzt und ließ zunächst deutlich wissen, daß es an der einmal getroffenen Vereinbarung nach den vorzeitigen Publikationen in der Bundesrepublik nichts mehr zu ändern gebe. Das ist leicht zu verstehen: schließlich kann heute jeder (auch ein Feind der Sowjetunion) bei einem Textvergleich ablesen, wo eine der beiden Supermächte dieser Welt gegenüber der Bundesrepublik Konzessionen gemacht hat. Dennoch gelang es in mit großer Geduld und Zähigkeit geführten Gesprächen, den sowjetischen Verhandlungsführer, Außenminister *Gromyko*, von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Leitsätze des Bahr-Papiers zu verändern.

Wenn es dann nach der Parapherung des Vertragswerkes und kurz vor seiner Unterzeichnung noch einmal zu einer vorzeitigen Veröffentlichung des inzwischen ausgehandelten neuen Textes gekommen war, so hat dies die Unterzeichnung zwar nicht mehr beeinflussen oder aufhalten können, aber doch der Internationalen Stellung der Bundesrepublik unnötigen Schaden zugefügt. Beide Regierungen waren nämlich übereingekommen, die diplomatischen Gepflogenheiten zu beachten und die Vertragstexte erst nach der Unterzeichnung zu veröffentlichen. Ihre vorzeitige Publikation kann also wohl nur den Sinn gehabt haben, die Bundesregierung öffentlich als unfähig zu deklarieren, einen Geheimtext so lange vertraulich zu behandeln, wie dies vereinbart worden war. Der Schuß ist allerdings ins Leere gegangen. Jetzt zählen die Fakten, und dazu gehört der unterzeichnete Vertrag, mit dem die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien einen Abschnitt in dem Verhältnis zwischen Bonn und Moskau eingeleitet haben, dessen positive Folgen für jeden einzelnen schon in einigen Jahren sichtbar werden.

Wer sich zurückerinnert an die Jahre, in denen wir am Rande einer schweren Auseinandersetzung mit dem Osten fürchten mußten, daß die Freiheit unseres Landes und die Freiheit der Bürger in Westberlin tatsächlich bedroht werden könnten, oder in denen wir Sorge hatten, daß sich die Großmächte dieser Welt über unseren Kopf hinweg zu unserem Nachteil über Deutschland verständigten, sind vorüber. Die Bundesrepublik ist heute nicht nur ein Teil der Atlantischen Allianz, sondern seit 1969 zugleich ein wichtiger Teil der vom Westen insgesamt versuchten Verständigungspolitik mit Osteuropa. Der 12. August 1970, der Tag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, wird von Historikern ganz gewiß einmal eine ähnliche Rangordnung zugewiesen bekommen wie die Westverträge aus den 50er Jahren.

Die Bundesrepublik und damit ganz Europa stehen vor einem Neubeginn. Es ist nicht zu leugnen, daß dies nur möglich geworden ist, weil die Bundesregierung die in ihrer Erklärung vom 28. Oktober 1969 proklamierten Absichten mit Geduld, aber auch mit Nachdruck zu verwirklichen versucht hat.

Zur gleichen Zeit hatte die sowjetische Führung offenbar eine grundsätzliche Änderung ihrer Europa- und Deutschlandpolitik beschlossen. Das wurde bei den Moskauer Beratungen unseren Delegationen in mehreren Phasen deutlich. Außenminister Gromyko hat häufiger als zu erwarten gewesen wäre darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion eine europäische Macht sei, daß wir alle unter einem europäischen Dach leben. Diese Hinwendung Moskaus nach Mitteleuropa sollte uns nicht erschrecken. Im Gegenteil: mit unserem neuen Vertrag bietet sich die Möglichkeit nicht nur für uns, sondern für alle Europäer, einen historischen Beitrag zu einem geregelten Nebeneinander der Zusammenarbeit zu kommen, das künftigen Generationen den Frieden erhält und ihnen mehr Sicherheit, mehr Wohlstand und damit mehr Glück beschert.

**Es gab schon immer gute Gründe
für eine Lebensversicherung
bei der Volksfürsorge.**

**Jetzt gibt es noch zwei wichtige
Gründe mehr:**



**Neue Tarife mit niedrigeren
Prämien**

Bis zu 12% Prämienermäßigung — diesen Vorteil bietet Ihnen unser neues, zeitgemäßes Tarifwerk. Denn bei uns kommen Rationalisierung, scharfe Kalkulation und die besonders niedrig gehaltenen Verwaltungskosten allen Versicherungsnehmern zugute.

**30 oder 40% Sparzulage bei
Tarifen nach dem 624-Mark-Gesetz**

Mit einer Volksfürsorge-Lebensversicherung nach dem 624-Mark-Gesetz für Vermögensbildung bekommen Sie vom Staat jährlich bis zu 250 DM. Und Sie sparen Steuern. Wie das geht, erfahren Sie aus unserem Sonderprospekt. Oder im Gespräch mit unserem Mitarbeiter.

Keine Sorge —

Volksfürsorge

Die SPD ein Jahr danach

Zwölf Monate sind seit der letzten Bundestagswahl vergangen. Sie hat der Sozialdemokratie nicht nur den höchsten Stimmenanteil – auf das ganze Land bezogen, und sei es „nur“ Westdeutschland – in ihrer über hundertjährigen Geschichte gebracht; nach langer, jahrzehntelanger Entwöhnung wurde sie wieder diejenige Regierungspartei, die mit dem Bundeskanzler auch die Hauptlast der Verantwortung übernahm. In den Ländern hatte die SPD, seit es nach 1945 die Bemühungen um einen staatlichen Wiederaufbau gab, von Anfang an in vorderster Front gestanden. Nicht aber im Bund, auf den im Zuge der Entwicklung immer mehr Kompetenzen und damit die eigentlichen Entscheidungen für das Gemeinwesen übergegangen waren. Hier mußte sich die SPD nach dem knappen, aber doch eindeutigen Ergebnis der ersten Bundestagswahl 1949 fast 18 Jahre lang mit der Rolle der Opposition zufriedengeben. Wenn auch diese Funktion nicht gering veranschlagt werden darf, die Politik der ersten Nachkriegszeit wurde weitgehend von der Union unter *Konrad Adenauer* bestimmt. Auch nachdem *Herbert Wehner* 1960 mit seiner denkwürdigen Rede im Bundestag eine Frontbegradigung in der Außenpolitik seitens der SPD gegenüber den damaligen Regierungsparteien vorgenommen und durch die Entwicklung mittlerweile überrollte, in jedem Fall zu der Zeit weithin fragwürdig gewordene Positionen geräumt hatte, bedurfte es immer noch weiterer sechs Jahre, bis die Sozialdemokraten mit Hilfe der Großen Koalition an der Regierungsverantwortung in Bonn und damit im Bund beteiligt wurden.

Diese Zeitspanne und inzwischen längst zur Historie gewordene Entwicklung muß man im Gedächtnis haben, wenn man die Bedeutung des Regierungswechsels im letzten Jahr sowohl für die Bundesrepublik im allgemeinen als auch für die Sozialdemokratie im besonderen untersuchen will. Diese ersten zwölf Monate sind denn auch nicht spurlos an der

Partei vorübergegangen, wie die von der neuen Bundesregierung vorgenommenen Kurskorrekturen gerade im August mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages jedermann deutlich gezeigt haben. Bei aller Kontinuität, die freilich mehr an die von Sozialdemokraten in der Zeit der Großen Koalition vorgezeichnete Politik anknüpft, wurden in diesen letzten zwölf Monaten doch spezielle Akzente gesetzt, die es in dieser Intensität, von der parlamentarischen Opposition als viel zu hastig charakterisiert, vordem nicht gegeben hatte.

Aus Gründen der weitgehend durch andere bestimmten Aktualität standen in dieser Zeit vor allem außenpolitische Themen im Vordergrund. Wer die Liste der in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angeführten, kurzfristig zu treffenden Entscheidungen noch einmal zur Hand nimmt, wird feststellen, daß das weitaus meiste davon abgehakt werden kann. Auf der Gipfelkonferenz in Den Haag wurden der Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft kräftige Impulse gegeben, an denen der Bundeskanzler keinen geringen Anteil hatte, wenngleich er aus wohlüberlegten Gründen sich hierbei und vor allem nach außen große Zurückhaltung auferlegt hatte. Der Atomwaffensperrvertrag, Zankapfel unter den Ministern der Großen Koalition und Gegenstand vieler innerparteilicher Diskussionen, wurde unterzeichnet. Die mit Moskau angekündigten Verhandlungen über einen Gewaltverzicht sind abgeschlossen, und ein entsprechender, über das eigentliche Thema hinausführender Vertrag ist am 12. August vom Bundeskanzler unterzeichnet worden, während die Gespräche mit Polen, wenn auch noch nicht beendet, aber doch so gut wie vor dem Abschluß stehen.

Offengeblieben in diesem von der Bundesregierung sich selbst gestellten Aufgabenkatalog sind ein von der NATO inspirierter Ausschuß für die Probleme der modernen Gesellschaft sowie die Frage einer industriellen Beteiligung auf begrenzten Gebieten der Weltraumfor-

sung, wie sie von den Vereinigten Staaten angeboten worden ist. Auch hier laufen Gespräche darüber, wie die Bundesregierung diese stark in die Innenpolitik hineinreichenden Themen künftig in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, und zwar, wie es heißt, wesentlich intensiver als bisher. Das Fazit dieser ersten zwölf Monate kann sich jedenfalls auf dem Feld der Außenpolitik durchaus sehen lassen. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß gerade in der Ostpolitik, die insoweit tatsächlich als einheitliches Ganzes angesehen werden muß, vieles, wenn nicht alles von der Einlösung des über Berlin ausgestellten Wechsels abhängt. Gibt es dort bei den Verhandlungen keine „befriedigenden“ Fortschritte, wird es zu einem Stillstand in der weiteren parlamentarischen Behandlung des deutsch-sowjetischen Vertragswerkes und damit auch zu einem Stillstand in der Fortführung der Ost-Europa-Politik Bonns kommen. Um hier zu einem endgültigen Urteil zu gelangen, wird man die nächsten Monate abwarten müssen. Mag vieles dafür sprechen, daß sich die sowjetische Seite dieses engen Zusammenhanges bewußt ist wie auch der Tatsache, daß die Basis der Regierung Brandt/Scheel im Bundestag nach wie vor äußerst schmal ist: von Berlin und auch von der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen hängt letztlich alles weitere ab.

Nur Polen macht hiervon eine Ausnahme, da Warschau weder für Berlin noch für Deutschland eine den vier Siegermächten vergleichbare Verantwortung trägt. Da auch die Opposition, die in jüngster Zeit eine rege Reisetätigkeit nach Warschau entfaltet hat, die besondere historische Dimension des deutsch-polnischen Ausgleichs anerkennt, ist es möglich, daß es hier zu einer Lösung, das heißt Abstimmung im Parlament unabhängig von den anderen, die einzelnen Verträge und künftigen Absichten auf wirtschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet überwölbenden Berlin-Verhandlungen kommt.

Diese stattliche außenpolitische Bilanz der ersten zwölf Monate wiederum hat einen direkten Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie als Regierungspartei. Da hier die wichtigsten und auch sichtbarsten Ergebnisse vorliegen, die eindeutig auf das Konto der sozial-liberalen Regierung gehen, geht von ihnen auch eine stark integrierende Wirkung auf die Partei aus. Das gilt selbst dann, wenn einzelne Schritte auf diesem Feld wie die bevorstehende Re-

spektierung der Oder-Neiße-Grenze auch auf Widerspruch in der Partei stößt, der partiell sogar nicht einmal gering sein mag. Wer die hitzigen, im wesentlichen aber am eigentlichen Kern der Dinge vorbeigehenden Debatten über eine Anerkennung Ost-Berlins noch im Ohr hat, wird feststellen müssen, daß viel Brisanz, die sich vor allem unter jüngeren in der SPD, insbesondere sogenannten linksintellektuellen Kreisen, angesammelt hatte, vom Tisch ist. Die in dieser Form gewiß nie sonderlich aktuelle Frage diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin, der einige Sprengkraft nicht abzusprechen war, ist durch den Vertrag mit Moskau und den folgenden Abmachungen mit Warschau (und hoffentlich einmal auch mit Ost-Berlin) erst in das richtige Koordinatensystem eingeordnet worden, an dem eigentlich von niemandem mehr gerüttelt werden kann.

Insoweit ist der innerparteiliche Zusammenhalt in diesem ersten Jahr durch die Außenpolitik erheblich gewachsen. Denn niemand – zumal auch die Frage des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrages, soweit sie allein in deutscher Zuständigkeit lag, durch die Unterschrift Bonns erledigt ist – kann sich heute noch „progressiver“ geben als die vom SPD-Vorsitzenden Brandt geführte Bundesregierung selbst. Das gilt auch im Hinblick auf den Umstand, daß das Ergebnis dieser Ostpolitik unter dem Strich weithin konventioneller ausgefallen ist als viele vermuteten, da einem Friedensvertrag weder vorgegriffen noch die DDR gar völkerrechtlich anerkannt wurde. Diese integrierende Kraft, die von der Außen- und das heißt weitgehend der Ostpolitik ausgeht, wurde auch Anfang Mai auf dem Saarbrücker Parteitag deutlich, als selbst sonst gegenüber der Bonner Zentrale kritisch eingestellte „Avantgardisten“, wie etwa der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jochen Steffen, sich ausdrücklich zu dieser Politik bekannten. Das muß nicht immer so bleiben, wie es auch in Detailfragen, zum Beispiel der Haltung der Bundesregierung gegenüber Griechenland oder Portugal, Differenzen geben mag. Insoweit kann aber die These gewagt werden, daß sich die Sozialdemokratie in ihre Rolle als Regierungspartei in außenpolitischer Hinsicht durchaus hineingefunden hat. Von hier aus ist die Rechnung Brandts in der Wahlnacht – „das machen wir“ – ohne nennenswerten Rest aufgegangen, wenn man die Einschränkung von dem noch nicht eingelösten Berlin-Wechsel nicht außer acht läßt.

Dennoch ist davon auszugehen, daß der SPD in den kommenden Monaten noch manche, wahrscheinlich sogar die eigentliche Bewährungsprobe abverlangt werden wird. Die Entscheidung darüber, ob die sozial-liberale Regierung vor der Gunst des Wählers eines Tages bestehen wird, hängt auch vom Erfolg dieser Ostpolitik ab; würde sie scheitern, würde dies eine ziemliche Erschwerung für die Partelführung sein, da in dem gleichen Augenblick auch die früheren innerparteilichen Diskussionen über einzelne Fragen der Ostpolitik sofort wieder aufbrächen. Die eigentliche Bewährungsprobe für die gegenwärtige Bundesregierung liegt dagegen nach wie vor auf dem Gebiet der Innenpolitik und hier insbesondere dem der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die bisherigen Resultate sind so eindrucksvoll auf diesem Felde nicht. Korrekturen am Vermögensbildungsgesetz oder die Konstituierung der Bildungskommission von Bund und Ländern bedeuten noch keine durchgreifende Reform. Das alles braucht freilich auch seine Zeit, zumal in einer Koalitionsregierung. Wie labil die derzeitige Situation nach wie vor ist, haben die Wochen vor der Reise des Bundesaußenministers *Scheel* nach Moskau gezeigt. Als Staatssekretär *Bahr* nach seinen Sondierungen Ende Mai aus der sowjetischen Hauptstadt zurückkam, zeigte die Bundesregierung unter dem konzentrischen Angriff der Unionsparteien zum erstenmal Wirkung. Sie bekam unter dem Eindruck dieser geschickt geführten Attacken sozusagen Angst vor der eigenen Courage. Nach dem geglückten Start mit der Aufwertung der D-Mark, die ihr in der Öffentlichkeit weithin Zustimmung sowie Anerkennung im Hinblick auf das entschlossene Vorgehen des Kabinetts eintrug, sowie mit der Haager Gipfelkonferenz der Staaten der Europäischen Gemeinschaft hatte es einen letzten Höhepunkt nur noch im Februar gegeben. Unter dem Eindruck der Erfurter Begegnung zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident *Stoph* und der Bewegung, welche dieser 19. März 1970 überall ausgelöst hatte, sprach *Brandt* sogar bedauernd davon, nicht wie der britische Premierminister das Parlament auflösen zu können.

Danach kam die Bundesregierung, vor allem durch die Entwicklung der Preise, in ein Stimmungstief, aus dem auch die Kasseler Begegnung angesichts der eher peinlichen Begleitumstände keine Entlastung brachte, zumal sie

keinerlei greifbares Ergebnis, sondern lediglich eine von *Stoph* Bonn verordnete „Denkpause“ ergab, die hoffentlich in der Zwischenzeit von Ost-Berlin genutzt worden ist. Kassel hat als eine notwendige Durchgangsstation mit der Veröffentlichung der zwanzig Punkte *Brandts* durchaus seine Bedeutung. Zusammen mit der allgemeinen Unlust angesichts der Preisentwicklung brachte das Treffen der Regierung jedoch keine Atempause. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Entwicklung, der Konjunktur-Boom, der insgesamt wenig eindrucksvolle Ausgang der drei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland ließen zusammen mit den Angriffen der Union auf die Ostpolitik und die unsichere wie ungeschickte Reaktion der Bundesregierung hierauf zum erstenmal einen weithin hörbaren Zweifel am Fortbestand dieser Koalition aufkommen. Die Gründung der national-liberalen Aktion beim Junior-Partner wies auf ein Abbröckeln von Wählern und damit auch sogenannten Mandatsträgern hin. Selbst in der SPD wurden kritische Stimmen laut, die wie der Abgeordnete *Dr. Hupka* zwar ohne größeren Anhang sein mögen, aber dennoch angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse der Bundesregierung im Parlament nicht mit einer leichten Handbewegung abgetan werden konnten. Jedenfalls hatte es zu Beginn der Sommerferien den Anschein, als bewege sich die Regierung *Brandt/Scheel* ziemlich rasch auf eine Klippe zu, an der das Bündnis unter Umständen scheitern konnte. Nach der Unterzeichnung des in einigen Punkten durch den Bundesaußenminister noch verbesserten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion hat sich diese Zuspitzung jedoch zunächst einmal aufgelöst.

Die Regierung ist geschlossener, während sich eher die Union mangels wirksamer Zielscheibe für ihre Angriffe in Diskussionen zersplittert, die teilweise auf das ungelöste Führungsproblem beziehungsweise auf die in dieser Beziehung unter den führenden Köpfen der CDU/CSU bestehende Konkurrenzsituation zurückzuführen sind. Doch ebenso offen ist – angesichts der noch nicht eingelösten Erwartungen in bezug auf Berlin und die innerdeutschen Beziehungen oder Verbesserungen – nach wie vor das schließliche Fazit dieser Ostpolitik, ebenso schwierig wird sich voraussichtlich die Innenpolitische Entwicklung unter den unglei-

chen Koalitionspartnern tun. *Brandt*, der unter der Devise vor einem Jahr angetreten ist, Kanzler der inneren Reform sein zu wollen, muß auf diesem Feld zunehmend mit der gesellschaftspolitisch anders strukturierten, in erheblichen innerparteilichen Schwierigkeiten steckenden FDP rechnen. Die sich so avantgardistisch gebenden Jungdemokraten sind in dieser Beziehung kein Partner, sondern für die aktuelle Politik, die im Bundestag nur mit einer Mehrheit zu verwirklichen ist, eher hinderlich. Auf der anderen Seite, und dadurch wird eine Politik der inneren Reform nicht unbedingt erleichtert, zeigt auch die SPD an ihren Flügeln Erosionserscheinungen, die für die nächste Zeit zwar noch nicht direkt wirksam werden, auf längere Sicht jedoch das Koalitions-klima beeinflussen und Empfindlichkeiten auf dem rechten Flügel der Freien Demokraten verstärken werden.

Die „linken“ Impulse, wenn man diese Bewegung so bezeichnen will, kamen in Saarbrücken deutlich zum Vorschein. Zum Teil isolierten sich einige der wortreichsten Sprecher der Jungsozialisten, zum Beispiel durch ihre Strapazierung der Geschäftsordnung, von manchen unter den Delegierten vorhandenen Sympathisanten selbst. Auch soll man gewisse Erscheinungen gewiß nicht überbewerten, zum Beispiel die Auseinandersetzungen in der Münchner SPD, wofür die Namen *Vogel* und *Müller* und die größtenteils unsachlichen Angriffe, denen beide ausgesetzt waren und sind, als Markierung genügen sollen. Andere Beispiele ließen sich, wenn auch nicht in beliebiger, aber doch in stattlicherer Zahl anfügen, als dies einer Regierungspartei bekömmlich wäre, vor allem, wenn sie sich nach wie vor mit einem kleinen Koalitionsschiff auf hoher, stürmischer See befindet und ein schützender Hafen so nah nicht in Sicht ist. Dabei soll, wohlgemerkt, nicht einer Einschränkung oder gar Beschneidung der innerparteilichen Diskussion das Wort geredet werden. Aber manches utopische, verworrene Ziel in der Gesellschaftspolitik, das zur Unzeit propagiert wird, macht der Regierungspartei unter Umständen mehr zu schaffen, als dies den Urhebern derartiger Aktivitäten meist selbst bewußt ist. Hierzu kann auch der außerordentliche Parteitag im nächsten Jahr gehören, der Vorschläge zur Finanz- und Steuerreform erarbeiten soll. Insoweit steht die Bewährungsprobe auch der Sozialdemokratie als Regierungspartei noch

aus. Die innenpolitischen Reformen werden noch manche Probe auf ihre Reife, Weitsicht sowie aber auch auf ihre Disziplin ablegen müssen.

Teile der Mitgliedschaft haben nach den ersten zwölf Monaten des Regierungswechsels in Bonn offensichtlich noch nicht so recht den Unterschied erkannt, der zwischen den Anforderungen an eine Partei in der Regierungsverantwortung und in der Opposition besteht; fast scheint es, als wenn sich die Union nach dem letzten September als Partei schneller an ihre neue Funktion gewöhnt hätte. Der anfänglichen Euphorie folgte jedenfalls in der SPD bald eine gewisse Resignation, wie sich freilich hier und da auch eine gewisse Überheblichkeit bemerkbar machte, die sich wiederum in einer geringeren Aktivität, zum Beispiel bei den letzten Landtagswahlen, niederschlug. Vor allem aber schienen viele angesichts der außenpolitischen Aktivität der Regierung *Brandt/Scheel* und den bisherigen Ergebnissen dieser Politik vergessen zu haben, daß die sozial-liberale Koalition im Sommer 1970 gerade erst neun Monate im Amt war.

Natürlich hat es eine Partei wie die SPD mit mittlerweile fast 800 000 Mitgliedern schwerer als andere. Aber nicht zuletzt im Hinblick auf ihre lange Tradition und die dabei gesammelten Erfahrungen sollte es ihr doch möglich sein, mit den an sie gestellten Herausforderungen fertig zu werden. Dabei werden auch Rückschläge nicht zu vermeiden sein. Eine entschlossene Führung wird sich zuletzt, und dafür bietet gerade die Regierungszelt *Konrad Adenauers* manches eindrucksvolle Beispiel, stets durchsetzen. Das gilt für die jüngsten, wenn auch etwas späten konjunkturpolitischen Maßnahmen wie die Steuervorauszahlung und die Aussetzung der Abschreibungsmöglichkeit ebenso wie für ein behutsames, pragmatisches Vorgehen in der Frage des Ausbaus der Mitbestimmung, das sich im wesentlichen auf die Präzisierung des Betriebsverfassungsgesetzes beschränken sollte. Die Opposition jedenfalls wird, und das ist ihr gutes Recht, auch künftig jede Schwäche, jede Inkonsequenz der Regierung und damit auch der sie tragenden Parteien schonungslos aufdecken. Insoweit gilt, was *Adenauer* in bezug auf das Petersberger Abkommen in seinen Erinnerungen schreibt: „*Wenn man bei der ersten Etappe nein gesagt und sich so verhalten hätte, als wären wir Deutsche die Sieger gewesen und nicht die anderen,*

dann hätte es keine weiteren Etappen gegeben – oder erst nach sehr, sehr langer Zeit.“ Und im Hinblick auf den Deutschlandvertrag erklärte er: „Wir hatten diesen Erfolg erreicht, weil die Bundesregierung seit dem Tage ihres Bestehens den Weg der Evolution, des schrittweisen Weitergehens gewählt hatte, weil sie sich nicht auf den bei einem derartig besiegten Volk etwas eigenartig und nicht sehr klug anmutenden Standpunkt ‚alles oder nichts‘ gestellt hatte.“ Auch, was die angeblichen Vorleistungen der Bundesregierung betrifft, beklagte er, daß es zu viele Leute mit zu kurzem Gedächtnis gebe. Es ist eigenartig, wie wenig ein Teil der Unionsführung diese Erfahrungen in den letzten Wochen beherzigt hat. Die SPD in ihrer Gesamtheit hat als Regierungspartei diese Chance noch vor sich. Wenn sie will.

Schriftenreihe des
Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jakob Moneta

**Die
Kolonialpolitik
der französischen KP**

307 Seiten
broschiert 32,— DM

„Auf der Basis einer sorgfältigen Analyse der einschlägigen kommunistischen Presse (besonders der theoretischen Organe: bis 1924 ‚Bulletin Communiste‘, dann ‚Cahiers du Bolchévisme‘ und seit 1945 ‚Cahiers du Communisme‘, aber auch von Tageszeitungen und Flugschriften) gibt der Verfasser einen historischen Überblick über die Politik der KPF in Kolonialfragen. Es werden zahlreiche Dokumente abgedruckt. Die größte Aufmerksamkeit wird dem Algerienkrieg und den früheren französischen Kolonien in Afrika gewidmet.“

International Review
of Social History, Amsterdam

Verlag für Literatur und
Zeitgeschehen · Hannover

CDU/CSU In der Opposition

Am Anfang sah es ganz trübe aus. Während *Willy Brandt* und *Walter Scheel* vor einem Jahr auf den Machtwechsel mit Sekt anstießen, bilanzierten die zum ersten Mal in die Opposition abgedrängten Unionspolitiker, was sie der Machtverlust kosten würde. In der Götterdämmerung wirkte die Konkursmasse ziemlich dürftig. Als letzter staatlicher Stützpunkt in Bonn, an dem weder SPD noch FDP mithören konnten, verblieb ihnen nur die Bayerische Landesvertretung. Sie konnten noch über fünf parteieigene Dienstwagen und dreißig Parteiangestellte verfügen. Ihre Räumlichkeiten beschränkten sich auf 25 Zimmer und einen kleinen Konferenzsaal mit achtzehn Stühlen im düsteren Parteihauptquartier in der Nassestraße sowie auf die Fraktionslokalitäten im Bundeshaus. Außerdem gab es da noch ein unbebautes Grundstück, auf dem ein neues Parteihaus entstehen sollte.

Verloren waren die Dienstwagen der Minister und Staatssekretäre mitsamt den Chauffeuren. Verloren waren die noblen Quartiere und Treffpunkte wie Kanzleramt nebst Bungalow und Minister-Dienstsitze, die Hubschrauber und Flugzeuge der Bundeswehr und des Grenzschutzes. Es gab keine Auslandsreisen auf Regierungskosten mehr und auch keine Polizeieskorten und Stander. Vor allem fehlte das Bundespresseamt mit seinen Propagandamöglichkeiten und die sachkundige Hilfestellung der Ministerialbürokratie. Nach zwanzig Jahren Regierungszeit, zwanzig Jahren, in denen sie immer den Kanzler gestellt hatte, mußte sich vor allem die CDU für die neue Rolle erst fit machen; Ihre Schwesterpartei CSU hatte ja schon unter *Ludwig Erhard*s Kanzlerschaft ein bißchen auf Opposition trainiert. Zwanzig Jahre lang waren die Parteifinzen indirekt durch den Fiskus entlastet worden. Plötzlich vom Staatsapparat abgenabelt, mußten die Parteifunktionäre darüber nachdenken, wie sie mit dem leistungsstarken SPD-Apparat gleichziehen konnten. Die CDU mehr noch als die CSU sah sich vor die Auf-

gabe gestellt, erst noch eine Partei zu werden. Daß wenigstens die Bundestagsfraktion verhältnismäßig rasch wieder Tritt fassen konnte, war allein das Verdienst von *Barzel*. Der Fraktionsvorsitzende hatte sogar finanziell ein wenig vorgesorgt und Kassenreserven für kargere Zeiten angelegt.

Der Parteilvorsitzende *Kiesinger* vermochte sich auf die neue Lage nicht einzustellen. Weil aber der Vorsitzende ratlos war, hatte die Partei überall das Nachsehen. Zu spät besuchte *Kiesinger* nach der Wahl den Bundespräsidenten; er glaubte immer noch, die Macht müsse ihm Kraft Naturgesetzes wieder zufallen. Zu spät verschickte er seine Einladung zu Koalitionsverhandlungen; bei der SPD traf sie erst zwei Tage nach dem Wahltag ein. Zu spät auch bildete die CDU/CSU eine Verhandlungskommission. Der ausbootete Kanzler und seine arbeitslose Ministerriege wollten nicht glauben, daß sie das Spiel um die Macht schon verloren hatten. Vergeblich mahnte damals der Hamburger Bundestagsabgeordnete *Erik Blumenfeld*: „Wir müssen jetzt mit Würde in die Opposition gehen.“

Mit der Würde war es jedenfalls nicht weit her, als *Kiesinger* schließlich der FDP eine Machtbeteiligung zu Schleuderpreisen mit sechs Ministerposten für zehn Jahre anbot. Dabei fetzte er das früher von seiner Partei als Schicksalsfrage der Nation ausgegebene Mehrheitswahlrecht, das den Tod der FDP bedeutet hätte, mit lässiger Hand vom Tisch. Sogar der Föderalismus, heilige Kuh aller Unionsprogramme, sollte mit einer Gleichschaltung in Bund und Ländern unterlaufen werden; *Kiesinger* versprach, dafür zu sorgen, daß in allen von der CDU geführten Ländern die FDP an der Macht beteiligt würde. Mehr noch, die tiefen Gegensätze in der Deutschland- und Ostpolitik, die zwischen der Union und den Liberalen aufgebrochen waren, schrumpften für den CDU-Generalsekretär *Heck* zu lächerlichen „Formulierungsfragen“ zusammen. Der nach dem Urteil von *Strauß* „auf Moskau hörende Traumtänzer

Scheel“ erhielt das Angebot, er könne auch in einer Koalition mit der CDU/CSU Außenminister werden. Wer sich an diese Ausgangslage mit ihrer panikartigen Umwertung christdemokratischer Werte erinnert, wird den Verdacht nicht los, daß auch *Kiesingers* und *Strauß* Amoklauf gegen den inzwischen unterschriebenen Vertrag mit Moskau weniger der Sorge um Deutschland als dem Interesse an der Rückgewinnung von Macht entspringt.

Die Verwirrung in den Reihen der CDU/CSU hätte sicherlich noch länger andauert, wäre die neue Regierung ohne Bißßen zu zeigen über die ersten Runden gekommen. Zum Regierungsprogramm gehörten die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages und der Abbau der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer. Aber die Konjunkturlage und die Bundesfinanzen ließen beides nicht zu. Da fiel es der Opposition leicht, die Koalition „leichtfertiger Versprechungen“ anzuklagen, wobei sie freilich unerwähnt ließ, daß die schwierige Wirtschaftslage durch ihr Nein zu einer rechtzeitigen Aufwertung mitverschuldet worden war. Taktische Vorteile ergaben sich für die CDU/CSU auch aus dem Umstand, daß die neue Regierung unter dem Motto „Innere Reformen“ ihren Dienst angetreten hatte, sogleich aber den Zwang spürte, den größten Teil ihrer Energie auf die Deutschland- und Ostpolitik zu konzentrieren.

Denn Ost-Berlin, Moskau und Warschau traten mit Kontakt- und Verhandlungsangeboten an Bonn heran, die von der Regierung nicht ausgeschlagen werden konnten, wollte sie nicht die für den Ausgleich mit dem Osten besonders günstige politische Großwetterlage ungenutzt lassen und möglicherweise nie mehr wiederkehrende Gelegenheiten versäumen. Während der Opposition aber zu den Begegnungen der deutschen Regierungschefs in Erfurt und Kassel wie zuvor schon zur regierungsamtlichen Registrierung der Existenz zweier deutscher Staaten kaum mehr einfiel als ein Lamento über die Aufgabe der gemeinsamen Basis aus den Zeiten der Großen Koalition, baute sie gegenüber den Sondierungsgesprächen *Egon Bahrs* in Moskau eine rigorose und harte Oppositionsstellung auf. Wegen der Vertraulichkeit dieser Gespräche konnte sich die Regierung nicht dagegen wehren. Diese Schwäche wurde von der Opposition voll ausgenutzt. Die Unions-Parteien scheuten nicht einmal davor zurück, für ihren Wider-

stand nationalistische Ressentiments zu mobilisieren.

Dann nahte jener 14. Juni, an dem in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Saarland neue Landtage zu wählen waren. Die Opposition schaute auf diesen Termin, als ob eine kleine Bundestagswahl bevorstünde. Und die Koalition ließ sich auf diese Perspektive ein, obwohl doch die Wähler über ihre Arbeit eigentlich erst 1973 zu urteilen haben. Der CDU/CSU gelang es, die Dreiländerwahlen im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu einer Vertrauensabstimmung über die Regierung Brandt/Scheel zu machen. Die Schwäche der FDP legte eine solche Betrachtungsweise ohnehin nahe. Aber die Opposition trieb die Erwartungen bis zu einem Punkt vor, an dem schon aus geringen Verlusten der Koalitionsparteien in den Ländern eine Spaltung der FDP-Bundestagsfraktion und ein Sturz des SPD-Kanzlers gewissagt wurde. Nur sieben rechtsliberale Überläufer, so die von CDU/CSU-Seite geschickt geschürte Spekulation, brauche die Opposition, um einen eigenen Mann zum Kanzler wählen zu lassen und die Sozialdemokraten aus der Regierung zu verdrängen. Die während des Wahlkampfes auf diese Weise im Regierungslager hervorgerufene Unsicherheit und Defensivstimmung war zweifellos die größte Wirkung, die die Opposition im ersten Jahr erzielen konnte – die größte, wenn auch keine besonders nachhaltige.

Zwar setzten die verängstigten Freien Demokraten, um ja nicht noch mehr rechte Wähler zu verprellen, sogar ihren Ruf als Wegbereiter einer fortschrittlichen Ostpolitik aufs Spiel. Sie hinderten ihren Parteilvorsitzenden *Scheel*, noch vor den Wahlen zu offiziellen Verhandlungen über einen deutsch-sowjetischen Vertrag nach Moskau zu reisen. Sie sorgten auch dafür, daß die Entscheidung über das Grenzarrangement mit Polen über den Wahltermin hinausgezögert wurde. Die gleiche Angst vor schwer kalkulierbaren Wählerreaktionen ließ beide Regierungsparteien zögern, angesichts der steigenden Preise mit einer Demonstration entschlossenen wirtschaftspolitischen Handelns aufzuwarten. Man nahm dabei sogar den unvermeidlichen Ansehensverlust des immer noch populären Bundeswirtschaftsministers *Schiller* in Kauf. Den Wählern, soweit sie überhaupt bundespolitisch dachten, bot sich eine Regierung dar, der offenbar die rechte Traute fehlte, die in entscheidenden Fragen hand-

lungsunfähig zu sein schien. Die CDU/CSU konnte sich vergnügt die Hände reiben.

Wenn aber die Opposition diesen Tiefpunkt der Regierung nicht stärker und nachhaltiger für sich ausbeuten konnte, als sie es mit dem Ziehen aller Propagandaregister tat, so hing das mit Ihrer eigenen Konstitutionsschwäche zusammen, einer Schwäche, die vor allem ein Führungsproblem ist. Jeder Ersatzmann, den die Opposition anstelle von *Willy Brandt* anbieten könnte, leidet unter einem bei knappen Mehrheitsverhältnissen entscheidenden Handicap: Entweder fehlt ihm der hundertprozentige Rückhalt bei der eigenen Fraktion (*Schröder* oder *Kohl*); und wenigstens Ihrer eigenen Leute müßte die CDU/CSU ja völlig sicher sein, wenn sie in der Hoffnung auf nur ganz wenige Überläufer die absolute Mehrheit für Ihren Kandidaten sucht. Oder er ist unakzeptabel für jene nationalliberalen FDP-Leute wie *Mende* und *Zoglmann*, auf deren Stimmen ein neuer CDU-Kanzler angewiesen wäre (*Barzel* oder *Kiesinger*).

Mende vor allem hat dem Mann, den er „Barzellino“ zu nennen pflegt, niemals vergessen, daß er einst mitgeholfen hat, die Regierung *Erhard* auf Strand zu setzen; bei der Gelegenheit bekam ja die politische Karriere des Vizekanzlers *Mende* ihren tödlichen Knick. Aber auch *Kiesinger*, der die FDP im Herbst 1969 zur Rettung seiner Kanzlerwürde zunächst sicher in die siebziger Jahre geleitet, sie dann aber vor Wut über Ihr Zusammengehen mit der SPD aus der deutschen Politik „hinauskatapultieren“ wollte, fände bei den Rechtsliberalen keine Unterstützung.

Außerdem dämmerte inzwischen auch der Opposition, daß Renegaten und Überläufer keine Garantie für die Dauerhaftigkeit einer auf deren Stimmen angewiesenen Regierung sind. Was, so fragten besonnene Unionspolitiker, fangen wir mit einer Mehrheit an, die noch knapper ist als die von *Brandt* und *Scheel*? Und die FDP ließ wissen: Wenn Ihr Überläufer von uns aufnehmt, dann könnt Ihr auch in den Ländern nicht mehr auf uns rechnen. Diesen Hinweis begriff man in Schleswig-Holstein, wo dem FDP-Deserteur *Eisenmann* bei der CDU kein landespolitisches Comeback ermöglicht wird. Diesen Hinweis begriff vor allem auch der Ministerpräsident *Kohl* von Rheinland-Pfalz, der in Mainz zusammen mit der FDP regiert. Von *Kohl* stammt denn auch die neue Marschrichtung für den christlich-

demokratischen Umgang mit Freidemokraten: Entweder es kommen alle oder keiner.

So mußte sich die CDU/CSU trotz der für sie ermutigenden Wahlergebnisse vom 14. Juni wohl oder übel damit abfinden, daß sie in Bonn noch nicht wieder koalitions- und regierungsfähig ist. Ernüchterung breitete sich aus. *Barzels* frühzeitige Mahnung, sich bis 1973 auf die Oppositionsrolle einzustellen, fand endlich Gehör. Es gab kein Schattenkabinett der abgehalfterten Minister. *Kiesingers* Hoffnung auf eine baldige Rückkehr an die Macht zerstoß. Die Drohung mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum hatte sich zwar als wirksames Manöver zur Verwirrung des Regierungslagers erwiesen. Sie verschwand aber in der Versenkung, als sich zeigte, daß einseitig auf das Regieren programmierte Unionspolitiker dadurch zu sehr von der Oppositionsaufgabe abgelenkt wurden. *Barzel*, unterstützt von einer Garde junger Abgeordneter, avancierte endgültig zum eigentlichen Oppositionsführer. Die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien, *Kiesinger* und *Strauß*, spezialisierten sich auf den kompromißlosen Widerstand gegen die Ostpolitik der Regierung. Doch der Fraktionsvorsitzende setzte durch, daß sich die CDU/CSU nicht voreilig auf ein hartes Nein zum deutsch-sowjetischen Vertrag festlegte.

Parallel zur Konsolidierung der Oppositionsfraktion entwickelte sich zum ersten Mal ein Eigenleben der CDU-Parteizentrale. Sichtbares Symbol dafür ist der Bau eines Hochhauses, das auf dem bis vor kurzem ungenutzten CDU-Grundstück an der Friedrich-Ebert-Allee entsteht. Der neue Bundesgeschäftsführer *Rüdiger Göb* will dort mit modernem Management, mit Teamarbeit und Computer eine leistungsfähige Parteizentrale aufbauen. Schon jetzt stehen gut hundert wissenschaftlich trainierte Mitarbeiter zu seiner Verfügung. Jene Godesberger Villa, die dem Ex-Kanzler und Parteichef *Kiesinger* zur Verfügung gestellt wurde, wirkt gemessen an diesem Projekt und am Apparat der Fraktionsführung eher wie ein Partei-Museum; ein Führungszentrum ist daraus gar nicht erst geworden. Die neue Aktivität der Bundesgeschäftsstelle kommt all jenen Unionspolitikern sehr gelegen, die mit einem gewissen Unbehagen verfolgen, wie *Barzel* die Fraktion auch zu seinem persönlichen Instrument gemacht hat. Dieses Unbehagen an *Barzels* wachsender Macht hält auch die Diskussion um einen neuen Parteivorsitzenden in Gang. *Kohl* hat

sein Interesse an diesem Amt bekundet. Bis 1971 freilich heißt der Vorsitzende *Kiesinger*. Das Erstarken der Parteizentrale schafft allerdings ein bisher unbekanntes Problem: die Rivalität zwischen Bundesgeschäftsstelle und Fraktion. Noch scheint *Barzel* in der Vorhand zu sitzen, weil er der einzige ist, der für die CDU und CSU zu sprechen vermag. Gelingt es ihm aber nicht, auch in Zukunft die Widersprüche zwischen den beiden Schwesterparteien wenigstens mit wohlgesetzten Worten auszugleichen, würde zwangsläufig das Gewicht der Parteizentrale zunehmen. Welche Abgründe sich zwischen CDU und CSU noch aufbauen könnten, lassen nicht nur die Auseinandersetzungen um die Ostpolitik der Regierung ahnen. Was die CDU-Programmkommission unter Führung von *Kohl* der Partei als neue Grundsätze empfohlen hat, das könnte zweifellos von Liberalen und Sozialdemokraten eher unterschrieben werden als von *Strauß* oder gar seinem Parteifreund *Pohle*, der in den Diensten des Flick-Imperiums steht. Der CDU-Programm-Parteitag im November muß zunächst einmal zeigen, ob die CDU für sich genommen in der Lage sein wird, ihre vom Katzer-Flügel bis zum Wirtschaftsrat weit auseinanderstrebenden Interessen auszugleichen. Immerhin hat es der Unionsgedanke bisher noch immer vermocht, auch größte Gegensätze unter einen Hut zu bringen. Das Verhältnis zur CSU jedoch wird nur dann eine weitere Aktionseinheit erlauben, wenn der Programmwurf viele fortschrittliche Federn läßt. Alles in allem: Der Zustand der einjährigen Opposition ist keineswegs desolat, wenn er auch Führungsprobleme und zunehmende Programmauseinandersetzungen in sich birgt. Da sich im Wählervolk nach wie vor zwei annähernd gleich starke Blöcke, die eher Konservativen und die Reformfreudigen, gegenüberstehen, darf das Regierungslager nicht in den Fehler verfallen, den innenpolitischen Gegner zu unterschätzen. Wirtschaftliche Rückschläge, nicht erfüllte außenpolitische Erwartungen können der CDU/CSU leicht wieder zu einer Mehrheit verhelfen — bei den nächsten Landtagswahlen, aber auch noch 1973, wenn nicht bis dahin ein überzeugender Katalog vollzogener Innerer Reformen die politische Meinungslandschaft entscheidend zugunsten der Regierung verändert hat.

studentische politik

In Heft 3/1970 u. a.:

- Ulrike Vogel: Wissenschaftliche Hilfskräfte mit und ohne Abschlußexamen
Ortwin Mütter: Probleme beim Wohnneubau. Bemerkungen zu einigen Aspekten studentischen Wohnens
Wolf Schluchter/H. P. Stiche: Studentisches Wohnen als Ausdruck der herrschenden Sozialpolitik
Günter Skrzeba: Wohngeld — nicht für Studenten?
Jürgen Kessler: Die soziale Lage der Studenten. Bemerkungen zu einer Untersuchung des Deutschen Studentenwerkes
Manfred Protze: Studentische Sozialpolitik. Überlegungen zu einer Untersuchung des AstA Göttingen
Manfred Protze: Bericht über die Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) in Kiel vom 21./22. 5. 1970. Kontroversen um die studentische Krankenversicherung
Zusammensetzung der Allgemeinen Studentenausschüsse und der Studentenparlamente an den Wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik
Dokumentation zur sozialen Situation der Studenten

In Heft 4/1970 u. a.:

- Otto Herz/Rudolf Hinkel: betrifft: Brezinka — Analyse einer professoralen Selbstverteidigung
Hermann Brammerts: Die Transformation der Studentenbewegung und die Rekonstruktion des VDS
Ulrich Lohmar: Hochschulreform als gesellschaftspolitische Aufgabe
Eckardt Kanzow: Bildungspolitisches Machtkartell — Entwicklung der Planifikationsoffensive
Buchbesprechungen
Dokumentation

studentische politik

Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Redaktion: Peter Stadie, 8 München 15, Landwehrstraße 37.

Erscheinungsweise: achtmal jährlich. Umfang je Heft etwa 100 Seiten. Einzelheft 5,— DM, Jahresbezugpreis 35,— DM zuzüglich Porto. Bezug durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg 1 - Kölner Straße 149

Die Führer der Freien Demokraten haben, so lautet ein gängiger Vorwurf, durch die Koalition mit der SPD die Existenz ihrer Partei aufs Spiel gesetzt. Und zum Beweis ihrer These verweisen diese Kritiker auf die Wahlniederlagen der FDP und die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Wahr ist, daß die Freien Demokraten noch nie so nahe am Existenzminimum waren wie jetzt und daß der innerparteiliche Streit — wiewohl nicht erbitterter geführt als manche früheren Auseinandersetzungen — diesmal nicht mehr durch einen beruhigenden Abstand zur Fünfprozentgrenze politisch abgefedert ist und immer gleich in die Frage nach dem Fortbestand der Partei mündet. Bedeutete früher ein politischer Fehler der FDP eine Schwächung der Partei, so kann er jetzt den Untergang im Gefolge haben.

Der Vorwurf freilich, die Koalition mit der SPD habe die FDP in Gefahr gebracht, ist zumindest ungenau. Das Wagnis begann wesentlich früher, nämlich als die FDP sich anschickte, das feste Band, das sie an die Union gefesselt hatte, zu zerreißen und Koalitionsefähigkeit nach beiden Seiten anstrebte. Die Koalition mit den Sozialdemokraten blieb lange eine rein theoretische Möglichkeit; in den Bundestagswahlen von 1961 und 1965 noch hatte die FDP sich unter *Erich Mende* den Wählern als Koalitions- und Korrektivpartei der Union empfohlen. Erst die politische Schwäche der Union und ihres Kanzlers *Erhard* beendete dieses Bündnis, aber damals waren bei Sozialdemokraten und Freien Demokraten die Widerstände noch zu groß, als daß sie gemeinsam eine Koalition gewagt hätten.

In der Opposition zur Großen Koalition hat sich die FDP entscheidend verändert. Eine andere Zielsetzung wurde sichtbar, es wurde der Versuch unternommen, die FDP zur neuen Partei des demokratischen Fortschritts zu machen. Dieser Versuch führte die FDP fast zwangsläufig zur Annahme sozialliberaler Positionen und Gedanken. Teils wurden sozialdemokratische Ideen aufgenommen, so die

Erkenntnis, daß rechtsstaatlich abgesicherte Freiheit wenig nützt, wenn sie nicht sozialstaatlich im Sinne der Chancengleichheit abgestützt wird; teils wurde auf ehemalige Kampfpositionen der SPD, die von den Sozialdemokraten in der Großen Koalition nicht mehr so deutlich verteidigt wurden — wie etwa in der Ostpolitik oder bei den Notstandsgesetzen —, das Fähnlein der FDP aufgezo-gen. Auf diese Weise dehnte sich das politische Spektrum der Partei nach links aus — gegen den Widerstand konservativer Führungsfiguren in der FDP, die einer sozialliberalen Gesellschaftspolitik mit größtem Mißtrauen begegneten und sich auf dem Felde der Ostpolitik in die Trutzburg der alten Formeln zurückzogen.

Der Versuch aber, die FDP zu einer dritten großen Partei zu machen — er war vor allem mit dem Namen *Dahrendorf* verbunden —, schelterte. Die Formulierung eines neudurchdachten liberalen Glaubensbekenntnisses, mit dem die kleinste Bundespartei mit der größten politischen Spannweite wieder zu Kraft und Größe gelangen sollte, blieb in den Ansätzen stecken. Die FDP entwickelte sich statt dessen allmählich zur Koalitions- und Korrektivpartei der SPD. Das erste deutlich sichtbare Signal für diese Entwicklung war die Wahl *Gustav Heinemanns* zum Bundespräsidenten; die FDP stimmte mit großer Geschlossenheit für den sozialdemokratischen Präsidentschaftskandidaten.

Mit fortschreitender Polarisation der beiden großen Parteien wurde es für die FDP immer schwerer, als eigenständige Kraft sichtbar zu bleiben, und immer deutlicher wurde die Notwendigkeit, sich für die Koalition mit der einen oder der anderen Partei zu entscheiden. Nach der vorausgegangenen Entwicklung war die Entscheidung unausweichlich: Koalition mit der SPD. Die Koalition mit der CDU hätte die Partei gesprengt, ihren schnellen Tod bedeutet, denn sowohl unter den Wählern wie den Mitgliedern überwogen die Anhänger einer

Koalition mit der SPD bei weitem, der konservative Flügel war schon vor der Wahl zum großen Teil abgebröckelt. Als Leistung der FDP bleibt immerhin zu vermerken, daß sie, obwohl durch die Wahlen böse zerzaust, die Kraft fand, mit großer Geschlossenheit einen SPD-Kanzler zu wählen. Unbestreitbare Tatsache ist es, daß sie den Regierungswechsel in Bonn möglich gemacht hat.

Es ist eine Sache, in spektakulären Abstimmungen, etwa bei der Wahl *Heinemanns* und *Brandts*, geschlossen zu votieren, eine andere Sache ist es, über eine lange Wegstrecke hinweg die Koalition mitzutragen, mehr noch, sie zum Erfolg zu führen, eine Außenpolitik zu stützen, die an die tiefsten nationalen Emotionen rührt, und trotz einer Konjunkturlage, die zur Sparsamkeit zwingt, die kostspielige Infrastruktur für innere Reformen voranzutreiben.

Das Koalitionsprogramm der beiden Parteien war abgewogen; es blieb in der Gesellschaftspolitik hinter der Ausgangsposition der Sozialdemokraten zurück, in der Außen- und Verteidigungspolitik wurden die Wahlkampfpositionen der FDP nicht ganz erreicht. Es war ein fairer Kompromiß. Mit vollem Recht kam *Walter Scheel* zu dem Urteil: „*Noch in keiner Regierungskoalition hat die FDP ihre Zielvorstellungen in einem solchen Umfange einbringen können wie bei der Regierungsbildung 1969. Die wesentlichen Programmpunkte der Wahlkampfplattform von Nürnberg sind in das Regierungsprogramm aufgenommen worden.*“ Jedenfalls rechtfertigt die Koalitionsvereinbarung nicht das Urteil, in der FDP habe sich die „Entwicklung nach links“ fortgesetzt. Trotzdem wird diese Behauptung von konservativen Freien Demokraten und Christlichen Demokraten gleichermaßen verbreitet. Im Koalitionsprogramm ebenso wie in der praktizierten Politik der Koalition findet sie keine Stütze.

Auf dem Feld der Gesellschaftspolitik haben die Freien Demokraten linke Entwicklungen, oder was man heute dafür hält — überbetriebliche Mitbestimmung, Erhöhung der Erbschaftsteuer oder der Steuerlastquote insgesamt —, abgeblockt, sich also eher konservativ profiliert. Wenn man den Vergleich zum neuen Programm-entwurf der CDU zieht, so wirkt die FDP fast wie der letzte Pfeiler liberal-konservativer Gesellschaftspolitik, denn im CDU-Entwurf ist weder die Steuerquote im allgemeinen noch

die Erbschaftsteuer im besonderen tabu, und die Thesen zur Mitbestimmung wurden nur deshalb bisher nicht formuliert, weil sie in der Union umstritten sind. Die FDP hat dagegen bisher nirgends ihre Nürnberger Wahlkampfplattform verlassen.

Etwas anders stellt sich die Situation in der Ostpolitik dar. Hier blieb die Regierungserklärung ja eher etwas hinter dem FDP-Programm zurück; konservative Freie Demokraten konstatieren denn auch befriedigt, die Realisten in der SPD hätten dankenswerterweise die liberalen Entspannungskünstler gezähmt. Die Zufriedenheit währte nicht lange. Die Ostpolitik entwickelte eine Eigendynamik. Das von allen Freien Demokraten — ob nationalliberal oder sozialliberal eingefärbt — seit Jahrzehnten geforderte Gespräch mit dem Osten trat in das Stadium konkreter Verhandlungen ein. Und jetzt bekamen manche Nationalliberalen Bedenken. Sie hatten schon früher das Gespräch mit dem Osten propagiert, weil sie sich direkte und schnelle Fortschritte in der deutschen Frage versprochen. Der Ausgleich mit dem Osten aber, wie er von der Bundesregierung versucht wird, ist als Arrangement auf der Grundlage des Status quo konzipiert, bedeutet zunächst einmal die Hinnahme der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen und auch des zweiten deutschen Staates, um auf dieser Basis einer europäischen Friedensordnung und auch, wenn schon nicht der nationalen Einheit, so doch einer Innerdeutschen Kooperation näherzukommen.

Die beiden Zielrichtungen können in der praktischen Politik im Sinne der Vertretung wohlverstandener nationaler Interessen zu sehr ähnlichen Schlußfolgerungen führen; *Erich Mende*, ein typischer Nationalliberaler, war immerhin einmal ein recht erfolgreicher, die alten Formeln sehr weitherzig interpretierender Gesamtdeutscher Minister. Durch die innerparteiliche Auseinandersetzung aber wurde die Diskussion um diese Zielsetzungen emotional aufgeladen, sie wurde eine Art Glaubenskrieg um den richtigen Kurs der FDP. Die große Kampagne der CDU/CSU gegen Verzichtspolitik und Kapitulation vor kommunistischen Forderungen zeigte auch bei den Nationalliberalen Wirkung; der Mißerfolg in den letzten Landtagswahlen verstärkte diese Wirkung, die Forderung nach einer Kurskorrektur wurde lauter.

Die Nationalliberalen in der Außenpolitik und — noch nicht so deutlich erkennbar — die konservativen Liberalen in der Gesellschaftspolitik sind freilich langsam, aber sicher in die Rolle einer Minderheit gedrängt worden. Ihr organisatorischer Zusammenschluß und Ihre heftigen Attacken gegen die Parteiführung sind Ausdruck der Ohnmacht. Weil sie erkennen mußten, daß sie sich in der Partei nicht mehr durchsetzen konnten, gingen sie in eine Art innerparteiliche Emigration. Sie sammelten sich in der Nationalliberalen Aktion.

Noch geht Ihre Opposition nicht so weit, daß sie die Koalition mit der SPD in Frage stellen; und unbestreitbar scheint, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Koalitionspartnern in Bonn erstaunlich reibungslos gelaufen ist. Es gab nur eine ernsthafte Panne: Außenminister Scheel war über einen Brief des Bundeskanzlers an Gomulka nicht unterrichtet worden. Aber dieser Zwischenfall war das Ergebnis mangelnder Kommunikation, nicht der Ausdruck politischer Meinungsverschiedenheiten. Die SPD, insbesondere die Fraktion, vermied im übrigen selbst jeden Anschein, als wolle sie den kleineren Partner unter Druck setzen. Dies ist sicher nicht nur aus Sympathie für die FDP geschehen, wichtiger war wohl die Überlegung, daß es in dieser Koalition mit ihrer schmalen Mehrheit auf jede FDP-Stimme ankomme. Aber es gibt keinen Zweifel, daß die FDP bisher noch in keiner Koalition mit so fürsorglicher Loyalität behandelt wurde, wie dies im letzten Jahr geschehen ist — ein Sachverhalt, der freilich nicht nur positiv zu Buche schlägt, weil Fürsorge dem Selbstwertgefühl einer Partei auf die Dauer schlecht bekommt. Es hat auch bisher im Kabinett fast nie Partei-auseinandersetzungen gegeben. Wenn im Kabinett diskutiert und abgestimmt wurde, gingen die Fronten quer durch die Parteien.

Im Grunde ist allen führenden Freien Demokraten klar, daß ein Koalitionsbruch die Partei nicht retten könnte. Die FDP ist ohnehin in Gefahr, als unstete Pendlerpartei abgeschrieben zu werden. Wenn sie dieses Vorurteil nicht neu beleben will, muß sie die Legislaturperiode nicht nur widerwillig absitzen, sondern zu einem Erfolg machen. Die Vorbereitungszeit auf die sozialliberale Koalition hat zu einer Massenabwanderung konservativer Wähler zur CDU geführt. Ein Umschwenken zur CDU würde ebenso zu einer Massenabwanderung sozialliberaler Wähler zur SPD

führen. Zu erwarten, daß dieser Verlust durch den Rückgewinn konservativer Wähler schnell und in ausreichender Zahl weitgemacht werden könnte, ist eine blanke Illusion.

Man mag argumentieren, die FDP hätte eben von vornherein Koalitions- und Korrektivpartei der CDU bleiben sollen; dann hätte sie zwar sehr beschelden, aber auskömmlich weiterexistieren können. Ob dieses Argument stimmt, ist sehr zu bezweifeln; beweisbar ist diese Behauptung ohnehin nicht. Für die jetzige Situation ist sie völlig irrelevant, denn wenn es diese Alternative je gegeben hat, so ist sie jetzt verbaut. Gegenwärtig kann die FDP die Koalition mit den Sozialdemokraten nur um den Preis ihres Unterganges verlassen. Pessimisten kommen deshalb zu dem Schluß, die Freien Demokraten hätten nur die Wahl zwischen Gullotine oder Gift — zwischen dem schnellen Tod durch Koalitionsbruch oder dem langsamen in der Koalition.

Die Frage ist, ob diese Koalition wirklich Gift für die Freien Demokraten ist. Etwas praktischer formuliert: Wie kann die FDP überleben? Zwei Bedingungen müssen dafür erfüllt werden: 1. Die Koalition muß über die vier Jahre halten und einigermaßen erfolgreich sein. 2. Die FDP muß innerhalb der Koalition einen eigenen Part spielen, der ausreichend großen Wählergruppen ein Motiv liefert, ihre Stimme der FDP zu geben. Beide Bedingungen sind nicht leicht erfüllbar.

Ob die Koalition hält, hängt einmal von der Geschlossenheit der Bundestagsfraktion ab — und sie war bisher weit geschlossener, als viele Kritiker erwartet hatten —, zweitens von künftigen Landtagswahlen. Setzt sich der Abwärtstrend der FDP fort, erreicht die Partei in Hessen die Fünf-Prozent-Grenze nicht, dann könnte sich die entstehende Panik auf die Bundestagsfraktion übertragen; einzelne Abgeordnete, die mit der jetzigen Parteiführung nicht zufrieden sind und die außerdem damit rechnen müssen, daß sie bei späteren Kandidatenaufstellungen nicht mehr berücksichtigt werden, könnten dann aus Sorge um ihre persönliche politische Existenz zur CDU überschwenken. Wenn dieser Fall überhaupt eintritt — weder verlassen diese Abgeordneten ihre Partei gern, noch ist die CDU an einzelnen Überläufern sonderlich interessiert —, so werden es sicher nicht viele sein, die einen solchen Schritt tun — kaum genug, um einen Regierungswechsel zu ermöglichen.

Schwieriger wird es, wenn die Koalition mit Rücksicht auf potentielle Überläufer in der FDP ihre Politik nicht durchsetzen kann, zum Beispiel den Ausgleich nach Osten, wenn zwar die Koalition — in Bonn wie in Düsseldorf — nicht auseinanderbricht, aber handlungsunfähig wird. In diesem Fall wird das Interesse der SPD an einer konsequenten Politik stärker werden als das Interesse am Erhalt der Koalition. Dann würde die SPD, um einen guten Abgang aus der Regierungsverantwortung zu haben, wahrscheinlich nur noch wenig Rücksicht auf den Koalitionspartner nehmen können. Wie immer das Ende der Koalition käme, durch konstruktives Mißtrauensvotum mit Hilfe von FDP-Stimmen oder durch Neuwahlen — die FDP würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgelöscht. Wer die FDP erhalten will, muß auch den politischen Erfolg der Koalition wollen.

Eine einigermaßen erfolgreiche Fortsetzung der Koalition bedeutet aber noch keine Überlebensgarantie für die FDP. Der kleinere Koalitionspartner kann nicht ohne den beschränkten Konflikt überleben. Etwas weniger aggressiv formuliert: Die FDP muß ihren spezifischen Beitrag zur Koalition deutlich machen, positiv in der Durchsetzung ihrer Ziele, negativ in der Abwehr von Entwicklungen, die den eigenen Zielvorstellungen nicht entsprechen. Die eigene politische Rolle der FDP muß für den Wähler sichtbar werden. In der Koalition mit der Union waren solche Unterschiede traditionell gegeben, im Bündnis mit der SPD müssen diese Unterschiede erst noch sichtbar gemacht werden.

Hier ergibt sich eine Schwierigkeit; eine so umkämpfte Koalition wie die zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten konnte nicht gleich mit dem beschränkten Konflikt beginnen. Zunächst einmal mußte die Basis der Gemeinsamkeit gesichert werden, denn nur auf dieser Basis, auf der Grundlage der eindeutigen und auf geraume Zeit nicht revidierbaren Grundsatzentscheidung für die Koalition, ist es wahlstrategisch überhaupt sinnvoll, die Verschiedenheit zu akzentuieren. Grundbedingung für den politischen Erfolg einer Korrektivpartei innerhalb der Koalition ist es, daß die Koalition selber nicht in Frage gestellt wird. Es übersteigt auch die Kräfte einer kleinen Koalition, in allen Fragen als Korrektiv wirken zu wollen.

Zweifelhaft ist es zum Beispiel, ob die FDP als außenpolitische Korrektiv-Partei Erfolg haben kann. Sie war während der Großen Koalition Vorreiter der Ostpolitik, sie wurde nicht zuletzt deshalb gewählt, weil viele Bürger sich von der SPD/FDP-Koalition die Verwirklichung dieser Politik erhofften. Grundlage der Koalition war ja die prinzipielle Zustimmung beider Koalitionspartner zu dieser Ostpolitik. Wenn also Korrekturbemühungen der FDP über die Methode hinaus an die Substanz gehen — und manche FDP-Aktion erweckte in den letzten Monaten, vielleicht zu Unrecht, diesen Eindruck —, wird die Partei selber unglaubwürdig. Anders ist es in der Gesellschaftspolitik. Hier sind schon in der Koalitionsvereinbarung manche Komplexe — zum Beispiel die überbetriebliche Mißbestimmung — als nicht durchführbar ausgeklammert worden. Hier gibt es in der SPD (im übrigen auch in der CDU) eine nicht ungefährliche Tendenz zum unreflektiert-dogmatischen Sozialstaat. Man würde sich zwar wünschen, daß die FDP nicht mit altliberaler Argumentation gegen den Sozialstaat überhaupt argumentiert, denn es geht nicht darum, den Sozialstaat zu verhindern — dies wäre eine Illusion —, das Problem lautet vielmehr, wie innerhalb des Sozialstaats liberale Freiheitsräume eingeplant werden können. Immerhin, auf diesem Feld könnte und sollte eine liberale Partei die Flagge zeigen. Kann sich die FDP wieder fangen? Niemand wird eine ganz sichere Antwort auf diese Frage geben können. Sicher ist nur, daß die FDP im vollen Sinne des Wortes auf Gedeih und Verderb an die Koalition in Bonn gebunden ist.

Das erste Jahr

Bericht über die praktische Politik
der Bundesregierung Willy Brandt

Willy Brandt sagte in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969: „Die Politik dieser Regierung wird also im Zeichen der Kontinuität und im Zeichen der Erneuerung stehen.“ Dieser Satz umreißt das große Aufgabenfeld, das sich die sozialliberale Koalition nach jenem denkwürdigen 28. September des letzten Jahres stellte, an dem der Weg zu einer Wachablösung in Bonn geebnet worden war.

Willy Brandt war es auch, der das Wort von den „Inneren Reformen“ prägte. Politische Beobachter der Bonner Szenerie waren der Meinung, die Bundesregierung habe sich damit eine fast unlösbare Aufgabe gestellt, da sich angeblich SPD und FDP vielleicht in der Außenpolitik würden einigen können, daß jedoch auf fast allen innenpolitischen Gebieten die Gegensätze unüberwindlich sein würden. Der Ausgangspunkt dieser Regierung war in der Tat schwierig, und ihr künftiger Weg sei — so glaubte man — mit Dornen gespickt. Doch die Wahlkampfaussagen der beiden Parteien deuteten schon auf das gemeinsame Ziel hin. Die Sozialdemokraten wollten das „moderne Deutschland schaffen“, und die Freidemokraten versprachen „Sie können Deutschland verändern — F. D. P.“ Bei beiden der Trend zur Reform. Und dieser Wille zur Reform für ein modernes Deutschland ließ die beiden Parteien eine erfolgreiche Regierungsarbeit leisten, ließ, nach allem was bisher zu übersehen ist, das Ziel, das „moderne Deutschland“, in greifbare Nähe rücken.

Willy Brandt und seine Ministermannschaft stürzten sich nicht plan- und konzeptlos in die Regierungsarbeit. Ihnen ging es nicht um leuchtende Effekte für die „ersten 100 Tage“, sondern sie ebneten die politische Landschaft nach einem „ausgeklügelten Fahrplan“ für die „Inneren Reformen“. Dabei wurde von der Erkenntnis ausgegangen, daß es in der Bundesrepublik eine Vielzahl verkrusteter gesellschaftlicher Traditionen gibt, die dem Menschen das Leben schwermachen und die abgebaut werden müssen. Da galt es zunächst einmal eine

Diagnose zu stellen, die Wunden aufzuzeigen, woran diese Gesellschaft und der Staat kranken. Die betroffenen Minister legten im ersten Jahr Berichte für ihr Ressort vor, in denen die Probleme aufgezeigt und langfristige Lösungen angeboten wurden.

Um die langfristigen Programme verwirklichen zu können, müssen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesregierung bereitete den Weg zu den „Inneren Reformen“ — was die finanzielle Seite angeht —, als sie im Sommer dieses Jahres die konjunkturdämpfenden Maßnahmen ergriff. Denn es hat wenig Sinn, in einer Zeit überschäumender Konjunktur Hochschulen zu bauen oder Straßen in Auftrag zu geben oder Krankenhäuser fertigzustellen.

Wie wenig jedoch diejenigen Recht haben, die da sagen: von Reformen reden, aber nichts tun, geht aus einer Zusammenstellung der bisherigen Regierungsarbeit hervor. Unverzüglich und ohne den Weg für langfristige Programme zu verbauen, hat die SPD/FDP-Regierung in den wichtigsten Bereichen der Innenpolitik erste entscheidende Maßnahmen ergriffen. Willy Brandt hatte „mehr soziale Gerechtigkeit“ versprochen. Die Regierung hat bereits Teile dieses Versprechens eingelöst. Da ist zum Beispiel das Dritte Vermögensbildungsgesetz. Bereits bei den Beratungen des Gesetzentwurfs hatten 7,4 Millionen Arbeitnehmer ihr Spargeld vermögenswirksam angelegt; vorher waren es 4,5 Millionen. Die Gewerkschaften bauten teilweise vermögenswirksame Leistungen in die Tarifverträge ein, so daß heute mindestens 12 Millionen Arbeitnehmer von diesem Gesetz profitieren; das ist über die Hälfte aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

Mit dem Dritten Vermögensbildungsgesetz wurde gleichzeitig eine soziale Ungerechtigkeit beseitigt. Während nach dem zuvor geltenden Recht der gesparte Betrag steuer- und sozialversicherungsfrei war und somit die Höherverdienenden besonders begünstigt wur-

den, bekommt der Arbeitnehmer nach der neuen Regelung zusätzlich zu der Sparprämie eine Zulage von 30 Prozent des vermögenswirksam angelegten Betrages.

Dadurch wird verhindert, daß es durch die Befreiung des Sparbetrages von den Sozialabgaben – besonders bei Frühinvalidität – zu Minderungen der Renten und zu Nachteilen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung kommt. Durch die Einführung von Einkommensgrenzen wurde zudem die Sparförderung sehr gut verdienender Arbeitnehmer nach oben begrenzt.

Neben den Kleinverdienern litt noch eine andere gesellschaftliche Gruppe in der Bundesrepublik besonders stark unter den Versäumnissen in der Vermögens- und Einkommenspolitik der letzten 20 Jahre: die Rentner. Bereits im Sommer 1969 wurde ihr zweiprozentiger Beitrag zur Krankenversicherung wieder gestrichen. Er war nach dem wirtschaftlichen Rückgang der Jahre 1965 und 1966 zur Sanierung des Bundeshaushaltes notwendig geworden. Nach Überwindung der Krise wäre es aber ungerecht gewesen, gerade die Rentner weiterhin zur Entlastung des Haushaltes heranzuziehen.

Außerdem dynamisierte die sozialliberale Koalition die Kriegsoffizierrenten. Nach dem bewährten Vorbild der gesetzlichen Rentenversicherung werden jetzt auch diese Renten ständig dem wirtschaftlichen Wachstum angepaßt.

Bereits am 1. Januar 1970 wurden die Kriegsoffizierrenten um durchschnittlich 20,6 Prozent erhöht, die Witwenrente um 25,3 Prozent und die anderen Renten um rund 16 Prozent. Schon heute lassen sich die Steigerungsraten bis zum Jahre 1974 übersehen: 5,5 Prozent, 6,3 Prozent und 8,3 Prozent.

Einen besonderen Vorteil noch bringt diese Reform den 375 000 Kriegerwitwen, die einen Anspruch auf Schadensausgleich haben. Die Bemessungsgrundlagen werden der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt. Somit können die Kriegerwitwen nicht nur mit einer Verbesserung ihrer Bezüge um 5,5 Prozent, sondern mit einer Erhöhung der Leistungen rechnen, die bis zu 20 Prozent ausmacht.

Kinderreiche Familien müssen in ihrem Lebensstandard häufig hinter anderen Bürgern zurückstehen. Um ihre Einkommensverhältnisse schon vor der geplanten Reform des

Familienlastenausgleichs zu verbessern, legte die Regierung den Entwurf eines Kindergeldgesetzes vor, durch den der Betrag für das dritte Kind von 50 auf 60 Mark angehoben werden soll. Auch Familien mit nur zwei Kindern werden von diesem Gesetz profitieren, da die Einkommensgrenze für die Berechnung des Zweitkindergeldes erhöht werden soll.

Einen berechtigten Nachholbedarf meldeten auch die Empfänger von Unterhaltsbeihilfe an. Inzwischen hat die Regierung den Entwurf eines „Zweiten Unterhaltshilfearbeitungsgesetzes“ vorgelegt, nach dem die Sätze der Unterhaltshilfe, die das letztmal 1967 erhöht wurden, der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden. Auch die Möglichkeit zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung wird durch einen entsprechenden Regierungsentwurf verbessert, der ebenfalls den gesetzgebenden Körperschaften bereits vorliegt. Dringend notwendig war auch die Änderung des Gesetzes über die Altershilfe für Landwirte. Die bisher unzureichende Landabgaberente wird nach dem vorliegenden Entwurf erheblich verbessert werden. Die Unterhaltsätze für Umschüler, deren zusätzliche Ausbildung längere Zeit erfordert, wurden dynamisiert.

Eine wesentliche Verbesserung der sozialen Sicherheit der Angestellten wird das Zweite Krankenversicherungsänderungsgesetz bringen, das die Regierung dem Gesetzgeber im Frühjahr vorgelegt hat. Alle Nichtversicherungspflichtigen sollen künftig den Arbeitgeberanteil erhalten. Die Versicherungspflichtgrenze wird auf 75 Prozent der allgemeinen Bemessungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben und später zusammen mit diesem Satz kontinuierlich steigen. Am 1. Januar 1971 – dem Zeitpunkt, an dem das Gesetz in Kraft treten soll – wird die Versicherungspflichtgrenze 1425 Mark betragen. Diejenigen, die auch weiterhin nicht versicherungspflichtig sind, können einmalig zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung wählen.

Wie ernst Willy Brandt es meinte, als er erklärte, seine Regierung werde sich besonders der Menschen annehmen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, zeigt ein Gesetz, das vor der Sommerpause in erster Lesung beraten wurde: das Gesetz über die Stiftung für das behinderte Kind. Dieses Gesetz wird zunächst einmal den Contergan-Kindern rasche

und unbürokratische Hilfe bringen. In Zukunft werden aber auch die rund 500 000 Kinder mit körperlichen, geistigen und seelischen Schäden Hilfen aus diesem Gesetz bekommen.

Im Ausschuß für Wirtschaft und im Rechtsausschuß des Bundestages wird zur Zeit ein Regierungsentwurf für die Änderung des Abzahlungsgesetzes beraten. Er sieht vor, daß bei Ratenkäufen an der Haustür der Käufer innerhalb einer gewissen Frist den Vertrag rückgängig machen kann. Das ist ein erheblicher Fortschritt, denn ein unüberlegter Ratenkauf kann eine ganze Familie ins Unglück stürzen, wenn ihr die finanziellen Verpflichtungen plötzlich über den Kopf wachsen.

So wie diese einschneidenden Maßnahmen auf sozialem Gebiet häufig im ostpolitischen Geschrei der Opposition untergingen, wurden auch Reformen, die aus dem Bundesjustizministerium kamen, nicht recht zur Kenntnis genommen. Minister *Jahn* und die Koalitionsparteien zogen sich den Unmut der Opposition zu, als ein Gesetz verabschiedet wurde, das denjenigen Demonstranten Straffreiheit zusichert, die sich nicht aktiv an Ausschreitungen beteiligt haben. Die noch aus dem Kaiserreich stammende Vorschrift über den „Auflauf“ wurde entschärft, die über Aufruhr und Landfriedensbruch zusammengefaßt. Durch diese neuen Gesetze — Bestandteil der großen Strafrechtsreform — gelang es der Regierung, das Strafgesetzbuch den Vorschriften des Grundgesetzes anzupassen, die Rechtssicherheit auf diesem Gebiet wiederherzustellen und einen Schlußstrich unter die Eskalation der Gewalt zu ziehen.

Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang auch die Regierungsentwürfe zur Beschleunigung der Zivilprozesse, die Verkürzung der Juristenausbildung und die Einführung eines Mitwirkungsrechtes der Richter bei der Wahl der Gerichtspräsidenten. Eine spürbare Verbesserung in diesem Bereich bringt auch der Entwurf eines Zentralregistergesetzes, das alle Strafregistereinträge zentralisiert und die Lösungsfristen verkürzt, um straffällig gewordene Mitbürger besser resozialisieren zu können.

Daß es für *Willy Brandt* nicht nur ein hohles Versprechen war, als er ankündigte, man werde sich bemühen, das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land einzuebnen (unter dem Stichwort: Gleiche Bildungschancen für alle), wurde deutlich, als das Ausbildungsförderungsgesetz

verabschiedet wurde. In Zukunft werden alle Kinder ihren Fähigkeiten gemäß ausgebildet werden können. Nicht mehr der Geldbeutel der Eltern entscheidet über den Schulbesuch. Arbeiterkinder haben das gleiche Recht wie die Sprößlinge reicher Eltern.

Von dem Ausbildungsförderungsgesetz werden rund 500 000 Schüler und Schülerinnen betroffen. Das Gesetz schneidet einen „alten Zopf“ ab, denn die Förderung wird nicht mehr nur „überdurchschnittlich Begabten“ zuteil, sondern die Beihilfe wird schon gezahlt, wenn der Leistungsstand als „ausreichend“ angesehen wird. Diese Bestimmung soll eine Bevorzugung von Kindern abbauen, die wegen günstigerer Umweltbedingungen besser lernen können.

Neben dem so oft beanspruchten Elternrecht gibt es auch eine Elternpflicht. Und dazu gehört die Verantwortung für die Ausbildung der Kinder. Das wird in dem Gesetz in jenem Absatz berücksichtigt, in dem von den Voraussetzungen für die Beihilfe die Rede ist. Der Zuschuß wird nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze gezahlt. Damit soll verhindert werden, daß — ähnlich dem „berühmtberühmten“ Pennälergehalt — das Kind eines Generaldirektors ebenso aus dem Steuertopf gefördert wird wie die drei Kinder seines Fahrers.

Eine für das politische Vorstellungsvermögen der CDU/CSU „revolutionäre Idee“ entwickelte Wissenschaftsminister Professor *Leussink*, als er — mit Hilfe eines Verwaltungsabkommens — mit den Ländern zusammen die bildungspolitischen Probleme der 70er und 80er Jahre an eine gemeinsame Bildungskommission überwies. Diese Kommission soll ein ständiges Gesprächsforum für Bund und Länder berührende Fragen des Bildungswesens und der Forschungsförderung werden. Sie ist beauftragt, einen langfristigen Rahmenplan für eine zukunftsorientierte Entwicklung des gesamten Bildungswesens auszuarbeiten. Aus dem langfristigen Rahmenplan sollen später dann mittelfristige Stufenpläne sowie Einzel- und Teilpläne entwickelt werden. Erstmals wird diese Kommission ein Bildungsbudget mit konkreten Finanzierungsvorschlägen für den Gesamtplan vorlegen. Man geht dabei davon aus, daß der Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben bis 1975 auf 25 Prozent steigt. Ferner wird damit gerechnet, daß 1975 etwa sechs Prozent und 1980 gar acht Prozent des Brutto-

sozialprodukt für Bildung und Wissenschaft aufgewandt werden.

Die Kommission nahm am 29. Juli ihre Arbeit auf. Es wird damit gerechnet, daß die ersten Ergebnisse der Ausschubarbeit bereits innerhalb der nächsten zwölf Monate vorliegen werden. Der Rahmenplan soll die Weichen für das nächste Jahrzehnt stellen und darüber hinaus die langfristige Finanzierung sicherstellen. Damit wird erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein gemeinsamer und verbindlicher Plan von Bund und Ländern für das Bildungswesen vorgelegt werden. Auch damit verwirklicht die Regierung Brandt/Scheel einen wesentlichen Teil ihres Reformprogramms.

Parallel zu den Reformen auf gesellschafts- und bildungspolitischem Gebiet wird dafür gesorgt, daß unsere Wirtschaft den modernen Erfordernissen angepaßt wird und gestärkt in das kommende Jahrzehnt gehen kann. Dabei legt die Regierung vor allem Wert auf eine Strukturpolitik, die koordiniert durchgeführt wird. Ferner gilt es dafür Sorge zu tragen, daß auch die wirtschaftlich schwachen und unterentwickelten Räume am allgemeinen Wachstum teilhaben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden regionale Aktionsprogramme erarbeitet.

Wie richtig das Strukturprogramm der Bundesregierung angelegt ist, beweisen die im Mai dieses Jahres vorgelegten Zahlen. Bereits jetzt ist die Errichtung von 44 000 Dauerarbeitsplätzen in den Räumen des Aktionsprogramms in Angriff genommen worden. Die Umstrukturierung der ländlichen Gebiete und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze für abwandernde Landwirte läuft schneller an als erwartet. Die Gesundung und Umstrukturierung der Steinkohlenbergbaugebiete an Ruhr und Saar ist weit fortgeschritten. 118 000 neue Arbeitsplätze werden dort zur Zeit geschaffen. Bis zum 1. April war in den Steinkohlenbergbaugebieten ein Investitionsvolumen von 12,5 Milliarden DM geplant.

Die Bundesregierung will den kleinen und mittleren Unternehmen die Anpassung an den technischen Fortschritt und an wirtschaftliche Strukturveränderungen weiterhin erleichtern, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Hierfür stellt die Bundesregierung Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt, zinsgünstige ERP-Kredite, Bürgschaften oder Rückbürgschaften zur Risikominderung bereit.

Der Bundesregierung geht es darum, eine

gesunde Wirtschaft mit einer Vielzahl von Unternehmensformen und -größen zu erhalten. Die Aufstockung der Kredithilfen um 20 Prozent gegenüber 1969 dient darum vor allem der Produktivitätssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch der von 285 Millionen im letzten Jahr auf 342 Millionen DM aufgestockte ERP-Wirtschaftsplan hat dies zum Ziel und nicht eine ungezielte „Gießkannen-Subvention“.

Das „moderne Deutschland“ beginnt in der kleinsten „Zelle“: der Gemeinde. Die sozialliberale Koalition tat also einen weiteren Schritt in diese Richtung, als sie in den Richtlinien für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur des regionalen Förderungsprogramms Zuschüsse des Bundes bis zu 60 Prozent der Investitionskosten vorsah. Eine erhebliche Hilfe für die Stadtväter wurde mit der Möglichkeit geschaffen, für den kommunalen Vorraterwerb für Industriegelände in gewerblichen Schwerpunkten – davon gibt es in der Bundesrepublik 250 – zinslose Kredite zu geben. Schließlich sind für 1970 die zinsgünstigen ERP-Kredite in Höhe von 125 Millionen für solche kommunalen Investitionen vorgesehen, die die Attraktivität der gewerblichen Schwerpunkte weiter erhöhen.

Bleibt noch anzumerken: Auch hier greifen die Einzelmaßnahmen der Bundesregierung nahtlos ineinander über. Denn die Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik sollen nach Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes durch Finanzierungshilfen des Bundes zur Förderung der städtebaulichen Erneuerung und Entwicklung ergänzt und unterstützt werden.

Wenn man von „Inneren Reformen“ spricht, geht es nicht darum, spektakuläre Maßnahmen zu ergreifen. Reformpolitik, gerade dann, wenn sie dem Menschen in diesem Staat dienen soll, bedeutet hartes und unerbittliches Ringen um Geld und Finanzierungspläne. Der Wille einer Regierung zur Reform wird deutlich erkennbar aus den von ihr vorgelegten Haushaltsplänen. In dem gleichen Maße, in dem die finanzpolitischen Prioritäten gesetzt werden, werden Reformen Wirklichkeit werden. Der von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsplan 1971 ist eine eindeutige Aussage und ein klares „Ja“ der sozialliberalen Koalition zur Politik der „Inneren Reformen“.

Erstmals wird ein Haushalt die 100-Milliardengrenze überschreiten. Gegenüber dem Vor-

Jahr werden die Ausgaben um zwölf Prozent wachsen. Das Entscheidende an diesem Haushalt ist jedoch die Verteilung der Finanzmasse. Die Schwerpunkte liegen bei Bildung und Wissenschaft mit einer Steigerung von 43 Prozent, bei Städte- und Wohnungsbau mit einer Steigerung von rund 43 Prozent und beim Verkehrshaushalt mit einer Steigerung von rund 14 Prozent.

Einem Thema, das anzufassen sich frühere Minister immer scheuten, widmete *Helmut Schmidt* seine Aufmerksamkeit. Erstmals in der Geschichte der Bundeswehr wurde eine „kritische Bestandsaufnahme“ durchgeführt. Dabei ging es nicht um neue Waffensysteme, sondern ausschließlich um die Soldaten, die als „Arbeitskräfte“ des Bundes betrachtet werden müssen. Daraus ergibt sich für den Verteidigungsminister eine Fürsorgepflicht. So wurde denn bei der „kritischen Bestandsaufnahme“ auch deutlich, daß sich gerade der soziale Sektor in der Bundeswehr in einem recht desolaten Zustand befindet. Schon in den ersten Monaten seiner Amtszeit gelang es *Helmut Schmidt*, die größten Härten abzubauen.

So sorgte er zum Beispiel dafür, daß die Besoldung verbessert, der sogenannte Gammeldienst durch eine moderne Ausbildung ersetzt wird, daß insbesondere die Zeitsoldaten die Möglichkeit zur Fortbildung erhalten und Abiturienten sich schon während ihrer Dienstzeit als Wehrpflichtige auf ihr späteres Studium vorbereiten können. *Helmut Schmidt* setzte ein deutliches Zeichen, als er zugunsten einer besseren sozialen Stellung der Soldaten den Verteidigungshaushalt umschichtete und Gelder aus dem Beschaffungsprogramm für soziale Zwecke einsetzte.

Aber auch das Gefüge der Bundeswehr schlechthin bedurfte und bedarf einer Reform. Einen ersten Schritt tat der Verteidigungsminister mit dem Plan, die Laufbahnen der Offiziere stärker aufzufächern. Außerdem erkannte er, daß in einer modernen Armee das Leistungsprinzip stärker berücksichtigt werden muß. Fähige junge Männer sollen die Chance haben, aufgrund ihrer Qualifikation schneller zu avancieren. Ein Weiteres, das zur Reform der Bundeswehr beitragen wird, ist die Absicht — im Verteidigungsweißbuch niedergeschrieben —, das Rüstungsmaterial zu standardisieren. *Helmut Schmidt* will Schluß machen mit der Vielzahl der Typen, von der

letztendlich nur die Rüstungslobby einen Gewinn hat.

In seiner Regierungserklärung stellte *Willy Brandt* fest: „Die Regierung muß bei sich selbst anfangen, wenn von Reformen die Rede ist!“ Genau das tat das sozialliberale Kabinett, als Kanzler und Minister ihr Amt antraten. Die Zahl der Ministerien wurde verringert, eine erste Flurbereinigung der Ressortzuständigkeiten vorgenommen, das Bundeskanzleramt und die Ministerien in ihren Strukturen modernisiert. Das war eine dringende Notwendigkeit, denn man kann einen modernen Staat im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mit Methoden vom Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts führen. Die Bundesregierung setzte damit aber auch ein Signal, deutete ihren Willen zur Reform an. Dieses Signal verhalte nicht, seine Wirkung und seine Bedeutung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Arbeit dieser Regierung.

Wenn hier festgehalten wird, was Regierung und die Mehrheit des Bundestages bereits konkret an innenpolitischen Reformen geleistet haben, so soll nicht unterschätzt werden, wie wichtig neben der „guten Nachbarschaft im Innern“ (*Willy Brandt*) auch das Bestreben ist, den anderen Völkern gute Nachbarn zu sein und zu werden. Auch hier türmen sich vor dem Bundeskanzler und seinem Außenminister die Probleme auf. Und trotzdem kann die SPD/FDP-Regierung schon auf beträchtliche Erfolge hinweisen. Mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und des deutsch-sowjetischen Vertrages über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit sowie mit den Gesprächen mit Polen und der DDR ist ein Anfang für die Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn gemacht; und auch in den Bemühungen um eine Einigung Europas gibt es nicht zuletzt wegen der neuen Bonner Politik wesentliche Fortschritte.

Diese Regierung hat in Ihrer elfmonatigen Amtszeit Erhebliches geleistet; mehr als frühere Regierungen in Jahren. Sie hat im Frühjahr und Frühsommer den Grundstein gelegt und begonnen, das Gerüst zu errichten. Niemand erstellt beim Hausbau als erstes das Dach. Nicht anders kann der Weg in der Politik sein. Man muß vor allem anderen erst einmal die Fundamente einlassen, um darauf aufbauend Programme zu verwirklichen. Das Gerüst beweist, daß die Regierung Brandt/Scheel und die sie tragenden Parteien gewillt sind —

gegen alle Widerstände —, Ihr Programm der inneren Reformen zu verwirklichen. Ziegelsteinen beim Hausbau vergleichbar wird das politische Gerüst nun Gesetz um Gesetz erfüllt. Am Ende wird das Wahlversprechen eingelöst sein: „Wir schaffen das moderne Deutschland!“

20 Jahre Bundesrepublik 10 Jahre Godesberger Programm der SPD

Sonderheft der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“. 104 Seiten, 2,- DM.

Aus dem Inhalt:

**Willy Brandt:
Die Alternative**

**Gespräch mit Dr. Gustav Heinemann:
Friede muß bleiben**

**Herbert Wehner:
Das Rückgrat der Bundesrepublik**

**Arno Wend:
So entstand die SED**

**Carl-Heinz Evers:
Berlin — Prüffeld des Neuen!**

**Georg-August Zinn:
Der große Plan**

**Heinrich G. Ritzel:
20 Jahre Bundestag**

**Kurt Gscheidle:
Die Demokratie auf dem Prüfstand**

**Willy Eichler:
Wissen ist Macht!**

**Hans-Werner Richter:
Bilanz! Bilanz?**

**Gerhard E. Gründler:
Das angeknackste Staatsbewußtsein**

**Gespräch mit Dr. Bruno Kreisky:
Sozialdemokratie und Kommunismus**

**Verlag
Neue Gesellschaft
GmbH**

53 Bonn-Bad Godesberg 1 • Kölner Str. 149

Finanzplanung 1970 bis 1974 – die Basis der inneren Reformen

Die Bundesregierung hat am 9. Juli 1970 den Entwurf zum Bundeshaushalt 1971 und die Finanzplanung bis 1974 verabschiedet. Sie ist damit den Vorschriften der neuen Haushaltsordnung nachgekommen. Dieser frühe Termin stellt sicher, daß Haushalt und Finanzplanung den Abgeordneten des Deutschen Bundestages nach der Sommerpause vorliegen werden. Das Parlament hat dann Zeit genug, den Bundeshaushalt 1971 gründlich zu beraten und ihn trotzdem termingerecht im Dezember zu verabschieden. Der Bundeshaushalt 1971 wird damit der erste Haushalt in der Bundesrepublik sein, der bereits vor Beginn des Haushaltsjahres mit Gesetzeskraft verabschiedet ist.

Die Verabschiedung des Haushalts 1971 zu diesem frühen Zeitpunkt hat in der Öffentlichkeit Kritik gefunden, vor allem deshalb, weil nur zwei Tage vorher das Bundeskabinett das konjunkturpolitische Stabilisierungspaket beschlossen hatte. Man warf der Bundesregierung zumindest taktisch unkluges Verhalten vor, wenn nicht auch die Zuwachsraten des Haushalts und der Finanzplanung generell kritisiert wurden.

Nun kann man über taktisches Vorgehen streiten. Die termingerechte und ordnungsgemäße Verabschiedung des Haushalts sollte jedoch gegenüber taktischen Überlegungen den Vorrang haben. Auch hat die Bundesregierung keinen Anlaß, sich der für 1971 vorgesehenen Zuwachsrate der Bundesausgaben um 12,1 % zu schämen. In dieser Zuwachsrate wird der Wille der Bundesregierung zur Erfüllung der inneren Reformen konkretisiert. (Bei der Art, in der in der Bundesrepublik Kritik geübt wird, erscheint es schon kaum noch merkwürdig, daß ausgerechnet jene Kreise am lautesten gegen diese Zuwachsrate von 12 % argumentieren, die vorher permanent die Bundesregierung nach dem endlichen Beginn der inneren Reformen gefragt haben.)

Die Steigerungsrate des Haushalts 1971 und das Paket von Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur stehen auch nicht in Wider-

spruch, sondern ergänzen einander. Die Stabilisierungsmaßnahmen sind darauf gerichtet, die sich bereits abzeichnenden Entspannungstendenzen der seit drei Jahren anhaltenden Hochkonjunktur im Verlauf der nächsten Monate zu verstärken. Die gegenüber den Vorjahren recht kräftigen Ausgabensteigerungen des Haushalts 1971 beginnen ab 1. Januar 1971, d. h. fast sieben Monate nach Verabschiedung des Stabilisierungspakets. Sie müßten zu diesem Zeitpunkt genau in die konjunkturpolitische Landschaft passen und können dann die notwendige „Umrüstung“ der Schwerpunktverlagerung zu den öffentlichen Investitionen einleiten.

In der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik besteht Einigkeit darüber, daß die ungelösten Umweltfragen immer brennender werden. Der „Wohlstandsmüll“ erstickt unsere Städte, Nahverkehrsnetze und Autobahnen sind hoffnungslos überlastet. Die Ausstattung der Mehrzahl der Krankenhäuser in der Bundesrepublik entspricht nicht entfernt den Möglichkeiten der modernen Medizin. 25 Jahre nach Kriegsende haben immer noch 6,3 Millionen Wohnungen – das sind 35 % aller Wohnungen – kein Bad und 4,1 Millionen haben keine Toilette, 800 000 Familien wohnen in Notunterkünften. Die Verhältnisse der Bildungspolitik in den vergangenen Jahren haben nicht nur die Studenten auf die Straßen getrieben. Sie machen sich auch in der im Vergleich zur steigenden Kapitalintensität langsamer wachsenden Arbeitsproduktivität bemerkbar.

In ihren Projektionen für das Jahr 2000 kommen *Kahn* und *Wiener* zu dem Ergebnis, daß in der Bundesrepublik die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums relativ schwächer werden und daß die Bundesrepublik in der Entwicklung der Einkommen je Einwohner bis zu diesem Zeitpunkt von Japan und der DDR überholt werden wird. Während 1965 das Brutto-sozialprodukt je Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland 1900 US-\$ betrug und in der DDR 1600 US-\$, werden für das Jahr 2000 für die Bundesrepublik 7800 US-\$, für die DDR

8400 US-\$ projiziert. Die entsprechenden Zahlen für Japan liegen bei 900 US-\$ 1965 und 8600 US-\$ im Jahre 2000. (H. Kahn und A. J. Wiener, „The year 2000“, New York 1967, Seite 163 ff.) Diese Verlangsamung der Wachstumsraten ist in erster Linie auf den relativen Bildungsrückstand der Bundesrepublik zurückzuführen. (In der Ende 1969 abgeschlossenen Prognos-Studie — Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums — heißt es zu der auch von den Verfassern dieser Studie festgestellten Wachstumsverlangsamung in der Bundesrepublik: „Die Ursachen für diesen Rückgang lassen sich nur vage abschätzen. Eindeutig ist die mangelnde Bildungsintensivierung. Vor dem Kriege war Deutschland unter den entwickelten Industrieländern in bezug auf die Bildungsintensität der Arbeitskräfte Spitzenreiter. Mittlerweile ist sie jedoch ans Schlußlicht geraten, im Gegensatz zu Japan, das seine Nachkriegswachstumsrate durch anhaltende Bildungsintensivierung auf hohem Niveau zu halten vermochte.“ Diese Interpretation wird auch nicht durch das „Produktivitätswunder“ 1968/69 widerlegt. Der hohe Produktionsanstieg in den letzten Jahren ist in erster Linie das Ergebnis der Verjüngung des Kapitalstocks, darf aber nicht dazu verführen, die Auswirkungen der Infrastruktur auf das langfristige Wachstum wiederum zu übersehen.) Während in den 50er Jahren die Volkswirtschaft der Bundesrepublik noch von dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Bildungsvorsprung zehrte, ist in den letzten zwei Jahrzehnten der Umschlag bereits eingetreten. Die dringende Notwendigkeit, hier gründlich Wandel zu schaffen, hat dazu geführt, daß die erste sozialliberale Bundesregierung ihre erste Amtsperiode unter der Leitidee der inneren Reformen begonnen hat. Das von der letzten Bundesregierung übernommene stabilitätspolitische Erbe zwang dabei freilich zu einigen Phasenverschiebungen. (Trotz dieser konjunkturpolitischen Notwendigkeiten bleibt der Katalog der bereits in Angriff genommenen Reformen beachtlich — vergleiche die Bilanz von *Werner Hellermann* in dieser Ausgabe der „Neuen Gesellschaft“). Die Notwendigkeit des Ausbaus der öffentlichen Investitionen findet dann auch in der Haushaltsgestaltung der letzten Jahre noch keinen Ausdruck. Von 1968 bis 1970 z. B. ist das nominale Brutto sozialprodukt um 24,8 % gestiegen, der Gesamthaushalt aller öffent-

studentische politik

Heft 1/1970

**Ausländergesetz '65
Alternativentwurf '70
Kritik und Reform**

studentische politik

In Heft 1/1970 u. a.:

Alternativentwurf 1970 zum Ausländergesetz 1965 mit Begründung

F. Franz: Rückfall in den Polizeistaat

H. Heidmann: Wie der Gesetzgeber das Ausländerrecht liberalisiert und die Verwaltung ihm dabei geholfen hat

E. Rondholz: Nach deutscher Art und Sitte . . . Anmerkungen zu einigen Ausländerrechtskommentaren

M. Diamant: Bemerkungen zur sozialen und rechtlichen Lage der ausländischen Arbeitnehmer

D. Majer: Entspricht unser Ausländerrecht der internationalen Rechtsauffassung? Ein Rechtsvergleich

A. Grahl-Madsen: Das Fremdenrecht Norwegens

F. Franz: Verfall des Asylrechts

L. Rupp: Aufenthaltsrecht der Bundesrepublik Deutschland

J. Hummel: Entwicklungshilfe, Ausländerstudium und Ausländergesetz

studentische politik

Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Redaktion: Dipl.-Soziologe Peter Stadie, 8 München 15, Landwehrstraße 37

Erscheinungsweise: achtmal jährlich. Umfang je Heft etwa 100 Seiten. Einzelheft 5,- DM, Jahresbezugspreis 35,- DM zuzügl. Porto. Bezug durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg • Kölner Straße 149

lichen Hände um 20%, der Bundeshaushalt lediglich um 18,6%.

Bei der Aufstellung des Haushalts 1971 und der Festlegung der Finanzplanung bis 1974 mußte von dieser Ausgangsbasis ausgegangen werden. Es galt, eine vernünftige Synthese zwi-

schen wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten und dem Auftrag zur Durchführung der inneren Reformen mit dem entsprechenden Ausbau der Infrastruktur zu finden. Entsprechend sehen Haushaltsentwurf 1971 und Finanzplanung folgende Entwicklung vor:

Gesamtübersicht zum Finanzplan 1970 bis 1974

	1970 Soll	1971 Reg.E.	1972 - Finanzplan -	1973 - Finanzplan -	1974 - Finanzplan -
	- In Mrd. DM -				
I. Ausgaben					
1. Gesamtausgaben	90,95	100,14	108,6	117,8	127,0
abzüglich Zuführung an Konjunkturausgleichs- und Sonderrücklage	1,60	-	-	-	-
2. Gesamtausgaben nach Finanzplan	89,35	100,14	108,6	117,8	127,0
3. Steigerungsraten gegenüber Vorjahr (in v. H.) ¹⁾	(9,5) ²⁾	(12,1)	(8,5)	(8,25)	(8,0)
4. Durchschnittliche Steigerungsrate bis 1974 auf Basis Ist 1969 ³⁾ = 9,3 v. H.					
II. Einnahmen					
1. Steuereinnahmen	86,40	92,70	98,6	105,6	112,8
abzüglich Zuführung an Konjunkturausgleichs- und Sonderrücklage	1,60	-	-	-	-
2. verbleibende Steuereinnahmen	84,80	92,70	98,6	105,6	112,8
3. Verwaltungseinnahmen	4,08	4,50	4,5	4,6	4,7
4. Laufende Einnahmen insgesamt	88,88	97,20	103,1	110,2	117,5
III. Finanzierungssalden (= Kreditaufnahme netto einschl. Münzeinnahmen)					
	0,47	2,94	5,5	7,4	9,6 ⁴⁾

¹⁾ Für die Berechnung der Steigerungsraten sind ungerundete Zahlen zugrunde gelegt worden.

²⁾ Gegenüber Ist 1969 in Höhe von 61,58 Mrd. DM.

³⁾ Differenz durch Rundung

Der unterschiedlichen Dringlichkeit der öffentlichen Aufgaben entsprechend sind im Haushalt 1971 besondere Schwerpunkte gebildet worden. Absoluten Vorrang haben dabei die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft, die von 2,8 Mrd. DM auf 4 Mrd. DM für 1971 erhöht werden. Das ist eine Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von 42,8%. Im Rahmen des Einzelhaushalts Bildung und Wissenschaft werden dabei vor allem folgende Ansätze erhöht:

- Hochschulen + 205,0 Mill. DM,
- Allgemeine Wissenschaftsförderung

- + rd. 130 Mill. DM,
- Kernforschung und Kerntechnik + rd. 260 Mill. DM,
- Weltraumforschung und Luftfahrtforschung + rd. 170 Mill. DM sowie
- Datenverarbeitung und Neue Technologien + rd. 240 Mill. DM.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt liegt im Einzelhaushalt für Städtebau und Wohnungswesen, der eine Steigerungsrate von 35% aufweist. Neben den notwendigen Verbesserungen des Wohngeldes und den Maßnahmen zur

Städtesanierung sind hier erstmals Mittel für ein Langfristiges Wohnungsbauprogramm in Höhe von 172,5 Mill. DM bereitgestellt, die bis 1974 auf 550,5 Mill. DM ansteigen. Mit Hilfe dieses Langfristigen Wohnungsbauprogramms soll der in den letzten Jahren zurückgebliebene Soziale Wohnungsbau verstärkt vorangetrieben werden, um die immer noch bestehende Wohnungsnot sozial schwacher Gruppen endgültig beseitigen zu können.

Auch der Verkehrshaushalt weist mit 14 % Zuwachs eine überproportionale Steigerungsrate auf. Sowohl die Mittel für den Straßenbau als auch die Bundeshilfen zur Modernisierung der Deutschen Bundesbahn werden dazu beitragen, den Verkehr flüssiger und moderner zu gestalten, was gleichzeitig den individuellen Bedürfnissen der Bürger entgegenkommt und einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leistet.

Diese drei Beispiele für die Schwerpunktbildung des Haushalts 1971 zeigen die Orientierung der gesamten Finanzplanung an.

Auch in den Folgejahren behält der Haushalt des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft den Vorrang. Die Finanzplanung sieht ansteigende Beträge bis zu 9 Mrd. DM im Jahre 1974 vor. Hinzu kommt die bereits im Mai 1970 von der Bundesregierung beschlossene Bli-dungsanleihe in Höhe von 1 Mrd. DM, die — je nach den kapitalmarktmäßigen Möglichkeiten — auf die kommenden Jahre verteilt wird. Die Vielzahl der notwendigen inneren Reformen läßt sich nur durchführen auf der Grundlage eines stetigen und kräftigen Wirtschaftswachstums. Die Finanzplanung bildet die notwendige materielle Basis für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben. Die moderne Industriegesellschaft mit ihrer zunehmenden Verdichtung aller Beziehungen erhöht auch die Ansprüche an die öffentlichen Leistungen. Zunehmender privater Wohlstand verliert seinen Wert, wenn ihm relativ zunehmende öffentliche Armut gegenübersteht, was in absehbarer Zeit auch die individuelle Wohlmstandsmehrung beeinträchtigt. Bundeskanzler Brandt hat auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken den engen Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und Inneren Reformen gezielt angesprochen, als er sagte:

„Ohne wirtschaftliches Wachstum — keine inneren Reformen, und andererseits: ohne innere Reformen — langfristig kein wirtschaftliches Wachstum.“

Das wirtschaftliche Leistungspotential unseres Volkes ist groß genug, um die Möglichkeit einer permanenten Verbesserung der Lebensbedingungen aller kontinuierlich zu erhöhen. Doch es wird für die künftigen Aufgaben nur groß genug bleiben, wenn wir eine bessere Infrastruktur und bessere Umweltbedingungen schaffen. Zukunftsorientierte Stätten der Ausbildung und Bildung, erfolgreiche Gesundheitsvorsorge, ein funktionierendes Verkehrssystem und befriedigende Wohnverhältnisse sind nicht nur gesellschaftspolitisch notwendig, sie tragen gleichzeitig wesentlich dazu bei, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern.“

Diese Aussage des Bundeskanzlers könnte auch als Leitidee über der Finanzplanung 1970 bis 1974 stehen. Die Zuwachsrate des Haushalts 1971 entspricht der notwendigen Neuorientierung der Investitionsrichtung: Der Anteil der öffentlichen Investitionen muß sich kontinuierlich erhöhen. Für die kommenden Jahre der Planungsperiode zeigen die Einzeldaten der Finanzplanung die angestrebte Schwerpunktbildung an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß neben der bei jeder mittelfristigen Planung sich einstellenden „perspektivischen Verkürzung“ die Gesamtüberlegungen vor dem Hintergrund der Stabilitätspolitischen Situation des Sommers 1970 gesehen werden müssen. Entsprechend wird sich im Zuge der laufenden Fortschreibung einiges in der Schwerpunktbildung und möglicherweise auch in der Umschichtung zwischen verschiedenen öffentlichen Sektoren noch stärker betonen lassen. Für den nach der Bildungspolitik wichtigsten Sektor, den Bereich Wohnungs- und Städtebau, kommt das schon ganz deutlich darin zum Ausdruck, daß der erste Ansatz für das Langfristige Wohnungsbauprogramm des Jahres 1971 in den kommenden Jahren um je 200 Mill. aufgestockt wird.

Zukünftige Sozialpolitik

Der soziale Fortschritt ist ein mühsames Geschäft. Er pflegt sich in Schüben einer zähen parlamentarischen Kleinarbeit zu vollziehen, die nicht eben häufig im Scheinwerferlicht unserer Massenmedien steht. Ebenso ergeht es der praktischen Sozialarbeit, die sich vielfach auf ziemlich verlorenem Posten vorkommen muß, und doch entscheidet sie gerade in den Fällen, die der Hilfe in der Wohlstandsgesellschaft am dringendsten bedürfen, darüber, was die gesetzlichen Regelungen „vor Ort“ tatsächlich leisten. Vor diesem Hintergrund erschönt die Ungeduld der neuen Generation von Sozialreformern verständlich; zuweilen mag sich in der Tat die Frage aufdrängen, ob nicht das System als solches umgestülpt werden müsse.

Indes, hier wollen zwei Dinge unterschieden sein. Im repräsentativen Staat, in der parlamentarischen Demokratie, läßt sich der soziale Wandel nur in der Form des schrittweisen Vorangehens, des „piecemeal-engineering“ (Popper), herbeiführen, wenn die Wirkungen eines Eingriffs kalkulierbar und das heißt: verantwortbar bleiben und die ungünstig Betroffenen nicht einfach überfahren werden sollen. Eine andere Frage ist es jedoch, ob diese Teilschritte nach ihrer sachlichen Priorität und im Zeitverlauf so programmiert sind, daß sie sich in ein Konzept fügen, das die angestrebte Änderung der Sozialstruktur schließlich verwirklicht.

Hier liegt nun in der Tat vieles im argen. Bei manchen Maßnahmen der sozialpolitischen Tagesarbeit sucht man vergebens nach dem verbindenden Band, das sie sich gegenseitig stützen und ergänzen ließe. Und wo Leitvorstellungen berufen werden, bleiben sie oft vage und mehr am Hergebrachten als an der Zukunft ausgerichtet. Das kommt nicht von ungefähr. Nichts ist so schwierig, wie zukünftige Sozialverhältnisse zu konzipieren, auf die hin heute gehandelt werden kann, ohne einer Utopie nachzulaufen, zumal in den Wohlstandsgesellschaften nicht mehr der Antrieb der

nackten Not und unerträglichen Abhängigkeit als Massenerscheinung hinter den sozialpolitischen Überlegungen steht. Gleichwohl lassen sich einige Orientierungspunkte für die einzuschlagende Marschroute zukünftiger Sozialpolitik ausmachen, bei denen es freilich weniger um sozialphilosophische Prinzipien als um die Rationalität des Mitteleinsatzes geht. Wenn sie hier in Thesenform geboten werden, so selbstverständlich nicht aus dogmatischen Gründen, sondern um ein weites Sachgebiet einigermaßen geschlossen zu erfassen.

Grundvoraussetzung: Zusammenwirken von Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitspolitik

Sozialpolitik hat es mit der Angleichung der Startchancen in unserer Gesellschaft, mit der Sicherheit des Arbeitnehmers und der Einkommensverteilung zu tun, deren Ungleichmäßigkeit sich mit dem Wirtschaftswachstum nicht nur nicht vermindert, sondern eher verstärkt. Und da muß als erstes realisiert werden, daß keines dieser Ziele heute mehr nachhaltig durch eine politische Sonderabteilung, möglicherweise dazu noch im Troß der Regierung, zu erreichen ist: Sozialpolitik als „Lazarettstation hinter der Front des Kapitalismus“. Um erfolgreich zu sein, bedarf es vielmehr eines bewußten Zusammenwirkens von Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitspolitik am gleichen Ziel. Die eigentlichen Schlachten der Sozialpolitik werden mehr und mehr auf anderen Feldern entschieden, als wir aus der Tradition des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gewöhnt sind.

Beispiel: Geldwertsicherung

Was nützen lohnpolitische Erfolge und die beste soziale Sicherung, wenn der reale Lebensstandard immer wieder durch eine „schleichende Inflation“ in Frage gestellt wird? Die Flucht zu künstlichen Anpassungsmechanismen für die Sozialleistungen bringt hier allenfalls Scheinlösungen ein. Nein, es muß schon eine energische Stabilitätspolitik getrieben werden. Freilich kann es nicht gleichgültig sein, auf

welche Weise das geschieht. Daß niemandem mit einem Umschlagen in die Rezession gedient ist, steckt die eine Grenzmarke ab. Das gleichzeitig mit der Stabilität angestrebte Verteilungsziel setzt die zweite: Es ist ein untauglicher Versuch, die Last der Konjunkturpolitik einseitig der Arbeitnehmerschaft aufbürden zu wollen. Und da sind die strikte außenwirtschaftliche Absicherung und eine verschärfte Wettbewerbspolitik die längerfristig probaten Mittel: beide kommen den Masseneinkommensbeziehern zugute. Und was die Steuerung der Nachfrage betrifft, hat im Konfliktfall die Dämpfung der privaten Investitionsausgaben jener der Staatsausgaben voranzuzugehen: Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur weisen in unserem Wachstumsstadium regelmäßig einen höheren gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekt auf, und die stets nachhinkenden Einkommen der öffentlichen Bediensteten müssen vordringlich angepaßt werden, wenn die Verwaltung bei ihrem wachsenden gesellschaftlichen Gewicht qualitativ auf der Höhe der Zeit sein soll. Technisch bietet sich für jene Dämpfung der privaten Investitionsausgaben der Abbau der direkten Unternehmenssubventionen und der zahlreichen Steuervergünstigungen an, die verteilungs- wie wachstumspolitisch ohnehin problematisch sind. Und die Arbeitspolitik hätte mit einer Förderung der Arbeitsmobilität zu sekundieren, die insbesondere die um sich greifenden betrieblichen Sozialleistungen vertretbar machen müßte; sie sollten nur noch insoweit steuerlich als Kosten anerkannt werden, als der wechselnde Arbeitnehmer seine Ansprüche, wie beim schwedischen „Freibrief“, behält.

Lohnpolitik — unenutzhiliches Verteilungsinstrument

Die freie Lohnpolitik bleibt in der Marktwirtschaft ein unentbehrliches verteilungspolitisches Instrument; sie entlastet den Staat auf elegante Weise von direkten Eingriffen. Das, was man „Macht“ der Gewerkschaften nennt, gründet ökonomisch in nichts anderem als dem relativen Seltenheitsgrad des Produktionsfaktors Arbeit. Man kann schlecht Vollbeschäftigung wollen und es dann den Arbeitnehmern verdenken, wenn sie ihre Marktchancen wahrnehmen. Die Löhne künstlich niedriger zu halten, gleicht dem Versuch, die Produzenten zum Verkauf ihrer Güter unter Preis zu bewegen. Die vielberufenen Lohnleitlinien, auch in der

Version der „kostenniveau-neutralen Lohnpolitik“ des Sachverständigenrates, vermögen selbst wenn sie sich institutionell durchsetzen ließen, die versprochene Preisniveaustabilisierung nicht zu garantieren. Überdies wirken sie als eine „Verteilungspolitik von oben“, zumindest in der Form, daß sie die einmal gegebene Verteilung zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen zementieren, wiewohl diese bislang als höchst unbefriedigend galt.

Der Beitrag, den man von den Gewerkschaften erwarten kann, liegt darin, daß sie je nach der konjunkturellen Lage einen mehr oder weniger großen Teil der Nominallohnerhöhungen als vermögenswirksame Beträge fordern. Auch würde es die makroökonomische Steuerung der Konjunktur erleichtern, wenn die Arbeitsmarktparteln zu prinzipiell unbefristeten Tarifverträgen übergängen, die von beiden Seiten mit, sagen wir, einer Vierwochenfrist zu kündigen sind. Die überkommene Konstruktion mit den langen Laufzeiten führt notwendig zu dem problematischen Lohn-Lag (Hinterherhinken der Löhne) und wirkt geradezu pro-zyklisch. Schließlich wäre es vorteilhaft, verstärkt Betriebsratfe abzuschließen; damit lassen sich die günstigeren Effektivlöhne dingfest machen und die Chancen einer Überwälzung von Lohnerhöhungen auf die Produktpreise vermindern.

Soziale Anforderungen an die Steuerreform

Aber nicht die Bruttoeinkommen, sondern die höheren Nettoeinkommen sind es, die über die verstärkte Sparfähigkeit und damit eine breitere Vermögensbildung entscheiden. Und da zeigt sich der unhaltbare Zustand, daß mit dem steigenden Niveau der Nominaleinkommen immer mehr Arbeitnehmer in eine Steuerprogression geraten, die für ihre relative Position in der Einkommenspyramide gar nicht gedacht war, während auf der anderen Seite die schwerübersehbaren steuerlichen Abzugsmöglichkeiten die großen Verdienner davor bewahren, effektiv jene höheren Steuersätze zu zahlen, die auf dem Papier stehen. Das ist eine merkwürdige Art sozialer Finanzpolitik. Der Tarifverlauf in der Lohnsteuer bedarf also über die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages hinaus dringend der Korrektur. Auch ist das Gewicht der indirekten Besteuerung zu überprüfen, die die privaten Konsumausgaben belastet und wegen ihrer „Unmerklichkeit“ die Vorliebe der Finanzminister genießen. Zum Beispiel hat entgegen den ursprünglichen Ver-

sicherungen der Staat mit der Einführung der Mehrwertsteuer einen guten Schnitt gemacht.

Daneben gilt es, die steuerlichen Begünstigungen auf der Einnahmenseite des öffentlichen Budgets rigoros zu durchforsten: sie nützen dem durchschnittlichen Arbeitnehmer im Unterschied zum Produzenten faktisch wenig. Das trifft nicht zuletzt auf die Sparförderung zu, die verteilungspolitisch sauber nur noch in Form von Prämienzahlungen zu vollziehen wäre. Wird dann in der Förderung mit einer Einkommensobergrenze gearbeitet, lassen sich zudem die Prämienbeträge merklich erhöhen. Freilich müßte eine Heraufsetzung der Freigrenzen in der Vermögenssteuer hinzukommen; denn die wahrlich mühsame Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand taugt wenig dazu, dem Staat neue Besteuerungsobjekte zuzuführen.

Es bleibt die Erbschaftsbesteuerung, die sich bei uns, mit anderen Ländern verglichen, mehr als bescheiden ausnimmt. Hier hat sich zu zeigen, wie ernst es der Regierung mit einer Korrektur der Vermögenskonzentration und der Angleichung der Startchancen in unserer Gesellschaft ist.

Neuralgische Punkte der modernen Gesellschaftspolitik: Wohnverhältnisse, Bildungschancen, Gesundheitsvorsorge

Die Wohnverhältnisse, die Bildungschancen und die Gesundheitsvorsorge sind jene neuralgischen Punkte, an denen die Güte unserer Gesellschaftsform mit dem allgemein steigenden Wohlstandsniveau mehr denn je gemessen wird. Das gibt der Wohnbau-, Bildungs- und Gesundheitspolitik ein bleibendes, für die Zukunft eher noch erhöhtes Gewicht. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß sie sich mit den üblichen Einkommensanhebungen, die das Wirtschaftswachstum verspricht, nach und nach von selbst erübrigen. Im Gegenteil läßt das gleichfalls steigende Anspruchsniveau die Mißlichkeiten, die auf den drei Gebieten herrschen, für den durchschnittlichen Wirtschaftsbürger nur um so deutlicher hervortreten.

Beispiel: Wohnbaupolitik

Es muß bedenklich stimmen, wenn ein Drittel des Arbeitnehmereinkommens von den Wohnkosten beansprucht wird, und schlimmer noch: die mehr oder minder regelmäßigen Mietanhebungen immer wieder einen Teil der Nominallohnsteigerung in die Kassen der Haus-

eigentümer und Kapitalgeber wandern lassen. Was kann geschehen, um dieser lautlosen Unterminderung der überkommenen Sozialpolitik Einhalt zu gebieten? Bei der Vielschichtigkeit des Phänomens muß auf mehreren Bahnen gleichzeitig und mit dem gehörigen langen Atem vorgerückt werden.

Zunächst geht es um das Baulandangebot und seine Preise, die nicht zuletzt durch die vordringende Grundstücksspekulation nachgerade astronomischen Höhen zustreben. Die Gegenwehr bestände in einer Sondersteuer ansehnlicher Höhe für unbebaute Grundstücke, wobei als Einheitswerte die tatsächlichen Verkehrswerte zu dienen haben. Im Ausmaß, in dem auf diese Weise der Bodenmarkt verflüssigt wird, ergibt sich auch ein Druck auf die Grundstückspreise. Freilich bleibt das Verteilungsproblem der leistungsfremden Wertsteigerungen noch offen, die gelegentlich des Grundstücksverkaufes zu realisieren sind. Hier hilft nur eine hochprozentige Abschöpfung des Wertzuwachses, für die als Ausgangsstichtag die Einführung der Baulandsteuer zu gelten hätte. Das dürfte die Grundstücksspekulation weitgehend uninteressant machen. Die Regelung hat allerdings den Schönheitsfehler, daß der finanziell unmittelbar Begünstigte die öffentliche Hand ist; der private Käufer muß ja wohl den jeweiligen Verkehrswert des Grundstückes zahlen. Dem kann jedoch insofern abgeholfen werden, als der Ertrag der Baulandsteuer wie die Abschöpfungsbeträge zweckgebunden den Erschließungskosten für Baugelände zu dienen haben, die den Bauherrn bekanntlich empfindlich belasten.

An zweiter Stelle steht die Entwicklung der Baupreise zur Frage. Hier kommt es auf Rationalisierungsanreize für eine verstärkte Mechanisierung und den Fertigbau an. Voraussetzung für einen handfesten Erfolg ist allerdings, daß die traditionell mittelständische Struktur der westdeutschen Wohnbauwirtschaft größeren Unternehmenseinheiten weicht.

Was schließlich die Wohnungsmieten betrifft, so ist dem Mißstand, der hier herrscht, dauerhaft weder mit dirigistischen Eingriffen noch mit einer allgemeinen Wohngeldregelung beizukommen, die letztlich zwar die Einnahmen der Hauseigentümer steigert, aber keineswegs zugleich höhere private Investitionen garantiert. Das Grundproblem liegt aber darin, daß im Wohnungssektor nach wie vor „Ver-

käufermärkte" herrschen. Und nur, wenn die Steigerung des Angebotes über mehrere Perioden das Wachstum der Nachfrage überwiegt, wird sich daran etwas ändern. Dazu bedarf es der staatlichen Objektsubventionierung mit entsprechend reduzierten Mieten. Sie zeichnet sich nicht nur dadurch aus, daß sie die Angebotslücke zeitlich kalkulierbar und regional gezielt schließen hilft und einen sicheren Druck auf das Mietenniveau ausübt. Sie hat auch spezifisch sozialpolitische Vorteile. Während nämlich eine allgemeine Wohngeldregelung neue Ansprüche an die öffentliche Hand schafft und das Konzept einer „tragbaren Miete“ auch bei Einkommensgruppen verbreitet, die bislang für sich selbst aufzukommen vermochten, kann die Vergabe der geförderten Wohnungen gezielt nach der Einkommenshöhe, dem Familienstand, der beruflichen Situation usw. erfolgen. Dabei muß natürlich Sorge getragen werden, daß die Begünstigung auch im Zeitverlauf jeweils nur unterstützungsbedürftigen Mietern zugute kommt.

Indes, solange eine Angebotslücke auf dem Wohnungsmarkt gegeben ist, bleibt ein verstärkter Mieterschutz vonnöten, der die Marktunterlegenheit der Wohnungsnachfrager möglichst ausgleicht. Um dem stillen Mietwucher entgegenzuwirken, wären öffentliche Einigungsämter vorzusehen, an die sich Jedermann zur Aufklärung und Entscheidung wenden kann.

Vorrang von Sozialinvestitionen vor direkten Transferzahlungen

Überhaupt gilt es für den sozialpolitischen Fortschritt davon auszugehen, daß, wenn erst ein bestimmtes Wohlstands- und Sicherungsniveau erreicht ist, der Nettoeffekt von Sozialinvestitionen jenen von direkten Transferzahlungen an private Haushalte überwiegt. So ist es nicht mehr als rational, für die Zukunft die Gewichte im finanziell stets begrenzten Sozialbudget entsprechend zu verlagern. Damit wird gleichzeitig der traditionellen Kritik an der Ausweitung der Sozialpolitik das Wasser abgegraben. Sie hat durchaus Produktivitätseffekte. Und Investitionen in den Arbeitsfaktor sind in der vollbeschäftigten Wirtschaft mindestens so bedeutsam wie die Verbesserung des Kapitalstockes.

Beispiel: Familien- und Ausbildungspolitik

Der monetäre „Familienlastenausgleich“, auf den sich die offizielle Politik bislang konzentrierte, erhöht sicherlich zu seinem Teil den relativen Konsumstandard der Geförderten. Aber er läßt die durchschnittliche Familie gerade dort im Stich, wo nur allgemeine öffentliche Dienste helfen können: mit Kindergeldern sind keine gynäkologischen Einrichtungen, Kindergärten und Ausbildungsstätten zu unterhalten. Und hier liegt doch der wahre Mangel. Überdies ist die gängige zwespurige Regelung über Kindergeldzahlungen und Steuervergünstigungen, dazu noch ohne Einkommensobergrenzen, verteilungspolitisch problematisch, weil sie die höher Verdienenden beim gegebenen Steuersystem stärker begünstigt. Ehe man also daran denkt, den „Familienlastenausgleich“ in seiner Gleißkannenwirkung auszuweiten oder gar zu dynamisieren, sollten gezielte Sozialinvestitionen vorgezogen werden.

Dazu gehört nicht zuletzt die Ausbildungsförderung. Indessen bleibt auch hier zu beachten, daß das beste Stipendienwesen wenig nützt, wenn nicht die Ausbildungskapazitäten entsprechend mitwachsen. Ebenso ist es ein Fehler, dabei einseitig, wie es nicht selten geschieht, Oberschulen und Universitäten ins Auge zu fassen. In gleicher Weise sind die übrigen Bildungswege bedeutsam, etwa das Berufsschulwesen und die Lehrlingsausbildung, die in ihrer gegenwärtigen Verfassung zum Teil der Beschreibung spotten. Überhaupt wären bei den erforderlichen Kapazitätsplanungen weitaus stärker die Anforderungen zu berücksichtigen, die die sich wandelnde Produktionsstruktur absehen läßt, wenn man böse Überraschungen und Enttäuschungen vermeiden will. Hinzutreten müssen eine erweiterte Berufsberatung, bessere Übergänge zwischen den einzelnen Ausbildungswegen und ein allgemeiner Fortbildungsurlaub für bereits Beschäftigte, die die Anpassung innerhalb des Systems und im Zeitverlauf erleichtern.

Soziale Sicherung: Obergrenze für die Belastung der Arbeitnehmerinkommen

Ihre größten Erfolge hat die Sozialpolitik bislang in der Sozialen Sicherung erzielt. Aber das sollte nicht dazu verleiten, dem Gesetz, nach dem sie auf diesem Gebiet antrat, unbesehen weiter zu folgen und „Fortschritt“ mit dem bloßen Mehreinsatz an Mitteln gleichzusetzen. Im Gegenteil ist eine Durchforstung

des Systems auf seine technische Rationalität dringend geboten: Die Weiterentwicklung darf nicht zu einer sukzessiven Mehrbelastung der Arbeitseinkommen führen und den sozialen Ausgleich sich immer stärker in Form einer horizontalen Umverteilung innerhalb des Pflichtversicherungskreises vollziehen lassen.

Beispiel: Rentenversicherung
Bei der Reform der Alterssparte von 1967 hat man sich nicht dazu durchringen können, aus dem sachlichen Unterschied zwischen den Risiken „Alter“ und „Invalidität“ die finanziell-organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Gegen „Invalidität“ kann man sich nicht wie gegen eine Krankheit „versichern“. Hier ist die Staatsversorgung die einzig adäquate Vorsorgetechnik. Ohnehin kommt es bei dem vielleicht härtesten Geschick, das den Bürger in der Leistungsgesellschaft treffen kann, nämlich in jüngeren Jahren die volle Berufs- oder gar Erwerbsfähigkeit zu verlieren, vordringlich darauf an, daß alles zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation geschieht.

Zum anderen hat der vielberufene „Rentenberg“, der jetzt die Finanzen der Sozialen Altersversicherung auf harte Proben stellt, nichts mit einer versicherungsmathematischen Fehlkalkulation oder gar der Dynamisierung der Altersrenten zu tun. Vielmehr stellt er eine eindeutige Kriegsfolge dar und wäre, seiner Verursachung entsprechend, technisch sauber durch einen gezielten Staatszuschuß abzufangen, der sich aus der Sache heraus mit der Zeit wieder von selbst abbaut. Schließlich ist es ein schwerer sozialer Mangel, ja ein Rückschritt gegenüber früheren Verhältnissen, daß die geltende Ordnung keine Mindestrente vorsieht. Dabei ließe sie sich durchaus systemkonform einbauen, wenn der Differenzbetrag zwischen dem beitragsfundierten Rentenanspruch und der allgemein garantierten Mindestrente aus Steuermitteln zugelegt wird.

Beispiel: Arbeitslosenversicherung

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind in der Vergangenheit wiederholt sachentfremdet als Nothelfer benutzt worden, wenn es bei den Finanzen an anderer Stelle des Sicherungssystems brannte. Schon das deutet darauf hin, daß dieser Beitrag auf ein Minimum zu reduzieren ist. Für die Bekämpfung konjunktureller Beschäftigungsschwankungen kommt es ohnehin auf die allgemeine Stabilitätspolitik an. Was die saisonale Arbeitslosigkeit angeht,

kann es nicht Aufgabe einer beitragsfinanzierten Sozialeinrichtung sein, eine bestimmte Branche, wie etwa das Baugewerbe, voraussehbar und regelmäßig zu Lasten der übrigen Arbeitnehmer zu subventionieren. Hier muß schon der Sektor selbst die Vorsorge übernehmen. Und das kann durch ein Umlageverfahren unter den zugehörigen Unternehmen geschehen, das zudem den Vorteil hätte, eine Prämie auf Gegenmaßnahmen zur Selbsthilfe zu setzen, zum Beispiel auf einen verstärkten Winterbau. Und schließlich: Gewiß soll die Bundesanstalt in der Arbeitsförderung Ausbildungsinitiativen entfalten; aber man sieht nicht ein, wieso diese im Gegensatz zu den sonstigen schulischen Maßnahmen des Staates just von den betroffenen Arbeitnehmern durch Beiträge finanziert werden sollten.

Beispiel: Krankenversicherung
Krankenanstalten stellen eine wichtige öffentliche Gesundheitseinrichtung dar, auf die alle Bürger einen Anspruch haben. Es ist ein untauglicher Wunsch, ihre steigenden Investitionskosten auf die Pflegesätze der Versicherten abzuwälzen und zumal die Ausstattung mit modernen Apparaturen von den Finanzen der Sozialversicherung abhängig zu machen. Vielmehr erfordert es der gemeinnützige Charakter der Krankenhäuser, daß für die Kosten der „Betriebsbereitschaft“ ganz die öffentlichen Körperschaften aufkommen. Was die Krankenkassen in ihren Pflegesätzen und damit über die Beitragsfinanzierung tragen können, sind allein die variablen Benutzerkosten.

Pluralistisches Vorsorgesystem: Wahlchancen der Bürger

Die Erfahrung zeigt, daß die großen „Organisationsentwürfe aus einem Guß“, wie etwa ein umfassender staatlicher Gesundheitsdienst, sie mögen intellektuell noch so bestechen, in der Praxis keineswegs zu einem optimalen Vorsorgeeffekt führen. Schon die einseitige Bindung an das Steueraufkommen, das konjunkturell schwankt und um das stets eine Reihe dringlicher Staatsaufgaben konkurrieren, ist für den sachlich gebotenen Ausbau und die Weiterentwicklung der Sozialsparte problematisch. Zudem begibt man sich der Chance einer darin enthaltenen Leistungssteigerung, die der Wettbewerb unter verschiedenen Kassentypen verspricht. Schließlich bestimmen gerade auf dem Gebiet der Krankheitsbekämpfung die Einsicht und Mitwirkung des einzelnen wesent-



Weitblick entscheidet

Heute sehen, was morgen geschieht.
Zusammenhänge erkennen.
Klar und kritisch die Zukunft werten und
folgerichtig handeln. Darauf kommt es an.
Weitsicht entscheidet — die Devise unserer Zeit,
die Devise der Leser von

liberal

BESTELLSCHEIN Bitte alle Angaben in Blockbuch!

Ich bestelle hiermit zum fortlaufenden Bezug ab Heft Nr. _____
des laufenden Jahrgangs die Zeitschrift „liberal“
zum Jahresbestellungspreis von DM 25,— (einschl. Zustellgebühr und MWST.)

Name _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

In Umschlag oder auf Postkarte senden an Liberal-Verlag GmbH,
33 Bonn, Banner Talweg 57

lich über den Leistungseffekt des Systems. Um sie fruchtbar zu machen, kommt es auf unbürokratisch-elastische Verfahren, auf Aufklärung und Anreize und eben auch auf Wahlchancen an, wo immer sie möglich erscheinen. Hier ist ein pluralistisches System der Gesundheitsvorsorge mit verschiedenen Kassentypen, einer breiten öffentlichen Gesundheitspflege (Vorsorgeuntersuchungen) und der werksärztlichen Betreuung am Arbeitsplatz überlegen.

Freilich bedarf die bei uns geltende Organisationstechnik noch einiger Reformschritte. Zur finanziellen Stabilisierung der Sozialen Krankenversicherung, dem Herzstück des Systems, wäre die Pflichtversicherungsgrenze (bei Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze) in bezug auf Veränderungen des Lohn- und Gesundheitsniveaus zu dynamisieren, und sie sollte aus Gleichbehandlungsgründen für Angestellte und Arbeiter gelten. Sodann kann unbedenklich jedermann der Zugang zur Sozialeinrichtung geöffnet werden, soweit der Selbst- oder Welterversicherte einen Beitrag leistet, der der jeweiligen Pflichtversicherungsgrenze entspricht. Umgekehrt ließe sich aber auch dem Pflichtversicherten eine Wahlchance einräumen, wenn er eine gleichwertige private Vorsorge nachweist. Und was den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung betrifft, so muß endlich die Konsequenz daraus gezogen werden, daß er nichts anderes als einen Lohnbestandteil darstellt: er wäre an alle Arbeitnehmer zu zahlen, unabhängig davon, auf welche Weise sie ihre Krankheitsvorsorge betreiben und ob sie aus der Versicherungspflicht fallen (die absolute Grenze läge dann bei 50% des Höchstbeitrages zur Sozialen Krankenversicherung).

Sozialhilfe: Gezielte Attacke auf die Armut

Das Gerede von Wirtschaftswunder und „nivellierter Mittelstandsgesellschaft“ läßt vielfach vergessen, daß die Armut bei uns keineswegs verschwunden ist. Im Gegenteil haben wir hier mit einer Bevölkerungsgruppe zu rechnen, die sicherlich die 2-Millionen-Grenze überschreitet. Und nur die Tatsache, daß es sich um eine „stumme Minorität“ handelt, kann erklären, daß ihr Geschick im öffentlichen Bewußtsein unbemerkt bleibt.

Freilich, mit allgemeinen lohnpolitischen Erfolgen und Verbesserungen des Sicherungssystems ist dem Phänomen nicht beizukom-

men. Das macht gerade die Schwierigkeit in der Bekämpfung der Armut aus. Sie erfordert die Betreuung des individuellen Falles, der aus den unterschiedlichsten Gründen durch die Maschen des Sicherungsnetzes hindurchfallen kann. Aber ohne Zweifel steigert eine Gewichtsverlagerung zur Sozialhilfe in den Wohlstandsgesellschaften den Gesamteffekt der Sozialpolitik überproportional, wie sich das etwa an den schwedischen Verhältnissen ablesen läßt.

Allerdings ist es mit einer Aufstockung der Finanzmittel allein nicht getan. Was bei uns vor allem mangelt, sind zahlenmäßig hinreichende Stäbe an fachlich breit ausgebildeten Sozialarbeitern. Und im übrigen wäre es an der Zeit, eine umfassende Enquête über die typischen Ursachen der heutigen Armut vorzunehmen. Denn nur über eine gezielte Ursachentherapie läßt sich der fatale „Zirkel des Pauperismus“ sprengen.

Gesellschaftliche Integration: Mitbestimmung

Ein Konzept moderner Sozialpolitik bliebe unvollständig, würde es nicht Schritte zur gesellschaftlichen Integration des Arbeitnehmers gerade dort einschließen, wo er seinen Arbeitstag verbringt, im Betrieb. So wichtig Einkommensverbesserung, Freizeitverlängerung und Soziale Sicherung sind, sie können eine aktive Teilhabe an den Entscheidungen, die im beschäftigenden Unternehmen fallen, nicht ersetzen. Hier ist bei uns, über den arbeitsrechtlichen Schutz hinaus, der Weg der Mitbestimmung eingeschlagen worden, und sie hat sich gerade in ihrer „qualifizierten“ Form bewährt, wie auch die Untersuchungen der Biedenkopf-Kommission ergaben.

In der Sache ist der Widerstand, auf den die Forderung nach Ausweitung der Montan-Mitbestimmung stößt, wenig verständlich. Aber vielleicht trifft die Vokabel „Ausweitung“ den Tatbestand schlecht, um den es geht. Denn nicht an eine Verschärfung der Mitbestimmung ist gedacht. Vielmehr soll sie den Charakter eines Ausnahmerechtes für einen bestimmten Sektor verlieren und für alle Großunternehmen gelten, unabhängig davon, in welcher Rechtsform sie betrieben werden.

Das einzige Bedenken gegen die Mitbestimmung, das makroökonomisch ins Gewicht fallen könnte, liegt in der Gefahr eines „Kartells der betrieblichen Sozialpartner“ zu Lasten des Verbrauchers, wenn es um die Preispolitik des

Unternehmens und gegebenenfalls seine staatliche Subventionierung geht. Aber gerade hier war der Gesetzgeber auf der Hut: die Hälfte der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat wird von den Gewerkschaften vorgeschlagen. Man kann vermuten, daß diese „unternehmensexternen“ Mitglieder nicht nur über besondere fachliche Qualifikationen verfügen, sondern vor allem überbetriebliche Gesichtspunkte bei den präpolitischen Entscheidungen zur Geltung bringen. Gegen diesen Hintergrund muß die mancherorts berufene „Fremdbestimmung“ durch die Gewerkschaften ihren Schrecken verlieren, ganz zu schweigen davon, daß ja auch die Aktionäre im Wege des Depotstimmrechtes „unternehmensexterne“ Bankmanager in die Aufsichtsräte entsenden. Und die staatliche Wettbewerbspolitik sollte realisieren, daß eine allgemeine qualifizierte Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter gleichsam als Vorposten in der Fusionskontrolle eine nicht zu unterschätzende Hilfe bietet.

**Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kurt Möller

**Die Entwicklungshilfe
Osteuropas**

274 Seiten, broschiert 28,— DM

Nach Strategie und Taktik untersucht der Verfasser im ersten Teil der Arbeit die Ergebnisse der Politik Osteuropas in der Dritten Welt; Erfolge und Mißerfolge, die zu Revisionen der Konzeption führten, werden analysiert. Die von kommunistischen Entwicklungsländer-Experten jetzt aufgeworfenen Fragen, ob das sowjetische Modell in den Entwicklungsländern anwendbar und eine Industrialisierung bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie möglich ist, werden gründlich behandelt.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Schwerpunkte der Entwicklungshilfepolitik Osteuropas untersucht. Der Autor teilt diese in drei Ländergruppen ein: 1. Länder, die schon traditionell eine Politik der positiven Neutralität betreiben; 2. Staaten des CENTO-Paktes, die bisher westlich gebunden und orientiert waren; 3. Länder des arabischen Raumes, die gleichzeitig Brückenköpfe einer nichtkapitalistischen Entwicklung sind.

Der Verfasser vermittelt ein ausführliches Bild über die Kredit- und technische Hilfe, über das Bauprogramm und den Außenhandel Osteuropas mit den Entwicklungsländern.

**Verlag für Literatur
und Zeitgeschehen GmbH
Hannover**

Als Neuling im Bundestag

Die Eindrücke, die ein Neuling in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gewinnt, hängen zwar zu einem großen Teil von seinen subjektiven Vorstellungen und Erwartungen ab. Ausschlaggebend aber sind objektive Faktoren. Die Situation, die ein Parlamentsneuling vorfindet, ist geprägt von der politischen Situation, in der sich die Partei insgesamt und demzufolge auch die Fraktion befindet.

Als ich Anfang November 1969 meinen Platz in der Fraktion einnahm, waren die Voraussetzungen denkbar günstig. Hinter uns lag die Bundestagswahl, bei der die Partei erfolgreich abgeschnitten hatte. Die Mandatsverteilung hatte die Bildung einer Koalitionsregierung unter einem sozialdemokratischen Kanzler mit der FDP als Partner ermöglicht. Dadurch war eine Reihe von Fraktionsmitgliedern als Minister oder Staatssekretäre für die unmittelbare parlamentarische Arbeit ausgefallen, wodurch sich in den Ausschüssen und Arbeitskreisen ein viel weiteres Feld der Mitarbeit ergab, als dies Neulingen früherer Legislaturperioden offenstand. Viele Kollegen haben diesen Spielraum auch bereits genutzt. Die zahlreichen „Jungfernrreden“ in den ersten Monaten belegen das eindeutig.

Neu für die Bundestagsfraktion ist aber ferner auch, daß die Zahl der jüngeren Fraktionskollegen wesentlich höher ist als in früheren Jahren. Viele von Ihnen kommen aus der Jungsozialistenarbeit, kennen sich und rechnen sich zu dem Teil der Partei, der einigen politischen Entscheidungen der letzten Jahre kritisch, ja oppositionell gegenüberstand. Durch diese Tatsache ist nach meinem Eindruck die Spannweite der politischen Ansichten in der Fraktion deutlich gewachsen.

Die bisherige Arbeit in Parlament und Fraktion war nicht durch große Belastungsproben gekennzeichnet, und auch die jüngsten konjunkturpolitischen Entscheidungen wurden nicht als so gravierend betrachtet, daß sie Anlaß geboten hätten, der Fraktion die Solidarität bei der Abstimmung zu versagen. Aber bei der



*Fred Zander
Mitglied des Bundestages*

Zusammensetzung der Fraktion wären Vergleiche mit den Labour-Fraktionen im britischen Unterhaus nicht ganz abwegig. Dafür aber, daß es zu einer solchen ständigen oder häufigen Flügelbildung nicht kommen wird, spricht einiges. Sieht man von schweren politischen Belastungsproben, die auch in der Parteimitgliedschaft zu heftigen Kontroversen führen und sich dementsprechend in der Fraktion deutlich widerspiegeln würden, einmal ab, so ist der gesamte gesellschaftliche Hintergrund, der Charakter und die Art und Weise der sozialen Konflikte und ihrer Austragung sowie auch die Rolle der Gewerkschaften in der Bundesrepublik von England so verschieden, daß eine permanente Flügelbildung, die immer wieder auch in Abstimmun-

gen zum Ausdruck käme, ziemlich unwahrscheinlich ist.

Hier wirkt sich auch aus, daß von Seiten der Fraktionsführung im allgemeinen nichts getan wird, um notwendige Fragen oder Diskussionsbeiträge zu umgehen. Auch für den Neuling ist die Diskussionsfreiheit in der Fraktion voll gegeben, und erst dadurch wird auch bei kontroversen Einzelfragen eine gemeinsame Haltung herbeigeführt oder doch ein Kompromiß erzielt.

Kritisch sind hier zwei Dinge anzumerken. Die Tagesordnung der Fraktionssitzungen erhält man fast immer so spät, daß eine intensive Vorbereitung auf einzelne wichtige Punkte nicht mehr möglich ist. Auch kommt es gelegentlich vor, daß ein Teil der Fraktionsmitglieder bei kritischen und längeren Diskussionsbeiträgen Intoleranz und Unduldsamkeit durch erhebliche Unruhe zum Ausdruck bringt, so daß der Redner kaum noch zu verstehen ist. Aber auch damit kann man fertig werden. Insgesamt kann ich meinen Eindruck zusammenfassen: Es muß, es kann in der Fraktion praktisch alles angesprochen werden, und wenn man die Gelegenheit, seine Meinung zu artikulieren, nicht ausreichend nutzt, so hat man eigentlich fast immer die Schuld bei sich selbst zu suchen.

Neulinge brauchen — Jedenfalls ging es mir so — eine geraume Zeit, um das anfallende Informationsmaterial zu sichten und die jeweils zweckmäßigste Form der Auswahl zu finden. Hier gibt es insbesondere bei den zahlreichen von Partei und Fraktion herausgegebenen Materialien und Pressediensten viele Überschneidungen, und mancher Artikel wird doppelt und gelegentlich dreifach gedruckt. Das ist verständlich, weil der jeweilige Empfängerkreis eines Dienstes verschieden ist. Wer aber mit allem beliefert wird, kommt zu der Überzeugung, daß eine Durchforstung und Systematisierung nützlich wäre. Während hier ein Informationsüberschuß auftritt, besteht meiner Ansicht nach, was die Absichten und Vorhaben der einzelnen Ministerien angeht, ein Informationsmangel. Das gilt nicht allgemein. Einzelne Minister — wie beispielsweise der Bundesarbeitsminister — haben in letzter Zeit sehr umfassend über den Stand ihrer Arbeit und über ihre Planungen informiert. Um so stärker empfindet man den Mangel bei anderen Ressorts.

Besonders unerträglich erscheint mir die Pra-

xis, Referentenentwürfe der Ministerien zunächst mit Interessenten und Verbänden zu erörtern und Parlamentarier der zuständigen Ausschüsse erst sehr viel später zu informieren. Für einen Abgeordneten, der durch seine Ausschußtätigkeit mit einer bestimmten Materie vertraut sein sollte, ist es nicht angenehm, sich von Vertretern der Verbände über den neuesten Stand der Überlegungen in einem Ministerium informieren lassen zu müssen. Es wäre daher zu überlegen, ob nicht Vertreter der entsprechenden Arbeitsgruppen der Fraktionen an den Beratungen mit den Verbänden rein informativ teilnehmen sollten, um dann ihrerseits in der Arbeitsgruppe über den Stand und die verschiedenen Standpunkte zu berichten.

Auch bei Anfragen an einzelne Ministerien im Rahmen der Fraktionssitzungen habe ich nicht immer den Eindruck, völlig und auch über mögliche Alternativen aufgeklärt zu werden. Nun mag dies daran liegen, daß bedauerlicherweise die Beratungen in der Fraktion nicht als vertraulich gelten können. Ich war sehr überrascht davon, wie schnell und wie gründlich die Presse sogar über Beratungen informiert ist, die interner Art sein sollten. Die Rückwirkungen einer solchen Praxis auf Informations- und Diskussionsbereitschaft liegen auf der Hand, und wer über vertrauliche Beratungen informiert, sollte wissen, daß er damit denen ein Argument an die Hand gibt, die Informationen zurückhalten können. Die Fraktion beschneidet so selbst ihre Möglichkeiten und fördert Exklusivinformation, Zirkelbildung und Herrschaftswissen.

Eine Möglichkeit, diese Übung wenigstens teilweise nutzlos zu machen, bieten die Presseinformationen, die die Fraktion über ihre Sitzungen veröffentlicht. Ich kann nicht behaupten, daß sie die verschiedenen Ansichten, die in einer Debatte geäußert wurden, wiedergeben. Allzuoft haben die Pressemitteilungen den Charakter der Hofberichterstattung. Daß auch andere Meinungen vertreten wurden, auch wenn sie sich nicht durchsetzen konnten, ist immerhin eine Meldung, und die Erfahrung zeigt, daß Journalisten doch davon erfahren. Warum also nicht gleich und im offiziellen Pressedienst informieren und so einem Teil der inoffiziellen Informationspolitik den Boden entziehen?

Um sich als Neuling einzuarbeiten, legt man Wert auf die Mitarbeit in Arbeitskreis und Ar-

beitsgruppe der Fraktion, um so möglichst bald den zur qualifizierten Mitarbeit im Ausschuß nötigen Informationsstand zu gewinnen. Dabei wird der unheilvolle Zwang zur Spezialisierung am deutlichsten. Ich selbst fühle mich der Gefahr ausgesetzt, zum parlamentarischen Fachidioten zu werden, wenn ich nicht aus eigenem Interesse heraus bestimmte, von meiner Ausschußtätigkeit nicht berührte politische Entwicklungen sorgfältig beobachten würde. Ich weiß, daß viele Kollegen ähnlich denken. So wurde schon der Gedanke erörtert, die Ausschüsse regelmäßig zu wechseln. Aber damit würde man wahrscheinlich nur eine Spezialisierung durch die andere ersetzen. Besser wäre es meines Erachtens, wenn bestimmte Fragen von entsprechender politischer Relevanz grundsätzlich nur vor dem Plenum der Fraktion auch in allen Einzelheiten dargestellt und erörtert würden.

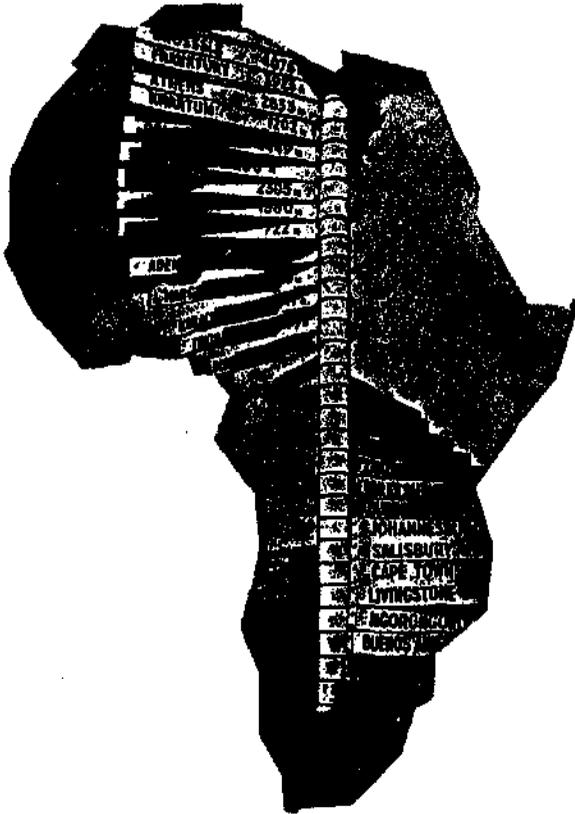
Über den Rahmen der Fraktion hinaus gibt es bei mir einen beherrschenden Eindruck: Es fehlt in Bonn völlig die „gesellschaftliche Infrastruktur“ einer Hauptstadt. Das Leben außerhalb der unmittelbaren Parlamentsarbeit spielt sich an wenigen Plätzen und fast ausschließlich innerhalb des gleichen Personenkreises ab. Das führt zu einem internen Kreislauf von Ideen, Gedanken und Ansichten. Es fehlen Anregungen vielfältiger intellektueller Art. Erst kürzlich erfuhr ich von einem „gemischten Gesprächskreis“, zu dem Günter Grass eingeladen hatte. Die ständige Kommunikation von Fraktionskollegen untereinander oder auch mit Kollegen anderer Fraktionen ist auf die Dauer steril und wenig befriedigend.

Die Gesellschaft in der Bundesrepublik unterliegt in den letzten Jahren so einschneidenden Wandlungen, so tiefgreifenden Veränderungen in den Einstellungen der Menschen, so bedeutsamen Neuerungen in Formen und Inhalten künstlerischer Darstellung, daß die Luft eigentlich von Anregungen nur so angefüllt sein müßte. In Bonn aber verspürt man von all dem wenig oder nichts. Wer dem auf die Dauer ausgesetzt ist, wer sich keinen entsprechenden Ausgleich zu verschaffen versteht, dessen Einstellung, dessen Bewußtsein wird, gemessen am Stand der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, rückständig und konservativ. So ist es auch vielleicht kein Zufall, daß die Politik, die in dieser Stadt 20 Jahre lang „produziert“ wurde, ebenfalls diese beiden Adjektive verdient. Die Bonner Atmo-

sphäre, so will ich mit der einem Neuling gebotenen Zurückhaltung im Urteil einmal formulieren, ist der Entwicklung und politischen Umsetzung progressiver Vorstellungen nicht eben günstig. Die Möglichkeit einer wirksamen Abhilfe sehe ich nicht. Auch in Zukunft wird hier, wer den Mangel ebenfalls empfindet, seine eigenen Abwehrmechanismen entwickeln und sich seine Anregungen außerhalb Bonns holen müssen.

Aber dennoch: In Bonn findet auch und besonders ein Neuling ein günstiges Arbeitsfeld, ein geeignetes Büro, Unterstützung durch Mitarbeiter und Assistenten und neben diesen Voraussetzungen eine politische Lage, die voller interessanter und fortschrittlicher Perspektiven ist und eine engagierte Mitarbeit ausichtersreich erscheinen läßt.

AFRIKA



Deutsche Zeitschrift
für Politik, Wirtschaft und Kultur
in Afrika und Madagaskar

AFRIKA

German Review of Political,
Economic and Cultural Affairs
in Africa and Madagascar

AFRIKA

Revue Allemande des Affaires
Politiques, Economiques et
Culturelles en Afrique et
Madagascar

Jahresabonnement (6 Hefte), ent-
weder in englischer oder franzö-
sischer Sprache, 6,- DM zuzüg-
lich Versandgebühr. Auf Wunsch
senden wir die Zeitschrift auch
an Ihre Freunde und Geschäfts-
partner in Afrika.

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich in englischer und französischer Sprache und findet in Afrika weite Verbreitung.

Sie will Deutschland und Afrika bekannt machen und Verständnis für unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anliegen wecken sowie Wirtschaft, Handel und Industrie der Bundesrepublik vorstellen. Sie wendet sich vornehmlich an die afrikanische Elite, die für den Aufbau und die Wirtschaft des ganzen Kontinents verantwortlich ist.

Weitere Einzelheiten erfahren Sie gern bei:

AFRIKA VERLAG 8068 Pfaffenhofen

vor München
Postschloßfach 86

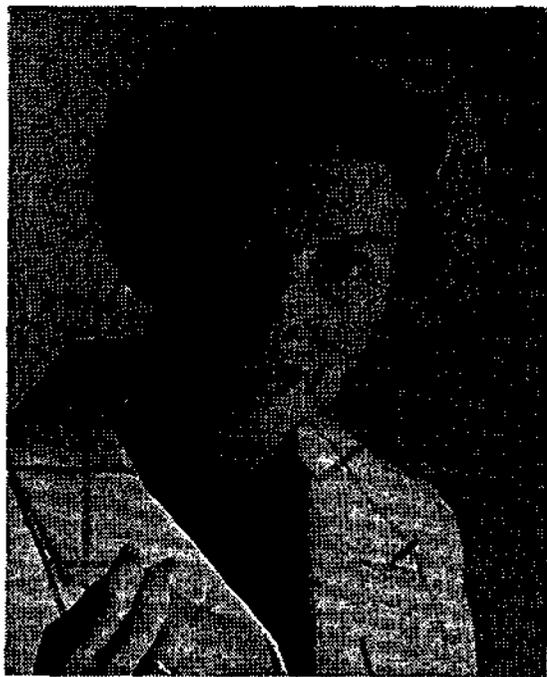
Die Frau in unserer Gesellschaft

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“, war das Motto von Bundeskanzler *Willy Brandts* Regierungserklärung vom 28. 10. 1969. Das war gewiß nicht nur ein rhetorisches Versprechen. Diesem Ausspruch lag die Erkenntnis zugrunde, daß noch viele Vorurteile und verfestigte Strukturen abgebaut werden müssen, damit ein zeitgemäßes Demokratieverständnis entstehen kann und der Wille des einzelnen geweckt wird, seinen Staat und die Gesellschaft mitzugestalten.

Es scheint überflüssig zu sein, in diesem Zusammenhang die Frau besonders anzusprechen. Schließlich existiert sie weder als soziale Gruppe – Frauen unterscheiden sich in ihrem Verhalten, in ihren Motivationen und Aktivitäten entsprechend ihrem Bildungsniveau und ihrer Umwelt genauso voneinander wie das in der gleichen Weise für die Männer zutrifft – noch werden ihr in unserer Gesellschaft irgendwelche Rechte vorenthalten. Sie ist gleichberechtigt. Schließlich hat sie seit mehr als fünfzig Jahren das gleiche Wahlrecht, ihr stehen alle Berufe offen, sie ist im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft und in der Politik vertreten. Es gibt mehr Frauen als Männer. Die Frau nutzt ihr Wahlrecht genauso aus wie die männlichen Wahlberechtigten. Kraft ihrer Zahl bestimmt sie die Regierungen. Aber, stellt sie deshalb auch eine Macht dar?

Wie kommt es, daß Frauen in Führungspositionen, sei es in der Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik, außerordentlich unterrepräsentiert sind? Wie kommt es, daß noch immer ihr Anteil am Besuch weiterführender Schulen, Fachschulen und Universitäten nicht im entferntesten ihrer Zahl entspricht?

Wir sind stolz auf einen weiblichen Bundesminister und drei Parlamentarische bzw. beamtete Staatssekretäre, aber mit Bedauern müssen wir feststellen, daß die Zahl der weiblichen Abgeordneten in Bund, Ländern und Gemeinden nicht zunimmt, sondern stetig zurückgeht. Mit zur Zeit 33 weiblichen Bundestagsabgeordneten haben wir den absolut und rela-



Annemarie Renger
Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion

tiv niedrigsten Stand an weiblichen Abgeordneten seit 1919 zu verzeichnen.

Zu einem Buch von *Gabriele Strecker* schrieb Prof. *Waldemar Besson* 1965 folgende Sätze in seinem Vorwort:

„ . . . So ist eine neue und großartige Generation von Frauen herangewachsen. Es bedarf nicht erst des Hinweises auf die Ausnahme-situation der Kriege, um an die weibliche Bewährung in der modernen Welt zu erinnern . . . Es besteht kein Zweifel, daß die moderne Frau gemessen sein will an den Leitbildern unserer Zeit und nicht an den romantischen Reminiszenzen von einst . . . Ehe, Politik und Beruf müssen keine Gegensätze sein.“

Die große Zahl der rd. 10 Millionen berufs-

tätiger Frauen, von denen rd. 40 % verheiratet sind, scheint dieses Bild zu bestätigen. Das Beispiel der jungen Frau in Bayern, die, das dritte Kind erwartend, einen für die SPD zwar nicht zu gewinnenden Wahlkreis und einen aussichtslosen Platz auf der Landesliste erhielt, aber deren Wahlergebnis weit über dem Landesdurchschnitt der für die SPD abgegebenen Stimmen lag, deutet darauf hin, daß sich vielleicht die erwünschte Tendenz anbahnt, daß nicht mehr nach dem Geschlecht entschieden wird, wenn es um eine Kandidatur geht, sondern daß die Leistung entscheidet. Es wäre hoffnungsvoll. Vielleicht ist es aber auch ein neuer Typ von Frau, der sich hier durchsetzt, nämlich der emanzipierte, selbstbewußte, ohne den Komplex, sich und den anderen ständig beweisen zu müssen, daß man etwas kann, o b w o h l man eine Frau ist.

Allerdings ist zu allzu großem Optimismus noch kein Anlaß. Wenn sich auch immer mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß eine gute Schulbildung und qualifizierte Berufsausbildung für das junge Mädchen die wichtigste „Lebensversicherung“ ist, so wäre es ein Irrtum zu glauben, daß der Wunsch nach Berufstätigkeit und damit größerer Unabhängigkeit, auch neben Ehe und Mutterschaft, schon allgemein sei. Das Bild von der „Grünen Witwe“, die tagsüber alleingelassen der ewigen Monotonie des Haushalts und der Kindererziehung ausgeliefert, abgeschnitten von den Annehmlichkeiten des modernen Großstadtlebens, geistert durch die Illustrierten. Als mit dem Ehering „staatlich sanktionierte Haushälterin“ räsoniert sie gegen ihr Schicksal und scheint nur den Gedanken zu kennen, aus dieser Misere in den Beruf zu entfliehen.

Lassen wir uns davon nicht täuschen. Untersuchungen haben ergeben, daß die Berufstätigkeit der Frau noch keineswegs als Selbstverwirklichung und berechtigter Anspruch anerkannt ist. Nach dem Infas-Report von 1965, der auch durch spätere Erhebungen von Prof. Jaide und Heinrich Junker bestätigt wird, hielten es 72 % der befragten Männer und 68 % der befragten Frauen nicht für normal, daß Frauen berufstätig sind. 88–92 % der befragten Frauen, berufstätige Mütter und nichtberufstätige Mütter, waren der Meinung, Mütter sollten den Beruf aufgeben. Nach Ihrem Lebensziel befragt, so stellte Heinrich Junker fest, antworteten fast 90 % der Frauen: „Für Mann und Kin-

der sorgen.“ Vor irgendwelchen beruflichen Zielen war nicht die Rede.

Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, daß trotz dieser Untersuchungen die Frauen neben Ehe und Mutterschaft in den Industrieländern langsam, aber unaufhaltsam ins Berufsleben zurückdrängen. Wenn vielleicht auch noch unbewußt, spielt die Absicht eine wesentliche Rolle, unabhängig sein zu können, nicht vom Ehemann abhängen zu müssen und eine produktive Tätigkeit auszuüben, als die die Hausfrauentätigkeit nun einmal nicht angesehen wird.

Dieser Wunsch ist um so stärker, je qualifizierter die berufliche Tätigkeit vor der Eheschließung war, besonders auch dann, wenn es sich um eine akademische Ausbildung oder ein vorzeitig aufgegebenes Studium handelte. Aber vor die Wahl gestellt, der Doppelbelastung und dem Zwang des Arbeitslebens preisgegeben zu sein, weil weder Anerkennung noch Hilfe von der Gesellschaft zu erwarten ist, ziehen sich viele Frauen auf die Rolle der Hausfrau und Mutter zurück, es sei denn, sie müßten zum Unterhalt der Familie beitragen. Nun soll hier keineswegs etwa einer Pflicht zur Berufstätigkeit das Wort geredet werden, wenn der Wunsch danach nicht besteht. Es geht darum, auch der Hausfrau und Mutter die Wahlmöglichkeit zu geben, sich entweder für die Tätigkeit als Nur-Hausfrau zu entscheiden oder den Wunsch, beides, Beruf und Haushalt, nebeneinander bewältigen zu können. Dieser Wahlmöglichkeit stehen heute in der Bundesrepublik aber noch schier unüberwindliche Hindernisse entgegen, so daß viele Talente und Begabungen ungenutzt bleiben und vielleicht in jungen Jahren angestrebte Berufsziele, für die nicht unerhebliche Investitionen aufgebracht wurden, vertan zu sein scheinen.

Um den Frauen die Belastung von Ehe und Beruf zu erleichtern – man sollte im übrigen nicht so tun, als ob es keine zusätzliche Belastung wäre, auch dann, wenn in der Ehe ein partnerschaftliches Verhältnis und eine Arbeitstellung besteht –, müssen Gemeinschaftseinrichtungen weit mehr als bisher geschaffen, Arbeitsplatz und Fortbildungsmöglichkeiten besser als bisher dem Lebensrhythmus der Frau angepaßt werden.

Eine wesentliche Erschwerung der Berufstätigkeit der Mutter, ob verheiratet oder unverheiratet, ist der seit Jahrzehnten vernachlässigte Ausbau von Kindergartenplätzen im weitesten

Sinne. Die Zahl ist sicherlich Legion, daß wegen nicht vorhandener Kindergartenplätze Studium oder Berufstätigkeit aufgegeben werden mußten oder eine berufliche Tätigkeit nicht möglich erscheint. In der Bundesrepublik müßte der Bestand an Kindergartenplätzen um weit mehr als ein Drittel vergrößert werden. Im Zusammenhang mit der vorschulischen Erziehung sollte erwogen werden, ob dieses Problem nicht in das Bildungsprogramm und Bildungsbudget von Bund und Ländern einbezogen werden sollte, um den Bedarf nicht weiterhin nach der Finanzkraft der einzelnen Gemeinden, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf zu decken. Auch sollten die Gewerkschaften ihren Standpunkt überdenken, ob es noch angebracht ist, Betriebskindergärten abzulehnen, die von den Arbeitnehmerinnen — und auch von den Vätern — gewünscht werden, da auf diese Weise doppelte und zeitraubende Wege erspart blieben. Was die Heranbildung von Hilfskräften zur Betreuung der Kinder betrifft, so sollte man auch hier möglichst unorthodoxe Wege gehen, die schnell Abhilfe schaffen, ohne Schaden anzurichten. So wurden z. B. auf Vorschlag der Ratscherrin *Waltraud Lauer* durch die Stadt Duisburg Kurzlehrgänge eingerichtet, die interessierten Frauen die Möglichkeit gaben, neben einer Fachkraft im Bereich der Kinderbetreuung tätig zu werden. Eine ähnliche Aktion auf pflegerischem Gebiet verlief ebenso erfolgreich, mit der die frühere Hamburger Senatorin *Irma Kellhack* eine Werbeaktion bei verheirateten, aus dem Beruf ausgeschiedenen Krankenschwestern gestartet hatte. Schließlich sollte eine umfangreiche Werbung durch die Bundesanstalt für Arbeit erfolgen, um die Möglichkeiten des Arbeitsanpassungsgesetzes mit seinen finanziellen Förderungsmaßnahmen für Fortbildung und Umschulung populärer zu machen.

Industrie und Wirtschaft sehen die Berufstätigkeit der Frau leider viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes und viel zu wenig darunter, sich qualifizierte Arbeitskräfte auf Dauer zu sichern. Das schafft bei vielen Frauen das Gefühl des „Lückenbüßers“, was nicht gerade zu besonderer Leistung und Befriedigung führt, die ja gerade durch die Berufstätigkeit der Frau erreicht werden soll. Ein nachahmenswertes Beispiel ist auch das vor etwa zwei Jahren im Bundestag verabschiedete Teilzeitgesetz für Beamtinnen und Richterinnen mit Familienpflichten, das sich trotz

der Unkenrufe von Behördenleitern und Bedenken der Gewerkschaften bewährt hat. Durch die Möglichkeit der Beurlaubung auf Zeit oder durch Teilzeitbeschäftigung hat sich der Öffentliche Dienst qualifizierte Mitarbeiter erhalten und neue hinzugewonnen. Nun sollte man sowohl bei den Behörden — sofern möglich — als besonders auch in der Wirtschaft einen Schritt weitergehen und eine gleitende Arbeitszeit einführen. Bundesminister *Georg Leber* hat mit solchen Versuchen bereits begonnen. Gerade der frühe morgendliche Arbeitsbeginn, der mit dem Beginn der Schulzeit oder des Kindergartens zusammenfällt, bringt durch die unvermeidliche Hetzjagd Nervosität in das Familienleben, die sich negativ für den ganzen Tagesablauf auswirkt. — Ein schwedisches Beispiel ist ebenfalls nachahmenswert, nach dem zwei sich untereinander über den Zeitablauf einigende Frauen sich einen Arbeitsplatz teilen.

Erwähnt sei noch, daß nicht zuletzt ein großer Vorbehalt gegen die Berufstätigkeit der Mütter ausgeräumt würde, wenn man sich dazu bereithalten könnte, die Mütter oder die Väter bei Erkrankung eines Familienmitgliedes zu beurlauben. Wer von beiden beurlaubt werden würde, sollte sich nach den Tätigkeitsmerkmalen richten.

Weiterem Einfallsreichtum sollen keine Grenzen gesetzt werden. Der Sache ist in diesem Stadium weniger mit Theorien, sondern mehr mit praktischen Hilfen gedient. Es geht ja bei dem angesprochenen Problemkreis nur vordergründig um die Berufsmöglichkeit der Frau. Es geht letztlich mehr um den engen Zusammenhang zwischen Ehe — Familie — Beruf, die sich in einem Veränderungsprozeß befinden, als dessen Ergebnis die vollständige Integration der Frau in unsere Gesellschaft stehen muß.

Spätestens seit dem Erscheinen des Buches von *Betty Friedan* „Der Weiblichkeitswahn“, das in Deutschland vor mehreren Jahren bekannt wurde, ist dieser Zusammenhang allgemein bewußt geworden und wird noch immer heftig diskutiert. Anspruch und Wirklichkeit klaffen noch immer auseinander. Die Frage ist, mit welchen Mitteln kann dieser Prozeß beschleunigt werden. *Betty Friedan* hat in den USA eine eigene Frauenorganisation geschaffen, die die Sache der Emanzipation kämpferisch vorantreiben soll. Sie spielt allerdings eine weniger bedeutende Rolle als ihr Buch. In anderen Ländern und

auch in der Bundesrepublik wird darüber diskutiert, ob eigene Frauenorganisationen, außerhalb oder innerhalb von Parteien, die Emanzipation und Integration der Frau vorantreiben könnten oder sie im Gegenteil isolieren und desintegrieren.

Die Meinungen scheiden sich nicht zwischen der älteren und jungen Frauengeneration, sie gehen quer durch alle Altersklassen. Die einen sehen die Daseinsberechtigung von Frauenvereinigungen und Frauengruppen in der Notwendigkeit, den Nachholbedarf an Kenntnissen von politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen zu befriedigen, da viele Frauen durch einseitige Bildungsinhalte und Bildungsziele, die allein auf die Rolle der Frau als Ehefrau und Mutter festgelegt sind, in ihrer staatsbürgerlichen Rolle benachteiligt sind.

Andere hingegen möchten Frauenvereinigungen und Frauengruppen zu einem Machtfaktor ausbauen, der auch zur Durchsetzung von Forderungen und zur Erringung von Mandaten dient und an dem die Gesellschaft und die Politik nicht vorübergehen können. Zu dieser Überlegung hat auch der sich ständig verringemde Anteil von Mandaten in Parteien, Gewerkschaften und Parlamenten geführt und das Beispiel von militanten Gruppen der jüngeren Generation, die sich mit Hilfe ihrer organisatorischen Möglichkeiten stärkeres Gehör erzwingen haben.

Ich halte es für einen Irrglauben, Frauenvereinigungen innerhalb oder außerhalb von Parteien zu einem politischen Kampfinstrument machen zu können. Dazu wäre schon allein erforderlich, daß es eine Gruppensolidarität gäbe und generell übereinstimmende Interessen von Frauen. Das ist aber keineswegs der Fall. Frauen ist zwar ein geschlechtsspezifisches, aber kein politisches Merkmal. Frauengruppen und Frauenvereinigungen können und sollen in erster Linie den Anstoß zur vollen Mitwirkung im gesellschaftlichen Raum eröffnen, politische Bildung vermitteln und das Maß an eigener Sicherheit erarbeiten helfen, das für das Durchsetzen von politischen Forderungen unerlässlich ist.

Selbstverständlich werden sich die aktiven Frauen über allgemein politische Fragen hinaus auch intensiv der Probleme annehmen müssen, die noch zu lösen sind, ehe man von einer vollständigen Integration der Frau in die Gesellschaft reden kann. Wie außerordentlich bedeutsam in diesem Zusammenhang die Bil-

dungs- und Erziehungsfrage ist, wird an anderer Stelle dieses Heftes dargelegt.

Die gesellschaftlichen Interessenvertretungen, vor allen Dingen aber die Parteien, sollten in dem Verzicht auf eigene Frauenorganisationen nicht weiterhin einen Freibrief für Ihre Unbeweglichkeit und Uninteressiertheit sehen. Das geht besonders diejenigen an, die angetreten sind, um die Gesellschaft zu verändern.

Bildungsreform als Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Frauen

Für die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die zur Gipfelkonferenz in Den Haag Anfang Dezember 1969 zusammengekommen waren, für ihre Minister und Beamten und die versammelte Presse war es – wie ich deutlich zu spüren bekam – eine kleine Sensation, daß eine Frau mit am Konferenztisch saß. Die Herren aus unseren fünf Partnerstaaten wunderten sich erst recht, als sie erfuhren, daß es in der Bundesregierung jetzt sogar eine Ministerin und drei Staatssekretärinnen gibt. Im Zahlenvergleich der weiblichen Minister und Staatssekretäre kam die Bundesregierung mit Abstand auf den ersten Platz, und das gilt für die ganze Welt. Diese „Spitzen“leistung aber ändert leider nichts daran, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs Chancengleichheit für Frauen gibt.

Es gibt Zahlen, die eine Situation schlaglichtartig beleuchten: so diese, daß im Jahre 1965 von den Schülern und Schülerinnen der Oberprimen in der Bundesrepublik Deutschland nur 1,7 % Mädchen aus Arbeiterfamilien waren. Hier verbindet sich die Chancenungleichheit der Arbeiterkinder mit der der Mädchen – neben den Landkindern die unterprivilegierten Gruppen unseres Bildungssystems. Die immer lauter werdende Diskussion um die Bildungsreform in unserem Lande ist zugleich – auch wenn dies vielen oft nicht bewußt ist – eine Diskussion um die tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen. Die „Frauenfrage“ ist heute in erster Linie, wenn auch nicht allein, eine Bildungsfrage. Das wird um so deutlicher, je mehr die juristischen Voraussetzungen zur Ausfüllung der Grundgesetzgarantie geschaffen werden: Der Diskussionsentwurf zum neuen Ehescheidungsrecht z. B. setzt die selbständige, gut ausgebildete Frau voraus, die nach der Scheidung in der Lage ist, einen Beruf auszuüben, und nicht vom Unterhalt des Mannes abhängig bleibt.

Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Von 100 Abiturienten an Gymnasien waren 1967



*Katharina Focke
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundeskanzler*

nur 37 % Mädchen. Der Anteil der weiblichen Studierenden an den bestandenen Staats-, Diplom- und Doktorprüfungen betrug im Sommersemester 1967 nur 22 %. Auch im Verhältnis von Lehrlingen zu Anlernlingen zeigt sich, daß Mädchen dazu neigen, eine kürzere oder weniger qualifizierte Ausbildung zu wählen. Bei den Lehrlingen betrug der weibliche Anteil im Jahre 1968 35 %, bei den Anlernlingen über 90 %.

Interessant ist, daß auch die Mädchen, die sich für eine Lehre oder für eine akademische Ausbildung entscheiden, in der Mehrzahl Berufe wählen, die traditionell als weibliche Berufe gelten. Lehrerin und Ärztin sind, seitdem es ein Frauenstudium gibt, bevorzugte Berufe, Verkäuferin, Büroangestellte und Fri-

**Bildungsreform als Voraussetzung
für die Gleichberechtigung der Frauen**

seuse sind die typischen Domänen weiblicher Angestellter geblieben. Berücksichtigt man außerdem, daß mithelfende Familienangehörige in der Regel Frauen sind, so kann es nicht verwundern, daß nur wenige der rund 10 Millionen weiblichen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereich der als „männlich“ geltenden gehobenen Berufe vorgedrungen sind. Bezeichnend hierfür ist der Anteil von knapp 3,5 % der weiblichen Beamten im höheren Bundesdienst Anfang 1970 oder derjenige der 53 weiblichen Lehrstuhlinhaber an Universitäten im Jahre 1967, das ist 1,3 %! Der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag erscheint vergleichsweise bereits als beträchtlich, obwohl er mit 6,6 % niedriger liegt als 1949 und die Situation seit der Weimarer Zeit praktisch unverändert geblieben ist.

Was bedeutet es, wenn angesichts einer Situation, für die diese wenigen Zahlen kennzeichnend sind, der Ruf nach der tatsächlichen Gleichberechtigung der Frauen ertönt? Was bedeutet hier die Forderung nach Chancengleichheit?

Zunächst einmal die Erkenntnis, daß es keine naturgegebenen Barrieren im „Wesen“ der Frau gibt, die der Chancengleichheit im Wege stehen. Diese Erkenntnis ist noch nicht Allgemeingut. Auch wenn heute kein Herr Möbius mehr ein Buch über den „Physiologischen Schwachsinn des Weibes“ zu veröffentlichen wagt, so halten sich doch hartnäckig Vorurteile — bei Männern und Frauen —, wonach Frauen von Natur aus häuslich, anpassungsbedürftig, passiv, emotional, praktisch, unsachlich und zu abstraktem Denken unfähig seien, während Männer sich durch Rationalität, sachliches Handeln, Abstraktionsfähigkeit und politischen Verstand auszeichnen. Dem entspricht die nach wie vor existierende Vorstellung von der wesensmäßig bedingten Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, etwa wie Schiller sie darstellte:

*„Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben,
muß wirken und streben. Und drinnen waltet die
züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder.“*

Diese historisch-soziologisch bedingte Arbeitsteilung wird mit Naturnotwendigkeit verwechselt. Und dieses Rollen-Kilschee wiederum beeinflußt weiterhin die Wirklichkeit und hat dabei die Tendenz, sich selbst zu bestätigen. Inzwischen hat sich, allen Kilschees zum Trotz, die Wirklichkeit in der Bundesrepublik aber

so weit verändert, daß etwa die Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich erwerbstätig sind und also keineswegs mehr nur „drinnen walten“. Doch diese Wirklichkeit wird verdrängt, gilt oft noch als anomal — auch bei den so tätigen Frauen selbst — und hat noch nicht die Lebensplanung der Mädchen, den Einfluß und Ratschlag ihrer Eltern, Tanten und Lehrer verändert.

Nach der Frauenenquete empfinden noch immer 72 % der Männer, aber auch 68 % der Frauen die Berufsarbeit der Frauen als anomal. Noch 1965 fand mehr als die Hälfte der Männer es unsympathisch, wenn eine Frau sich politisch betätigt — und auch ein Drittel der Frauen! In der männlichen wie weiblichen Stufenleiter des gesellschaftlichen Ansehens der Frau rangiert die Ehefrau ganz oben, folgen die Witwen und Geschiedenen (die wenigstens einmal verheiratet waren) und bildet die nie verheiratet gewesene Alleinstehende den Schluß.

Ideologie und Wirklichkeit kaffen auseinander. Solange das so ist, solange also Mädchen für die Ehe erzogen werden und nur nebenbei eine Ausbildung für einen als Ausnahmezustand betrachteten Beruf erhalten, werden ihnen Entwicklungschancen abgeschnitten, Wahlmöglichkeiten vorenthalten, sie werden entmutigt, Initiativen zur Ausnutzung der rechtlich gegebenen Situation zu ergreifen.

Dabei handelt es sich wohlgemerkt nicht darum, Frauen um einer falschverstandenen Gleichheit willen der Ehe und der Kindererziehung zu entfremden. Es geht lediglich darum, in ihnen und der Gesellschaft überhaupt die Einsicht zu fördern, daß auch Frauen selbständige Menschen sind und unter dem demokratischen Postulat des mündigen Bürgers stehen. Dementsprechend stellt sich die Aufgabe, ihre Wahlmöglichkeiten zu erweitern und ihnen die Chance zu geben, Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln, die bei einer frühzeitigen Festlegung auf die ausschließliche Rolle als Mutter und Ehefrau — wobei diese Rolle auch noch häufig vor-industriell und vordemokratisch aufgefaßt wird — verkümmern müssen. Auch für Frauen gilt das grundgesetzlich garantierte Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit, auch für sie die Forderung nach dem Bürgerrecht auf Bildung. Die Gesellschaft zollt dem Lippenbekenntnisse. Aber wenn es in Millionen von Einzelfällen darum geht, Entscheidungen für die Lebensgestaltung

von Mädchen und damit in erster Linie Entscheidungen für ihre Bildung und Ausbildung zu treffen, siegt das, was jugendliche Kritiker unserer Gesellschaft „repressive Toleranz“ nennen, d. h. ein stillschweigendes Einverständnis zur Verfestigung historisch überkommener Rollenverhältnisse.

Was ist zu tun? Offenbar reicht die bisherige Motivierung nicht aus. Die Frauen sind, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden, eine Minderheit geblieben, die es nicht vermochte, die männlich geprägte Gesellschaft und die vorwiegend von Männern repräsentierte politische Macht dazu zu bewegen, sich die gesellschaftlichen Interessen der Frauen zu eigen zu machen und sie politisch wirksam zu vertreten.

Die seit Oktober 1969 im Amt befindliche Regierung *Willy Brandts* im Zeichen der Koalition zwischen Sozialdemokraten und Freien Demokraten könnte eine neue Ausgangslage sein. Das Bemühen um Chancengleichheit ist sichtbarer, die Reformdiskussion intensiver geworden. Bildung und Ausbildung sollen gemäß der Regierungserklärung Priorität im Reformprogramm erhalten: die Zuwachsraten im Bundeshaushalt 1971 tragen dem zum ersten Male Rechnung. Die SPD ist schon immer die frauenfreundlichste der drei großen Parteien gewesen. Ihr verdanken die Frauen dieses Landes ihr Wahlrecht. Ihre Mitgliedschaft setzte sich 1964 immerhin aus 18 % Frauen zusammen, im Vergleich zu 13 % in der CDU, 5 % in der CSU und zwischen 7 % und 15 % in der FDP (je nach Landesverbänden). Es entspricht im 19. Jahrhundert zurückgehender sozialdemokratischer Tradition, sich zugleich für die Emanzipation der Frauen wie für die Emanzipation der Arbeiterschaft einzusetzen: der Einsatz um die bessere Bildung und Ausbildung der Arbeiterdöchter liegt in dieser Konsequenz.

Vor allem aber liegt die Bemühung um größere Mündigkeit und Urteilskraft der weiblichen Bürger in der Linie der Politik dieser Bundesregierung, die „mehr Demokratie wagen“ und die Mitverantwortung der Bürger durch mehr Transparenz und mehr Information stärken möchte. Will sie Erfolg haben, so wird sie sich besonders darum bemühen müssen, die Distanz zwischen Frauen und öffentlichen Angelegenheiten, die Abstinenz, ja das Mißtrauen gerade der Frauen gegenüber Politik, ihre Unkenntnis politischer Zusammenhänge zu verringern.

Die Soziologin *Helge Pross* hat mit Recht gesagt, daß „die Verbesserung des politischen Urteilsvermögens von Frauen keine Frage der Moral oder einer idealistisch verstandenen demokratischen Gerechtigkeit ist. Entscheidend ist das Interesse des Gemeinwesens insgesamt an der Erhaltung und Festigung demokratischer politischer Institutionen“. In diesem Sinne wird es selbstverständlich das Bestreben dieser Regierung sein, das politische Urteilsvermögen aller Bürger zu verbessern. Da aber längst feststeht, daß dieses Urteilsvermögen auch eine Frage des Bildungsniveaus ist und viele Untersuchungen das besonders schlechte politische Urteilsvermögen von Frauen in Verbindung gesetzt haben mit ihrem besonders niedrigen Bildungsniveau, leuchtet ein, daß die Hebung des weiblichen Bildungsniveaus eine unmittelbare Voraussetzung für die demokratische Qualität dieses Staates ist.

Dies gilt um so mehr, als es nicht nur um die Erhaltung und Festigung demokratischer politischer Institutionen geht. Wir stehen mitten in einem Prozeß geplanter und eingeleiteter notwendiger Reformen im Bildungswesen, in der Arbeitswelt, in der menschlichen Umwelt, in der Freizeitgestaltung, im internationalen Zusammenleben. Das erfordert mehr denn je Verständnis und Bereitschaft des einzelnen mitzuwirken. Wer die Veränderungen nicht begreift, wird sie als Bedrohung empfinden, wird sich verunsichert fühlen und wird aus einem falschverstandenen Sicherheitsgefühl und Bedürfnis nach Geborgenheit anfällig sein für extrem konservative und nationalistische Parolen und Klischees. Einfacher ausgedrückt: die Reformfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland wird nicht zuletzt davon abhängen, wie reformbereit ihre Frauen sind. Und das wiederum ist vor allem eine Bildungsfrage.

Die Beherrschung der technisch-industriellen Entwicklung, die Humanisierung der Welt, in der wir leben, wird sehr stark von den Frauen abhängen, auch gerade von den Frauen, die nach wie vor – aber dann hoffentlich in wirklicher Wahlfreiheit – ihre ausschließliche Aufgabe in Ehe und Kindererziehung suchen. Die soziale und geographische Mobilität der Familie wird von den Frauen mitbestimmt. Es hängt von Müttern, Großmüttern, Tanten ab, welche Bildung die Mädchen erhalten, wie sehr die Kinder in der Familie sich darauf einstellen, daß sie wahrscheinlich mehrere Berufe im Leben werden ausfüllen müssen, und sich da-

Neuerscheinungen

Politik/Soziologie

Karl E. Birnbaum **Frieden in Europa**

Voraussetzungen –
Chancen – Versuche
Reihe AKTUELLE
AUSSENPOLITIK
146 Seiten, kart. DM 6,80

Arnold Kramlich **Die Zukunft der Nichtatomaren**

Zur Situation nach dem
Kernwaffensperrvertrag
Reihe AKTUELLE
AUSSENPOLITIK
184 Seiten, kart. DM 6,80

Europäische Sicherheitskonferenz

Hrsg. Hans-Peter Schwarz
und Helga Haftendorn
Reihe AKTUELLE
AUSSENPOLITIK
Ca. 150 Seiten, kart. ca. DM 6,80

Gerhart Schlott **Das Negerproblem in den USA**

Trennung oder Verschmelzung
der Rassen?
Hrsg. H.-J. Winkler
2., überarb. und erw. Auflage.
Analysen, Bd. 7.
Ca. 60 Seiten, kart. ca. DM 5,-

Peter Ibiher **Hauptstadt oder Hauptstädte?**

Die Machtverteilung zwischen
den Großstädten der BRD
Hrsg. H.-J. Winkler
Analysen, Band 4.
138 Seiten, kart. DM 7,50

Reinut Jochimsen/ Peter Knobloch/ Peter Treuner **Gebietsreform und regionale Strukturpolitik**

Das Beispiel Schleswig-Holstein.
Hrsg. Friedr.-Wilhelm Dörge
Analysen, Band 8.
Ca. 120 Seiten, kart.
In Vorbereitung

Martin Doehlemann **Junge Schriftsteller: Wegbereiter einer anti- autoritären Gesellschaft?**

Hrsg. Helmut Billein
Analysen, Band 6.
97. Seiten, kart. DM 5,-

Gerhart Schlott **Die NATO – Auflösung oder Reform?**

Hrsg. Hans-Joachim Winkler
Analysen, Band 5.
In Vorbereitung

Michael Hereth **Reform des Deutschen Bundestages**

Hrsg. Helmut Billein
Analysen, Band 9.
Ca. 160 Seiten, kart. ca. DM 7,50

Helmut Dahm **Das tschechoslowakische Modell des Sozialismus**

Hrsg. Friedrich-W. Dörge
Analysen, Band 10
In Vorbereitung

Walter Laufenberg **Jugend und Rauschgift**

In Vorbereitung

Hervig Roggemann **Die sozialistische Verfassung der DDR**

Ca. 230 Seiten, kart.
ca. DM 10,-

für ausrüsten. Die Qualität der Ehe hängt davon ab, daß die Frau als Partner, im Gespräch oder auch in der Freizeitgestaltung mithalten kann mit Mann und heranwachsenden Kindern. Die Bekämpfung der Umweltgefahren von der Gesundheitsfürsorge bis zur Rauschmittelbekämpfung wird mehr Frauen- als Männersache sein. Die Vorstellung, daß Schule, Studium und Ausbildung der Mädchen nur für den Katastrophenfall etwas wert sind und sonst verlorene Investitionen an Zeit und Geld bedeuten, wird mehr und mehr von den Tatsachen überholt. Das nicht nur, weil die Zahl der Frauen wachsen wird, die nach der Heranbildung der Kinder eine außerhäusliche Betätigung suchen, sondern auch, weil hoffentlich bei uns wie in angelsächsischen Ländern der Sinn für Mitarbeit in den zahllosen ehren- und nebenamtlichen Bereichen, die eine Demokratie im vorparlamentarischen Raum tragen, zunimmt. Für Frauen, die sich nicht ausschließlich auf ihre Familienpflichten konzentrieren möchten, andererseits aber die Belastung eines Berufs daneben nicht auf sich nehmen wollen oder können, liegt hier ein dankbares Tätigkeitsfeld.

An Motivierungen für größere Entfaltungsmöglichkeiten der Frau fehlt es wahrlich nicht, weder gegenüber der Gesellschaft als Ganzes noch den Frauen selbst gegenüber. Sie müssen nur stärker aktiviert, überzeugender artikuliert werden. Versucht man das, so wird sich jedoch erst recht zeigen, daß es auch darum geht, die Frauen entscheidungsfähiger zu machen. Und damit sind wir bei der notwendigen Reform unseres Bildungswesens angelangt.

Für Mädchen, wie für Arbeiter- und Landkinder, wird es vor allem darum gehen, ihre Lernmotivierung möglichst früh zu wecken, ihre Phantasie anzuregen, ihre latenten Begabungen anzureizen, ihre Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen in „Portionen“ d. h. Stufen, die sich jeweils überschauen und bewältigen lassen, aufzuteilen und diese Entscheidungen auf die Entwicklungsphasen zu verschleben, wo sie vollziehbar sind.

Dem dienen die Reformabsichten, die die Bundesregierung in ihrem „Bericht zur Bildungspolitik“ niedergelegt hat und in die Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung einbringt. Die drastische Erhöhung der Kindergartenplätze und die Vorverlegung der Einschulung auf das fünfte Lebensjahr sollen die

„Milieusperrn“ abbauen helfen, die die Entwicklungsfähigkeit der Kinder von Herkunft und Elternhaus abhängig machen. Wir wissen heute, daß Begabung keine bei der Geburt feststehende Größe, sondern entscheidend durch soziale und Umweltfaktoren bedingt ist. Entsprechend gewinnt die Bildungsreform im Kindergarten-, Vorschul- und Grundschulalter absolute Priorität.

Der Übergang von der Grundschule auf eine für alle Kinder zu schaffende Gesamtschule (statt der von Begabungskriterien her gesehen willkürlichen Zuteilung auf Volksschule, Realschule und Gymnasium im Alter von zehn Jahren) ist eine zweite Grundentscheidung des Bildungsberichts. Sie enthebt die Eltern einer Entscheidung, die sie so früh oft gar nicht zu fällen in der Lage sind, und befreit die Kinder von lebenslangen Konsequenzen mangelnder Begabungsförderung in der Familie, sei es aus finanziellen, sei es aus psychologischen Gründen. Mit der Einführung der Gesamtschule wird sich z. B. für Mädchen bei Verlassen der Grundschule die Frage gar nicht mehr stellen, ob sie Abitur machen sollen. Alle Schüler und Schülerinnen machen nach zehnjähriger Pflichtschulzeit als Abschluß der ersten Sekundarstufe das Abitur I. Dann erst stellt sich die Frage eines weiteren Schulbesuchs. Nach dem Wunsch der Bundesregierung wird sie bis 1980 von der Hälfte jedes Altersjahrgangs positiv beantwortet.

Damit erfolgt der Übergang in die zweite Sekundarstufe (von in der Regel zwei Jahren), entweder als berufspraktische Ausbildung oder als allgemeinbildender Schulbesuch, der zum Abitur II und damit zum Besuch der Gesamthochschule führt. Eine größtmögliche Integration zwischen berufspraktischem und allgemeinbildendem Zweig der zweiten Sekundarstufe und damit auch dann noch die Möglichkeit des Hinüberwechsels wird angestrebt. Ein vielfältiges Angebot von Fächern im Kursystem, die Auflösung der Jahrgangsklassen zugunsten von Leistungsklassen mit individueller Förderung, neue Lerninhalte, ein differenziertes Prüfungssystem sollen unterschiedliche Begabungen und Neigungen wecken und fördern. Die möglichst breite Einführung der Ganztagschule dient dem Abbau von Milieusperrn auch im Sekundarbereich – die Hilfe des Elternhauses bei den Schularbeiten wird damit für die schulischen Leistungen nicht mehr ausschlaggebend sein.

Bildungsreform als Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Frauen

Auch auf der Gesamthochschule — die die bisherigen Universitäten, pädagogischen Hochschulen oder Akademien, Fachhochschulen und Kunsthochschulen integriert — wird die Gesamt-Studiendauer in Stufen mit jeweils sowohl für den Beruf wie für die akademische Laufbahn berechtigenden Abschlüssen unterteilt. Durch Integration der mehr berufs- und der mehr wissenschaftlich orientierten Studiengänge wird auch in diesem sogenannten tertiären Bereich des Bildungswesens die Entscheidung über den Studienabschluß soweit wie möglich hinausgeschoben und bleibt stets korrigierbar. Gerade für Mädchen, die bisher eine besonders hohe Abbruchquote aufwiesen, wird auf diese Weise das Studium überschaubarer; die Möglichkeit, in mehreren Phasen einen abgerundeten Abschluß mit späterer Aufbaumöglichkeit machen zu können, erleichtert den Entschluß hierzu.

Der vierte Bildungsbereich schließlich umfaßt die Weiterbildung mit der Möglichkeit, weitere Qualifikationen zu erwerben bzw. Abschlüsse nachzuholen. Das hier auch zu erwähnende Kontaktstudium dient, wie der Name besagt, dem Kontakt mit einer in Fluß befindlichen Wissenschaft, dem Auffrischen der Kenntnisse. Dieser vierte Bereich wird ganz besonders den Frauen zugute kommen, die nach längerer oder kürzerer Unterbrechung wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen oder müssen. So sehen die neuen Scheidungsrechts-Vorschläge z. B. vor, daß der Ehemann seiner Frau, wenn sie in der Lage ist, nach der Scheidung wieder einen Beruf auszuüben, während einer Übergangszeit eine Fortbildung ermöglicht.

Diese in kurzen Zügen skizzierte beabsichtigte Reform unseres Bildungswesens ist nicht speziell für Mädchen erdacht, sondern soll generell die Chancengleichheit im Bildungswesen herstellen. Sie wird dabei aber insbesondere auch den Mädchen zugute kommen, ihre Fähigkeiten wecken, ihre Lernlust ermutigen. Verbunden mit einer Reform der Lehrausbildung wird dieses Bildungssystem bis 1980 mit Sicherheit bewirken, daß mehr Frauen mit guter Schulbildung und abgeschlossener Berufsausbildung in die Ehe gehen. Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten — auch für Beamtinnen — sowie mehr Kindergärten, frühere Einschulung und Ganztageschulen werden es verheirateten Frauen mit Kindern erleichtern, gleichzeitig ihren Familienpflichten wie einem

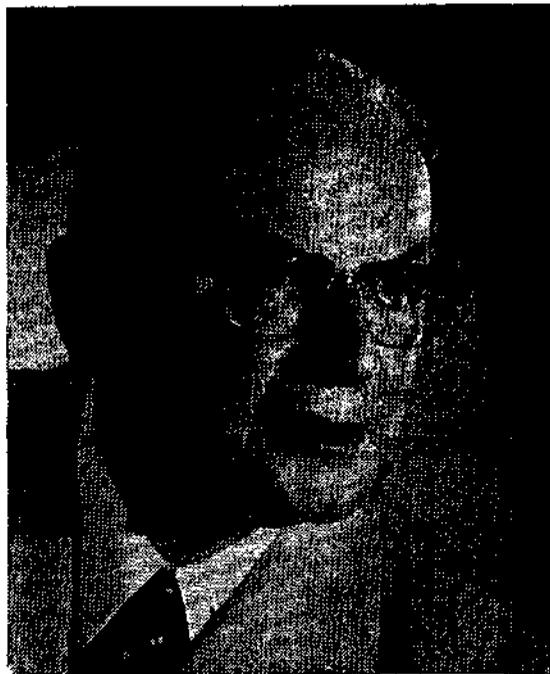
Beruf gerecht zu werden. So wird mit der Bildungsreform, wie sie jetzt als klare Absichtserklärung der Bundesregierung vorliegt, eine wesentliche Voraussetzung für die heute noch fehlende tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen geschaffen. Ihre Wahlmöglichkeiten, ein Leben nach ihrem Wunsch zu führen, vergrößern sich. Ob und wie sie von diesen Wahlmöglichkeiten Gebrauch macht — das allerdings liegt auch dann oder gerade dann in der persönlichen Initiative und Entscheidung jeder einzelnen Frau.

Otto Stammer 70 Jahre

Der langjährige Mitherausgeber dieser Zeitschrift, *Otto Stammer*, der seit seiner Studienzeit in Leipzig und Berlin nun schon mehr als 50 Jahre aktive Sozialdemokrat, wird am 3. Oktober dieses Jahres 70 Jahre alt. In weiten Kreisen ist er bekannt als an der Freien Universität wirkender Professor. Über seinen engeren Tätigkeitsbereich als akademischer Forscher und Lehrer der Soziologie und politischen Wissenschaft hinaus ist er als Wegbereiter einer gegenwartsbezogenen Verbindung von politischer Soziologie und Demokratieforschung international anerkannt, der zudem wissenschaftliche Tätigkeit und Politik konstruktiv zu verbinden versteht.

Ein solches Ereignis bietet sowohl einen Anlaß, dem Jubilar besondere Glückwünsche auszusprechen, als auch eine Gelegenheit, ihm nicht nur Anerkennung zu zollen, sondern auch über seine bleibenden Verdienste und seine über die bloße Aktualität hinausreichende Bedeutung nachzudenken. Nichts wäre jedoch diesem Leben und Werk gegenüber unbilliger und unbesonnener, als – wie es leider in anderen Fällen nur allzu häufig geschieht – lediglich einem Ehrungsritual zu verfallen, das sich am äußeren Ansehen orientiert, das jemand genießt bzw. beansprucht, anstatt auf den sachlich gerechtfertigten Ruf zu achten, der sich aus der Arbeit, den Leistungen und dem Verhalten des Betreffenden herleitet. Der Grund, solches hier zu bemerken, liegt nicht zuletzt in *Stammers* lebenslang im politischen wie im wissenschaftlichen Wirken bewiesener Abneigung gegen jede Art von Verehrung, die sich nur auf Äußerlichkeiten bezieht. Den von ihm selbst postulierten Maßstäben gemäß verdient *Otto Stammer* eine sachlich begründete Bestätigung seiner Arbeit, seines sozialen und politischen Verhaltens und seiner Leistungen.

Mit prägnanter Anschauungskraft hat er Überlegungen über die Realisierung einer solchen Haltung in dem vor zwanzig Jahren erschienenen Aufsatz „Wider den sozialen Defätismus“ selbst angestellt. Darin faßt er vielfältige



Professor Otto Stammer

Lebenserfahrungen theoretisch differenziert zusammen. Diese Gedanken sind es gerade in der gegenwärtigen Krise des akademischen Lebens wert, ins Gedächtnis gerufen zu werden; denn sie machen nicht nur eine anspruchsvolle persönliche Lebensmaxime deutlich, sondern sie charakterisieren zudem eine der grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Forderungen, die *Stammer* nicht müde geworden ist zu erheben.

Ausgehend von dem Gedanken, daß wir angesichts der sozialen und politischen Krisenerscheinungen nicht nur einer entscheidenden Verbesserung der gesellschaftlich-politischen Gesamtverfassung bedürfen, sondern auch einer radikalen Änderung des zwischenmenschlichen Verhaltens, fordert er, daß dabei die-

Jenigen voranzuschreiten hätten, die als Träger irgendwelcher Funktionen Verantwortung übernommen haben. Die Schwierigkeiten einer solchen radikalen Änderung des sozialen Verhaltens bedenkend, bemerkt er in diesem Zusammenhang, der Mensch lebe von der sozialen Bestätigung seines Verhaltens, seiner Arbeit und seiner Leistungen, und gerade in den sozialen Minderwertigkeitskomplexen mangels Geltung und Anerkennung drücke sich die sozialpsychologische Seite der sozialen Frage aus.

Seiner Auffassung nach ist ein Unterschied zu machen zwischen dem persönlich und sachlich begründeten Ruf eines Menschen, der auf der Wertschätzung seines Wesens, seiner Arbeit und seines Verhaltens beruht, und dem äußeren sozialen Prestige, das mit allen Mitteln hervorzurufen, zu behaupten, zu stärken und nach einer gewissen Richtung zu lenken den Inhalt der sozialen Eitelkeit darstelle. Erschelte, so formuliert Stammer, Prestige im Osten unseres Landes gleichsam als gesellschaftlich heilig, so gehöre es im Westen ohne Zweifel zum Ballast unserer Demokratie, der abgeworfen werden müsse, wenn wir die Konsequenzen aus unserer Lebenslage zu ziehen willens seien. *„Demokratie bedeutet offene Auseinandersetzung, bedeutet harten Kampf auf der Basis allgemein anerkannter gesellschaftlicher Werte und unter den Spielregeln einer effektiv geltenden Verfassung. Demokratie bedeutet aber ebenso gestaltungskräftigen Kompromiß, bedeutet Kooperation, schöpferische Zusammenarbeit und Erhöhung der Leistungsfähigkeit der einzelnen durch Koordination der Bereitschaft. Demokratie solcher Art sollte gelten nicht nur im Staate, sondern auch in den gesellschafts- und staatsbildenden Organisationen. Ihr größter Feind aber ist die soziale Eitelkeit, der unbeherrschte Drang nach dem sozialen Prestige.“*

In welcher Art und Weise die Grundwerte, die er für eine der wesentlichen Voraussetzungen eines demokratischen Sozialismus hält, und deren Konkretisierung zu gesellschaftspolitischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit einer Analyse der Zellsituation zu verwirklichen sind, hat ihn zeitlebens sowohl in wissenschaftlicher als auch in politischer Hinsicht beschäftigt. Darauf wurde seinerzeit schon deutlich in dem Geleitwort zu der Auswahl seiner Reden und Aufsätze („Politische Soziologie und Demokratieforschung“), die aus Anlaß seines 65sten

Geburtstages von seinen Mitarbeitern und Schülern herausgegeben wurden, hingewiesen; sein Thema sei immer wieder das Verhältnis von Gesellschaft und Politik, die Problematik des Spannungsfeldes von gesellschaftlich-geschichtlicher Wirklichkeit und politischen Versuchen der Gesellschaftsgestaltung, wobei er in der Verbindung analytischen Bemühens und politischen Engagements eine fesselnde Synthese wissenschaftlicher Analyse und politischen Werturteils liefere. Gerade heute, da das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie wieder diskutiert wird, scheint es angezeigt zu sein, sich Stammers Beitrag zu der nun schon über 10 Jahre zurückliegenden Auseinandersetzung über das Grundsatzprogramm der SPD zu vergegenwärtigen und die darin zum Ausdruck kommende Auffassung von einem demokratischen Sozialismus zu überdenken. Unter dem Aspekt eines Bekenntnisses zu einer Synthese von wissenschaftlicher Situationsanalyse einerseits und der politischen Option für den Ausbau eines sozialen Rechtsstaates, d. h. für die Verwirklichung einer sozialen Demokratie andererseits forderte er damals in auch heute noch gültigen Aussagen in seinem vor dem Landespartei-tag der bayerischen SPD 1958 gehaltenen ausführlichen Referat über „die Freiheit des Menschen in der industriellen Gesellschaft“: ein sozialdemokratisches Parteiprogramm müsse das Verständnis dafür wachrufen, *„daß in unserer Gegenwart mehr als zu anderen Zeiten das gesellschaftliche Bewußtsein und das Selbstbewußtsein des Menschen entscheidend sein werden für die weitere Entwicklung der Industriellen Gesellschaft“*. Dabei müsse das Risiko menschlichen Irrtums *„bei allen Versuchen einer aktiven Gesellschaftsgestaltung ebenso eingerechnet werden wie die Chance, auf Grund einer genauen Kenntnis der Situationen und Verläufe zu entwicklungsmäßig richtigen Entscheidungen zu gelangen“*. Die Ergebnisse einer Zeitanalyse richteten sich *„Immer in alternativer Form an den handelnden Menschen, der aus den vorgefundenen sozialen Verhältnissen möglichst eindeutige gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen zu ziehen genötigt ist“*. Sozialistische Grundsätze, so formuliert Stammer, ließen sich immer nur dann klar entwickeln, *„wenn sie bezogen werden auf bestimmte geschichtlich-gesellschaftliche Situationen, auf konkrete soziale politische Auseinandersetzungen, auf die Leitbilder von Gruppen und auf das tatsächliche*

Verhalten der Menschen". Wenn sich die Sozialdemokratie daher zur Freiheit in konkreten gesellschaftlichen Beziehungen, „zu der Freiheit als der Chance des Menschen, über seine Lebensführung solidarisch mit anderen ohne Nötigung und Zwang zu bestimmen“, bekenne, so müsse klar erkannt werden, daß die Freiheit des Menschen, wie sie der demokratische Sozialismus erstrebt, nicht nur in einem Freisein von gesellschaftlichem und geistigem Zwang bestehe. Zwang müsse der Mensch in vielen sozialen Situationen auf sich nehmen und im Hinblick auf eine durchgehende innere Befreiung verarbeiten. Diese Freiheit stelle vielmehr auch „eine Freiheit in Richtung auf verantwortliche Teilnahme und Teilhabe an der Lösung gesellschaftlicher und politischer Aufgaben nach den Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit“ dar.

Otto Stammers Lebensweg macht deutlich, wie er das, was hier vor der Hand wie das Resultat intellektuell-redlichen Nachdenkens über die Verbindung gesellschaftlich bestimmter, wissenschaftlicher und politischer Aufgaben wirkt, als Maxime in seiner persönlichen Lebensgestaltung beispielhaft vorzuleben versucht hat. Aufgewachsen inmitten der Leipziger Arbeiterbevölkerung und von Anfang an in lebendiger Verbindung mit der gerade hier außerordentlich regen Arbeiterbewegung, erwarb Stammer nach dem 1. Weltkrieg als Schüler der Leibniz-Oberrealschule 1920 das Reifezeugnis und begann sogleich in Leipzig ein breit angelegtes Studium der Sozialwissenschaften.

Seit Dezember 1919 Mitglied der SPD, widmete er sich neben seinem Studium intensiv der Studenten- und Universitätspolitik, wurde 1921 Vorsitzender der Sozialistischen Studentengruppe an der Universität Leipzig, 1921 bis 1923 Mitbegründer und Vorsitzender des Verbandes Sozialistischer Studentengruppen Deutschlands und Österreichs, zugleich 1921 bis 1924 auch Mitbegründer sowie Vorstandsmitglied des Kartells Republikanischer Studenten Deutschlands und schließlich 1924 als Mitbegründer Vorstandsmitglied der Fédération Universitaire Internationale. Nachdem er 1924 aufgrund einer Dissertation über das Thema: „Der Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels, gesehen als philosophisch-soziologischer, juristischer und politischer Staatsbegriff“ — die Arbeit, die auf Anregung seines Lehrers Hermann Heller entstand, ist leider bisher noch

nicht gedruckt zugänglich — an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig promoviert wurde, ging er zunächst in die Journalistische und politische Praxis. Auf Grund seiner besonders engen Verbindung zur austro-marxistischen Schule des demokratischen Sozialismus wurde er in der Zeit 1925 bis 1929 in Graz politischer Redakteur der österreichischen Tageszeitung „Arbeiterwille“ und von 1927 an auch Leiter des sozialistischen Arbeiterbildungswesens in der Steiermark. Anschließend übernahm er dann leitende Aufgaben in der Erwachsenenbildung, deren Bedeutung für den Aufbau einer sozialen Demokratie er immer wieder in Wort und Schrift verdeutlichte. Im Herbst 1929 ging Stammer zunächst als Dozent an die Heimvolkshochschule Harriseefeld bei Flensburg und war sodann, einem Rufe seines Freundes Hermann Lüdemann folgend, in den Jahren 1931 und 1932 in Peterswaldau/Schlesien als Direktor und Lehrer an der Wirtschaftlichen Fachschule für Arbeiter und Angestellte („Arbeiterwirtschaftsschule“) tätig.

Wegen der zunehmenden Härte und entscheidenden Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus engagierte sich Stammer in den letzten Jahren vor der sogenannten Machtergreifung ausschließlich in der Arbeiterbewegung für den Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der demokratischen Republik. In den zahlreichen Wahlkämpfen der Jahre 1931 und 1932 war er in Schlesien unermüdlich für die SPD als Kursleiter und als Wahlredner wirksam, und schließlich kandidierte er in der letzten Reichstagswahl der Weimarer Republik, am 5. März 1933, selbst für seine Partei.

Im Februar 1933 aus politischen Gründen von den Nationalsozialisten inhaftiert, traf ihn, wie viele andere seiner Genossen, danach das schwere Schicksal der Erwerbslosigkeit, die nur zeitweilig unterbrochen wurde — durch die Tätigkeit als Kellner. Neben seiner illegalen Tätigkeit für die verbotene Partei setzte er in den Abendstunden, so gut es eben nur ging, in der Deutschen Bücherei seine sozialwissenschaftlichen Studien fort. Es gelang ihm schließlich 1937, in einem pharmazeutischen Unternehmen — zunächst in dessen wissenschaftlichem Außendienst und später als technischer Betriebsleiter — unterzutauchen. Nachdem Stammer 1948 aus der Betriebsleitung dieses inzwischen „volkseigen“ gewordenen Unter-

nehmens ausgeschlossen war, wurde er soziologischer Redakteur am Bibliographischen Institut und Dozent an der Meisterschule für das Graphische Gewerbe in Leipzig, bis ihn politische Gründe zwangen, im Herbst 1949 nach West-Berlin zu übersiedeln.

Nunmehr entschied er sich für eine akademisch-wissenschaftliche Tätigkeit und habilitierte sich Ende 1949 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der neu gegründeten Freien Universität Berlin mit einer bereits in den 30er Jahren begonnenen, in der Zwischenzeit ausgearbeiteten Studie zum Thema „Ideologie und Geschichte“. Ebenso wie seine Doktorarbeit ist auch diese für die Weiterentwicklung der Wissenssoziologie und die Ausgestaltung einer politisch-soziologischen Theorie des demokratischen Sozialismus wichtige Arbeit leider bisher nur einem engen Kreis seiner – wissenschaftlich interessierten – Freunde bekannt, da eine Drucklegung in der Nachkriegszeit schwierig war und Stammer sich später nicht mehr bereit fand, sie zu veröffentlichen, da ihm für die seiner Ansicht nach notwendige Überarbeitung kaum mehr ausreichend Muße zur Verfügung stand. Denn bis zu seiner Emeritierung 1969 ging er voll und ganz in seinem Beruf als Professor der Soziologie und der politischen Wissenschaft auf.

In diesen erfolgreichen zwanzig Jahren sammelte sich um ihn eine Generation kritischer und kooperationsbereiter Studenten und junger Wissenschaftler, mit denen er die Problematik der von ihm vertretenen Fachgebiete intensiv erforschte und gemeinsam die vielfältigen Fragen der gesellschaftspolitischen Gegenwartspraxis kritisch erörterte. Zu seinen hervorragendsten Leistungen dieser Jahre ist wohl die Übernahme der wissenschaftlichen Leitung und der Aufbau des Instituts für politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin zu zählen. In der umfangreichen Schriftenreihe dieses Instituts schlugen sich denn auch die Ergebnisse der politikwissenschaftlichen Forschung nieder, an der teilzunehmen und sie zu organisieren er sich immer zu einer besonderen Aufgabe gemacht hat. Sein ausgezeichnete wissenschaftlicher Ruf und seine offenkundige wissenschaftsorganisatorische Begabung fanden darüber hinaus ihren Ausdruck in der aktiven Mitgliedschaft und Vorstandstätigkeit einer Reihe fachwissenschaftlicher Vereinigungen sowie in Beratungsfunktionen verfassungspolitischer Kommissionen.

Die hauptberufliche Übernahme ausgesprochen politischer Funktionen hat Stammer jedoch nach 1945 – im östlichen wie im westlichen Bereich – immer wieder abgelehnt, da nach seiner Auffassung die gründliche Erfüllung ausgesprochen wissenschaftlicher Aufgaben in Forschung und Lehre leiden muß, sobald das für den Wissenschaftler selbstverständliche politische Engagement für eine vollzeitliche, aktive Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen beansprucht wird. Dennoch und gerade deshalb haben die kultur- und wissenschaftspolitischen Probleme, vor denen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus standen, Stammer bewogen, immer wieder im politischen Raum an den Stellen mitzuwirken, wo man seine Erfahrungen und seinen Rat brauchte. So war er u. a. bis Anfang der 60er Jahre Mitglied des kulturpolitischen Ausschusses beim Vorstand der SPD, gehörte der Kommission zur Vorbereitung des Godesberger Parteiprogramms an und war für einige Jahre Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

Zum 200. Geburtstag Hegels erscheint:



Peter Heintel

HEGEL

131 S., 4 Abb., 5,80 DM

„Uns ist eine entsetzliche Lücke gerissen! Sie klappt unausfüllbar . . . Solche Verbindung des tiefsten allgemeinen Denkens und des ungeheuersten Wissens in allen empirischen Erkenntnisgebieten fehlt nun schlechterdings. . . . Die ganze Stadt ist von dem Schlag betäubt . . .“

Das war die Reaktion der Zeitgenossen auf die Nachricht vom Tode Hegels. Was aber bedeutet Hegel für unsere Zeit?

Peter Heintel, Dozent für Philosophie an der Universität Wien, schrieb eine Biographie, in der er nicht nur den Lebensweg Hegels nachzeichnet, sondern darüber hinaus ein Bild des Hegelschen Gedankensystems entwirft und den Auswirkungen seiner Philosophie auf die Gesamtheit der Wissenschaften der Folgezeit nachgeht. Eine Einführung für jeden, der sich näher mit Leben und Werk dieses „letzten universellen Philosophen“ befassen will.

Bd. 54 der Reihe „Persönlichkeit und Geschichte“.

Eine Auswahl von weiteren Bänden der Reihe:

Bd. 2 Hellmut Rößler
Reichsfreiherr vom Stein

Bd. 8 Georg von Rauch
Lenin

Bd. 16 Friedrich Bülow
Friedrich List

Bd. 26/27 Wilhelm Schüssler
Wilhelm II *

Bd. 30 Waldemar Besson
Friedrich Ebert

Bd. 40/41 Peter Stadler
Karl Marx *

Bd. 42 Hans Bott
Theodor Heuss *

Bd. 44 Ernst Schraepfer
August Bebel *

Bd. 50 Friedrich Wilhelm Kantzenbach
Albert Schweitzer *

Bd. 51 Eilert Lohe
Heinrich Brüning *

Bd. 52 Friedrich Heine
Kurt Schumacher *

Bd. 53 Ulrich Czianik
Gustav Noske *

Die Reihe wird fortgesetzt!

Jeder Band ca. 100 Seiten, engl. Broschur 4,80 DM

* Doppelband und Band mit Abbildungen 5,80 DM

Fordern Sie Prospekte vom Verlag an.



MUSTERSCHMIDT – VERLAGSBUCHHANDLUNG

Göttingen, Turmstraße 7 • Zürich, Waldmannstraße 10 a • Frankfurt, Roßmarkt 23

Die befreite Gesellschaft

Auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken erklärte Willy Brandt am 17. Mai 1970 u. a.: „... Wenn ich eingangs sagte, eine umfassende Theorie der modernen Sozialdemokratie werde noch auf sich warten lassen müssen, so sollte das keine Aufforderung zu pragmatisch getarnter oder gar banausenhafter Selbstgefälligkeit sein. Ganz im Gegenteil. Worum wir uns verstärkt bemühen sollten, ist der praktische und vor allem auch geistige Kontakt mit dem — sagen wir es ruhig, wie es uns entgegengehalten wird — ‚Sozialdemokratismus‘ in aller Welt. Der neue Parteivorstand wird zu prüfen haben, was wir uns auf diesem Gebiet zutrauen können.

Ein Schwerpunkt bleibt die Mitarbeit in der ‚Internationalen‘ der sozialdemokratischen Parteien. Aber schon in Europa gilt es, den Rahmen nicht zu eng zu ziehen. Das etwa von Servan-Schreiber in Frankreich entwickelte Programm der Radikalen Partei sollte dabei ebenso beachtet werden wie die Alternativen, um die sich den Sozialdemokraten verwandte Kräfte gegenüber autoritären Regimen in Südeuropa bemühen. Ich brauche hier kaum zu begründen, welche Bedeutung dem Ringen um moderne gesellschaftspolitische Antworten durch die Kirchen beizumessen ist.“

Schon einige Wochen später war der sensationelle Wahlsieg (in Nancy) des von Willy Brandt erwähnten Generalsekretärs der Radikalsozialistischen Partei Frankreichs und Autors des Programms dieser Partei, „Die befreite Gesellschaft“, in aller Munde. (In seinem Gespräch mit „Die Neue Gesellschaft“ erklärt Jean-Jacques Servan-Schreiber, worin er die Bedeutung seines Wahlsieges für Frankreich und Europa sieht.)

Es wäre falsch, den Sieg eines Mannes zum Anlaß zu nehmen, von neuen Strömungen in Frankreich zu sprechen. Abzuwarten bleibt, ob Jean-Jacques Servan-Schreiber erreichen kann, was ihm vorschwebt: eine neue Bewegung der Linken, die sich vom Glauben befreit, nur mit den Kommunisten gemeinsam die Probleme

Frankreichs lösen zu können. Die Schwierigkeiten, die in Bordeaux aufgetreten sind und die Servan-Schreiber veranlaßt haben, in letzter Minute selbst gegen Chaban-Delmas zu kandidieren, beweisen, daß noch viele Hindernisse zu überwinden sind.

In der Zeit, in der wir leben, erhalten Initiative und Sieg Jean-Jacques Servan-Schreibers eine besondere Bedeutung. Die großen Erfolge sozialdemokratischer Parteien auf der einen Seite, die Wahlniederlage der britischen Labour Party und die — zum Teil mit kräftiger Hilfe der SPD — in eine Niederlage der SPD umfunktionierten Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saargebiet andererseits haben in diesem Jahre 1970 zur Frage provoziert: Erleben wir in Europa eine konservative, das heißt rückschrittliche, oder sozialdemokratische, das heißt fortschrittliche, Entwicklung?

Bei dem Versuch der Beantwortung dieser Frage sollte man behutsam vorgehen. Willy Brandt hat in seinem schon erwähnten Parteitagsreferat darauf hingewiesen, „daß wir uns in jenen entscheidenden Jahren zwischen zwei Epochen befinden, Jahren, in denen bei richtigem Verhalten die Schlacken der alten Epochen abgeworfen und die Konturen für eine neue freigelegt werden können. Wie immer in der menschlichen Existenz kann auch das Gegenteil eintreten. Dieses Risiko enthebt uns nicht der Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Dazu gehört auch, daß wir durch beharrliches Herausarbeiten der gemeinsamen Interessen Fortschritte in Richtung auf das politische Zusammenwirken erzielen.“

Seinem Buch „Frankreich steht auf“, das nach den Mai-Ereignissen des Jahres 1968 geschrieben wurde*, setzt Jean-Jacques Servan-Schreiber einen Satz von Pierre Mendès-France als Leitmotiv voraus: „Die Auflehnung (der Jugend — Anm. d. Red.) richtet sich nicht

* 1968 bei Hoffmann & Campe erschienen

nur gegen Menschen oder Institutionen. Sie ist Ausdruck des Willens von Millionen Franzosen, in einer harten, unmenschlichen und konservativen Gesellschaft nicht mehr als Untertanen betrachtet zu werden, sondern voll und ganz ihre Rolle auszufüllen in einer Gesellschaft, welche die Ihre ist."

Die Aufgabe, die sich den fortschrittlichen, sagen wir ruhig sozialdemokratischen Kräften (im weitesten Sinne des Wortes und als geistig-politische Strömung verstanden) stellt, ist gewaltig. Vor Übermut und Überschätzung der eigenen Kräfte muß aus verschiedenen Gründen gewarnt werden. Einmal ist es eine Legende, daß die richtige Politik automatisch siegt. Zum zweiten lehrt die Erfahrung, daß die eindrucksvollste Verkündung von noch so richtigen Grundsätzen nicht dazu führt, Menschen für die richtige Sache zu gewinnen, wenn nicht überzeugend dargelegt wird, daß die Verwirklichung politischer Grundsätze den persönlichen Interessen des einzelnen dient. Über dem Kampf für die Menschheit, für das Volk darf der Mensch nicht vergessen werden. Die Tragödie der Linken bestand darin, daß dies im letzten Jahrhundert allzu oft geschah.

Es ist aber vor einer Überschätzung der fortschrittlichen Kräfte auch deswegen zu warnen, weil in der Periode zwischen den beiden Epochen, von denen *Willy Brandt* sprach, die Kräfteverhältnisse zwischen Konservativen und Fortschrittlichen etwa gleich stark sind. Wir erleben gerade jetzt in der Bundesrepublik, wie der Mann namens *Franz Josef Strauß* und mit ihm viele andere aus der CDU/CSU bemüht sind, primitivste Emotionen zu wecken, um nur ein Ziel zu erreichen: die Wiedereroberung der Macht. Sozialdemokraten ist es nicht gegeben, mit gleicher Münze, mit der Münze der Verleumdung, Verdrehung, Fälschung und Diffamierung zurückzuzahlen. Das ist gut, denn es bleibt dabei: Gerade in der Politik und bei der Ausübung der Macht darf auf moralische Prinzipien nicht verzichtet werden. Das sollte aber nicht bedeuten, daß man kleinmütig wird und sich in die Defensive treiben läßt.

Zum dritten muß man sich vor einer Überschätzung der demokratischen Kräfte hüten, weil von der kompromißlosen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die Chancen einer fortschrittlichen Entwicklung in Europa beeinflußt werden. Daß der Kommunismus des

Jahres 1970 nicht mehr einen Monolithen darstellt, ist inzwischen zur Binsenwahrheit geworden. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wollte man die Kraft der kommunistischen Bewegung unterschätzen.

Was Europa angeht, so ist gewiß, daß man die Kommunistische Partei Italiens nicht mit der Kommunistischen Partei Frankreichs oder gar mit den deutschen Kommunisten gleichsetzen darf. Aber der Prozeß innerhalb der kommunistischen Bewegung befindet sich erst im Anfangsstadium. Inzwischen erleben wir, daß in trauter Einheit und in einigen Fällen konservative und kommunistische Kräfte, zwar aus verschiedenen Interessen, dennoch gemeinsam gegen die Sozialdemokratie kämpfen.

Inzwischen ist festzustellen, daß die Kommunisten in beiden deutschen Staaten in ihrer Einschätzung der Sozialdemokratie an den verhängnisvollen und heute geradezu makaber-grotesken Vorstellungen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen festhalten. Für die SED sind die sozialdemokratischen Führer der Bundesrepublik weiterhin die Agenten des Imperialismus. Ausführlich wird das in den „Informationen“ für Funktionäre der SED Nr. 41 1970/5 dargelegt. In Nr. 4 von „Marxistische Blätter“, die in Frankfurt/Main herausgegeben werden, beschäftigten sich die Kommunisten der Bundesrepublik mit der SPD.

Die deutschen Kommunisten beweisen, daß sie aus der Geschichte nicht das geringste gelernt haben. In einer Zeit, in der durch die schamlose Propaganda von Männern vom Schlage *Guttenbergs, Strauß'* und Vertriebenenfunktionären die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird — die Springerpresse und ihre Skribenten dürfen dabei nicht vergessen werden —, ist es nötig, daran zu erinnern, daß für die deutschen Kommunisten, aber auch für manch andere europäische Kommunisten der Hauptfeind nicht in den Rechten, sondern in der Sozialdemokratie gesehen wird.

So sehr man sich also vor Überschätzung der eigenen Kraft hüten soll, so sehr muß aber auch mit aller Energie gegen eine Unterschätzung der eigenen Möglichkeiten Stellung genommen werden. Es ist fast unverständlich, wie es möglich war, daß die seit der Regierungserklärung im Oktober 1969 zu erwartende Offensive der Konservativen die Sozialdemokraten dieses Landes in die Defensive, in Mißmut und in manchen Fällen in Resignation treiben konnte. Dazu besteht kein Grund. Wer

die Entwicklung der letzten Jahre in Europa beobachtet und zum Teil mitgestaltet hat, weiß, daß die konservative Seite im wahrsten Sinne des Wortes auf die ihr zur Verfügung stehenden letzten Reserven zurückgreifen muß. Das heißt: Die andere Seite, die konservative Seite, befindet sich in Wahrheit in der Defensive. Mit Geschick bemüht sie sich darum, diese Wahrheit zu vertuschen. Unsere Aufgabe kann nicht darin bestehen, das Spiel der Konservativen zu erleichtern.

„Die Neue Gesellschaft“ hat seit anderthalb Jahren durch die Gespräche mit führenden Persönlichkeiten aus dem Lager des europäischen Fortschritts versucht, die Wege darzustellen, die in Europa im Sinne des Friedens, der Freiheit und der sozialen Demokratie einzuschlagen sind. Das Gespräch mit *Jean-Jacques Servan-Schreiber* dient dem gleichen Ziel.

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hans-Josef Steinberg
Widerstand und Verfolgung
in Essen 1933-1945

422 Seiten, Leinen 24,80 DM

Aus dem Vorwort:

„Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime (ist) vom Tage der sogenannten Machtübernahme an in erster Linie von Angehörigen der Linksparteien geleistet worden, weniger politisch spezifiziert, von der Arbeiterschaft.

Die vorliegende Studie gliedert sich in zwei Hauptteile, eine vorzüglich auf unveröffentlichten Quellen beruhende Darstellung und eine Dokumentation, welche ergänzende und veranschaulichende Funktion hat. Die Dokumente der Verfolgenseite geben dem Leser die Möglichkeit, die Wertungen des Verfassers selber zu überprüfen, während die Zeugnisse des Widerstandes, die hektografierten Flugblätter, die Klebezettel und späteren Erlebnisberichte die Anliegen und Techniken der illegalen Gruppen verdeutlichen.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Vision der Zukunft

Gespräch mit Jean-Jacques Servan-Schreiber*

L. B.: Herr *Servan-Schreiber*, wie fühlt man sich nach einem Erfolg, wie Sie ihn am 28. Mai in Nancy errungen haben, und worin sehen Sie die Bedeutung Ihres Wahlsieges?

Servan-Schreiber: Ich fühle mich sehr ermutigt. Vor 10 Jahren hatte *André Malraux* den berühmten Satz gesprochen: „*Es wird in Frankreich bald nur noch uns (die Gaullisten – Anm. d. Red.) und die Kommunisten geben.*“ In der Tat, in Frankreich herrschte das Gefühl vor – bei mir wie bei vielen anderen Franzosen auch –, daß wir in der einen oder anderen Weise zu einer Art Gefängnis verurteilt seien. In Frankreich hatte man sich mit der Zeit schon fast mit dem Gedanken abgefunden, daß alle linken Reformpolitiker von der Kommunistischen Partei beherrscht und daß andererseits die Liberalen und Rechten nach und nach von der gaullistischen Bewegung aufgesaugt würden. Mit anderen Worten: Man hatte tatsächlich den Eindruck, daß *Malraux* einen visionären, prophetischen Satz ausgesprochen hatte, demzufolge es in Frankreich mit der Zeit nur noch zwei große politische Strömungen geben würde, die Kommunisten und die gaullistische Bewegung, und daß der Rest unbedeutend sei.

Nun ist es etwas mehr als ein Jahr her, daß *de Gaulle* abtrat und die Frage zu beantworten war, ob das Wort *Malraux* auch nach *de Gaulle* zu einer dauerhaften Realität würde oder ob es widerlegt werden könnte.

Was mich bei dem Wahlkampf in Lothringen ermutigt hat und was auch viele andere ermutigte – 60 Bürgermeister aus allen Gegenden Frankreichs haben sich mit mir solidarisiert, so daß es sich schon nicht mehr um eine rein lokale Wahl handelte –, war folgendes: Ich hatte zwei große Gegner: in erster Linie den Gaullismus mit dem Staatsapparat – 7 Minister haben im Wahlkampf gesprochen – und der gesamten gaullistischen Bewegung hinter sich, andererseits die Kommunistische Partei Frankreichs, die ihre ganze Führungsmannschaft zur Unterstützung des kommunistischen Kandidaten mobilisierte. Und das Ergebnis: Die Gaullisten erhielten 25 Prozent der Stimmen, die Kommunisten etwas weniger als 20 Prozent und ich 55 Prozent. Nun darf man daraus keine übertriebenen Schlußfolgerungen ziehen. Eine Schlußfolgerung ist aber bereits von sehr vielen Franzosen gezogen worden, nämlich daß der Ausspruch von *Malraux* mit aller Wahrscheinlichkeit ein Alptraum war, von dem man sich befreien kann. Ich bin zwar nicht die treibende Kraft dieser Wandlung. Aber mein Wahlkampf und mein Sieg gelten doch als Signal. Deshalb meine Antwort auf Ihre erste Frage: Ich fühle mich durch meinen Wahlsieg ermutigt.

L. B.: Die linken Kräfte in Frankreich sind zerstritten. Das spiegelt sich auch im Wahlkampf wider.

Servan-Schreiber: Ja! Im ersten Wahlgang haben die Sozialisten und die PSU (Parti Socialiste

* Das Gespräch wurde Ende Juli 1970 geführt, also noch vor den Ereignissen in Bordeaux, die erneut die Uneinigkeit der politischen Linken in Frankreich bewiesen haben.

Unfré) gegen mich Stellung genommen und wie die Gaullisten und Kommunisten alle Ihre Föhrungskräfte mobilisiert. Es muß festgestellt werden, daß bereits im ersten Wahlgang Sozialisten und PSU, die in diesem Gebiet zusammen vor den letzten Wahlen etwa 22 Prozent der Wählererschaft hinter sich hatten, drei Viertel ihrer Stimmen zu meinen Gunsten verloren. Die Kandidaten der PSU und der SFIO konnten nur noch 6,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

L. B.: Das betraf doch besonders stark die PSU?

Servan-Schreiber: Sie haben recht. In diesem Gebiet war die PSU am stärksten. Sie errang 13 Prozent der Stimmen. Das ist sehr interessant. Die PSU ist, wie Sie wissen, eine halbrevolutionäre marxistische Partei, die die Kommunistische Partei (links) zu überholen trachtet.

L. B.: Und wie verlief der zweite Wahlgang?

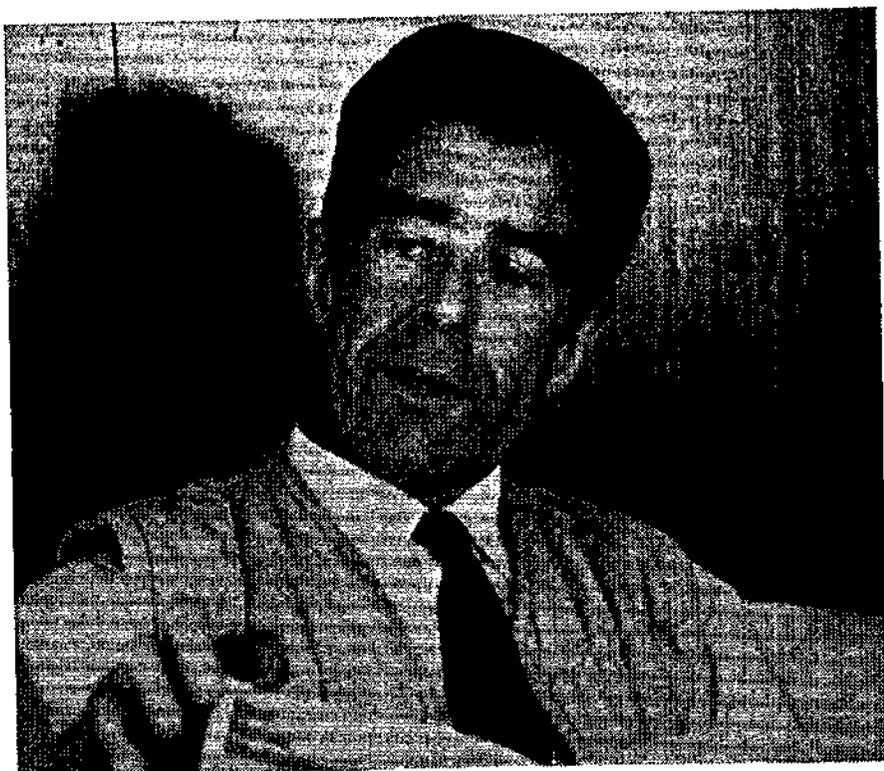
Servan-Schreiber: Während der Kandidat der SFIO nicht zu Gunsten der Kommunisten verzichtete und seinen Wählern freie Hand ließ, forderte der Kandidat der PSU seine Wähler auf, kommunistisch zu wählen. Und das ist vielleicht das Wichtigste für die Zukunft: Im zweiten Wahlgang gab keiner der Wähler der beiden Parteien seine Stimme dem kommunistischen Kandidaten, sondern mir. Der kommunistische Kandidat erreichte die gleiche Stimmenzahl wie im ersten Wahlgang. Daraus ergeben sich für mich zwei Schlußfolgerungen: 1. Bundeskanzler *Willy Brandt* hat in seinem Referat auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken erwähnt, daß die linken Kräfte in Frankreich in eine Krise geraten seien. Ich möchte hinzufügen, daß die sozialistische Bewegung in Frankreich seit langem versucht, einen Weg aus der Krise zu finden. Wenn man konkrete und tiefgreifende Reformen anstatt Theorien vorschlägt, vor allem keine marxistischen Theorien, dann ist die gesamte sozialistische Wählererschaft für ein Reformprogramm zu gewinnen. 2. Die Kommunistische Partei Frankreichs kann nicht länger glauben, daß die sozialdemokratische und sozialistische Bewegung Frankreichs im Kielwasser der Kommunisten schwimmt. Das ist von großer Wichtigkeit. Was mich persönlich betrifft, so werde ich mich darum bemühen, mich mit der Gesamtheit der sozialistischen Bewegung zu verständigen. Es kommt also für mich nicht in Frage, die Auseinandersetzung innerhalb des sozialistischen Lagers fortzusetzen. Nach den Ferien werde ich mich gemeinsam mit anderen darum bemühen, daß es in Zukunft nur noch eine sozialdemokratische Kraft in Frankreich gibt.

L. B.: Herr *Servan-Schreiber*, Sie haben in Ihrem Wahlkampf den Wählern unter dem Titel „Le contrat lorrain“ ein Dokument vorgelegt, das im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat. Welche Absichten verfolgten Sie mit diesem Plan?

Servan-Schreiber: Wir haben den Versuch unternommen, etwas anders vorzugehen als die sozialistische Bewegung Frankreichs in den vergangenen 50 Jahren. Im Vordergrund standen nicht theoretische Probleme oder die allgemeine Verkündung von Grundzielen. Wir haben uns die Frage gestellt: Welche konkreten Probleme gibt es in diesem Gebiet? Wir stellten dabei fest, daß das Hauptproblem für den Arbeiter der Arbeitsplatz ist. In sechs Jahren mußten 50 000 Arbeiter Lothringen verlassen, weil sie keine Arbeit fanden. Dann sahen wir das Lohnproblem. Der durchschnittliche Lohn in Lothringen liegt 11 Pro-

zent unter dem des übrigen Landes. Das Hauptproblem sahen wir jedoch in der Frage der Industrialisierung. Lothringen wird einseitig von der Eisen- und Stahlindustrie beherrscht. Bisher war es nicht gelungen, in diesem Gebiet neue moderne Industriezweige anzusiedeln. Dies war ein schweres Versagen, denn die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer Industrien sind in diesem Gebiet geradezu ideal. Ich darf als Beweis u. a. darauf hinweisen, daß Nancy eine der schönsten Universitäten Frankreichs mit 23 000 Studenten hat. Neben Toulouse und Grenoble gehört sie zu den drei wichtigsten Universitäten Frankreichs.

Hier sah ich die große Chance. Vom Beginn meines Wahlkampfes an sagte ich, daß wir versuchen müssen, einen anderen Weg einzuschlagen, um die Probleme der Industrialisierung, der Beschäftigung und der Löhne zu lösen, als das bisher geschah. Anstatt in dem so stark zentralisierten Frankreich bei der Regierung anzuklopfen, um ministerielle Genehmigungen, Kredite und Subventionen zu erhalten – das ist Bettel –, sei es bestimmt besser,



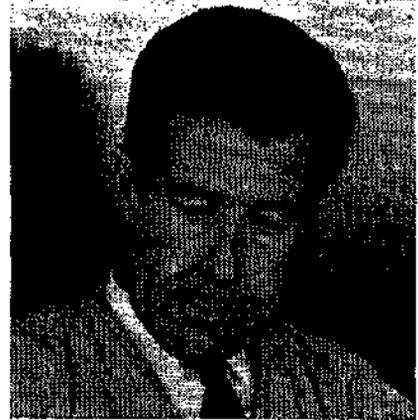
Jean-Jacques Servan-Schreiber beim Gespräch mit Leo Bauer

Europa nach Lothringen zu bringen. Und das wurde das Generalthema meines Wahlkampfes. Ich sagte: Wir müssen in Lothringen testen, ob die wirtschaftliche Entwicklung Europas bei der Arbeitnehmerschaft nur als zusätzliche Belastung und Quälerei empfunden werden soll, weil man sie zwingt, ihre Heimat zu verlassen, oder ob im Gegenteil Europa zur Hoffnung werden kann, weil es vielen Menschen neue Arbeitsplätze, interessante materielle Möglichkeiten und die Vergrößerung des Bereiches ihrer Verantwortung bietet. Ich versprach also zu versuchen, Europa nach

Lothringen zu bringen. Als erstes habe ich einige Freunde versammelt und ihnen gesagt: Das ist der Prüfstein für die Möglichkeit, die europäische Wirtschaft mit der europäischen Jugend zu versöhnen. Ihr müßt mir helfen – nicht um mir einen Gefallen zu tun –, wirtschaftliche Kreise der wichtigsten europäischen Länder zur Mitwirkung zu bewegen.

L. B.: Und wie war die Reaktion?

Servan-Schreiber: Der Funke zündete. Nach zehn Tagen hatte ich eine Liste von Schweden, Italienern, Belgiern, Deutschen und natürlich auch Franzosen, die sich bereit-erklärten, öffentlich als Gesellschafter einer europäischen Gesellschaft zur Entwicklung Lothringens aufzutreten. Die Lothringer waren beeindruckt. Für sie wurde – das ist sehr wichtig – der Begriff „Europa“ lebendig, er hörte auf, lediglich ein diplomatischer Begriff zu sein oder ein Ausdruck des kalten Krieges. Er wurde zum Inbegriff der Möglichkeit für schöpferische Tätigkeit. Das Leben, das dem Begriff „Europa“ durch diese Methode gegeben wurde, empfanden die Lothringer Wähler wie einen frischen Wind, d. h. die Fenster Lothringens wurden geöffnet. „Europa“ wurde so zum Mittelpunkt des Wahlkampfes und damit auch zum ersten Mal eine Alternative zur Politik *General de Gaulles*. *General de Gaulle*, den ich für einen sehr großen Mann halte, hatte mit allen Mitteln versucht, Frankreich „*sich treu bleiben zu lassen*“, damit es aus sich heraus eine Macht verkörpern könne, die in der Welt-politik mit die erste Geige spielt. Ich hatte sofort erklärt, daß dies nicht mehr möglich sei. Frankreich würde dem Ruin entgegengehen, wenn es auf diesem Wege fortschreite, einem Weg, der der Vergangenheit angehöre. Ich war für „Europa“, das in Frankreich schon ein wenig aus der Mode geraten war und die Franzosen nicht mehr besonders begeisterte. Durch die Gedanken der Modernisierung und Industrialisierung hat „Europa“ in diesem Wahlkampf einen lebendigen Inhalt erhalten.



L. B.: „Europa“ spielt in all Ihren Büchern, insbesondere in „Die amerikanische Herausforderung“, „Frankreich steht auf“ und in „Die befreite Gesellschaft“, eine große Rolle. Sie sagten selbst, Sie würden mit dieser Konzeption im Gegensatz zu *General de Gaulle* stehen. Welche Rolle hat *Jean Monnet* in Ihrem politischen Leben gespielt?

Servan-Schreiber: *Jean Monnet* hat in meinem Leben eine große Rolle gespielt, und zwar in doppeltem Sinn. Er war vor allem mein Lehrer. Ich kenne *Jean Monnet* seit nunmehr zwanzig Jahren. Von Beginn an war ich von seiner Art zu denken beeindruckt gewesen. Wenn ich hinzufügen darf: diese Art des Denkens ist nicht gerade traditionell in meinem Lande. Wie Sie wissen, ist Frankreich ein Land der literarischen, juristischen und historischen, aber nicht der wirtschaftlichen Bildung.

Der Katholizismus hat in Frankreich, was die geistige Bildung angeht, eine sehr große Rolle gespielt. Im Gegensatz zum Protestantismus hat der Katholizismus bis in unsere Tage hinein ein Zusammenwachsen der nationalen

Bewegung, des Geistes der Franzosen und der wirtschaftlichen Entwicklung verhindert. Hinzukommt, daß man nicht vergessen darf, daß die Stärke der französischen Kultur im Rhetorischen liegt.

Jean Monnet entspricht diesen französischen Traditionen in keiner Weise. Im Gegenteil, er ist ein Mann, der sehr wenig spricht, der immer versucht zu verhandeln, weiterzuentwickeln und zu schaffen. Er beeindruckt durch die Rationalität seines Geistes. Ich war von ihm als Lehrer beeindruckt. Das war auch in der Zeit, in der er mithalf, die Montan-Union, den Schuman-Plan und die Römischen Verträge unter Dach und Fach zu bringen. Ich habe immer auf Jean Monnet gehört und von ihm gelernt. Ich kenne auch seine guten Beziehungen zu deutschen Politikern, die für Europa eingetreten sind und eintreten. Ich weiß, mit welcher Hochachtung und Wertschätzung er zum Beispiel von Herbert Wehner spricht.



Das zweite sehr Bemerkenswerte, was Jean Monnet für mich getan hat, ist der Brief, den er mir während des Wahlkampfes in Nancy geschrieben hat. Jean Monnet, der nie eine Rolle in der französischen Öffentlichkeit spielen wollte, der den persönlichen Kontakt vorzieht und der, wie Sie wissen, jedermann in Europa kennt, der das Gegenteil eines Nationalisten ist und sich in Deutschland, Italien und England ebenso zu Hause fühlt wie in Frankreich, hat sich nie in Wahlfragen eingemischt.

Nun gut: Vier Tage nach Beginn meines Wahlkampfes bekam ich einen wunderbaren Brief, den ich mit seinem Einverständnis veröffentlichte. Hier der Wortlaut:

„Mein lieber Freund!

Ich möchte Ihnen meine Empfindungen über Ihre Kandidatur zum Ausdruck bringen. Ich habe den lebhaften Wunsch, daß Sie gewählt werden, weil Sie die Veränderung durch Reformen präsentieren, die sich aus ständigem Gedankenaustausch ergeben. Sie widersetzen sich der Gewalt, die an Stelle des Fortschritts in Frankreich lediglich zu Aufruhr und Totalitarismus führen. Sie treten dafür ein, daß mit Entschiedenheit und ohne Verzögerung die europäische Verfassung vorangetrieben wird, weil die Notwendigkeit es von uns verlangt, und Sie haben dies oft ausgesprochen.

Sie verfechten das, was wesentlich für den Aufbau Europas ist, nämlich die Gründung einer gemeinsamen Aktion mit dem Ziel, die staatliche Souveränität im Bereich einer Anzahl von wesentlichen Problemen zu verschmelzen. Nur so werden wir sie lösen können.

Man sagt, Sie hätten einen schwierigen Charakter. Ich glaube, daß heute ein schwieriger Charakter, Überzeugungen und Ausdauer Hand in Hand gehen.

Ihr Erfolg in Nancy ist wichtig für uns alle, und ich wünsche Ihnen viel Glück. Seien Sie überzeugt, daß ich Ihnen meine herzlichsten Gefühle widme.

Jean Monnet.“

Ein Deutscher sagte zu diesem Schreiben: „Das ist kein Brief, das ist ein Manifest.“ Ich stimmte dem zu. Jean Monnet, wie üblich sehr sparsam mit Worten, hat auf einer einzigen Seite genau das gesagt, was gesagt werden mußte. Ich bin ihm dafür sehr dankbar. Er ist heute 80 Jahre alt. Seine physische Verfassung ist ausgezeichnet, und er verfügt heute in Frankreich über viel Einfluß. Ich bin sicher, daß er uns noch viele Jahre erhalten bleibt.

auf Europa eine Desillusionierung breitgemacht habe. Der österreichische Bundeskanzler *Bruno Kreisky* meinte im gleichen Sinn, daß, entgegen der Idee der Schöpfer, Europa primär zu einem „Europe des Affaires“, einem Europa der Geschäfte geworden sei. Nach seiner Überzeugung sei die Zeit gekommen, einen großen Sprung nach vorn zu wagen, er müsse von der europäischen Sozialdemokratie und von ihren Ideen geprägt sein. (s. NG 3/70, *Bruno Kreisky*: Sozialdemokratische Perspektiven für die 70er Jahre)

Servan-Schreiber: Ich teile vollkommen diese Meinung, Ich würde nur nicht von einem „Europa der Geschäfte“ sprechen. Es könnte zu leicht der Eindruck entstehen, als würden wir die „Geschäfte“, d. h. die Industrie, die Technologie geringschätzen oder bagatellisieren. Die Stärke Europas wird zum großen Teil von der Stärke seiner Wissenschaft, Technologie und seiner Erfindungen abhängen. Wenn man sie in den Begriff „Europa der Geschäfte“ einpreßt, könnte allzu leicht vergessen werden, daß es sich dabei um Notwendigkeiten handelt, die die Grundlagen für die Zukunft schaffen und damit die Zivilisation vorantreiben. Ein Anhänger der politischen Linken muß sich heute meines Erachtens zur Aufgabe machen, Begriffe zu rehabilitieren, die die marxistische Linke mit Füßen getreten hat und die in Wahrheit einen Wert besitzen.

Ich bin sicher, daß Bundeskanzler *Kreisky* dies gemeint hat, und Ich wiederhole, ich stimme ihm völlig zu. Wenn Europa weiter bestehen soll, dann muß mit dem Fellschen in Brüssel um die Landwirtschaft, die Zolltarife und rechtliche Fragen Schluß gemacht werden. Ja, das Fellschen muß endlich aufhören. Ich bin dagegen, daß Europa ein „Europa des Kuhhandels“ wird, denn das wirkt entmutigend. Das ist für die Öffentlichkeit nicht durchschaubar. Ich möchte sogar weiter gehen. Es erscheint vielen als etwas Verwerfliches. Denn wenn es notwendig ist, daß die europäischen Staaten auf diese Art und Weise fellschen oder kuhhandeln, so bedeutet das doch, daß es die Europäer gar nicht gibt und daß die Gegensätze zwischen Ihnen so weiterbestehen wie früher.

Dabei scheint es mir gar nicht zu schwer – und auch hier hat *Jean Monnet* recht –, Europa, d. h. die große Hoffnung Europa zu schaffen.

L. B.: Erwecken Sie hier nicht Illusionen? Wie soll denn das ganz konkret aussehen?

Servan-Schreiber: Ich glaube nicht, daß ich Illusionen nachlaufe, und Ich will Ihnen das be weisen.

Ich meine, daß es nicht schwierig ist, das „Europa“ als große Wirtschaftsmacht zu schaffen. Man sagt uns immer, man müsse in Brüssel zu einem gemeinsamen Statut der europäischen Gesellschaften kommen. Man müsse dieses oder jenes tun. Einverstanden, das muß getan werden. Aber bevor man das noch erreicht, kann das Europa der Industrie, der Technologie und der Wissenschaft geschaffen werden. Den Beweis dafür liefern die großen amerikanischen Industriegesellschaften, die sich ohne die geringsten Schwierigkeiten in ganz Europa entwickeln, sogar außerhalb des Gemeinsamen Marktes. Entschuldigen Sie bitte, wenn ich mich selbst zitiere. Im Vorwort zu meinem Buch „Die amerikanische Herausforderung“ habe ich geschrieben. *Die amerikanische Industrie manövriert heute in Europa mit der Beweglichkeit und Schnelligkeit der Israelischen Panzertruppen in Sinai.* Und das stimmt. Die europäische Industrie ist, was Ihre Entwicklung anbetrifft und ihr Bemühen, sich den europäischen Gemeinsamen Markt zunutze zu machen, ebenso langsam und träge wie die ägyptische Armee 1966 in Sinai.

Die industrielle Armee der USA ist genauso blitzartig schnell wie die Panzer-
einheiten der Israelis im Sechstagekrieg. Wenn die Amerikaner das schaffen,
dann müssen auch wir es können. Die deutsche Industrie, die französische,
englische und alle anderen Industrien der EWG können, vor allem auf der
Grundlage von Wissenschaft und Technologie, sogar noch vor der Fixierung
juristischer Verträge bei den Verhandlungen in Brüssel die Mittel finden,
um die konkreten Schwierigkeiten der Entwicklung zu überwinden. Dieses
Europa, das auf diese Weise entstehen kann, wird, dank der schöpferischen
Intelligenz der Europäer, in der Welt bald ein Prestige und letztlich eine
Macht besitzen, die ich gerne analysieren möchte, weil ich glaube, daß dies
eine neue Macht ist. Und gerade hier müssen wir ansetzen, um zu diesem
Begriff „Europa“ zu gelangen, seine Realitäten und Besonderheiten zu er-
kennen.

L. B.: Sie sagten neue Macht. Soll Europa die „dritte Kraft“ der Welt werden?

Servan-Schrelber: Nein, das meine ich nicht. Dieses mächtige Europa wird stark im wirt-
schaftlichen, finanziellen, monetären, wissenschaftlichen und mensch-
lichen Bereich sein. Dabei sind im Vergleich zum amerikanischen und
sowjetischen Imperium zwei wesentliche Charakteristika herauszu-
stellen: Bei einem Vergleich mit dem sowjetischen Herrschaftsbereich
– ich übergehe jetzt bewußt so augenscheinliche und wichtige Dinge
wie Freiheit und Demokratie – lege ich besonderen Wert auf die Fest-
stellung, daß dieses Europa, sagen wir etwas vereinfacht das „Europa der
Sozialdemokratie“, das für mich und für Sie interessant ist, keine fertige
und in sich abgeschlossene Doktrin hat, um sie der Welt aufzuzwingen. Das ist kein Europa,
das mit seinen Doktrinen die Welt kolonisie-
ren will, so wie die Sowjetunion dies anstrebt und
was das Ziel der kommunistischen Doktrin ist.
Die sozialdemokratische Philosophie zeichnet sich
dadurch aus, daß sie pragmatisch, konkret ist
und sich für den Menschen interessiert, dort
wo er ist und so wie er ist, mit dem Ziel, ständig
seine Lebensbedingungen zu verbessern. Die
logische Folgerung daraus ist, daß jedes Land,
jedes Gebiet auf dieser Welt diese Philosophie
übernehmen muß und sie zu einem Programm
gemäß der eigenen Umstände und Gegeben-
heiten umwandeln kann. Weder die Deutschen
noch die Franzosen oder Italiener haben irgend-
eine Doktrin der Welt aufgezwungen. Wir verbie-
ten uns also aufgrund unserer Einstellung jede
Art von doktrinärem Imperialismus. Das ist außer-
ordentlich wesentlich.



L. B.: Und wie sehen Sie den Vergleich zu den USA?

Servan-Schrelber: Im Hinblick auf die Amerikaner untersagen wir uns das Streben nach der
Weltherrschaft und die Anwendung militärischer Stärke, ganz gleich in wel-
chem Land. Wohlgemerkt, ich stelle die USA nicht gleich mit der Sowjet-
union. Die USA sind eine Demokratie mit einer phantastischen Lebenskraft
und Festigkeit. Seit nunmehr 25 Jahren reise ich regelmäßig dorthin. Ich
kenne die Amerikaner, liebe und bewundere sie. Natürlich muß man heute

ernste Kritik üben an der amerikanischen Politik, insbesondere was den Südosten Asiens anbetrifft, aber auch im Hinblick auf Griechenland, Spanien und Südamerika. Kritik üben an dem intellektuellen Irrtum, der die amerikanische Politik bestimmt und der darin besteht zu glauben, daß man im Namen der Verteidigung gegen die Sowjetunion das Recht und die Pflicht hat, Militärdiktaturen zu unterstützen. Das ist natürlich widersinnig. Diese Kritik können und müssen wir aussprechen, aber das darf uns nicht vergessen machen, daß Amerika ein sehr großes Land ist, das in sich die notwendigen Kräfte birgt, um wieder zu sich selbst und zu seiner Mission zurückzufinden, und den Beweis dafür werden uns die Amerikaner geben.



Wenn man also Amerika betrachtet, das eine imperialistische Macht ist, ja sogar die stärkste Macht in der gesamten Geschichte der Welt, und fragt, was Europa von diesem Amerika grundsätzlich unterscheiden wird, so muß man sagen, daß „Europa“ keine militärische Macht sein wird. Das ist eine neue Ordnung, die wir schaffen werden. Wir sind bereits dabei, sie zu schaffen. Wir wollen ein Europa ohne doktrinarischen und ohne militärischen Imperialismus, aber mit einer wirtschaftlichen, moralischen und menschlichen Kraft, mit dem gemeinsamen Willen, Waren, Techniken und wissenschaftliche Erkenntnisse auszutauschen. Angesichts der vorübergehenden Unfähigkeit der USA und der schwerwiegenden Unfähigkeit der Sowjetunion, eine universelle Botschaft zu verkünden, wollen wir, daß Europa seine Botschaft bekannt gibt, denn es ist eine bescheidene und konkrete Botschaft. Darüber hinaus sind wir in der Lage, diese Botschaft bei uns zu illustrieren. Wir werden in kein Land dieser Welt gehen, um es zu kolonisieren, sondern wir werden versuchen, unser eigenes Europa zu organisieren nach einem menschlichen Vorbild, das das sozialdemokratische Modell ist. So wird Europa durch die Kraft seines Beispiels wirken, und das ist eine wichtige Neuheit in der Geschichte. Alle Reiche, die es bisher im Lauf der Geschichte gab, wollten erobern. „Europa“ ist vielleicht die erste Macht in der Geschichte, die handeln wird, ohne auf Eroberungen aus zu sein. Das ist das Europa, von dem vermutlich Herr *Kreisky* gesprochen hat als von dem Europa, das uns interessiert.

L. B.:

Sie sprechen immer von „Europa“, wir sprechen davon und denken dabei stets – bisher – an Westeuropa. Es stellt sich die Frage nach Gesamteuropa. Sie wissen, daß die Bundesregierung mit *Willy Brandt* an der Spitze die ersten Schritte zur Überwindung der „eisernen Mauer“ getan hat, und daß wir im eigenen Land ziemlich viele Probleme dadurch haben. Glauben Sie, daß es notwendig ist, an ein Europa zu denken, das über das Europa hinausgeht, von dem wir augenblicklich sprechen?

Servan-Schreiber:

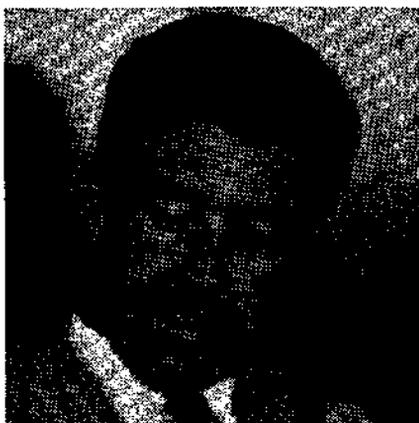
Sie erlauben mir, daß ich hier im einzelnen antworte, weil dies im Augenblick vielleicht eines der delikatesten Probleme ist. Ich weiß wohl, daß es in Deutschland und nicht nur in Deutschland, sondern auch ein wenig in ganz Europa Befürchtungen gibt, daß die Bundesrepublik sich an die Spitze einer neuen Politik in bezug auf den Osten stellen will. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Ich würde sagen, wenn man von Europa spricht, sollte man in der Tat nicht zu vage sein, sondern sich vielmehr konkret ausdrücken. Ich würde also sagen, da ist zunächst das Europa des Gemeinsamen Marktes, das Europa

Brüssels, dem sich nun sehr schnell England anschließen wird und noch andere Länder. Dieses Europa ist ohne Zweifel sehr wichtig, es ist ein Zentrum der Aktivität. Aber es ist schon — selbst für den Westen — nicht mehr ausreichend. Ich persönlich würde wünschen, daß das Europa der 17 europäischen Länder, so wie es in Straßburg existiert, ebenso zusammenarbeiten würde, wie das augenblickliche Europa der Sechs. Das ist also ein zweites Europa.

Bleibt der Osten des Kontinents. Wir müssen eine Politik nach allen Seiten betreiben. Wenn Europa zu dem wird, was Sie und Ich glauben, daß es wird, dann wird diese moralische Macht, diese nicht imperialistische, nicht doktrinaire Macht eine universelle Rolle spielen und nicht eine egoistische.

Es ist nun zunächst nötig, daß wir sehr schnell, alle europäischen Sozialdemokraten zusammen, eine Politik der Gemeinsamkeit definieren. Das ist



sehr schwierig: eine Politik gegenüber den Vereinigten Staaten — ich glaube nicht, daß das sehr schwierig sein wird —, aber man muß es wollen, klar wollen, ohne eingeschüchtert zu sein. Was die Politik nach Osten anbetrifft, so glaube ich, daß Deutschland durch die Politik von Herrn *Brandt* eine entscheidende Wendung durchgeführt hat. Ich glaube, ich darf sagen, daß alle Franzosen, seien sie in der Regierung, seien sie in der Opposition, außer den Kommunisten, ja sogar die Kommunisten — sie sind es, die immer

Angst vor der deutschen Macht haben — diese „Ostpolitik“ verstehen. Man billigt das Konzept und den Aktionsbeginn. Das ist meines Erachtens sehr wichtig, weil Deutschland nicht allein sein kann mit dieser Politik, bei diesem Versuch. Es braucht Unterstützung und zwar sehr klare Unterstützung durch die anderen Länder Westeuropas. Es ist eine gute Politik, ich würde nicht nur sagen: das ist eine gute Politik, sondern sogar: das ist die einzig richtige Politik, denn gegenüber dem Osten gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wollen wir mit Gewalt — und das war die Politik von Herrn *Foster Dulles* und vielen anderen nach ihm und sogar heute noch von einigen — eine Änderung des sowjetischen Regimes im Osten erzwingen — und das ist eine wahnsinnige Politik, weil sie zu einem Krieg führen muß —, oder wir versuchen, immer engere, immer klarere Verbindungen herzustellen durch Austausch von Industrien, durch Gründung von Industrien im Osten, durch den Austausch von Menschen und allmählich durch vielfältigen Austausch mit dem Osten auf allen Ebenen. So werden wir dazu beitragen, den kommunistischen Ländern klarzumachen, was industrielle Entwicklung, was das Ansteigen der Kaufkraft und des Lebensstandards bedeutet. Das Unglück der Tschechoslowakei war die Blockierung des Lebensstandards, und heute ist das nicht nur das tschechoslowakische, sondern das sowjetische Drama.

Die Politik der Deutschen Bundesregierung, d. h. die Politik *Willy Brandts*, ist gut und verdient Unterstützung, weil sie dem Frieden dient und weil sie hilft, die Spaltung in Europa zu überwinden. Daß es sich dabei um einen sehr langen Prozeß handelt, ist allgemein bekannt. Man darf auch keine

Illusionen haben, aber früher oder später muß die Grenze, die Europa teilt, auf friedlichem Wege überwunden werden.

L. B.:

Herr *Servan-Schreiber*, vor Ihrer Wahlkampagne beschäftigte sich die gesamte europäische Presse mit Ihnen, weil Sie das Programm der Parti Radicale Socialiste geschrieben haben, das in Deutschland bei Hoffmann und Campe unter dem Titel „Die befreite Gesellschaft – Eine Charta für Europa“ veröffentlicht wurde. Ich persönlich finde den französischen Titel „Ciel et terre“ (Himmel und Erde) viel besser. Im Vorwort, das Sie für die deutsche Ausgabe geschrieben haben, erwähnen Sie eine Identität zwischen dem Programm, das von der Parti Radicale Socialiste angenommen wurde, und dem Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem Jahre 1959, und Sie sagen: „*Unser Manifest hat alle Chancen, die gleiche Bedeutung wie das Godesberger Programm der SPD zu erlangen.*“ Das Problem, das sich stellt, nicht nur für Frankreich oder Deutschland, sondern für ganz Europa, heißt: Wie soll die politische Linie sein? Pragmatische Politik ist notwendig, und Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dies sei das Prinzip der sozialdemokratischen Politik, aber wir glauben – Bundeskanzler *Willy Brandt* hat dies in seiner Rede vor dem letzten Parteitag ausdrücklich unterstrichen –, daß wir das brauchen, was wir eine „konkrete Utopie“ nennen. D. h., wir müssen eine pragmatische Politik treiben auf der Grundlage eines Wissens, wohin wir marschieren. Und dies vor allem wegen der jungen Generation, die wissen will, was das Ziel unserer Politik ist. Denn sie ist der Ansicht, daß es nicht genügt, nur an die Leistung der Wirtschaft oder der Universität zu denken. Die junge Generation äußert Zweifel an der Möglichkeit, das Leistungsprinzip mit demokratischen Grundsätzen zu verbinden. Sie wirft uns Älteren Pragmatismus vor.

Servan-Schreiber:

Sie haben mehrere Fragen gestellt, und ich möchte versuchen, sie der Reihe nach zu beantworten.

Zunächst – ich werde in der gleichen Reihenfolge vorgehen wie Sie in Ihrer Frage – sagten Sie, daß ich von dem Mut und der Vorausschau gesprochen habe, mit dem die deutschen Sozialdemokraten an ihrer Partei und ihrer Doktrin 1959 in Bad Godesberg eine Reform vollzogen haben. Das ist nun mehr als 10 Jahre her. Ich habe dies aus zwei Gründen getan: erstens weil es genau die Art intellektueller Reform ist, die die sozialistische Bewegung in Frankreich nötig hat, d. h. die marxistische Theorie kann nicht länger unsere industrielle Welt regieren, kann der Linken nicht länger als intellektuelle Methode dienen. Man muß den Mut haben, dies zu sagen, denn *Marx* galt bisher als eine Art unantastbarer Gott, es hatte sich eine Art Religion um ihn gebildet. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte 1959 den Mut zu sagen: Wir wehren uns gegen das Prinzip des Dogmas und des Dogmatismus. Deshalb ist das Jahr 1959 ein intellektuelles und politisches Ereignis von größter Bedeutung. Zweitens habe ich das Godesberger Programm der SPD erwähnt, weil eine der Krankheiten meines Landes, besonders während der gesamten Ära *de Gaulle*, intellektueller Dünkel und historische Anmaßung war. Frankreich lebte in dem Glauben – mit *de Gaulle*, wegen *de Gaulle* und ich würde auch sagen dank *de Gaulle*, denn er war ein sehr großer Mann –, daß es eine Großmacht geblieben, daß es als Sieger aus dem letzten Krieg hervorgegangen war. Sämtliche Mitglieder der führenden politischen Schichten waren von einem Überlegenheitskomplex nach dem Vorbild General *de Gaulles* befallen. Ich sage das nicht aus persönlicher Bescheidenheit, sondern weil dieser Komplex ein Unglück ist. In den letzten drei Jahren, als ich wegen des Buches „Die amerikanische

Herausforderung" ständig unterwegs war und überall den Debatten beiwohnte, insbesondere in Deutschland, in Schweden, Italien und England, habe ich festgestellt, daß jedes Land, selbst das allerkleinste – ich zitiere hier immer Holland, um zu zeigen, daß es nicht nur die Macht Deutschlands, nicht nur das Genie Schwedens gibt, sondern sogar ein Land wie Holland, von dem niemand in Frankreich spricht –, durchaus bemerkenswerte gesellschaftliche und menschliche Entwicklungen vorweisen kann. Diese Erkenntnis bildete die Grundlage des Manifests („Die befreite Gesellschaft“), wobei ich hier sagen möchte, daß ich auf das „Programm“ mehr Wert lege als auf „Die amerikanische Herausforderung“. Dieses Buch bringt ja eine Analyse der Tatsachen, während in „Die befreite Gesellschaft“ eine Zukunftsvision vorgeschlagen wird. Mir schien es wichtig, dieses Manifest mit der klaren Aussage zu beginnen: Wir müssen jetzt endlich konkret und pragmatisch werden und freiwillig die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben; wir müssen darauf achten, was die Deutschen machen, die Schweden, die Holländer, die Engländer, die Österreicher. An uns ist es nun, keine Zeit mehr zu verlieren, wenn wir kein unterentwickeltes Land werden wollen.



L. B.: Als ich vor einiger Zeit in Japan war, meinten die Verantwortlichen beider sozialistischer Parteien des Landes, ihre Niederlage bei den letzten Wahlen sei u. a. darauf zurückzuführen, daß die sozialdemokratische Bewegung Japans noch kein „Godesberger Programm“ habe. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, wie wichtig der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Fortschritt – d. h. Wachstum – und konkreten Reformen ist. Auch das hatte man in Japan nicht verstanden. Immerhin, ich muß meine zweite Frage wiederholen . . .

Servan-Schreiber: Darauf möchte ich eben zu sprechen kommen. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß das Problem der europäischen Sozialdemokratie darin bestehe, nicht nur pragmatisch zu bleiben, ausschließlich interessiert an der Leistung, der industriellen Produktion und der Kaufkraft. Sie erwähnten die Notwendigkeit einer Vision. Sie kennen das Programm der Radikal-Sozialistischen Partei und Sie werden mir zugestehen, daß darin eine Zukunftsvision vorgeschlagen wird. Gestatten Sie aber eine Bemerkung. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer „konkreten Utopie“. Entschuldigen Sie, daß ich versuche, eine Korrektur anzubringen – vielleicht entspricht das meinem Charakter als Franzose. Hinzu kommt gewiß, daß ich unter der Ungenauigkeit des Vokabulars in meinem Land, besonders auf der Seite der Linken, wo ich ja immer stand, gelitten habe. Ich habe gegen den Ausdruck „konkrete Utopie“ Bedenken. Ich bin sicher, daß es nur ein Streit um Worte ist, aber wenn ich den Begriff „Utopie“ ablehne, so deshalb, weil „Utopie“ etwas ist, was man eben nie erreicht, d. h. – zumindest im Französischen – etwas Irreales. Für mich besteht daher ein Widerspruch zwischen „Utopie“ und „konkret“.

L. B.: Wir haben oft diskutiert, ob der Begriff „konkrete Utopie“ dem gerecht wird, was zur Debatte steht. Wir haben uns natürlich etwas dabei gedacht. Willy Brandt hat bei verschiedenen Gelegenheiten, besonders deutlich in seinem Gespräch mit der „Neuen Gesellschaft“ (s. NG 1/70), darauf hinge-

wissen, daß wir im Sinne der Ehrlichkeit und Wahrheit mit dem Glauben Schluß machen müßten, als könne das „Paradies auf Erden“ geschaffen werden, als könne das Ziel einer konfliktlosen Gesellschaft verwirklicht werden. Worauf es ankommt, so meinten *Willy Brandt* und wir, ist zu wissen, was das Ziel unserer praktischen Politik ist. In diesem Sinne sprechen wir von der „konkreten Utopie“, wissend und sagend, daß eben dieses Endziel nie erreicht werden kann, da wir Menschen sind und bleiben – zum Glück. Es kommt aber – so lautet die Argumentation – darauf an, das Ziel oder die „konkrete Utopie“ nicht aus dem Auge zu verlieren, nicht in reinen Pragmatismus zu verfallen und sich zu bemühen, durch die praktische Politik ein Stück weiter zu kommen auf dem Wege zur Verwirklichung dessen, was man die „konkrete Utopie“ nennt. Aber lassen wir das. Wir stimmen sicher darin überein, daß man eine Zukunftschau, eine Vision oder einen Horizont braucht.

Servan-Schreiber: Sie haben völlig Recht: Wir brauchen eine Vision, eine Zukunftschau, einen Horizont.

Die industrielle Entwicklung gibt uns die reale Möglichkeit, eine menschliche Gesellschaft anzustreben, deren Ziel die Befreiung des Menschen ist. Das allgemeine Wahlrecht, die Pressefreiheit und alle anderen Grundrechte, die im Kampf gegen den Feudalismus errungen wurden, bedeuten viel. Wir wollen aber die wirkliche Befreiung des Menschen, damit nicht mehr praktisch von Geburt an die soziale Zukunft des Menschen bereits festgelegt ist, wie dies in unseren Ländern vielfach immer noch der Fall ist. Selen wir ehrlich. Im Vergleich zu dem Sohn aus reichem Hause hat der Sohn eines Arbeiters viel geringere Zukunftschancen. In der Endkonsequenz heißt das doch, daß nach wie vor die meisten Kinder der niederen Schicht eine Zukunft vor sich haben, die der feudalistischen Gesellschaft entspricht. Wenn wir also von der Befreiung des Menschen sprechen, so heißt das, daß jeder Mensch – natürlich jeder auf seine Weise – nicht nur in die Lage versetzt wird, den Lebensunterhalt seiner Familie zu bestreiten – das ist die materielle Seite und sehr wichtig. Er muß auch die Möglichkeit haben, schöpferisch tätig zu sein und Verantwortung zu tragen, d. h. er muß menschlich „aufblühen“. Ich wiederhole: Die industrielle und technologische Entwicklung erlaubt uns zu glauben, daß wir dieses Ziel eines Tages erreichen können.

L. B.: Mir scheint, daß das, was Sie eben sagten, von entscheidender Bedeutung ist. Von den Konservativen, aber auch von Technokraten wird an Theorien festgehalten, die längst der Vergangenheit angehören sollten. Dies hängt wohl auch mit dem weitverbreiteten, aber falschen Glauben zusammen, daß technologische und industrielle Entwicklung an sich schon Fortschritt im gesellschaftlichen Sinne bedeuten.

Servan-Schreiber: Genau darum geht es. Mit diesen Problemen müssen wir uns radikal auseinandersetzen. Das erfordert aber, daß wir uns mit den Gesellschaftstheorien der Konservativen, die den Theorien des wirtschaftlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts entsprechen, klar auseinandersetzen.

Die Konservativen meinen, daß jede „Fessel“, die der industriellen Entwicklung aus politischen oder moralischen Gründen angelegt wird, eine Bremse darstelle. Mir scheint, daß hier eine grundsätzliche Trennungslinie zwischen uns und den Konservativen deutlich wird. Denn wir meinen: Wenn man dem Wirtschaftsliberalismus völlig freien Lauf läßt, führt dies zur Revolte, weil dadurch die „Grausamkeit der Armut“ in anderer Weise neu

geschaffen wird. Noch mehr: Wenn man zuläßt, daß das Gesetz des wirtschaftlichen Wettbewerbs ohne jede Kontrolle und in jedem Fall auch auf die Menschen angewandt wird, so ist dies unmoralisch und unmenschlich. Mit anderen Worten: Wenn man sagt, daß die industrielle Welt, in der wir leben, ausschließlich vom „Gesetz der Wirtschaft“ beherrscht werden muß, dann leben wir nach meiner Überzeugung in einer skandalösen Gesellschaft. Die Jugend hat recht, wenn Sie die Mißstände und die Grausamkeit einer solchen Gesellschaft bemerkt und gegen den Zwang revoltiert. Man muß aber klar sagen: Die Folge der Revolte muß die Bedrohung des Fortschritts sein, ja, der Fortschritt wird u. U. zum Scheitern verurteilt. Meiner Meinung nach ist das Urteil, das wir, die Sozialdemokraten – wenn ich so sagen darf – über die konservative Weltanschauung fällen, radikal. Sie ist vom moralischen Gesichtspunkt aus skandalös und selbstmörderisch. Denn wir werden keine Steigerung des industriellen Fortschritts erzielen, wenn man wie bisher die moralischen und menschlichen Konsequenzen mißachtet. Ich wiederhole, weil mir diese Frage sehr am Herzen liegt: Wenn man im Sinne der konservativen Unternehmer Effizienz nur als die Steigerung der Investition, der Industrieproduktion und der Kaufkraft betrachtet, dann ist das selbstmörderisch für die industrielle Gesellschaft.



L. B.:

Es hat in der Bundesrepublik während des Wahlkampfes eine Auseinandersetzung zwischen der SPD und der CDU gegeben, die prinzipieller Art war. *Willy Brandt* und *Herbert Wehner* haben bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß zwischen den beiden Grundkonzeptionen über die Art der Gesellschaft im modernen Industriestaat keine Übereinstimmung zu erzielen sei. Während die CDU den liberal-konservativen Standpunkt vertritt, Demokratie sei nur für staatliche Dinge, d. h. nur für den Staat da, entspricht es dem Godesberger Programm der SPD, daß wir immer mehr Demokratie auch für die Gesellschaft fordern. Uns scheint, daß auch der Auftrag des Grundgesetzes nach Verwirklichung der sozialen Demokratie nur durch eine intensivere Mitbestimmung und Mitverantwortung der Menschen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Daseins realisiert werden kann. Sie sprachen von der Notwendigkeit, daß der Mensch „aufblühe“. Die demagogische Antwort der CDU oder der Konservativen lautet dann immer wieder: Ihr wollt die Ausschaltung der Konkurrenz, ihr wollt Gleichmacherei.

Servan-Schreiber:

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie diese Fragen in unser Gespräch einführen. Ich habe schon mehrmals darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, mit klaren Formulierungen zu arbeiten, um Mißverständnisse auszuschließen. Das ist besonders deshalb notwendig, weil das Leben, glücklicherweise, vielgestaltig ist und nicht nach den Formeln eines Lehrbuchs abläuft. Mir scheint, daß diese Binsenwahrheit in der modernen Industriegesellschaft eine noch größere Bedeutung erhält. Deshalb folgendes: Die Erfahrung lehrt, daß zum Fortschritt das Gesetz des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen gehört. Die kommunistischen Staaten haben mit dem Versuch der zentralistischen Lenkung und der Ausschaltung der Konkurrenz zwischen den Unternehmen bittere Erfahrungen gemacht, unter denen die Völker dieser Staaten leiden. Wir erklären also im Programm der Radikal-Sozialistischen Partei, daß wir wie die deutschen und schwedischen Sozialdemokraten grundsätzlich für die allerhärteste Konkurrenz unter den Unternehmen eintreten. Diese Konkur-

renz ermöglicht, ja erzwingt sogar wissenschaftliche und Industrielle Erfindungen, Investitionen und Anwendung aller technologischen Mittel. Wir gehen sogar so weit zu sagen: Wenn in einem Industriesektor sich Monopole bilden, muß sich der Staat einschalten, um wieder eine Wettbewerbssituation zu schaffen.

Gleichzeitig stellt aber das Programm der Radikal-Sozialistischen Partei unmißverständlich fest, daß das Gesetz der Konkurrenz – ausgezeichnet geeignet für Unternehmen und Maschinen – nicht, auf jeden Fall aber immer weniger, auf Menschen angewendet werden darf. Hier beginnt nach unserer Meinung die politische Verantwortung des Staates. Hier setzt das ein, was Sie die intensivere Demokratisierung der Gesellschaft nennen, und das entspricht – wenn Sie wollen – der sozialdemokratischen Philosophie, den sozialdemokratischen Ideen. Staat und Gesellschaft haben dafür zu sorgen, daß der einzelne Mensch unter den Folgen der Konkurrenz und unter den Folgen der rapiden Strukturveränderungen nicht zu leiden hat. Das Einkommen des einzelnen muß gesichert bleiben. Jeder muß die Chance zum Aufstieg erhalten, was in unserer Zeit auch bedeutet, daß – angepaßt an die Strukturveränderungen – Umschulungs- und permanente Weiterbildungsmöglichkeiten jedem einzelnen zur Verfügung stehen.

L. B.:

Das sind Formulierungen, die verschiedene Seiten ganz gewiß zur Diskussion reizen werden. Unter anderem wird der alte Einwand erfolgen, daß in einer Gesellschaft, in der sich die Produktionsmittel in privaten Händen befinden, letztendlich die Interessen des einzelnen nicht geschützt werden können.

Servan-Schreiber:

Ich weiß das genau. Ich weiß auch, daß wir diese Fragen noch werden diskutieren müssen. Lassen Sie mich aber in diesem Moment meine Gedanken so weiterentwickeln, wie ich es eben tat. Das geschieht, weil ich die Realität der Verhältnisse anders einschätze.

Was will ich also? In meinem Verständnis gibt es im Sinne einer sozialdemokratischen Philosophie eine Verteilung der Rollen: Der Staat ist nicht dazu da, um sich mit der Wirtschaft, mit der Industrie zu befassen oder sie gar zu entwickeln und aufzubauen. Er ist dazu da, Mißbräuche zu verhindern, den einzelnen vor den Auswirkungen der Konkurrenz zu schützen. Er ist dazu da, zu überwachen und zu intervenieren, damit die Industrie durch den Wettbewerb ständig Fortschritte erzielt. Aber das Risiko der Investitionen muß von den Bankiers, den industriellen getragen werden.

Ich habe hier schon einmal erwähnt, daß nach meiner Überzeugung die Industriegesellschaft, in der wir leben, unter keinen Umständen dem „Gesetz der Wirtschaft“ unterworfen werden darf. Um es deutlicher zu machen: Die Wirtschaft muß für die Menschen da sein und nicht umgekehrt. Da beginnt die Rolle des Staates, der Gesellschaft, und da muß eine immer größere Mitbestimmung des einzelnen zum Tragen kommen. Alle müssen die Garantie haben, daß sie ständig ihr Bildungsniveau, ihre Qualifikation, ihre Einkünfte und den Grad ihrer Mitverantwortung anheben und steigern können. Natürlich hat der Staat noch eine andere Rolle zu erfüllen, und sie liegt klar auf der Hand: Er hat das Land mit Einrichtungen für die Allgemeinheit auszustatten, mit Schulen, Krankenhäusern, Straßen und vielen anderen Dingen, die durch das Steueraufkommen finanziert werden müssen.

L. B.:

Mit diesen Fragen hat sich der letzte Parteitag der SPD in Saarbrücken beschäftigt und beschlossen, auf dem nächsten Parteitag ein Langzeit-Konzept zu entwickeln, denn nicht alles kann auf einmal gelöst werden. Wir

müssen Prioritäten setzen. Sie sind auch wegen der natürlich nicht unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten notwendig.

Servan-Schreiber: Ja, der Staat hat eine ausgewogene Entwicklung zu garantieren. Das hängt natürlich auch mit der Frage der Steuern zusammen, die ich jedoch hier nicht anschnelden möchte.

Das, was ich aber jetzt versuchte zu entwickeln, ist, wie Sie zugeben werden, keine Utopie, sondern nach meiner Überzeugung realisierbar. Es wird das am Ende einer methodischen, wenn ich so sagen darf, wissenschaftlichen Arbeit der europäischen sozialdemokratischen Bewegung stehen, denn ich bin davon überzeugt, daß dies nur im Rahmen Europas realisierbar ist.

L. B.: Das ist also Ihre langfristige Vision?

Servan-Schreiber: Ja. Wir sind keine Doktrinäre. Wir können keine Termine festlegen. Ich weiß also nicht, ob wir dies in 10, 20 oder 30 Jahren erreichen werden. Ich glaube auch nicht, daß das jemand interessiert, solange man fährt und sieht, daß von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht werden. Wenn Sie auf einer langen Straße fahren, ist es für Sie nicht so wichtig zu wissen, wann Sie ankommen, sondern daß Sie vorankommen.

L. B.: Das ist schon richtig. Dennoch sollte wohl ausgesprochen werden, daß zur Verwirklichung solcher Ziele auch die Überzeugung und die tätige Mitarbeit vieler Menschen gerade in den Demokratien gehören.

Servan-Schreiber: Ja, das stimmt. In vielen Ländern, in Amerika, England und Japan, hat im Gegensatz zu dem, was wir gerade versuchen zu beschreiben, eine Rückentwicklung eingesetzt. Man stellt eine Zukunftsangst fest, einen Rückzug zu konservativem Gedankengut nach dem berühmten Grundsatz „law and order“, „Gesetz und Ordnung“. Man meint, man müßte den Menschen wieder in ein Gefängnis sperren, wenn man vermeiden will, daß er revoltiert. Es gibt also in der industrialisierten Welt von heute eine Reaktion von rechts, die außerordentlich gefährlich ist. Wir wollen unsere sozialdemokratische Zukunftsvision nicht mit Gewalt einführen, sondern — Sie wissen darauf hin — aufzeigen, wie man diesem Ziel immer näher kommen kann. Das scheint mir die beste Methode zur Überwindung der Reaktion.

Wir sollten uns auch darüber unterhalten, wie wir unsere heutige Gesellschaft bezeichnen. In der öffentlichen Meinung wird der Begriff Industriegesellschaft immer verbunden mit der Vorstellung harter und mühsamer Arbeit. Instinktiv denkt man an den Bergbau. Diese Vorstellung ist veraltet. Vielleicht sollte man — mir fällt kein besserer Eindruck ein — von der „wissenschaftlichen Industriegesellschaft“ sprechen. Denn ich betrachte die Wissenschaft als eine bewundernswerte Sache, die sich ausschließlich auf den Erfindergeist des Menschen stützt.

L. B.: Das ist schon richtig. Aber Sie kennen doch wie ich die Angst, die bei vielen Menschen besteht, sie würden durch die Automation nicht nur arbeitslos, sondern Sklaven der Maschine.

Servan-Schreiber: Das Gegenteil ist der Fall. Die Automation kann — ich betone k a n n — ein Mittel zur Befreiung des Menschen werden. Und das entspricht genau dem, was ich vorher die Vision nannte. Mit Hilfe der Automation wird u. a. entschieden, ob der Mensch sich durch die Beherrschung der Maschinen von allen mechanischen Aufgaben befreit, um sich wirklich schöpferischer Tätig-

keit zu widmen, der Entfaltung seines Genies, der Verantwortung, die ausschließlich beim Menschen liegt, immer neuen Erfindungen, die nur durch den Menschen möglich sind und die kein Automat auf der ganzen Welt, nicht einmal die Nachkommen der Automaten, zu machen imstande sind. Jetzt können Sie mit Recht darauf hinweisen, daß das, was ich eben sagte, utopisch sei. Vielleicht. Dennoch scheint es mir eine erreichbare Vision. Der Mensch besitzt im Vergleich zu den Maschinen, die im übrigen auf allen Gebieten viel stärker sind, aber eben von Menschen geschaffen wurden, eine besondere Gabe. Er ist der Beherrscher des Intellekts. Ich wiederhole: Eines Tages wird sich der Mensch dem widmen können, was ihn „aufblühen“ läßt, ihn bereichert und glücklicher macht: der Erfindung und Schöpfung. Das ist unsere Vision, und ich nehme an, daß wir uns schließlich auch über das Vokabular einigen können. Das ist unsere Utopie, denn wir wissen genau, daß, wenn wir von 100 Jahren sprechen, wir zwangsläufig von einer Utopie reden, da wir dies nicht mehr erleben werden, nicht einmal unsere Kinder. Und das gilt nicht nur für Europa. Das muß für die ganze Welt gelten.

L. B.: Ihre Worte erinnern mich an französische Rhetorik . . .

Servan-Schreiber: Das gehört auch zur Politik, und ich bin noch nicht einmal zu Ende. Wenn Sie Vision haben wollen, hier ist sie: Diese Welt, wie sie mir vorschwebt, wird bestimmt werden von Männern und Frauen, die ihr ureigenstes schöpferisches Genie verwirklichen. Diese Welt wird frei sein von Zwang, Mangel und Armut. Es wird keine Millionäre mehr geben, die die Gesellschaft belasten. Vor allem wird der Zwang überwunden sein, der durch das „Gesetz der Wirtschaft“ geschaffen wird und der augenblicklich den Menschen verstümmelt und ihm, wie Marcuse sagen würde, nur eine einzige Dimension gibt. In dieser zukünftigen Welt werden dem Menschen alle seine Dimen-



sionen wiedergegeben werden. Mit dieser Vision befinden wir uns auf dem Wege zur Überwindung der immer stärker werdenden Entfremdung des Menschen. Das überzeugend darzustellen und Schritt für Schritt zu gestalten — darin sehe ich heute die Rolle der europäischen Bewegung der Sozialdemokratie. Wir weigern uns zuzugeben, daß das „Gesetz der Wirtschaft“ das Schicksal der Menschen vorausbestimmt. Das Schicksal der Menschen muß durch das Gesetz der Politik bestimmt sein, und die Wirtschaft muß diesem Ziel dienen.

Niemand soll uns fragen, wann wir dieses Ziel erreichen werden. Aber jeder hat das Recht zu fordern, daß wir nicht mehr einhalten in unseren Bemühungen, vorwärts zu schreiten, so wie die Jugend es fordert. Dann so verstehe ich die Forderungen, die Leidenschaft und die Revolte der Jugend.

L. B.: Ich möchte den Streit um Worte nicht fortsetzen, aber mir scheint, daß vieles von dem, was Sie eben sagten, der „konkreten Utopie“ entspricht, von der wir in der Bundesrepublik in unseren Diskussionen sprechen . . .

Servan-Schreiber: Mit dieser Definition bin ich vollkommen einverstanden. Vielleicht bin ich aber ehrgeiziger als Sie. Mit dem Begriff Utopie wird eben allzu oft das Unmögliche verbunden. Für mich ist meine Vision realisierbar. Vielleicht ist es aber gut, daß Sie noch einmal die Frage angeschnitten haben. Als Utopie,

d. h. als Irreal, würde ich es bezeichnen, daß eines Tages totale Gleichheit unter den Menschen herrscht. Das wird nicht einmal in 3000 Jahren erreicht werden. Das ist unmöglich. Mir scheint, daß die Forderung nach Gleichheit ein wenig totalitär ist. Was wir brauchen, das sind gleiche Chancen für jeden. Das Ziel der Menschheit ist nicht die Gleichheit, sondern die Entwicklung der Vielfalt der Menschen.

L. B.: Von der Utopie, von der Vision zur Wirklichkeit! Neben der klaren Erkenntnis über das Wohin müssen wir in der Zwischenzeit dafür sorgen, daß wir durch die Verhinderung des Weltkonfliktes oder, anders ausgedrückt, durch die Erhaltung des Friedens die Möglichkeit erhalten, schrittweise unsere Vision zu realisieren. Man kann es auch anders sagen. Die schrittweise Realisierung der Vision, die Überwindung des Hungers, des Mangels, der entsetzlichen und unmenschlichen Unterschiede in dieser Welt, die klein geworden ist, werden zum Frieden führen. Wir müssen die Zeit, die uns bleibt, nur nutzen.

Servan-Schreiber: In der Tat. Das, was wir wollen, muß vervielfacht werden, wir müssen bereit sein, auch andere Vorstellungen zu akzeptieren. Wir müssen zu einer multilateralen Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und anderen politischen Kräfte in ganz Europa und der Welt kommen, damit unsere Bewegung schnell konkrete Formen annimmt. Sie haben recht, es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Deshalb sage ich, daß wir schnell handeln müssen, wobei es weniger auf zeremonielle, diplomatische, traditionelle Methoden ankommt als vielmehr auf eine konkrete und praktische Zusammenarbeit und eine intellektuelle Auseinandersetzung, wie Sie sie beispielsweise – dieses Kompliment muß ich Ihnen machen – mit Ihren Gesprächen mit Persönlichkeiten und Politikern aus aller Welt fördern. Und ohne übertreiben und dramatisieren zu wollen – wir leben in einer Welt, die sich in einer ungeheuren Krise befindet. Diese Welt leidet an einer ernsten Krankheit. Die Sowjetunion ist zutiefst krank und gefährdet die Welt durch ihre schrecklichen Irrwege. Die USA sind ebenso krank. Ich finde die amerikanische Krise für uns und für Amerika beängstigend. Nicht vergessen werden darf die permanente und von Vernunft nicht lenkbare Gefahr, die im Mittelmeer und im Nahen Osten herrscht. Dazu kommen alle Dramen, die wir im Verlauf der Entwicklung in der Dritten Welt miterlebt haben und für deren Lösung noch niemand eine Formel gefunden hat. Wirklich, es ist nicht übertrieben, wir leben in einer Welt, die sich in einer ungeheuren Krise befindet.

L. B.: Dabei sollte man die Existenz Chinas nicht vergessen.

Servan-Schreiber: Ja natürlich. Aber sehen Sie, was China anbetrifft, so habe ich weniger Befürchtungen. Das sind weise Leute, keine Abenteurer. Und ich habe noch nicht erlebt, daß China sich auf ein gewagtes Unternehmen eingelassen hätte, während ich derartiges bei der Sowjetunion erlebt habe. Ich denke an Kuba, die Tschechoslowakei usw. Ich kenne aber genauso eine Reihe abenteuerlicher Aktionen der USA. Ich akzeptiere nicht die Ideologie Chinas, aber ich sehe seine Weisheit, so wie sie sich nach außen manifestiert. Aber natürlich existiert China, und der sowjetisch-chinesische Konflikt ist ein weiterer Beweis für die Krankheit, von der die Welt geschüttelt wird. In dieser Welt nun, die über atomare Waffen verfügt, haben wir eine historische und konkrete Verantwortung, der wir uns dringend, sehr dringend zu stellen haben. Niemand kann garantieren, daß die Katastrophe eines Krieges nicht in sechs Monaten, zwei Jahren oder irgendwann in der kommen-

den Zeit über uns hereinbricht. Dabei spielt es keine Rolle, daß wir wissen, daß das geschehen kann, ohne daß es vom menschlichen Willen gelenkt wird. Natürlich dürfen wir den Gedanken nicht einfach hinnehmen, daß es eines Tages eben zu spät sein wird, denn dieser Augenblick wäre endgültig und schrecklich. Aber wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir müssen als Deutsche, Franzosen, Schweden, als Europäer, als Amerikaner, Asiaten und Afrikaner handeln, miteinander reden und handeln. Programme sind gut, nützlich und notwendig. Auch der Dialog hat begonnen — hoffentlich trägt dieses Gespräch dazu bei. Wir müssen aber sehr schnell vom Dialog zur Aktion und von der Konfrontation zur Kooperation kommen.

L. B.: Herr Servan-Schreiber, Ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Politisch gespalten

In dem üblichen Versuch, bei der Nachwahl in Bordeaux gegen den gaullistischen Kandidaten, Ministerpräsident Chaban-Delmas, Einigkeit und Geschlossenheit zu demonstrieren, haben die nichtkommunistischen Linksparteien Frankreichs bisher das genaue Gegenteil zuwege gebracht. Sie präsentieren sich dem Lande so, wie sie sind: Persönlich, politisch und ideologisch gespalten und zerissen. Hinter dem vordergründigen Bemühen der Parteiapparate, Frankreichs Jung-Siegfried Servan-Schreiber die Schau als „Oppositionsführer“ zu stehlen, verbirgt sich jene Spaltung, die Frankreichs Linke bis auf weiteres zur Ohnmacht zu verdammen scheint, die zwischen „Sozialdemokraten“ und „Sozialisten“.

Servan-Schreiber wollte und will die Gaullisten auf dem Weg über „sozialdemokratische“ Reformen von der Macht drängen. Er will die kapitalistische Gesellschaft nicht abschaffen, sondern sie durch gezielte Reformen für alle Bürger akzeptabel machen. Wahltaktisch wiert er, wie die deutsche SPD, insbesondere bürgerliche Schichten an, dabei im stillen die Hoffnung hegend, daß auch Frankreichs kommunistischen Wählern der Spatz in der Hand lieber sein könnte als die Taube auf dem Dach. Unter französischen Bedingungen sucht er folglich ein Wahlbündnis mit den Zentristen und nicht mit der kommunistischen Parteiführung.

Dagegen sträuben sich mit Händen und Füßen die „Sozialisten“, die im Falle Bordeaux durch den Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs, Alain Savary, repräsentiert werden. Diese Gruppierung hat zwar nichts gegen Reformen, will sie aber nicht als „Selbstzweck“ verstanden wissen, sondern allein als Hebel zur Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine originär sozialistische. Schweden und SPD sind für sie bereits ein alter Hut. Im Gegensatz zu den „Sozialdemokraten“ suchen die „Sozialisten“ ein wahltaktisches Bündnis mit der kommunistischen Partei. Eine Regierungsalternative zu den konservativen Gaullisten unter Ausschluß der Kommunisten ist für sie nicht denkbar.

Die Spaltung der französischen Linksparteien, theoretisch überdies interessant und der Diskussion würdig, wird zur politischen Farce, wenn es eine Wahlen geht. Was immer man über die Person und Konzeptionen Servan-Schreibers denken mag, so ist doch sicher, daß sein „sozialdemokratischer“ Weg die einzige Chance bietet, die gegenwärtige konservativ-rechtsliberale Regierungskoalition Frankreichs aus den Angeln der Macht zu heben.

Das gilt nicht nur für heute, sondern sehr wahrscheinlich noch für längere Zeit. Alle anderen Lösungen aber machen Frankreichs demokratische Linksparteien zum Punchingball der Gaullisten.

(Frankfurter Rundschau vom 24. 8. 1970)

Die Chance für Deutschland

**Gedanken zur Bundestagsrede
Herbert Wehners am 30. Juni 1960**

25 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges treten die Beziehungen zwischen den beiden Machtblöcken von West und Ost in eine neue Phase. Die Konfrontation, an die wir uns gewöhnt hatten, soll nach dem von Präsident Nixon meistgebrauchten Wort allmählich von der Kooperation abgelöst werden, eine Entwicklung, an die wir uns erst noch gewöhnen müssen.

In diese weitpolitischen Bemühungen ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland aktiv eingeschaltet. Ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel muß man fragen: Befinden wir uns innenpolitisch in einem Übergang von der Phase der Kooperation zur Ära der Konfrontation? Wird wegen der Außenpolitik ein Feindverhältnis zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien begründet? Wird die Notwendigkeit des nationalen Miteinanders bei sachlichem Gegeneinander vernachlässigt? Eine kritische Bestandsaufnahme der Auseinandersetzungen um die deutsche Außenpolitik wird sich solchen Fragen zu stellen haben.

Am 30. Juli 1960 hielt **Herbert Wehner** im Deutschen Bundestag eine von allen Seiten des Hauses mit größter Aufmerksamkeit verfolgte Rede zur Außenpolitik.

Der jetzige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion machte deutlich, was nach der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz des Frühjahrs 1960 getan werden müsse, „damit Deutschland die Chance gewinne, seine Lebensfragen an den richtigen Stellen in die Verhandlung einbringen zu können.“

Nüchtern wurde von **Wehner** geprüft, wo Deutschland angelangt war und was von den Deutschen selbst unternommen werden mußte, damit sie mit ihren eigenen Zielen nicht scheiterten. **Wehners** Rede wurde zum Ausgangspunkt eines neuen Kapitels deutscher Außenpolitik, wenn auch seine politische Absicht damals von vielen bewußt oder unbewußt weitgehend mißverstanden worden ist.

Wer heute die Kommentare in der deutschen

Presse aus den Tagen nach dem 30. Juni 1960 noch einmal nachliest, stößt vor allem auf 4 Reaktionen:

1. Die SPD startet ein – wenn auch sehr geschicktes – taktisches Manöver;
2. sie will die CDU/CSU „umarmen“;
3. sie will das Erbe der CDU antreten, und
4. die SPD beginnt sehr durchsichtig den Bundestagswahlkampf 1961.

Die deutsche Öffentlichkeit hatte sich in den fünfziger Jahren so sehr mit dem Gegensatz zwischen der damaligen Regierung und der ihr gegenüberstehenden Opposition beschäftigt, daß sie das eigentliche Anliegen der **Wehnerschen** Rede nur zögernd zur Kenntnis nahm. **Herbert Wehner** interpretierte es in einem Gespräch mit **Günter Gaus** 1966 wie folgt:

„Der Teil Deutschlands, der frei geblieben ist von der sowjetischen Beherrschung, müßte zerbrechen und würde schlechthin scheitern, wenn in diesem Teil Deutschlands die Politik weiter oder wieder als ein Kampf zwischen Feinden geführt würde. Dieser Staat müßte zerbrechen, wenn in ihm statt sachlich begründeter Gegnerschaft das Freund-Feind-Verhältnis um sich griffe.“

Mit anderen Worten: In den großen Fragen der deutschen Politik, also auch der Politik für Europa, muß über Ansätze hinaus das vorhanden sein, was die angelsächsischen Demokratien seit geraumer Zeit „bipartisan foreign policy“ nennen, eine Außenpolitik, die durch einen ausgedehnten nicht-kontroversen Sektor zwischen jeweiliger Regierung und jeweiliger Opposition gekennzeichnet ist, die aber gleichwohl Raum läßt für kontroverse Positionen und für den sachlichen politischen Kampf. Gemeinsamkeit auf dem außenpolitischen Feld darf kein Fetisch sein. Sie sollte nicht mit der Stille unter dem Sargdeckel verwechselt werden.

Die CDU/CSU steht heute an der Klagemauer. Sie trauert den Zeiten nach, in der sie allein bestimmen konnte, welche Richtung die Politik einzuschlagen hätte. Sie sehnt sich in einen

Zustand zurück, in dem sie hochmütig und von oben herab vorschlug, andere sollten sich an ihre Seite, die Seite der alleinigen Weisheit stellen. Sie will auch nach einem Jahr Opposition noch nicht begreifen, daß sie nicht länger die politische Potenz ist, welche die Trassen für den weiteren Wegebau absteckt. Sie ist jetzt Opposition und hat nicht mehr das Abonnement auf das erste und letzte Wort in der Politik.

Gleichwohl führt auch die Opposition das Wort von der Gemeinsamkeit in den außenpolitischen Dingen stets im Munde. Doch auch ohne Röntgenblick kann jedermann feststellen, daß ihre Auffassung von Gemeinsamkeit in zwei Punkten fehl geht. Zum einen steht sie wie gelähmt vor den Möglichkeiten einer konkret durchführbaren Politik und mißt das Handeln der Regierung an jenen abstrakten Politformeln, die sie zwanzig Jahre lang entwickelte und pflegte. Das Netz dieser Formeln hat sich bewegungshemmend um sie gelegt. Zum anderen glaubt sie offenbar allen Ernstes, Gemeinsamkeit bestehe darin, daß die Opposition Bedingungen vortragen dürfe, die dann von der Regierung erfüllt werden müßten. Eine selbstgefesselte Opposition würde nach dieser Philosophie der Regierung Fesseln anlegen, bevor jene handeln könnte. Die Opposition würde die Tore abstecken in der Hoffnung, die Regierung auf einem solchen Slalomhang auf unsicheren Beinen zu sehen.

Dies eben ist der Irrtum, und hier liegt auch der Unterschied zwischen der heutigen Opposition und der sozialdemokratischen Opposition des Jahres 1960. Die SPD hat vor zehn Jahren eine solch arrogante Haltung nicht eingenommen. Da sie aber damals wie heute von der CDU und der CSU falsch verstanden wird, lamentiert die gegenwärtige Opposition, die gegenwärtigen Regierungsparteien und hier im besonderen der Gemeinsamkeits-„Apostel“ des Jahres 1960, *Herbert Wehner*, würden nun die gemeinsamen Grundlagen bewußt verlassen, ja, sie mutwillig zerstören.

Es erscheint daher angebracht, an jene jetzt zehn Jahre alte Rede *Wehners* zu erinnern und die Dinge wieder ins rechte Lot zu rücken. *Herbert Wehner* selbst erinnerte in diesem Jahr häufiger daran, so auch in seiner Bundestagsrede vom 15. Januar 1970, als er bekräftigte, daß er nach wie vor zu jedem dieser Punkte und Worte stehe. Aber diejenigen haben wohl nicht ganz so unrecht, die immer

wieder darauf hinweisen, daß in Bonn nichts geheim bleibe außer dem, was im Parlament zur Sprache komme ... Als Sprecher der SPD-Opposition sagte *Wehner* am 30. 6. 1960 zum Beispiel:

„... wir haben nicht die Absicht, die Bundesregierung jetzt in dieser oder jener Einzelfrage auf diesen oder jenen Schritt festzulegen ... oder ihr einen solchen abzufordern. Wir schlagen vor und wir mahnen, die Bundesregierung möge sich der in Wahrheit gefährlich unübersichtlichen Lage gewachsen zeigen und alles in ihren Kräften stehende tun, um gemeinsam mit den Parteien der Opposition zu prüfen, erstens, was versucht, was in die Wege geleitet und was weitergeführt werden muß, damit wir alle zusammen sicher sein können, daß nicht durch einseitige Maßnahmen der anderen Seite die jetzige Lage im gespaltenen Deutschland noch weiter verschlechtert werden kann — denn das ganze Volk muß ja das, was sich daraus ergibt, tragen können —, zweitens, was ins Auge gefaßt und in gemeinsamen Bemühungen angestrebt werden muß, damit die deutschen Fragen ungeachtet aller erhöhten Schwierigkeiten in internationale Verhandlungen gebracht werden.“

Die von *Konrad Adenauer* geführte Regierung wußte damals immer alles besser. Sie schlug deshalb dieses Angebot hohnlachend aus. Ein Jahr später wurde die Berliner Mauer errichtet. Dabei ging es gar nicht darum, die Rollen von Regierung und Opposition zu vertauschen, sich wechselseitig die Politik des anderen aufzuzwingen, sondern darum, die Möglichkeiten zu einer gemeinsamen Überprüfung der Lage zu finden. Die regierende CDU hat damals hochnäsiger sinngemäß gesagt: Bitte schön, unsere Politik ist so richtig wie eh und je, einer Überprüfung bedarf es nicht; wenn Ihr da mitmachen wollt, so braucht Ihr Euch nur hinten anzuschließen und damit Euren guten Willen unter Beweis zu stellen.

Heute sind die Fronten umgekehrt. Die Hochnäsigkeit der CDU/CSU ist bei aller Selbstunsicherheit geblieben. Ihr „großzügiges“ Angebot aus der Opposition lautet heute: Bitte schön, Gemeinsamkeit mit uns könnt Ihr haben. Ihr braucht nur einen Kniefall vor Ihrer Majestät der Opposition zu machen und auf das einzugehen, was wir Euch aufs Tonband diktieren.

Die Umkehrung der Fronten hat noch etwas anderes mit sich gebracht: Noch niemals

wurde eine Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag so häufig informiert wie die der CDU/CSU in dieser Legislaturperiode. Aber das genügt ihr nicht. Für sie gilt deshalb: wenn sie informiert wird, will sie konsultiert werden; wenn sie konsultiert wird, will sie geliebt werden; wenn sie geliebt wird, will sie erlöst werden — nämlich von ihrer gegenwärtigen Oppositionsrolle, dem Kern ihres anhaltenden Unwohlseins.

Gemeinsamkeit in der Außenpolitik ist ein Ziel, das die Unionsparteien erst noch unter sich herausfinden müssen. Bei ihnen reden zu viele Zungen mit. Eine in sich uneinige Opposition wäre an sich nicht von Übel und könnte der Regierung sogar zum Vorteil gereichen. Sie birgt jedoch die Gefahr, daß die Union notdürftig zeitweilig einen Nenner findet, mit dem bei ihr das Steuer beinahe unausweichlich nach rechts ausschlägt. Der bei ihr zu vernehmende Ruf „Zurück zu Konrad Adenauer“ hat etwas Rührendes an sich, bioß: sie hat niemanden vorzuweisen, der „dem Alten“ gliche, und dieser selbst, wäre er noch dabei, könnte in diesem Sinne nicht zu sich selbst zurück. In den Oppositionsstuben hängt noch zu viel Weihrauch aus den alten Tagen. Aber mit der Sehnsucht nach den fünfziger Jahren kann niemand die siebziger Jahre bestehen, es sei denn, er wolle sich nach allen Himmelsrichtungen isolieren. Mit den Worten *Herbert Wehners* vom 15. Januar 1970 im Bundestag:

„Mancher hat vielleicht das Buch ‚Ferdynurke‘ des polnischen Schriftstellers Gombrowicz gelesen. Ich möchte damit sagen: In der Politik gibt es ein ‚Ferdynurke‘, eine Entwicklung zurück zum Kind und Vorkind, nicht.“

Manches deutet darauf hin, daß es in der Opposition Kräfte gibt, die zurück zum Kind wollen. Diesen Weg können die Regierungsparteien nicht mitgehen. Sie hätten sonst ihre Aufgabe verfehlt.

Die Bundesregierung genießt die Unterstützung und das Wohlwollen ihrer Partner in der Allianz. Die deutsche Ostpolitik wird begrüßt und ermutigt. Dies wurde in den letzten Monaten aller Welt deutlich — ob durch die NATO-Ministerratstagung in Rom oder durch die öffentlich bekundeten Meinungen des französischen Staatspräsidenten, des englischen und des amerikanischen Außenministers und auch des amerikanischen Präsidenten. Die Regierung Brandt/Scheel vollzieht keinen Drahtseilakt ohne Netz. Im Gegenteil: ihre mutigen Ver-

suche, im Osten zum Ausgleich und zur Verständigung beizutragen, wie es ihre Vorgänger im Westen geschafft haben, sind abgedeckt durch das gemeinsame Wollen der Partner im Westen. Wir erleben also, wie die Bonner Opposition nicht nur zu Hause die Konfrontation sucht — und dies aus parteilegitistischen Gründen —, sondern wie sie sich auch gegenüber den Freunden im Westen in die Isolation begibt. Wie ein Schulfuge wurde in diesem Sommer der CDU-Abgeordnete *Blumentfeld* im Politischen Ausschuß der Nordatlantischen Versammlung zurückgepfiffen, als er den Versuch unternahm, diesem Gremium die CDU/CSU-Position aufzudrängen; er muß jetzt nachsitzen und seine Schulaufgaben erneut machen. Die Bundesregierung wird ihre als richtig erkannte Politik unbeirrt weiter fortsetzen. In diesen siebziger Jahren wird es darauf ankommen, die mit unseren westlichen Partnern abgeschlossenen Verträge maximal auszunutzen und den politischen und diplomatischen Spielraum nicht zu vernachlässigen. Im Interesse einer sicheren Ordnung für Europa und einer Zukunft für das deutsche Volk bleibt keine andere Möglichkeit. Die Pflichten der Deutschen haben sich im vergangenen Jahrzehnt vermehrt. Die Chancen der Deutschen haben sich erhöht.

Die Rede *Herbert Wehners* am 30. Juni 1960 hat wesentlich dazu beigetragen, die Grundlagen der Außenpolitik der jetzigen Regierung zu entwickeln und Möglichkeiten für die konstruktive, illusionstose, aber konsequente Durchführung zu schaffen.

...auf dem Weg in eine bessere Zukunft

grafik: heiner p. bresner

	1950	1970
IGM-Mitgliederstand	1200000	2 070 000
Brutto-Realinkommen (gewerbliche Arbeitnehmer)	100	240
Arbeitszeit je Woche	48 Stunden	40 Stunden
Urlaub (für 30jährige)	3 Wochen	über 4 Wochen
zusätzliches Urlaubsgeld	nein	ca. 300,- DM (Durchschnittswert)
Lohnfortzahlung bei Krankheit	nein	für 6 Wochen voller Lohn
Freizeit-Unfallversicherung	nein	ja
IGM-Unterstützungsleistungen	seit 1950 über 550 Mill. DM	

IG Metall

Entwicklungshilfe In der Sackgasse?

Vom 16.-30. Juni fand in Den Haag ein Kongreß der Welternährungsorganisation FAO, einer Unterorganisation der UNO, die sich speziell mit Problemen der Welternährung befaßt, statt. Gert von Paczensky nahm als Beobachter an diesem Kongreß teil.

In ein paar Monaten beginnt das „zweite Entwicklungsjahrzehnt“ (im neudeutschen Sprachgebrauch lieber zweite Entwicklungs-„Dekade“ genannt). Von 1971 bis 1980 soll vieles von dem gemacht oder gar gutgemacht werden, was in der ersten Entwicklungsdekade falsch gemacht oder versäumt worden ist. Denn so lange auch die Entwicklungshilfe schon geleistet oder mindestens berufen wird: Der Bedarf scheint ständig größer zu werden anstatt geringer. Der Abstand, der die reichen Länder von den armen trennt, ist im vergangenen Jahrzehnt noch gewachsen. Trotz unbestreitbarer Einzelerfolge hat die Hilfe der Industrieländer an die „Dritte Welt“ bei weitem nicht die ursprünglich erhoffte Wirkung gehabt.

Der Welternährungskongreß hat wie kaum eine andere Veranstaltung der letzten Zeit die Hindernisse sichtbar gemacht, die einer erfolgreichen Entwicklungspolitik im Wege stehen.

Das Problem Nummer Eins heißt Arbeitsbeschaffung. Wie verschafft man den arbeitslosen und den unterbeschäftigten Menschen in der Welt Arbeit, also Lohn, damit sie sich etwas – oder mehr als bisher – zu essen kaufen können? Der Grund für den Hunger und das Massensterben in der Welt ist nicht, daß die Menschheit nicht genug Nahrungsmittel erzeugen könnte. Das kann sie – und das war auch so ziemlich die einzige erfreuliche Erkenntnis des Welternährungskongresses. Aber ganz abgesehen davon, daß die Menschheit bis heute noch nicht gelernt hat, die vorhandenen Lebensmittel richtig zu verteilen – Millionen Menschen könnten sich jedenfalls nicht genug zu essen kaufen. In den Worten des Direktors der Projektabteilung im Internationalen Welternährungsprogramm (WFP), Matzke: „Der Mangel an Nahrungsmitteln und die Unterernährung sind nicht die Folge eines

unzureichenden Produktionspotentials. Sondern die eigentliche Kausalkette ist: Arbeitslosigkeit – Armut – fehlende kaufkräftige Nachfrage – geringe Produktion von Nahrungsmitteln – Unterernährung. Man könnte auch von einem Teufelskreis sprechen, der im Grunde nur durch Schaffung von Arbeitsplätzen unterbrochen werden kann.“

Man schätzt, daß heute in den sogenannten Entwicklungsländern nahe an zweihundert Millionen Menschen arbeitsfähigen Alters dauernd arbeitslos oder unterbeschäftigt sind (in dieser Zahl sind also keine Kinder und Greise enthalten und nur ein Teil der theoretisch arbeitsfähigen Frauen). Auf die Verhältnisse der Bundesrepublik übertragen würde das bedeuten, daß bei uns fünf bis sechs Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos oder nur kümmerlich oder selten beschäftigt wären.

So etwas hat Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg schon gekannt. Es haftet den heute noch Lebenden der betroffenen Schicht als eine furchtbare Episode im Gedächtnis. Alle Welt ist darüber einig, daß der Aufstieg Hitlers und der Nazis nur durch die damalige verzweifelte wirtschaftliche Lage zu erklären sei. Man stelle sich vor, diese Massenarbeitslosigkeit hätte viele Jahrzehnte gedauert. Fraglos wäre unser Land dann nicht so reich und hochentwickelt und sicher auch kaum in der Lage, irgendjemandem eine nennenswerte Arbeitslosenunterstützung zu zahlen – von Entwicklungshilfe ganz zu schweigen.

Für welte Teile der Menschheit ist die Massenarbeitslosigkeit die festverankerte Wirklichkeit. Hauptziel jeder Entwicklungshilfe müßte also sein, in Übersee Arbeitsplätze zu schaffen. Aber diesem Erfordernis entsprechen keineswegs alle Hilfsunternehmen und Projekte. Im Gegenteil: Die Weltwirtschaft läuft geradezu entgegengesetzt.

Noch immer führen die Industrieländer aus der „Dritten Welt“ ganz überwiegend nur Rohstoffe ein, anstatt sie an Ort und Stelle verarbeiten zu lassen. Damit rauben sie den Lieferländern

die Chance, Arbeitsplätze und damit zusätzliche Einnahmequellen zu schaffen. Damit werden die Entwicklungsländer auch daran gehindert, ausreichendes Kapital zu bilden, das an Ort und Stelle weiter arbeiten und Entwicklung schaffen könnte -- Ihr Reproduktionskapital wird von den reichen Ländern abgeholt.

Ganz abgesehen von einer verarbeitenden Industrie -- die „Entwicklungsländer“ sind durch Zölle und andere Maßnahmen gehindert, auch nur Ihre gesamte landwirtschaftliche Produktion in der entwickelten Welt abzusetzen. Daran, daß bei verschiedenen Erzeugnissen eine gewaltige Überproduktion herrscht, sind ja nicht die früheren Kolonien schuld, sondern natürlich die Kolonialmächte, die diese Kulturen dort forciert haben.

Die Entwicklungsländer produzieren also ganz allgemein weit weniger, als sie theoretisch könnten, und können nicht einmal genug von der tatsächlichen Produktion verkaufen. Ihr Erlös ist zu gering. Aber dank der inflationären Entwicklung, die Europa und Nordamerika seit langem plagt, müssen sie nun für die Fertigwaren und Maschinen, die sie bei uns kaufen, immer mehr bezahlen. Einem Arbeitspapier des Ernährungskongresses war zu entnehmen, daß der Jahreswert des Welthandels zwischen 1955 und 1967 um 61 % zugenommen hat -- aber der Agrarexport der Entwicklungsländer nur um neunzehn Prozent. Ihre Einfuhren hingegen stiegen um 75 Prozent. Der Handel der „Entwicklungsländer“ untereinander ist in dieser Zeit fast gar nicht gewachsen. Wie sollte er auch, wo die meisten dieser Länder immer noch hauptsächlich Monokulturen und Rohstoffe für die Industrieländer produzieren.

Wie Professor Paul Streeten, Direktor des Commonwealth-Institutes für Entwicklung in Oxford, auf dem Kongreß berichtete, ist der Anteil der armen Länder am Welthandel von 1948 bis 1968 von dreißig auf zwanzig Prozent zurückgegangen. Rapide gewachsen sind nur ihre Schulden. Ihre öffentliche Auslandsverschuldung hatte 1968 den Gesamtbetrag von 47,5 Milliarden Dollar erreicht. (Die reichen Länder haben erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit die Zins- und sonstigen Bedingungen für ihre Kredite an Entwicklungsländer stark gesenkt.)

Angesichts dieser Lage hat sich die vierte Kommission des Ernährungskongresses nicht geschaut, die bestehenden Handelsbeziehungen zwischen reicher und armer Welt als „in

vleier Hinsicht im wesentlichen ausbeuterisch“ zu bezeichnen und ihre radikale Änderung zu empfehlen. Dementsprechend hat der Gesamtkongreß in seiner Schlussklärung die Regierungen aufgefordert, „die ungleichen Handelsarrangements zu ändern, die ein Hindernis für die Entwicklung sind. Den Entwicklungsländern müssen vermehrte Exportmöglichkeiten gewährt werden“. Aber der Ausschuß hatte schon resignierend gesagt, eine solche Forderung sei nur realistisch, „wenn die protektionistische Politik der entwickelten Länder abgeschafft und ihre Einwände gegen die sogenannten Marktstörungen überwunden würden“. Solange das nicht passiert, werden sich die „Entwicklungsländer“ eben nicht gut entwickeln können. Auf diese Weise wird natürlich auch Ihre Entwicklung zu guten Kunden des reichen Westens gebremst, der doch aber seine Ausfuhren in die ganze Welt so gern steigern möchte...

Hier kann man sehen, daß die Außenwirtschaftspolitik der reichen Länder, darunter an ziemlich führender Stelle die Politik unseres Gemeinsamen Marktes, kurzsichtig und gegen die eigenen langfristigen Interessen getichtet ist. Und -- daß sie die amtlich proklamierten Entwicklungsanstrengungen stark behindert. Ist nicht nun schon etwas klarer, warum die vergangenen zehn Jahre Entwicklungshilfe so vergleichsweise wenig genützt haben?

Ein weiteres Beispiel für den tiefen Graben, der zwischen dem als notwendig Erkannten und der Wirklichkeit klafft, ist das heikle Problem der Landreform.

Auf dem Welternährungskongreß hat es kaum ein Konferenzdokument gegeben, das diese Frage nicht als Schlüsselfrage der Entwicklungspolitik in Lateinamerika bezeichnet hätte, aber auch in einigen anderen Teilen der Dritten Welt. Mehr oder minder deutlich sagen alle Fachleute, daß man Lateinamerika gar nicht entwickeln kann, solange einer verhältnismäßig winzigen Schicht von Großgrundbesitzern fast der gesamte nutzbare Boden gehört. Also wäre die Antwort wohl die Enteignung, denkt man. Aber das klar und deutlich auszusprechen, fällt schon schwerer. In diesen Ländern sind die theoretisch zu Enteignenden an der Regierung, und hinter ihnen steht oft amerikanische und europäische Wirtschaftsmacht. Daß riesige Länderreihen und Landkonzessionen ausländischen Gesellschaften gehören, meist nordamerikanischen, erschwert das Ganze weiter. Diese

Tatsache hat ja oft genug dazu geführt, daß landreformersche Bewegungen mit Hilfe von außerhalb niedergeworfen wurden.

Die dritte Kommission des Welternährungskongresses erklärte dazu: „Das grundlegende und ernsteste Problem in vielen Entwicklungsländern ist die soziale Ungerechtigkeit. Sie manifestiert sich klar im Mißverhältnis der Reichungsverteilung, bei der einige wenige einen großen Anteil am Nationaleinkommen erhalten. Dies liegt an den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, Besitzern und Pächtern, Unternehmern und Landarbeitern. Durch die Ausbeutung der Landarbeiter, Mißwirtschaft an Boden- und Naturschätzen und schlechte Verwaltung sind die Dörfer zu einem Leben der Armut, Unwissenheit und Unsicherheit verurteilt, während der Reichtum und seine Vorteile in wenigen Händen konzentriert sind. . . Eine überwältigende Mehrheit der Ausschüßmitglieder hielt die Bodenreform für eine Vorbedingung anderer Maßnahmen, die das Los der Landbevölkerung verbessern könnten. Solange die Herrschaft eines kleinen Bevölkerungsteils über den größten Teil des Bodens nicht gebrochen würde, könnten sich die Massen auf dem Lande nicht einmal organisieren“. Auch die erste Kommission verlangte „eine Änderung in Besitz und Kontrolle des Bodens, damit diejenigen, die ihn bearbeiten, am Entwicklungsprozeß direkt teilnehmen und ihren angemessenen Anteil an den Gewinnen erhalten können“.

In der Schlußerklärung des Kongresses wurde dies freilich schon sehr gemildert – der Veranstalter, die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), ist schließlich eine Organisation, die von den Regierungen abhängt und nicht gut Revolutionen in den Mitgliedsländern propagieren kann. Dennoch sind die Fachleute, wie gesagt, durchaus der Ansicht der erwähnten Kommission. Und heimlich dürften viele von ihnen dem Sprecher der rund zweihundert jugendlichen Kongreßteilnehmer beglückwünscht haben, die auf Initiative des FAO-Generaldirektors Dr. Boerma aus der ganzen Welt zusammengeholt worden waren, um die „erwachsenen“, establishment-verhafteten Teilnehmer durch Kritik und progressive Thesen zu provozieren und zum Nachdenken zu zwingen: „Hunger ist ein menschliches Problem – es geht um die Würde des Menschen. Und wir sind nicht zur Wurzel dieses Problems vorgestoßen. Darüber haben

wir keine Illusionen. Alle Versuche, dieses Problem innerhalb des bestehenden Systems zu lösen, müssen scheitern“.

„Dieses System“ ist auch bei den weniger radikalen Teilnehmern des Welternährungskongresses nicht gut weggekommen, bei den rund 1200 Fachleuten aus vielen Ländern, die übrigens nicht etwa ihre Regierungen vertraten, sondern persönlich eingeladen worden waren und nur für sich selbst sprachen. Aber die Grundtatsachen, die die Weltwirtschaft bestimmen und die Entwicklungspolitik hemmen, sind für die damit Befassten nur zu deutlich. Sie erzwingen weitgehende Übereinstimmung.

Am wenigsten durchgesetzt hat sich noch folgender Gedankengang: Daß sich die Weltwirtschaft so mißlich entwickelt hat, daß Überproduktion und Elend nebeneinander bestehen, die Verzerrung des Welthandels und seiner Bedingungen – das alles ist eine Erbschaft des Kolonialzeitalters. Die Kolonialmächte schufen sich seinerzeit Domänen, in denen sich die Privatwirtschaft ihrer Heimatländer rücksichtslos betätigen konnte. Auf die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Kolonien selbst wurde keine nennenswerte Rücksicht genommen. Kann man nun glauben, daß die gleiche, die sogenannte Freie Wirtschaft, den Schaden, den sie dadurch angerichtet hat, auch wieder reparieren könnte? Möglicherweise – aber in zu langer Zeit, mit zu großer Verschwendung, als daß man die notleidenden Massen so lange warten lassen dürfte. Um die ungeheure Aufgabe zu bewältigen, zwei Drittel der Menschheit aus dem Elend zu befreien, braucht man Planung. Das ist den Regierungen klar – ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird ja von staatlichen Behörden verwaltet, von internationalen Organisationen wie der UNO, der FAO und anderen koordiniert und verplant. Aber eine Planwirtschaft im Weltmaßstab gibt es nicht. Es kann sie wohl auch nicht geben, solange in den reichen Ländern eine grundsätzliche Abneigung gegen Planwirtschaft besteht und solange die Solidarität der rund 130 Staaten dieser Welt so eng, von Souveränitätsgedanken gezogene Grenzen hat wie bisher. Die Mißerfolge der Planwirtschaft im Ostblock sorgen dafür, daß der Gedanke nicht populärer wird. So erfolgreich der Marshallplan für Europa einst gewesen ist – einen Marshallplan für die Entwicklungsländer gibt es nicht.

Der Marshallplan war damals möglich, weil die

verantwortlichen Amerikaner verstanden, in ihrem eigenen Volk ein Gefühl der Solidarität mit dem kriegsgeschädigten und notleidenden Europa zu wecken. Die Not der „Dritten Welt“ ist zwar viel dramatischer als das sehr vorübergehende, vergleichsweise milde Unbehagen der Europäer, aber sie ist nicht so dramatisch entstanden. Sie ist durch Jahrhunderte gewachsen. Nicht so von ungefähr natürlich, sondern großenteils als Folge kolonialer Ausbeutung. Daß diese Länder so arm sind, weil die heute so hochentwickelten Industrievölker sich auf ihre Kosten bereichert haben, ist im christlichen Abendland verdrängt worden, und die Solidarität des Ausbeuters mit dem Ausgebeuteten ist bekanntlich nicht so leicht zustandezubringen.

Solange die reichen Völker in dem irrigen Glauben gelassen werden, die Völker der „Dritten Welt“ seien an ihrem Unglück im wesentlichen selbst schuld, solange wird der Elan der Solidarität nicht entstehen können, ohne den eine Steigerung der Entwicklungshilfe und eine Umstellung der Weltwirtschaft, damit die Bedürfnisse der Entwicklungsländer stärker berücksichtigt werden, nicht möglich ist. Die Völker Europas und Nordamerikas wissen nicht genug, wie die übrige Welt beschaffen ist und warum. Die Nutznießer haben wenig Interesse daran, sie darüber aufzuklären – und ihnen klarzumachen, daß sie selbst auch zu den Nutznießern gehören.

Hier klappt also eine Informationslücke. Solange sie nicht beseitigt wird, muß die Entwicklungshilfe des Westens, so groß sie auch ist und noch werden mag, eine zufällige, keineswegs optimal wirkende Angelegenheit bleiben.

„Ob der Mensch die wirtschaftliche Vernunft und die soziale Weisheit haben wird, seine wissenschaftlichen Kenntnisse so anzuwenden, daß die Nahrungsmittel und die anderen Früchte wirtschaftlichen Wachstums zu denen gelangen, die sie am meisten nötig haben, nämlich die hungernden zwei Drittel der Menschheit – das ist eine andere Frage“, sagte Lester Pearson auf dem Kongreß in Den Haag . . .

„ . . . ausgezeichnete Zeitschrift. Ausgezeichnet insofern, als hier mit Akribie gesammeltes Material aus dem Bereich der Studentenpolitik veröffentlicht wird. Wenn man weiß, wie schwierig es ist, Dokumente linker Hochschulpolitik zu bekommen, einfach weil viele Linke jedes Archiv schon für den Ansatz des Ordnungsfaschismus halten, dann greift man um so vorsichtlicher zur ‚studentischen politik‘, wo man die meisten der wichtigen Dokumente vorfindet.“

uni-report, München

studentische politik

In Heft 5/6 1969 u. a.:

R. Kreibich: Praktische Reformpolitik

E. Kanzow: Fachhochschulgesetzgebung

Beiträge zur Situation nach Verabschiedung der Grundordnungen in Baden-Württemberg

H. P. Kasper: Zur Verfassung und Hochschulordnung der Ruhr-Universität Bochum

Zusammensetzung der Allgemeinen Studentenausschüsse und der Studentenparlamente an den Wissenschaftlichen Hochschulen der BRD

studentische politik

Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Redaktion: Dipl.-Soziologe Peter Stadie, 8 München 15, Landwehrstraße 37.

Erscheinungsweise: achtmal jährlich. Umfang je Heft etwa 100 Seiten. Einzelheft 5,- DM, Jahresbezugspreis 35,- DM zuzügl. Porto. Bezug durch alle Buchhandlungen oder vom

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg • Kölner Straße 149

Song My Ist kein Zufall

In diesem Sommer war in den Zeitungen viel über von Menschen verübte Scheußlichkeiten zu lesen. Die Massenmorde von Treblinka wurden ins Gedächtnis zurückgerufen. Berichte über Torturen in Griechenland und Brasilien und über die Tigerkäfige In-Con Son wurden veröffentlicht.

Und es sind die ersten Bücher über das Massaker von Song My erschienen: *Seymour Hersch*, jener Journalist, der die ersten Artikel über Song My schrieb, hat „My Lai 4“ verfaßt. *Richard Hammer*, Reporter der „New York Times“, nennt seine Darstellung „One Morning in the War“.

Hersch beschränkt sich auf die Schilderung der Versuche, das Massaker der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, auf die Schilderung der Zufälle, die diese Versuche zum Erfolg führten, der Reaktionen, die die Enthüllungen zur Folge hatten, und des Kampfes gegen die Versuche, die Ereignisse zu verdunkeln und zu bagatellisieren.

Hammer schildert das Leben in den Dörfern, die Song My heißen, vor und nach der Katastrophe. Er versucht, sich in die Denkweise jener Menschen zu versetzen, die zur berüchtigten „Charley Company“ wurden. Und er zieht seine Schlüsse.

*

Song My ist ein Küstenort in der Provinz Quang Ngai im früheren Annam. Die Gründer hatten sich dort vor 2500 Jahren niedergelassen, als Flüchtlinge aus China. Der Boden ist fruchtbar. Das Meer ist reich an Fischen. Die Dorfbewohner lebten recht gut. Sie hatten wenig Kontakt mit der Umwelt, selbst mit den Nachbardörfern. Sie hatten viele Herrscher erlebt, vor allem in den letzten Jahren: Franzosen, Vietminh, *Diem*, FNL, *Thieu*. Unter der Regierung der Vietminh waren die Steuereintreiber ehrlich, und armen Bauern wurde Boden zugeteilt. Unter *Diem* waren die Beamten bestechlich, und die alten Grundbesitzer kamen zurück. Aber das Leben ging im großen und ganzen weiter wie früher. Die Dorfbewohner

hatten gelernt, daß unter jedem Regime Steuern eingetrieben, Propaganda gemacht und junge Männer in die Armee eingezogen werden. Doch die meisten Menschen wurden in Frieden gelassen. Sie bestellten ihren Boden, fingen ihre Fische und lebten mit ihren Familien, wie sie es immer getan hatten. Aber am Morgen des 16. März 1968 kam die „Charley Company“ ins Dorf.

*

Die „Charley Company“ setzte sich aus ganz gewöhnlichen amerikanischen Jugendlichen im Alter von 19 bis 20 Jahren zusammen. Sie konnten nicht so gute Zeugnisse oder so gute Beziehungen nachweisen, daß sie vom Militärdienst befreit worden wären. Kompanieführer *Medina*, ein Mexiko-Amerikaner, der die in seiner Kindheit erlebte Armut und Diskriminierung mit Superpatriotismus und Begeisterung für die Armee kompensierte, war ein geschickter Offizier. Wegen seines großen Interesses für das Wohlergehen der Kompanie war er populär unter den Soldaten. Zugführer *Calley* hatte im zivilen Leben fast nirgends Erfolg gehabt. Er hatte sich als Strelkbrecher bei der Eisenbahn durchgeschlagen. In der Armee jedoch hatte er eine Chance erhalten.

Nach einer Verbands-Übung auf Hawaii wird die Kompanie als Teil der sogenannten „Task Force Barker“ in die Kampfzone geschickt. Die Soldaten haben kaum Gelegenheit, sich an einem offenen Kampf zu beteiligen. Aber bei ihrem ständigen Streifendienst sind sie Angriffen aus dem Hinterhalt ausgesetzt, fallen Landminen zum Opfer und werden in kleine Scharmützel verwickelt. Einige Kameraden werden getötet oder verwundet, andere verschwinden. Aber man kann nicht zurückschlagen. Das zehrt an den Nerven. Und damit steigern sich Furcht und Haß.

Es ist die Furcht vor einem Feind, der unsichtbar ist, aber zu jedem beliebigen Zeitpunkt zuschlagen kann, hinter der nächsten Straßenbiegung, auf der Dorfstraße, im Gebüsch. Überall vermutet man Hinterhalte. Das

kleine lächelnde Kind trägt möglicherweise eine Granate auf dem Rücken. Es kann sein, daß die alte Frau auf dem Reisfeld eine Mine montiert.

Von den Vietnamesen lebt man isoliert. Im Urlaub begegnen die Soldaten Profitmachern und Schwarzmarkthändlern, die sie übers Ohr hauen, Prostituierten, die ihnen die Syphila anhängen, Banditen, die sie in den Nebenstraßen von Saigon niederschlagen und ihnen Geld und Uhren abnehmen. Im Dienst begegnen sie Dorfbewohnern. Im Zweiten Weltkrieg waren in den Dörfern Belgiens und Frankreichs die amerikanischen Soldaten als Befreier begrüßt worden, hatte „Daddy“ erzählt. Hier werden sie als fremde Eindringlinge betrachtet. Die Dorfbewohner vermeiden es, die Soldaten anzusehen. Aber die Minen explodieren. Die Kugeln der Heckenschützen heulen. Ein weiterer Kamerad fällt. Bei seinem Begräbnis wird eine Rede über den Kampf für die Freiheit gehalten.

Aus der Furcht erwächst der Haß gegen die Vietnamesen. Die ersten sinnlosen Schüsse werden abgefeuert, die ersten Vergewaltigungen begangen. Jeden Tag ein neues Vorkommnis, gedankenlos und erniedrigend. *„Jetzt waren sie soweit, daß sie die Vietnamesen als eine Art Untermenschen betrachteten, die nur von der Gnade der Amerikaner leben; sie zu töten, ist kein größeres Vergehen, als DDT auf unangenehme Insekten zu spritzen; sie haben kein Recht auf Eigentum und Leben oder auf sonst etwas; über ihr Leben, ihre Leiber, über alles, was sie haben und besitzen, können die Amerikaner verfügen. Die Amerikaner können es nehmen oder gewähren, wie sie wollen, ohne einen Gedanken darüber zu verlieren. Für die Amerikaner ist es bedeutungslos. Sie handeln selten aus Niedertracht, denn es kommt niemals der Gedanke auf, daß die Betroffenen menschliche Geschöpfe mit eigenen Wünschen und Rechten seien.“* Sie hausen wie Raubtiere, Tod und Zerstörung hinterlassend. In einer entsetzlichen, endlosen Kette haben der Haß der Vietnamesen gegen die Amerikaner und ihre Furcht vor ihnen einen noch größeren Haß der Amerikaner gegen Vietnamesen und eine noch größere Furcht vor diesen zur Folge. *„Sie zogen die Maske des Mörders über. Ein Teil der Amerikaner in der ‚Charley Company‘ zog – wie in jeder Kompanie – diese Maske über, um eine innere, tiefere Katastrophe zu verbergen, die begrä-*

ben werden mußte. Der Schrecken folgte der Erkenntnis, daß sie, abgesehen von allem anderen, Kinder hätten und fürchteten und daß sie Kinder töten könnten.“

Am 16. März sollte die „Charley Company“ endlich die Chance eines offenen Kampfes erhalten. Mit Hubschraubern wurden die Soldaten an das vermeintliche Feindesnest herangeflogen. Aber sie fanden dort keine Soldaten. Kein Schuß wurde auf sie abgegeben. Es gab fast nur Alte, Frauen und Kinder dort. Kurz danach waren über 400 von ihnen tot. Die Häuser wurden niedergebrannt. Einige Kinder verbrannten darin. Andere wurden niedergeschossen, als sie aus den brennenden Häusern zu entkommen suchten.

*

War Song My ein Zufall? Sowohl *Hersch* als auch *Hammer* meinen: nein.

Hammer verweist auf zahlreiche Vorkommnisse ähnlicher Art. Das Massaker von Song My war allerdings wahrscheinlich das umfassendste an einem Ort und zur gleichen Zeit. Aber die „Charley Company“ hatte bereits früher ähnliche Untaten in kleinerem Maßstab verübt. Und es verging kaum eine Woche, ohne daß wegen eines Massakers irgendwo in Vietnam Beschuldigungen gegen die Amerikaner erhoben wurden. *Hammer* betrachtet es als erwiesen, daß Song My kein isoliertes Vorkommnis war.

Er betont besonders den Zusammenhang mit der gesamten Kriegsführung in Vietnam. Napalm war in großem Umfang eingesetzt worden und hatte furchtbare Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Die strategische Bombardierung mit B-52-Maschinen hatte unzählige Dörfer zerstört. Jene, die Napalm und Splitterbomben warfen, brauchen den Getroffenen nicht in die Augen zu sehen, denn die verstümmelten Opfer findet man in Flüchtlingslagern und Kinderkrankenhäusern. Chemische Pflanzenvernichtungsmittel zerstörten nicht nur den Pflanzenwuchs. Es ist kein Geheimnis in Vietnam, daß sie auch schwere Schäden der Kinder im Mutterleib verursachten. Im Zuge der Politik der „Free-fire zones“ und der „Search-and-destroy missions“ wurden Dörfer niedergebrannt und Menschen vertrieben. Angeblich sollen 50 Prozent der vietnamesischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern leben, vom Krieg ihrer Wohnungen beraubt. Der Krieg, den Amerika in Vietnam bisher geführt hat, war, meint *Hammer*, trotz allem

Gerade, man wolle das Herz des vietnamesischen Volkes gewinnen, ein totaler Krieg. Sein Ziel war Sieg, auch wenn keiner die Frage beantworten konnte, was man mit einem solchen Sieg gewinnen würde und was für den Sieger dann noch übrigbleibe. Früher war der Krieg, trotz aller Grausamkeiten, begrenzt. Denn beide Parteien wußten, daß das Leben weitergehen müßte, wenn der Krieg zu Ende sein würde. Sowohl Sieger als auch Besiegte hätten Essen, Kleider und Unterkunft haben müssen. Die Einsicht in diese Tatsache begrenzte die Mittel, die in der Kriegsführung eingesetzt wurden.

Als aber die amerikanische Kriegsmaschinerie mit ihrer unerhörten Feuerkraft und ihren technisch vollendeten Waffen eingesetzt wurde, änderte sich der Charakter des Krieges. Jetzt kam die totale Zerstörung in die Dörfer. Vietnam ist heute, meint *Hammer*, eigentlich ein einziges gigantisches Song My.

Vor diesem Hintergrund betrachtet er Song My nicht als Zufall. Song My sei im Gegenteil unvermeidlich gewesen. Was dort geschah, sei eine direkte Folge dessen, was die Vereinigten Staaten in den letzten sechs Jahren in Vietnam unternahmen, eine unausweichliche Folge dieser Einmischung.

*

Hammer und *Hersch* weisen alle Behauptungen zurück, das Massaker von Song My sei das Ergebnis einer zufälligen Sinnesverwirrung gewesen, das Ergebnis der Niedertracht bestimmter Einzelpersonen, ein Ereignis, das in krassem Gegensatz zur übrigen Kriegsführung stand.

Ihre Schilderung zeigt wie die Darstellung ähnlicher Vorkommnisse in anderen Kriegen, in anderen Ländern und in anderen Gesellschaftsordnungen, daß Menschen, wenn sie in bestimmte Situationen versetzt worden sind, in denen die gesellschaftliche Kontrolle aufgehoben ist und in denen Haß, Furcht und Selbstverachtung freien Spielraum erhalten, zu Scheußlichkeiten gegeneinander bereit sind, die vollkommen im Gegensatz zu allen Vorstellungen von einer zivilisierten Gesellschaft stehen. Die Beteiligten brauchen keineswegs boshafte Untiere zu sein — wenn auch solche darunter sein mögen. Es handelt sich oft um ganz gewöhnliche Leute. Und vielleicht sind die meisten von uns, ohne es zu wissen, zu einem Song My fähig. Denn niemand weiß, wie wir in einer ähnlichen Situation reagieren wür-

den. Entscheidend ist, daß wir zu verhindern suchen, in eine solche Situation zu geraten. Das ist eine klare politische Frage.

Grausamkeit muß verurteilt werden, wo immer sie vorkommt, wer immer sie verübt. Es besteht kein Zweifel, daß Grausamkeiten und Gewalthandlungen gegen Zivilpersonen von allen Parteien in Vietnam verübt wurden — von Nordvietnamesen, von der FLN, den Amerikanern und von Südvietnamesen. Es ist kein Zufall, wenn ich bei der Lektüre der Bücher über Song My an *Henri Allegs* und *Simone de Beauvoirs* Schilderungen des Krieges in Algerien denken muß, an das Schicksal *Djamila Boupachas* und an die Reise, die ich einmal in die Berge Kabyllens unternahm, wo ich bei Tizi-Ouzo mit einer Gruppe der FLN, der algerischen Freiheitsbewegung, zusammentraf. Ihr Bericht über das Land war ein scheußlicher Katalog von Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung, von zerstörten Dörfern, von Hinterhalten und von Kämpfen gegen Hubschrauber und Panzer mit Handfeuerwaffen und selbstgefertigten Minen, ein Bericht über einen zehnjährigen Kampf, dem ein großer Teil einer Generation junger Algerier zum Opfer fiel. Die Grausamkeit erhält eine besondere Dimension, wenn sie von reichen Weißen, die als fremde Eindringlinge betrachtet werden, an armen Farbigen, die auf ihnen angestammtem Boden leben, begangen wird. Dann wächst bei dem physisch Überlegenen das Gefühl der Fremdheit und Unsicherheit gegenüber Menschen, die sie nicht als gleichwertig betrachten: Wenn er die Situation nicht meistern kann, stellt sich leicht Panik ein, jene Panik, welche die Fallschirmspringer und die weiße Minderheit in Algerien ergriff und sinnlose Gewalttaten und Torturen auslöste.

In Algerien kam *de Gaulle* als Befreier.

*

Sowohl *Hersch* als auch *Hammer* beschreiben die Reaktionen auf die Enthüllungen über Song My in der amerikanischen Öffentlichkeit. Sie referieren über Meinungsbefragungen, die zeigen, daß ein beträchtlicher Teil der amerikanischen Bevölkerung der Meinung war, Song My habe nie stattgefunden. Eine Mehrheit vertrat die Auffassung, daß solche Ereignisse in einem Krieg unvermeidlich seien, daß die Soldaten nicht im Fernsehen hätten von ihren Erlebnissen berichten sollen. Eine Minderheit empfand „beträchtliche Sympathie“ für den Hauptangeklagten, Leutnant *Calley*. Jene, wel-

che die Sache enthüllt hatten, sahen sich Drohungen und Schmähungen ausgesetzt.

Die Reaktion braucht wohl nicht zu erstaunen. Es wäre völlig falsch, von Niedertracht beim amerikanischen Volk zu sprechen. Die Reaktion spiegelt eine Selbstverteidigung wider.

Es waren gewöhnliche amerikanische Jungen, die sich am Massaker beteiligten. „Ich gab ihnen einen guten Jungen“, sagte Frau Meadlo, „und sie machten ihn zu einem Mörder.“ In Familien mit Söhnen und Verwandten in Vietnam – und es sind deren viele – fällt es schwer zu denken, daß dasselbe mit den eigenen Söhnen, Brüdern und Männern geschehen könnte. Es kann verlockend sein, geltend zu machen, daß das Schreckliche nie geschah und daß die Schuldigen, wenn es geschehen wäre, gleichwohl unschuldig wären.

Auf lange Sicht gesehen, muß Song My als Symbol für den Gegensatz zwischen dem erklärten Ziel des Krieges und dessen Wirklichkeit schwer zu ertragen sein. In der öffentlichen Meinung Amerikas bestehen aus der Tradition übertriebene Vorstellungen von der Gerechtigkeit in der Politik des eigenen Landes, man neigt zu einer idealen Färbung der Großmachtspolitik.

Illusionen vergehen nur schwer.

Die USA hatten ihre Truppen ausgeschildet, um Freiheit und Demokratie, um die Unabhängigkeit Vietnams und die Ehre Amerikas zu verteidigen. Man konnte auf „our boys“ stolz sein, die mit Tapferkeit für hohe Ideale kämpften. Und dann kamen die Nachrichten vom Massenmord an Menschen, die zu schützen und zu befreien die Soldaten ausgeschildet worden waren. Auf dem Weg zu den Thermophyten gerieten sie nach Song My. Und dafür müssen noch viele, Vietnamesen und Amerikaner, das Leben lassen.

Derselben Abwehrhaltung begegnete ich kürzlich bei meinem Besuch in den USA. Anfangs überraschte die Aggressivität bei Fragen, die sich alle um Vietnam drehten, aber sich selten auf die Grundlagen des Krieges bezogen. Aber das war ein Ritual, ein Katalog über unseren vermeintlichen Anti-Amerikanismus, der durchexerziert werden mußte: Setzt Ihr in Schweden nicht unseren Botschafter rassistischer Verfolgung aus, gewährt Ihr nicht Landesverrätern Schutz, liefert Ihr nicht unseren Feinden Kugeln? Das war wohl eine Projektion eigener Schuldgefühle. Aber noch mehr: Es war, wie wenn ein Bekenntnis erpreßt werden

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gerhard Eisfeld

Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858-1870

Studie zu den Organisationen und
Programmen der Liberalen
und Demokraten
240 Seiten, broschiert 24,80 DM

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der Nationalliberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den Nationalliberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

solte: *Mea culpa* — wir sind auch schuldig. Und gewiß kann man so sprechen. Wir gehören demselben Kreis reicher Nationen an, denen der Reichtum Macht zur Zerstörung verleiht. Wir beherzigen die Ideale von Freiheit und Demokratie, welche die proklamierte Triebkraft der amerikanischen Intervention in Vietnam waren. Und die demokratischen Nationen hatten nicht die Kraft, die Fähigkeit und den Willen, gemeinsam diesen ungerechten Krieg aufzuhalten.

Aber nachdem der Katalog, das Ritual durchgezählt war, konnte das Gespräch beginnen. Dann kehrte ständig dieselbe Frage wieder. Wie können wir aus dem Krieg herauskommen? Wie können wir aus einem Krieg herauskommen, der nicht zu gewinnen ist und den man militärisch nicht verlieren kann? Es ist eine nagende Unruhe, eine Jagd nach einer dritten Möglichkeit. Wenn die USA ein hilfloser Gigant sind, beruht es nicht auf Mangel an Macht, sondern auf der Unsicherheit, ob das größte Machtpotential, das die Welt je gesehen hat, eingesetzt werden soll, um die Vereinigten Staaten aus einem hoffnungslosen Unternehmen zu lösen.

Frieden und Entwicklung in Vietnam können niemals kommen, bevor nicht die ausländischen Truppen das Land für immer verlassen haben. Diese gewaltige fremde Militärmacht kann nicht durch äußeren Druck dazu gezwungen werden. Das muß durch einen inneren Prozeß geschehen, geprägt von der Einsicht, daß die Niederlage der Gewalt niemals durch mehr Gewalt in einen Sieg verwandelt werden kann.

Die Entwicklung wird nicht von jenen außerhalb Amerikas beschleunigt, die selbst im Protest Gewalt oder die Symbole der Gewalt anwenden. Das gibt der Brutalisierung nur ein Alibi, verlängert nur noch die endlose Kette von Aggressivität, der mit Aggressivität, die den Mangel an Argumenten verdeckt, begegnet wird. Gespräche, Argumente können dagegen ein Element sein, die Zukunft am Leben zu erhalten.

Ich bin im Grunde überzeugt, daß in der amerikanischen Öffentlichkeit die Einsicht und der Wunsch nach einer politischen Lösung des Vietnam-Konfliktes, zumal nach der mißglückten Aktion gegen Kambodscha, immer stärker werden. Was dabei am nächsten liegt, ist — als erster Schritt — die Bildung einer Koalitionsregierung in Saigon, bestehend aus Mit-

gliedern der gegenwärtigen Regierung in Saigon, der provisorischen revolutionären Regierung und anderen Gruppen in Südvietnam. Es wäre tief bedauerlich, wenn einigen Mitgliedern der gegenwärtigen Junta in Saigon gestattet würde, eine Lösung zu verhindern, die eine breite Mitwirkung ermöglichte. Das wäre tragisch für die Vietnamesen.

(Übersetzt aus dem Schwedischen von *Werner Bivius*)

Neuerscheinungen zur Politik und Zeitgeschichte

20. Juli 1944

Die deutsche Opposition gegen Hitler im Urteil der ausländischen Geschichtsschreibung. Eine Anthologie. Hrsg. Hans-Adolf Jacobsen. 1939. 350 Seiten, brosch. DM 9,80

Die hier veröffentlichten Beiträge zeigen, in welchem hohem Maße das Ausland der Geschichte der deutschen Opposition von 1939-1944 Achtung gezollt hat.

Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19

Von Reinhard Rürup. Inst. f. Europ. Geschichte, Vortr. Nr. 50. 1968. 59 Seiten, brosch. DM 4,80

Vieldiskutierte neue Thesen zu Charakter und Verlauf der Revolution.

Gedenkschrift Martin Göhring

Studien zur europäischen Geschichte. Hrsg. Ernst Schulz. Veröff. d. Inst. f. Europ. Geschichte, Bd. 50. 1968. X, 450 Seiten, 4 Abb., Ln. DM 48,—

30 Beiträge von Historikern aus dem In- und Ausland zu Themen der gesamten neueren europäischen Geschichte.

Die Suche nach der nationalen Identität

Die Niederlande 1813—1848.

Von J. C. Boogman. Inst. f. Europ. Geschichte, Vortr. Nr. 49. 1968. 36 Seiten, brosch. DM 4,—

Eine Untersuchung der politischen Gesinnung führender holländischer Schichten.

Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933—1939

Zur Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes vor dem Zweiten Weltkrieg. Von Hans-Jürgen Schröder. Veröff. d. Inst. f. Europ. Gesch., Bd. 59. 1970. Ca. 344 Seiten, Leinen ca. DM 44,—

Unter Auswertung bisher unveröffentlichter Dokumente aus zahlreichen deutschen und amerikanischen Archiven werden die wichtigsten Stationen der deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1933 bis 1939 untersucht.

Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918—1939

10 Vorträge. Hrsg. Oswald Hauser. 1969. VIII, 139 Seiten, brosch. DM 22,—

Ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Parteilengeschichte beider Länder.

Römisches Recht und Englisches Recht

Von Hans Peter. Sitzungsber. d. Wiss. Ges. Frankfurt/M. 1969. VII, 3. 45 Seiten, brosch. DM 6,40

Die vergleichende Betrachtung zeigt eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden großen geschichtlichen Rechtsordnungen Europas auf.

Zur Entstehung des modernen Staatsbegriffs

Von Wolfgang Mager. Abh. d. Akad. d. Wiss. u. d. Lit., 1968, 9. 106 Seiten, brosch. DM 16,60

Eine Untersuchung der europäischen Verfassungswelt seit dem Hochmittelalter bis zur Ausbildung des modernen Staatsbegriffs.

Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63

Von Shlomo Na'aman. Vorträge des Instituts f. Europ. Geschichte, Nr. 51. 129 Seiten, brosch. DM 6,80

In den Begegnungen der sechziger Jahre tritt das Spannungsfeld von Arbeiterdemokratie und Liberalismus hervor. Die Neukonstituierung der Arbeiterbewegung vollzieht sich mit Krisen und Akzentverlagerungen.

Handelsstaat England

Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jh. Von Ernst Schulz. Veröff. d. Inst. f. Europ. Geschichte, Bd. 52. 1969. XI, 390 Seiten, Leinen DM 80,—

Die Politisierung des Handelsinteresses wird an Hand der Traktatliteratur von Thomas Morus bis Daniel Defoe dargestellt.

25 Jahre nach Hiroshima: Atomkraft Japan?

„Offen gesagt bin ich der Ansicht, daß wir Kernwaffen haben sollten.“ Der Mann, der das ausspricht, ist nicht irgendwer. Er heißt *Ken Okubo* und ist Vorsitzender des Verbands der japanischen Rüstungsindustrie. Gleichzeitig steht er an der Spitze eines Industrieunternehmens des Mitsubishi-Konzerns, das Elektronengeräte für die japanische Armee herstellt. Herr *Okubo* steht mit seiner Meinung nicht allein. Mehrere Politiker der konservativen Regierungspartei LDP haben sich bereits als Befürworter einer Nuklearaufrüstung Japans zu erkennen gegeben, wie etwa der Oberhausabgeordnete *Minoru Genda*, ein ehemaliger Luftwaffenchef. Und *Herman Kahn*, Amerikas oft zitierter Futurologe und Direktor des New Yorker Hudson Instituts, prophezeite, Japan werde die sechste Nuklearmacht werden — vor Indien und vor Deutschland.

Noch sind die Befürworter der atomaren Aufrüstung Randerscheinungen in der japanischen Politik. Keiner der Bomben-Anhänger kann für sich in Anspruch nehmen, wesentliche Teile der japanischen Öffentlichkeit hinter sich zu haben. Und es wäre gewiß realitätsfremd, von der Regierung in Tokio in absehbarer Zeit einen Beschluß zur Nuklearaufrüstung des Landes zu erwarten. Dennoch ist unverkennbar, daß das Thema „Bombe“ in Japan heute offen angeschnitten werden kann, daß über Vor- und Nachteile einer nuklearen Aufrüstung mehr oder weniger verstandesbetont diskutiert wird und daß die Möglichkeit einer Atombewaffnung des Landes zumindest denkbar geworden ist.

Und das nur 25 Jahre nach der Zerstörung Hiroshimas — einer Stadt mit „langer und ruhmvoller Geschichte“ (wie es im Atommuseum heißt) — durch eine Uranbombe und Nagasakis durch einen Plutonium-Blitz. Weder die Erinnerung an 300 000 Tote noch die Konfrontation mit 200 000 Strahlengeschädigten, die noch immer in Spezialkliniken und Sanatorien dahinsiechen, haben verhindern können, daß die ursprünglich breitangelegte Volksbe-

wegung gegen den Atomtod zu einer von bestimmten politischen Gruppen gesteuerten Verbandstätigkeit degeneriert ist. Jede der drei japanischen Linksparteien von den Kommunisten über die Sozialisten zu den Demokratischen Sozialisten — diese gemeinsam mit den regierenden Liberaldemokraten — unterhält ihre eigene Anti-Atom-Organisation. Alljährlich werden Kongresse abgehalten, auf dem Abrüstungsappelle und Friedensresolutionen verabschiedet werden. Doch wenn es um Fragen der praktischen Politik geht — zum Beispiel um die Haltung zum Atomsperrvertrag — bleibt man uneinig und zerstritten. Das historische Teststoppabkommen von 1963 zwischen England, den USA und der Sowjetunion war sogar der Anlaß für die entscheidende Spaltung der japanischen Anti-Atombewegung. Denn die beiden sozialistischen Gruppen begrüßten das Abkommen als ersten Schritt zur Begrenzung des nuklearen Wettrüstens der Großmächte, während die damals Peking-orientierten japanischen Kommunisten darin ein Mittel zur Einschläferung einer „machtvollen Weltfriedensbewegung“ sahen und den Vertrag im übrigen als nicht umfassend genug verurteilten.

Die Uneinigkeit der japanischen Linken auch in ihrer Einstellung zur Atombombe und zur nuklearen Rüstungskontrolle gibt der Regierung freie Hand, ihre Nuklearpolitik nach eigenem Gutdünken zu formulieren oder abzuändern. Regelmäßig vom Amt des Ministerpräsidenten durchgeführte Umfragen geben ihr Aufschluß über die Entwicklung der öffentlichen Meinung. Dabei ist der zunächst überraschende Trend zu Tage getreten, daß gerade die jüngere Generation fast völlig frei ist von jener früher oft zitierten „Nuklearallergie der Japaner“ und daß die Zahl der Befürworter einer Nuklearbewaffnung langsam steigt. Und es kann schon jetzt vermutet werden, daß sich der japanische Wähler mit einer Nuklearaufrüstung seines Landes eines Tages ebenso abfinden wird, wie er die Existenz einer relativ kleinen, aber technisch gut ausgerüsteten

Armee akzeptiert hat. Trotz jenes Artikels 9 der sogenannten Friedensverfassung, welcher die Unterhaltung jeglichen Kriegspotentials ausdrücklich verbietet. Mit der Formel, Kriegspotential lasse sich in Angriffs- und Verteidigungswaffen einteilen und die Verfassung habe sicherlich nicht das Recht auf Selbstverteidigung verneinen wollen, hat man der Armee den nötigen Anschein von Legalität gegeben – und sie dementsprechend „Selbstverteidigungstreitkräfte“ genannt.

Der gleichen Argumentation bedient sich die Regierung offenbar auch bei ihrem Plädoyer für die Ausrüstung mit Kernwaffen. Denn ihre Vertreter haben im Parlament verschiedentlich erklärt, daß sie den Besitz von Nuklearwaffen für Verteidigungszwecke nicht als verfassungswidrig ansehen. Und das japanische Kernenergiegesetz, das die Forschung, Entwicklung und Nutzung auf diesem Gebiet ausdrücklich auf friedliche Zwecke begrenzt, läßt sich mit einfacher Mehrheit ändern (der Regierungspartei fehlen nur 22 Mandate sogar zur verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit).

So ist die Entscheidung über eine Nuklearbewaffnung Japans in das politische Ermessen seiner Regierung gestellt (an der wirtschaftlichen und technologischen Fähigkeit der Japaner, eine militärisch relevante Atomstreitmacht aufzubauen, wird kaum jemand ernsthaft zweifeln). Die Regierung bekennt sich gegenwärtig zu einer Politik nuklearer Enthaltensamkeit, die in drei Prinzipien niedergelegt ist: Kernwaffen weder herzustellen noch einzuführen noch zu besitzen. Doch wer sollte Tokio daran hindern, diese Prinzipien zu ändern?

Dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der auch von den Botschaftern Japans in Moskau, London und Washington unterzeichnet worden ist, fehlt noch die Rechtsverbindlichkeit. Ein Zeitpunkt für die Ratifizierung durch das japanische Parlament ist bisher nicht festgelegt, und in der Öffentlichkeit gibt es wenig Enthusiasmus und keinen nachhaltigen Druck, sich mit der Verabschiedung des Sperrvertrags sonderlich zu beilehen.

Verteidigungsminister Nakasone, seit Anfang dieses Jahres im Amt und energischer Befürworter einer autonomen Verteidigung Japans, nennt drei Gründe, warum Japan auf Kernwaffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichten sollte: den Konsens der Bevölkerung, der im Falle einer Nuklearaufrüstung verloren ginge;

Japans geographische Struktur als langgestreckte Insel ohne die Fähigkeit zum nuklearen Vergeltungsschlag; und das nukleare Patt zwischen USA, UdSSR und in Zukunft China, das eine Nuklearbewaffnung Japans wenig gewinnbringend erscheinen lasse.

Das alles kann sich ändern, zumindest in der Beurteilung durch die politische Führung Japans. Denn seit die Chinesen einen künstlichen Satelliten in den Weltraum katapultiert und damit bewiesen haben, daß sie für ihre H-Bomben auch die nötigen Trägerwaffen besitzen, wächst in Japan die Zahl der Anhänger eines eigenen nuklearen Gegengewichts. Und wer weiß schon, ob dieselben Amerikaner, die heute überhastet ihre asiatischen Bastionen abbauen, in einigen Jahren noch gewillt sein werden, bei jedem nuklearen Erpressungsversuch Pekings sogleich zu Hilfe zu eilen? Nicht, daß man an der Bündnistreue Washingtons zweifelt. Doch ebenso wie US-Innenpolitische Faktoren – von der Wirtschaftslage bis zur Hochschulkrise – heutige Asienpolitik beeinflussen, könnten am Tage X andere Gesichtspunkte ein schnelles Eingreifen verhindern. Der Große Bruder jenseits des Pazifik ist, so meinen manche Japaner, nicht mehr, was er war. Blindes Vertrauen sei daher leichtfertig. Man müsse sich nach Alternativen umsehen. Dazu gehöre auch die Bombe. Noch ist der Sperrvertrag nicht ratifiziert, noch sind alle Optionen offen.

SPÖ-Parteitag 1970

Österreichs Sozialisten eröffneten ihren 20. Parteitag mit *Bernstein*. Das war freilich nur für kommunistische Blättchen ein Anlaß, sich mit ideologischen Reminiszenzen an die einstigen Auseinandersetzungen zwischen dem Urahn der „Revisionisten“ und der deutschen Sozialdemokratie zu amüsieren; ansonsten war es für eine Öffentlichkeit, die nicht einmal mehr den Namen *Eduard Bernsteins* kennt, natürlich klar, daß es sich „nur“ um den Komponisten und Dirigenten *Leonard Bernstein* handeln konnte. Der Künstler – „ein zutiefst Engagierter“, wie der SPÖ-Vorsitzende Bundeskanzler *Kreisky* ihn in seiner Eröffnungsansprache nannte – drückte damit, daß er für diesen Eröffnungsabend die Leitung der *Wiener Philharmoniker* zu einem *Beethovenkonzert* übernahm, seine Verbundenheit mit dem Mann an der Spitze der Sozialistischen Partei Österreichs aus, die mit diesem festlichen Auftakt vor allem ihrer Wiedergeburt vor einem Vierteljahrhundert – nach vier Jahren „grünen“ und sieben Jahren „braunen“ Faschismus – gedachte.

Da auch die Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten schon im Konzerthaus vorweggenommen worden waren, hatte der eigentliche Parteitag am 11. und 12. Juni 1970 in der nüchternen Umgebung der *Wiener Stadthalle* durchaus den Charakter einer Arbeitssitzung. Allerdings wies schon der Umstand, daß es bei diesem Parteitag keinen räumlichen Trennungsstrich mehr zwischen den Delegierten einerseits und der Presse und den Besuchern andererseits gab, daß sich die Journalisten frei zwischen den Delegiertenbänken bewegen konnten, auf die Änderungen hin, die sich in den letzten Jahren in der SPÖ vollzogen haben: 1967, als nach der Wahlniederlage der SPÖ vom Jahre zuvor die Personenfrage im Vordergrund stand und der Parteitag sich in einer Kampfabstimmung für *Kreisky* als neuen Vorsitzenden entschied, war die Öffentlichkeit durch einen dichten Ordnerkordon vom Zuschauen und Zuhören ausgeschlossen; ein Jahr

später, 1968, als *Kreisky* das große Alternativprogramm entwickelte, das zum überwältigenden Wahlsieg des 1. März 1970 führen sollte, gab es bereits Gastkarten für die Vertreter der nichtsozialistischen Presse, die allerdings das Geschehen noch von reservierten Logen aus beobachten mußten. Die 1970 zur Regierungspartei gewordenen Sozialisten schließlich machten – nicht ohne kritisches Raunzen mancher, die es eben ganz anders gewohnt waren – den Schritt zur totalen Öffentlichkeit ihres Parteitages.

Zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs konnten die Parteitagsdelegierten – sie kommen aus den neun Landespartei der SPÖ, aus dem zentralen Parteiapparat, aus der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion und aus den zahlreichen Nebenorganisationen der Partei – einen Parteiobmann begrüßen, der zugleich der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Österreichs ist, und sie taten dies mit entsprechender Begeisterung, genauso wie sie auch die übrigen Regierungsmitglieder des Kabinetts *Kreisky* (unter denen lediglich der Nichtsozialist *Dr. Kirchschräger*, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, fehlte) freundlich ihrer Sympathie versicherten. Dennoch machte der Kongreß keineswegs den Eindruck eines Parteitages des Triumphes – nicht so sehr deshalb, weil sich die Delegierten der Schwierigkeiten bewußt waren, denen die sozialistische Regierung ohne Mehrheit im Parlament gegenübersteht, sondern weil in dieser Situation die traditionelle Einheit der Partei, deren Erhaltung seit dem Einigungsparteitag *Viktor Adlers* im Jahre 1889 im Zentrum des Denkens der österreichischen Sozialisten steht, am besten durch die nüchterne Ausrichtung auf die konkreten Aufgaben der Regierungstätigkeit demonstriert werden konnte.

Diese umfassenden Aufgaben bildeten denn auch ein Gutteil des großangelegten Referates, das *Kreisky*, nachdem der Parteitag mit 97 Prozent der abgegebenen 507 Stimmen ihn als Parteivorsitzenden bestätigt hatte,

hielt. Die Rede enthielt eine „erweiterte Regierungserklärung“, wie es einige Delegierte angesichts der oft ins Detail gehenden Ausführungen über die bevorstehenden Arbeiten und Pläne des Bundeskanzlers und der einzelnen Ressortminister nannten. Aber sie war auch in diesem für den ausländischen Beobachter wahrscheinlich nicht so interessanten Innenpolitischen Teil mehr als das: nämlich die Erklärung eines sozialistischen Regierungschefs an seine Partei, Rechenschaftsbericht über den Weg zum Sieg und Motiv-Bericht über die bevorstehenden Reformen in allen Bereichen der Gesellschaft, zu denen die Mitarbeit der gesamten Partei mindestens ebenso dringend benötigt wird, wie sie es zur Erlangung des Wahlsieges wurde.

In der Bestimmung des Standortes der österreichischen Außenpolitik zeigte der Bundeskanzler, daß auch ein neutraler Kleinstaat auf diesem Gebiet Möglichkeiten wahrnehmen kann, die über seine engeren Interessen – im Falle Österreichs das Arrangement mit der EWG und die Südtirolfrage – hinausgehen: Bemühungen um das Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz, Schwerpunktbildung in der Entwicklungshilfe und konstruktive Friedenspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen (womöglich auf dem von Österreich angestrebten Sitz im Weltsicherheitsrat). Kreisky merkte hierzu an:

„Darf ich in diesem Zusammenhang neuerdings meiner Auffassung Ausdruck geben, daß im Interesse des universellen Charakters der Vereinten Nationen auch den geteilten Staaten die Möglichkeit zur Mitgliedschaft geboten werden sollte. Erfahrungsgemäß liegen dort die Spannungsfelder der Weltpolitik und bedürfen zumindest der Ruhigstellung.“

Von diesen außenpolitischen Klarstellungen, die auch die entschiedene Ablehnung aller völkerrechtswidrigen Gewaltakte sowohl in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs als auch in Vietnam und Kambodscha durch die Sozialisten enthielten, ging Kreisky dann zu dem Versuch über, den historischen Standort der sozialdemokratischen Bewegung in unserer Gegenwart zu skizzieren. Zunächst befaßte er sich mit der „Öffnung“ zu den Glaubensgemeinschaften und hielt unter anderem fest:

„In der Frankfurter Deklaration der Sozialistischen Internationale aus dem Jahr 1952 wurde das Prinzip der Gleichheit jedes sozialdemokratischen Bekenntnisses statuiert. Es wird nicht

mehr verlangt, daß jemand, der Sozialdemokrat sein will, auch vorher die Gretchen-Frage, wie er es mit der Religion halte, zu beantworten hat.

Bei dem Prozeß der Öffnung ist manchmal der falsche Eindruck entstanden, als wollten wir allem Weltanschaulichen aus dem Wege gehen. Gerade im christlichen Lager ist uns diese Haltung oft als Opportunismus ausgelegt worden. Erst als man entdeckte, wie sehr diese offene Haltung dem starken humanistischen Bedürfnis der modernen Sozialdemokratie entsprach, ist uns der Durchbruch gelungen.“

Breiten Raum nahm sodann die Auseinandersetzung mit den Kommunisten ein. Der von Sartre geprägte Ausdruck „Der Sozialismus, der aus der Kälte kam“ für das System, das der Tschechoslowakei 1948 oktroyiert wurde, sei für die Sozialdemokraten gegenstandslos, denn ihrer Meinung nach war dieses System in der Tschechoslowakei von allem Anfang an kein Sozialismus, weil ihm die Demokratie fehle:

„Wir können auf den Entwicklungsprozeß innerhalb der kommunistischen Diktaturen keinen Einfluß ausüben. Was wir wollen und können hingegen ist, durch unsere sozialdemokratische Politik eine Alternative zu entwickeln, die durch den gesellschaftlichen Transformationsprozeß, den sie herbeiführt, weit hinein in den kommunistischen Machtbereich strahlt. Es wird immer wieder diese Prozesse innerhalb der Institutionen der kommunistischen Diktaturen geben. Und das wird sich so lange fortsetzen, bis innerhalb der Sowjetunion selber eine ähnliche Entwicklung stattfindet.

Wie soll der ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘, um das Wort aus dem Manifest der 2000 Worte aufzunehmen, aussehen? Was kann er denn anderes sein als ein demokratischer? So wird die moderne Sozialdemokratie zur Alternative auch für alle die werden, die den Sozialismus wollen und zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die kommunistische Diktatur ihn nicht zu verwirklichen vermag.“

Wie aber sieht Kreisky diese Alternative?

Er hat sie in seinem Beitrag „Sozialdemokratische Perspektiven für die 70er Jahre“ für „Die Neue Gesellschaft“ klar umrissen (s. 3/70): Die Sozialdemokratie steht vor ihrer größten Aufgabe, der Verwirklichung der sozialen Demokratie.

In der Diskussion zu den Berichten der Zentralsekretäre Probst (der bei dieser Gelegenheit

Abschied von dieser Tätigkeit nahm, in der ihm Fritz Marsch folgt) und Gratz sowie des geschäftsführenden Obmannes des SPÖ-Parlamentsklubs Dr. Pittermann hatte freilich nicht diese gesellschaftspolitische Perspektive der Sozialdemokratie, sondern Fragen der Tagespolitik den Vorrang. Im allgemeinen war diese Diskussion nüchtern und gemessen, aber in einem Punkt kam es doch zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen, die zum Teil auch in der Öffentlichkeit ihre Fortsetzung fanden.

Der gegenwärtige Unterrichtsminister und Zentralsekretär Gratz hatte vehement gegen die Bemühungen Stellung genommen, SPÖ-Funktionären eine Nazivergangenheit nachzuweisen. Bei diesem Vorgehen habe sich eine seltsame Allianz zwischen der „Deutschen Nationalzeitung“ und dem Dokumentationszentrum Ingenieur Wiesenthals ergeben, deren Gemeinsamkeit offenbar im Haß gegen die Sozialdemokratie bestehe. Diese Stellungnahme stieß auf den Widerspruch des als „Linksaußen“ geltenden Vertreters der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Josef Hindels, der auch noch einmal die Berufung Hans Öllingers als Landwirtschaftsminister in das Kabinett Kreisky in die Diskussion warf. Der SPÖ-Vorsitzende wiederholte seine auch in der Öffentlichkeit weithin akzeptierte Feststellung, daß 25 Jahre nach Kriegsende niemand prinzipiell auch von den höchsten Ämtern der Republik ausgeschlossen werden könne, wenn er sich nicht eines Verbrechens schuldig gemacht habe. „Gerade weil die Sozialdemokraten Zeiten schwerster Prüfungen hinter sich haben, in denen sie von der Hoffnung getragen wurden, daß ihre Grundsätze doch noch zum Durchbruch kommen werden, dürfen sie nun dem Gleichheitsgrundsatz keine Gewalt antun.“

Eine andere Frage, die zu Widerspruch herausforderte, war die der Einführung einer Altersgrenze für sozialistische Mandatsträger. Nach dem ursprünglichen Vorschlag verschiedener Landesorganisationen sollten Mandatsträger nach Erreichen des 65. Lebensjahres aus ihren öffentlichen Ämtern scheiden. Im Kompromißweg einigte man sich dann auf den 31. Dezember nach dem 66. Geburtstag des jeweils Betroffenen als Stichtag für die Zurücklegung des öffentlichen Amtes. Nur mit knapper Zweidrittelmehrheit wurde dieser Vorschlag, der die Überalterung in den öffentlichen Gremien verhindern soll, angenommen.

Schließlich gab es einen Vorschlag, den Namen

der Partei von „Sozialistische“ in „Sozialdemokratische“ umzuändern. Damit sollte im Sinne der Antragsteller der Trennungsstrich gegen den Mißbrauch, der mit dem Wort „sozialistisch“ durch die Kommunisten betrieben wird, mit aller Klarheit auch im Parteinamen gezogen werden. Allerdings hätte eine solche Namensänderung schwerwiegende verfassungsrechtliche Folgen nach sich ziehen können, weil die drei Parteien des Jahres 1945 – ÖVP, SPÖ und KPÖ – in Österreich einen besonderen Status besitzen. Darüber hinaus scheint vielen österreichischen Sozialisten – und die jüngst vergangene Wahl hatte ihnen recht gegeben – die demokratische und tolerante Politik der Partei, die zwar Opfer, aber nie Werkzeug politischer Verfolgung in Österreich war, die beste Gewähr für das Bild, das sich die Öffentlichkeit von ihr macht – und daran kann auch ein Name nichts ändern. Der Antrag wurde daher als nicht vordringlich behandelt – „das Schlagwort von der SPÖ als Wegbereiterin des Kommunismus ist seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung endgültig im Archiv für verbrauchte politische Phrasen gelandet“, kommentierte Dr. Kreisky diese Frage.

Dubceks Partelausschluß: Kein Schlußstrich

Mit dem Ausschluß *Alexander Dubceks* aus der KPC Ende Juni 1970 sei ein Schlußstrich gezogen worden, so behauptete der überwiegende Teil der westlichen Presse. Damit sei die Rückentwicklung nach jenem Demokratisierungsprozeß abgeschlossen worden, der als „Prager Frühling“ in die Weltgeschichte eingegangen ist. Diese Behauptung ist falsch! Der Schlußstrich, wenn schon von einem solchen unbedingt die Rede sein soll, wurde bereits im August 1968 quer durch das tschechoslowakische Experiment mit Hilfe der sowjetischen Panzer gezogen. *Dubceks* Entfernung aus dem Parlament und sein Partelausschluß — das waren nur einige der Konsequenzen, weder die ersten noch die letzten.

Der frühere Parteichef, der der tschechoslowakischen Parteiführung schon seit Januar 1970 nicht mehr angehörte und nur noch einige Monate als Botschafter in Ankara politisch vegetieren durfte, wurde schon im Frühjahr von seiner Parteimitgliedschaft suspendiert und seit damals lief auch gegen ihn ein Parteiverfahren. Im Politbüro, auf dessen Beschluß *Dubcek* jetzt als „willenloser, prinzipienloser, kompromißbereiter Kapitulant“ dem ZK sein Parteibuch zurückgeben mußte, hat kein Wechsel stattgefunden; nach wie vor gehören dazu: Parteichef *Gustav Husak*, Staatspräsident *Ludvik Svoboda*, Ministerpräsident *Lubomir Strougal*, sowie *Vasil Bilak*, *Evzen Erban*, *Jan Piller*, *Peter Colotka*, *Josef Kempny*, *Antonin Kapek*, *Josef Korcak* und *Josef Lenart*. Bisher sind keine Änderungen in dieser Besetzung des Parteiolympus bekannt geworden, und die von Moskau in Übereinstimmung mit *Novotnys* stalinistischen Erben festgelegte strategisch-politische Linie wird mit eiserner Konsequenz verfolgt.

Man könnte sie so charakterisieren: Verbot jeglicher, sogar kleinster Schritte vorwärts, die von den anderen Staaten des Warschauer Paktes, vor allem von der Sowjetunion, bisher nicht vollzogen worden sind. Eine Folge der Durchsetzung dieser Linie im Bereich der Personalpolitik ist die rücksichtslose, in Ihrem Umfang

an das Jahr 1952 erinnernde ständig zunehmende „Säuberungswelle“, deren weiterer Verlauf noch nicht vorauszusehen ist. Fest steht nur, daß sie nicht so bald beendet werden wird.

Von den 1,5 Millionen Mitgliedern der KPC sind bereits im August 1968, aus Protest gegen die Invasion, 300 000 aus der Partei ausgetreten. Von den restlichen 1,2 Millionen wurden bisher 120 000 „Rechtsopportunisten“ ausgeschlossen. „Nur neun Prozent aller Prager Arbeiter“, klagte kürzlich das KPC-Präsidiumsmitglied *Antonin Kapek*, „gehören noch der Partei an.“

Zehntausende von Menschen haben aber nicht nur ihr Parteibuch, sondern auch ihren Arbeitsplatz und ihre Existenzgrundlage verloren. Denn es ist in *Husaks* Tschechoslowakei — ähnlich wie 1968 im Polen *Gomulkas* — zur Regel geworden, daß jeder, dessen Partelausschweis nicht erneuert wird, fast automatisch auch seine Stellung verliert. Allein in Prag wurden zweihundert Professoren aus ihren Ämtern entfernt und auf Nebengelände abgeschoben. Ganze wissenschaftliche Institute und Fakultäten, z. B. die berühmte philosophische Fakultät der Karls-Universität in Prag, wurden geschlossen bzw. von Grund auf umorganisiert. Tausende von Intellektuellen sind seit Wochen und Monaten auf der Suche nach irgendeiner Arbeit. Die bisherigen Arbeitsentlassungen betreffen: circa 2000 Journalisten, fast 800 Mitarbeiter des Außenministeriums, etwa 15 000 Kommunalbeamte, 600 Gewerkschaftsfunktionäre, mehrere hundert Professoren und Hochschullehrer.

Ehemalige Journalisten des „Januar-Kurses“, von denen übrigens fast 200 nach dem August 1968 in den Westen ausgewandert sind, arbeiten jetzt als Kellner, Taxichauffeure, Busschaffner bzw. als unqualifizierte Arbeiter in Fabriken. *Alexander Dubceks* Name, der mit *Josef Smrkovsky* und *Frantisek Kriegel* die tschechoslowakische Reformbewegung verkörperte, ist nur einer von vielen auf der Liste prominenter

Opfer der andauernden Parteisäuberung. Für deren jetzige Steigerung scheint das Ergebnis der ersten Monate der Aktion ursächlich gewesen zu sein. Es erwies sich damals nämlich, daß in vielen Kreisen, wie z. B. in Preßburg, bloß 4 Prozent der Mitglieder ihre Parteiausweise verloren hatten, nur etwa ein Zehntel der Zahl, die in Moskau und in Prag für richtig erachtet worden war. Besonders verhielten sich die Gewerkschaftsorganisationen (4,4 Millionen Mitglieder) verhältnismäßig passiv. Bislang haben nur 20 Prozent überhaupt Säuberungsmaßnahmen durchgeführt.

Dies mußte vom Parteipräsidium als Alarmsignal aufgefaßt werden, und am 14. April 1970 wurden die Prüfungskommissionen zu größerer Strenge aufgefordert. Ganze Parteiorganisationen sind daraufhin suspendiert worden. Die Säuberung wurde z. T. durch neue, von oben ernannte Organe noch einmal durchgeführt. So sind z. B. im Rahmen der zweiten Säuberungsaktion in den Skoda-Werken Pilsen, wo die Arbeiter nach der Invasion Parteikarten und Personalakten demonstrativ verbrannten, von 45 bestehenden Parteiorganisationen 29 liquidiert worden.

Das Artikel-Monstrum in „Rude Pravo“, dessen erklärtes Ziel es war, „Dubceks Legende“ zu zerstören, wurde zugleich zum Beweis, daß diese Legende lebt; die Legende nämlich vom Verfechter eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, der von seiner Partei nicht erst im Juni 1970, sondern bereits im August 1968, nach seiner Rückkehr von den Moskauer Kapitulationsverhandlungen, Abschied genommen hatte.

Das Ende dieser „Legenden-Zerstörungsaktion“ ist, wie gesagt, zur Zeit noch unendlich abzusehen. Parteipräsidiumsmitglied *Vasil Bilak* hat eine Verlängerung dieser Aktion bis zum Jahresende angekündigt. Während *Husak* in seiner Rede auf dem Juni-Plenum von einer Konsolidierung der Nationalen Front und der Gewerkschaften sprach, womit er offensichtlich eine weitere Steigerung der Säuberungsbewegung bremsen wollte, erklärte der neue Gewerkschaftschef *Jan Piller*, daß in seiner Organisation noch alle Betriebskomitees von Rechtsopportunisten befreit werden müßten und daß dieser Prozeß bis Ende September dauern werde. Verteidigungsminister *Dzur* hat nach dem Plenum eine umfassende Säuberung der Armee als notwendig bezeichnet, der Erziehungsminister *Jaromir Hrbek* klagte, daß die

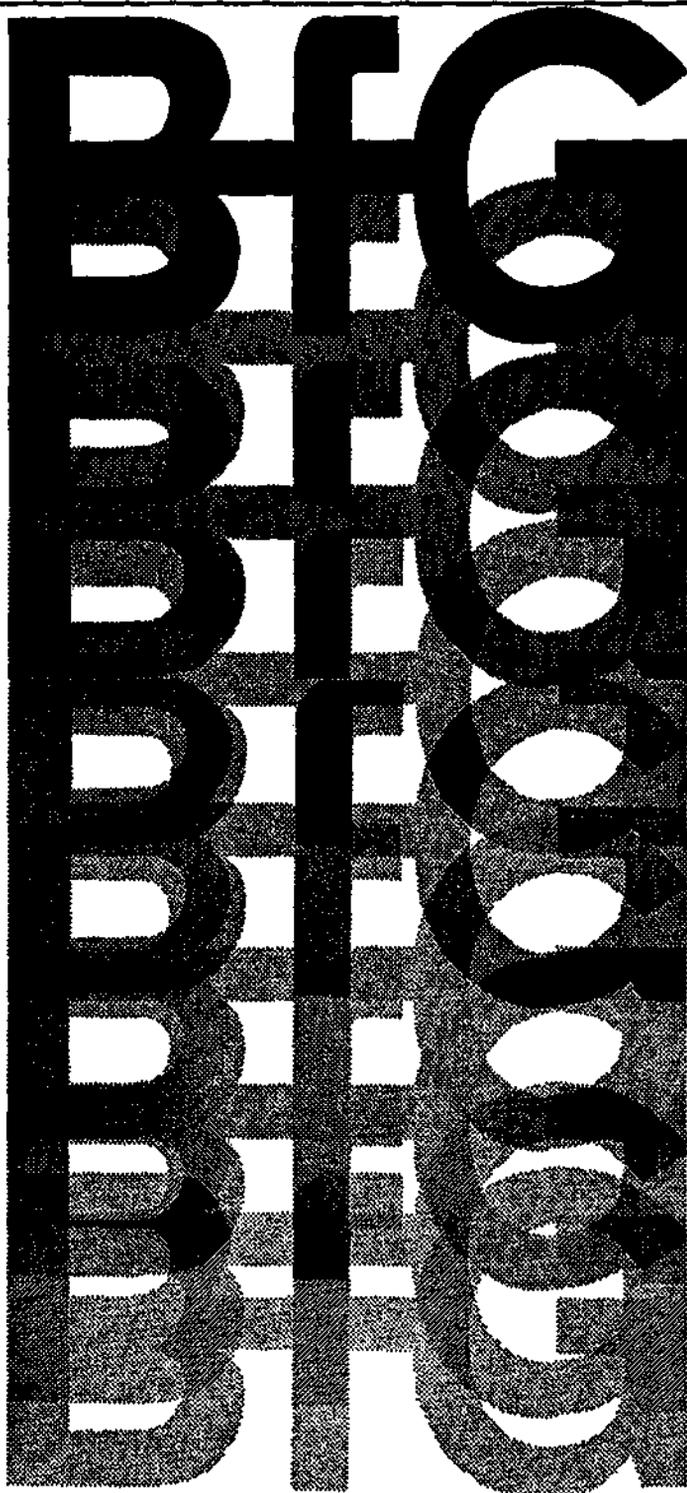
tschechischen Universitäten „noch immer Zentren von Anarchie und Terror“ seien, und der Vorsitzende der Nationalkammer, *Vojtech Mihalik*, behauptete, auf dem kulturellen Sektor existiere nach wie vor eine „Allianz feindlicher Kräfte“.

Weit entfernt ist nach wie vor, trotz des Parteausschlusses von *Dubcek*, eine endgültige Lösung des innerparteilichen Ringens zwischen dem gemäßigten Husak-Flügel und den angeblich von *Vasil Bilak* geführten radikal-konservativen Kräften. In welche Richtung der Druck aus Moskau geht, ist klar. Als eine eindeutige Bestätigung dieser Richtung können zwei Korrespondenten-Berichte der Moskauer „Prawda“ aus der zweiten Juni-Hälfte dienen, deren Verfasser, *Viktor Majewski*, von „unzulässigem Liberalismus“ und von Mangel an „Entschlossenheit und Konsequenz“ schrieb, die „schleunigst korrigiert“ werden müßten.

Einerseits werden diese „Korrekturen“ im Bereich der Personalpolitik keineswegs zögernd vorgenommen. *Oldrich Cernik*, bis Januar 1970 Ministerpräsident, wurde, obwohl er wegen seiner engen Zusammenarbeit mit *Dubcek* ziemlich eifrig Selbstkritik geübt hatte, noch vor *Dubceks* Parteausschluß aus seinem Amt als Vorsitzender des Bundesausschusses für technische und Investitionsentwicklung abberufen und danach auch aller seiner Parteiämter enthoben.

Der konservative Flügel im ZK wurde hingegen um sieben neue Mitglieder verstärkt. Aus dem Präsidium und Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften wurden vier Gewerkschaftsvorsitzende und fünf weitere Mitglieder ausgeschlossen. An ihre Stelle kamen solche Leute wie der bei der Stalinisierung der tschechoslowakischen Gewerkschaften in den frühen fünfziger Jahren höchst verdiente *Bedrich Kacirek*, ehemaliges Mitglied der ZK-Kommission, die das „Beweismaterial“ gegen *Slansky* präpariert hat.

Abtreten mußte ebenfalls *Anton Korman* als Chefredakteur der slowakischen Zeitschrift „Lud“. Als Präsidiumsmitglied des slowakischen Nationalrats wie auch als Vorsitzender der Slowakischen Akademie der Wissenschaften wurde *Stefan Schwarz* abgelöst. Dagegen wurde in seinem Amt als geschäftsführender Vorsitzender der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften von Präsident *Svoboda Jaroslav Kozasnik* bestätigt, der als erster namhafter tschechoslowakischer Wissen-



**Wir
sagen
Ihnen
alles,
was
Sie
über
Geld
wissen
wollen
(und
was
Sie
wissen
sollten).**

BfG

Bank für Gemeinwirtschaft
Niederlassungen im gesamten
Bundesgebiet
einschließlich West Berlin.

schaffler die sowjetische Invasion als „gerechtfertigt“ und als „Befreiung“ öffentlich gepriesen hatte.

Dies ist die eine Seite der Entwicklung des innerparteilichen Streites, die man als Niederlage des Husak-Flügels betrachten könnte, die er durch die Opferung *Dubceks* aufzuhalten versucht hatte. Auf der anderen Seite ist jedoch der, wenn auch passive, Widerstand der Bevölkerung von großer Bedeutung, der besonders im wirtschaftlichen Bereich immer stärker zu spüren ist. Die Folge ist, daß sogar manche konservative Politiker und Publizisten es für richtig halten, die Aktivität der Alt- und Neustalinisten zu bremsen.

So warnte zum Beispiel der Chefredakteur von „Tribuna“, *Oldrich Svastka*, einige der wildsten rechten Sektierer könnten versuchen, Fraktionen in der Partei zu bilden, wobei Exponenten dieser Richtung nicht selten Karrieristen, ehemalige kleinstädtische Mitläufer und in manchen Fällen sogar Anhänger eines Mao-Kurses seien. Auch der slowakische Schriftsteller *Vladimir Minac* sagte im Fernsehen, daß aus dem Zwielicht der Vergangenheit Journalisten auftauchten, die mit der Geschichte der allerjüngsten Vergangenheit höchst willkürlich umgingen, indem sie nur von den Konsequenzen, nicht aber von den Ursachen der gegenwärtigen Krise redeten, die doch, wie *Minac* sagte, in der prinzipienlosen Herrschaft *Antonin Novotny's* zu suchen seien. All dies, warnte *Minac*, könne den Sozialismus nur in neue Gefahren und Krisen stürzen.

Zwischen diesen Gefahren, einerseits der einer weiteren Isolierung vom Volke und andererseits der eines von Moskau und den eigenen Radikal-Konservativen erzwungenen Rücktritts, bewegt sich die Politik von *Husak* und seinen „Leuten der Mitte“ hin und her. Der letzteren Gefahr – als nur halbherziger Gegner der Reformbewegung „entlarvt“ und als solcher aufs Nebengleis geschoben zu werden – versuchte *Husak* auf dem Juni-Plenum mit seiner grundsätzlichen Erklärung vorzubeugen, mit der politischen Niederlage des „Blocks der rechtsopportunistischen und antisozialistischen Kräfte“ sei die Voraussetzung für die Konsolidierung des Landes geschaffen worden. Er, *Husak*, habe das erreicht, indem er „nach einem Jahr harter Arbeit“ der Anarchie und der allgemeinen Auflösung ein Ende gemacht habe. Die endgültige, offizielle Verbannung *Dubceks*, der Symbolfigur des „tschechoslowakischen Früh-

lings“, aus dem öffentlichen Leben sollte eben diese Konsolidierung in den Augen sowohl der Gegner als auch der Verbündeten bezeugen.

Zugleich aber war, wie gewöhnlich gut informierte Prager Kreise behaupten, *Husaks* Zustimmung zu diesem Präsidiumsbeschuß nur gegen seinen Willen und mit großer Mühe erzwungen worden. Das müßte aber eine noch weitere Verringerung seines politischen Einflusses bedeuten. Umsoweniger wird er imstande sein, eine weitere Steigerung der Repressalien zu verhindern. Nachdem die tschechoslowakische Reformbewegung als „antisozialistisch“ und die sowjetische Panzerbefriedung als „gerechtfertigt“ anerkannt wurden, müssen nun die aktiven Teilnehmer dieser Bewegung und Gegner der sowjetischen Intervention als „Feinde des Sozialismus“ behandelt werden.

Zwar betonte *Husak*, seinerzeit selbst Opfer der stalinistischen Justiz in der Tschechoslowakei, in seiner Plenums-Rede, daß seine Führung „nicht den Weg künstlich inszenierter sogenannter politischer Prozesse gehen wird“, doch unterließ er dabei nicht, darauf hinzuweisen, daß alle rechtlichen Mittel zum Schutz der „sozialistischen revolutionären Errungenschaften“ angewendet würden und daß es, „in voller Übereinstimmung mit unseren geltenden Gesetzen“, keine Freiheit mehr für „antisozialistische Propaganda und die Organisierung konterrevolutionärer Kräfte“ gebe.

Die künftigen Prozesse, falls es sie trotz *Husaks* Abneigung geben sollte, müßten tatsächlich nicht „künstlich inszeniert“ werden; die „Gummiparagrafen“ des geltenden Strafgesetzbuches erlauben es, fast jeden aktiven Anhänger des Reformkurses auf die Anklagebank zu setzen. Manche progressiven Intellektuellen, wie der Abgeordnete *Rudolf Battak*, der Historiker *Jan Tesar* und der Schachmeister *Ludek Pachman*, sind bereits in Haft, während gegen andere, wie die bekannten Schriftsteller *Vaclav Havel* und *Jan Prochazka*, noch ermittelt wird. Bis zum Jahresende – so fordert ein angeblich gegen *Husaks* Willen angenommener Beschluß der Nationalversammlung – soll der Generalstaatsanwalt einen Bericht über die Bestrafung der Konterrevolutionäre der Jahre 1968 und 1969 vorlegen. Vorsitzender der ZK-Untersuchungskommission, die sich um diese Bestrafung kümmern soll, und die auch den gestürzten Parteichef *Dubcek* verhört hat, ist

Vilem Novy, der sich seinerzeit, als er selbst Opfer der stalinistischen Verfolgungen war, zum Polizeispitze! machen ließ, und im Schauprozeß gegen den heutigen Parteichef *Husak* als Kronzeuge auftrat. Wird sich nun der circus villosus der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte wieder schließen, indem das Ex-Opfer *Vilem Novy* das Ex-Opfer *Gustav Husak* „opportunistischer Haltung gegenüber den Feinden des Sozialismus“ beschuldigen wird?

Trotz aller oben geschilderten unerfreulichen Ereignissen scheint das doch eher unwahrscheinlich zu sein, und zwar nicht nur aus dem Grund, den *Luigi Longo* kürzlich in der „Unita“ nannte: daß nämlich mit einer solchen Politik die Krise der tschechoslowakischen Partei und Gesellschaft nicht zu überwinden sei. Die Hauptursache ist, daß es keine Rückkehr zu der stalinistischen Vergangenheit gibt. In der CSSR finden z. B. sowohl die sowjetischen Linkenschützer wie auch die tschechoslowakischen Orthodoxen heute für den Pensionär *Novotny* kein einziges gutes Wort, das sie öffentlich auszusprechen wagen. *Novotnys* Zeiten sind, wie die *Rakosis* in Ungarn und *Bieruts* in Polen, endgültig vorbei. Die Frage aber ist, wie weit sich der tschechoslowakische *Kadar*, *Gustav Husak*, vom Inhalt der Mauer- und Aufschriften abdrängen läßt, die kürzlich an den Wänden mancher Prager Häuser erschienen. Es waren Worte aus *Dubceks* Rundfunkrede im August 1968, nach seiner Rückkehr von den Moskauer Kapitulationsverhandlungen:

„Ein Volk, dem es gelingt, sich von seinem Gewissen leiten zu lassen, geht nicht unter.“

Analysen — Diskussion

Helz Ruhnu

Wächst uns der Staat über den Kopf

I.

Der Nachtwächterstaat des 19. Jahrhunderts ist tot; der moderne demokratische Staat ist ein Leistungsstaat. Der Staat alter Art beschränkte sich hauptsächlich darauf, die bürgerlichen Rechte zu schützen; der Leistungsstaat tut mehr — er schafft die Voraussetzungen für die Realisierung der Freiheitsrechte des einzelnen. Ohne die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen sind die verfassungsmäßig verbrieften Freiheitsrechte, das hat die Vergangenheit gelehrt, sehr oft nur ein Blatt Papier. Wenn wir das Zusammenleben ordnen und die Rechte der Schwächeren wirkungsvoll schützen wollen, brauchen wir einen starken Staat. Dieser moderne Staat „sorgt für Vollbeschäftigung, verhindert Wirtschaftskrisen, fördert gefährdete Wirtschaftszweige, hält die Währung aufrecht. Er verschafft Bildung und Ausbildung, übernimmt die Pflege der Kranken und der Alten, betreut die Jugendlichen, kümmert sich um die Gestaltung der Freizeit. Er baut Wohnungen und Verkehrswege, produziert und verteilt Energie, beschützt und beschafft Wasser und Lebensmittel. Er ist Ordnungskraft schlechthin“. (Eichenberger)

Dies alles ist privat heute nicht mehr zu bewältigen. Der moderne Staat ist deshalb zum größten Dienstleistungsunternehmen, das es gab, geworden. Kulturpessimistisches Lamenteren darüber ist töricht und hilft nicht weiter. Die staatlichen Aufgaben werden sich ausweiten. Im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels wird der Ruf nach dem Staat unvermeidlich noch lauter und fordernder werden.

Dieser Prozeß findet seinen deutlichsten Niederschlag im wachsenden Anteil des Staates am Sozialprodukt. Um die Jahrhundertwende gingen etwa 10 % des Sozialproduktes durch die Hand des Staates. In der Bundesrepublik macht dieser Anteil mittlerweile schon 40 % aus. Der öffentliche Dienst zählt heute knapp drei Millionen Beschäftigte. Aber nur 10 % davon arbeiten in dem Bereich, den man die klassische Verwaltung nennt. 90 % sind im staat-

lichen Dienstleistungsbereich tätig. Im Jahre 1927 gab es in einer Stadt wie Hamburg 47 600 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. 1969 betrug diese Zahl fast 95 000 — das sind 10 % aller Erwerbstätigen der Stadt. Die Einwohnerzahl erhöhte sich im gleichen Zeitraum dagegen nur um 53 %.

Diese Entwicklung ist nicht ohne Folgen für das Ansehen des demokratischen Staates geblieben. Unbeweglichkeit, Perfektionismus, Schwerfälligkeit sind z. B. einige der Etiketten, die ihm seine Kritiker anheften.

Die Kontrolle wird immer schwieriger. An einigen Stellen kontrollieren die Kontrollierten sich bereits selbst. Das ist die zwangsläufige Folge des heutigen Kontrollsystems, das möglichst jede einzelne Ausgabenposition kontrollieren will. Wer kann aber die Tätigkeit von 95 000 Angestellten, Arbeitern und Beamten in einer Großstadt wie Hamburg überschauen und bewerten? Das wird zwar in einem Stellenplan alle Jahre beschlossen — aber wer ehrlich ist, wird zugeben, daß ein Abgeordneter diesen Stellenplan in Wahrheit nicht kontrollieren kann. Ein Parlament, das — wie beispielsweise die Hamburger Bürgerschaft — alle 14 Tage von 17 Uhr bis 22 Uhr zusammentritt, kann diese Kontrolle schon gar nicht mehr ausüben. Sie bleibt weitgehend eine Fiktion.

Es ist seit langem die Rede von Verwaltungsreform und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Die Zahl der Vorschläge, Pläne und Empfehlungen scheint aber leider in einem umgekehrten Verhältnis zu den wirklichen Fortschritten zu stehen. Das Hauptproblem ist wohl in der qualitativen Verschiedenheit der klassischen staatlichen Verwaltung und des in den letzten Jahrzehnten entstandenen Dienstleistungsbereichs zu suchen. Das wird weitgehend nicht zur Kenntnis genommen.

Die Staatsgewalt hat nach der Verfassung vom Volke auszugehen. Damit wird sie bei ihrer praktischen Ausübung auch gleichzeitig begrenzt. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Organisationsform staatlicher Macht. Im

Vordergrund stehen der Bürger und seine Rechte. Sie hat der Staat mit der ihm treuhänderisch anvertrauten Macht zu schützen. Wirtschaftlichkeit darf nie Vorrang vor der Rechtsstaatlichkeit haben. Kosten und Ertrag müssen daher in der Regel für die „Verwaltung staatlicher Macht“ fremde Begriffe sein und bleiben. Es stellt sich aber die Frage, ob die Organisation und das Bereitstellen von sozialen Dienstleistungen für den Bürger den gleichen Grundsätzen unterworfen sein müssen. Wir betreiben heute den Dienstleistungsbereich nach den gleichen Regeln wie die „Verwaltung staatlicher Macht“. Bei der ständigen Ausweitung des staatlichen Dienstleistungsbereiches könnte bald der Satz *„Alle Dienstleistung geht vom Volke aus“* Verfassungsgrundlage sein.

Dabei verhindern oft schon die geltenden Haushaltsregeln manche vernünftige Anpassung, obwohl die mittelfristige Finanzplanung hier gewisse Fortschritte gebracht hat. Investitionen zählen meist in der Kostenrechnung gar nicht, denn die Investition ist ja oft eine Angelegenheit des Haushaltsplanes der letzten Jahre und damit abgeschlossen und vergessen. Für die Kosten zählt meist nur das, was an Aufwendungen in einem Jahr besteht. Daß man so keine Kalkulation machen kann, leuchtet jedem ein. Je größer die zentralgeleiteten Personal- und Administrationskomplexe sind, um so größer ist auch die Gefahr, daß die Verantwortungsbereitschaft abnimmt. Wer den Erfolg seiner Arbeit nicht sieht, wer für das Ergebnis weder „belohnt“ noch „bestraft“ werden kann, bei dem wird das nicht ohne Folgen für seine Verantwortungs- und Entscheidungsbereitschaft sein.

Je größer ein Personalkörper ist, um so notwendiger sind einheitliche und feste Regeln. Ohne sie kann man ihn nicht leiten. Ausnahmen von der Regel werden immer problematischer, weil jede Ausnahme automatisch eine große Zahl von gleichgelagerten „Berufungsfällen“ nach sich zieht. Kleine Konflikte, die in kleinen, überschaubaren Einheiten sofort ausgetragen und bereinigt werden könnten, wachsen sich auf dem langen Weg durch die Instanzen zu großen Prinzipienstreitigkeiten aus.

Es wäre sinnlos, diesen Prozeß nur zu beklaugen oder gar rückgängig machen zu wollen. Auch hier läßt sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Aber wir sollten nicht die Augen davor verschließen, daß die zu beobachtende Staatsverdrossenheit auch ihre Ur-

sache in Umfang, Qualität und Effizienz der staatlichen Dienstleistungen hat.

II.

Worauf kommt es heute an? Einfache Formeln führen aus dieser komplizierten Situation sicherlich nicht heraus. Ich möchte fünf Thesen als Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion stellen:

1. Das Organisationsprinzip des parlamentarisch kontrollierten Rechtsstaates beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit des staatlichen Dienstleistungssektors.

Das Recht der Parlamente, die Ausgaben des Staates festzusetzen und zu kontrollieren, ist ein wichtiges Recht demokratischer Selbstverwaltung. Aber die Reichshaushaltsordnung ist zu diesem Zweck das denkbar schlechteste Mittel. Jedes Detail wird in ihr geregelt, und der Abgeordnete ist z. B. gezwungen, auch darüber zu entscheiden, wieviel tausend Mark für Diktiergeräte in der Kriminalpolizei aufgewendet werden sollten. Jeder Parlamentarier ist damit überfordert. Es ist eine alte Erfahrung: Wer alles kontrollieren will, kontrolliert im Grunde nichts. Wir brauchen deshalb eine durchgreifende Reform dieser Haushaltsordnung. Die Kontrolle der Parlamente sollte sich darauf konzentrieren, die Ausgaben global festzulegen.

Die Regierung hätte ein größeres Maß an Freiheit beim Haushaltsvollzug und jeder Minister als „Vorstandsvorsitzender“ seines Ressorts weit mehr Einzelverantwortung als heute.

2. Bei Investitionsentscheidungen wird nicht immer deutlich genug das Prinzip, größten sozialen Nutzen aus öffentlichen Investitionen zu erzielen, vertreten.

Den Politikern mangelt es heute bei ihren Investitionsentscheidungen zumeist an ausreichenden Kenntnissen darüber, ob die Investitionsausgaben entsprechend ihrem größtmöglichen Nutzen verwendet werden. Sie sind bei ihrer Abstimmung in der Regel auf die Argumente einer Bürokratie angewiesen, die ein besonderes Interesse an der jeweiligen Investition hat. Rechnungen über andere Verwendungsmöglichkeiten und den damit verbundenen sozialen Nutzen werden meist nicht aufgemacht.

Um vernünftige Entscheidungen treffen zu können, muß dem Politiker mit Hilfe quantifizierter Alternativmodelle sichtbar gemacht werden, welcher soziale Nutzen mit ein und derselben Investitionssumme bei unterschiedlichen Ver-

wendungen zu erreichen ist. Die politische Verantwortung und Entscheidung wird ihm keineswegs abgenommen.

3. Die „Verwaltung staatlicher Macht“ und die Organisation staatlicher Dienstleistungsbetriebe erfolgt nach den gleichen Grundsätzen, obwohl beide von ganz unterschiedlicher Qualität sind.

Wir sollten deshalb die Dienstleistungskomplexe von der „Verwaltung staatlicher Macht“ weitgehend trennen. In sich geschlossene Dienstleistungsbereiche könnten völlig aus der Staatsverwaltung ausgegliedert werden. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP in Hamburg findet sich hierzu ein entscheidender Satz: *„Geschlossene Dienstleistungskomplexe sollen unter Zweckmäßigkeit Gesichtspunkten aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgegliedert und entweder an bestehende öffentliche Betriebe angegliedert oder in Form von selbständigen Einheiten betrieben werden . . .“*. An diese Regelung knüpfen sich große Erwartungen. Wir schaffen übersichtlichere Verwaltungseinheiten, mindern die Anonymität der Apparaturen und steigern die Verantwortung der Führungskräfte. In diesen kleineren, überschaubaren Einheiten können die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern einfacher geregelt werden. Beide können sich den wechselnden Situationen schneller anpassen.

Den bedeutsamsten Vorteil sehe ich darin, daß der Umfang des unmittelbar am Staat hängenden Personals geringer wird. Ich glaube, es bekommt den sozialen Beziehungen, dem sozialen Ausgleich und auch der Freiheit des einzelnen nicht, wenn der Staat allmählich zu einem monopolistischen Arbeitgeber wird.

Wenn es bei der „Verwaltung staatlicher Macht“ gelegentlich etwas schwerfällig zugeht, so ist das oft von Vorteil für den Bürger, weil es zwischen der Auslösung und der endgültigen Auswirkung eines staatlichen Eingriffs eine Reihe von Zwischenstufen gibt. Wenn aber nach den gleichen, notwendigerweise schwerfälligen Prinzipien auch die Dienstleistungskomplexe verwaltet werden, so hat das mit der Wahrung der Freiheit der Bürger überhaupt nichts zu tun. Es ist vielmehr ein Konstruktionsfehler, der am Ende nur das Geld der Bürger kostet.

Neben dem Vorschlag, ganze Dienstleistungskomplexe auszugliedern, sollte in verstärktem

Maße die Möglichkeit erwogen werden, öffentliche Aufträge an Private zu übertragen. Es hat sich herausgestellt, daß die Privatwirtschaft durchaus in der Lage ist, unter öffentlicher Kontrolle oder Lenkung Aufgaben zufriedenstellend wahrzunehmen.

4. Die staatlichen Dienstleistungsbetriebe sind heute in der Regel nicht an der Wirtschaftlichkeit orientiert.

Dienstleistungsbetriebe sollten aber nach den in vergleichbaren privaten Wirtschaftszweigen üblichen Bedingungen betrieben werden. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit muß zum Leitprinzip werden. Der Bürger muß wissen, was die einzelne staatliche Leistung kostet.

5. Die Dreiteilung des öffentlichen Dienstrechts, die Unterscheidung in Angestellte, Arbeiter und Beamte, entspricht nicht den Anforderungen einer modernen Leistungsverwaltung; sie beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Dienstes.

Für den Bereich der staatlichen Machtverwaltung sollte ein einheitliches Dienstrecht entwickelt werden, das sich am herkömmlichen Beamtenrecht orientiert.

Für die ausgegliederten Dienstleistungsbereiche sollte das Arbeitsrecht gelten, das auch in den Dienstleistungszweigen der Wirtschaft üblich ist. Dadurch wird die notwendige Austauschbarkeit der Beschäftigten beider Bereiche gefördert werden.

Darüber hinaus werden viele Spannungen, die sich bislang aus dem unterschiedlichen öffentlichen Dienstrecht ergeben, beseitigt. So kann das Leistungsprinzip stärker in den Vordergrund gestellt und die Lösung sozialer Konflikte mit Sicherheit vereinfacht werden.

Werner Sörgel

Landtagswahlen 1970

Ein Plebiszit über die Politik der Bundesregierung?

Die Unionsparteien ließen — noch vor den Landtagswahlen — nichts unversucht, die letzten Landtagswahlen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und an der Saar in ein Plebiszit über die Bonner Regierungskoalition umzumünzen. Die SPD-Führung akzeptierte die Herausforderung zur „Testwahl“ zwar spät — aber immerhin noch vor dem 14. Juni. CDU und

SPD veranschlagten offensichtlich das für sie damit verbundene Risiko gering.

Läßt man die These von der Testwahl unter bundespolitischem Aspekt gelten, dann lassen sich sinnvoll auch nur die Ergebnisse der Bundestagswahl 1969 in den drei Ländern mit den jeweiligen Ergebnissen vom 14. Juni vergleichen:

Tabella 1

Stimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1969 und den Landtagswahlen 1970 in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland.

		CDU	SPD	FDP	(SPD/FDP)	Sonstige
Niedersachsen	BTW 69	45,2 %	43,8 %	5,8 %	(49,4 %)	5,4 %
	LTW 70	45,7 %	46,2 %	4,4 %	(50,6 %)	3,6 %
	Veränderung 69/70	+ 0,5 %	+ 2,4 %	- 1,2 %	(+ 1,2 %)	- 1,8 %
NRW	BTW 69	43,8 %	46,8 %	5,4 %	(52,2 %)	4,2 %
	LTW 70	46,3 %	46,1 %	5,5 %	(51,6 %)	2,1 %
	Veränderung 69/70	+ 2,7 %	- 0,7 %	+ 0,1 %	(- 0,6 %)	- 2,1 %
Saarland	BTW 69	46,2 %	39,9 %	6,7 %	(46,6 %)	7,3 %
	LTW 70	47,9 %	40,8 %	4,4 %	(45,2 %)	7,0 %
	Veränderung 69/70	+ 1,7 %	+ 0,9 %	- 2,3 %	(- 1,4 %)	- 0,3 %
insgesamt	BTW 69	44,2 %	45,6 %	5,5 %	(51,1 %)	4,7 %
	NS., NRW., S. LTW 70	46,2 %	45,8 %	5,1 %	(50,9 %)	2,8 %
	Veränderung 69/70	+ 2,0 %	+ 0,2 %	- 0,4 %	(- 0,2 %)	- 1,9 %

Insgesamt verminderte sich danach in den drei Bundesländern der Stimmanteil von SPD und FDP um 0,2 % von 51,1 % auf 50,9 %.

Per Saldo fällt diese Netto-Veränderung in den Stimmenanteilen von SPD und FDP nicht ins Gewicht. Hinter ihr steht freilich eine politisch bedeutsame Wählerfluktuation, die folgende These rechtfertigt:

Die Testwahlen brachten den Bonner Regierungsparteien zwar nicht die von ihnen erhoffte Verbreiterung ihrer plebiszitären Basis, aber sie brachten ein Ergebnis, das, zumindest

zeitweilig, als Konsolidierung ihrer Mehrheit gedeutet werden muß.

*

Nach der Bundestagswahl 1969 waren rein rechnerisch Regierungsbildungen in folgenden Kombinationen denkbar:

- Koalition aller drei im Bundestag verbliebenen Parteien, von denen zwei gegenüber 1965 Stimmen verloren hatten (CDU/CSU — 1,5 %; FDP — 3,7 %) und eine Stimmen gewinnen konnte (SPD + 3,4 %);
- Koalition der CDU/CSU mit der SPD

- Koalition der Verlierer CDU/CSU und FDP;
- Koalition der SPD mit der FDP.

Die politische Legitimität der letztgenannten Regierungsvariante begründete Wirtschaftsminister Schiller bereits in der Wahlnacht im Fernsehen:

„Diejenigen früheren FDP-Wähler, die eine Koalition mit der CDU wollten, haben CDU gewählt. Diejenigen FDP-Wähler, die mit Scheel anders wollten, haben Scheel gewählt. Man hat doch vorher gesagt, wer FDP wählt, wählt FDP und SPD. FDP und SPD haben mehr als die CDU/CSU. Das ist das Ergebnis.“

Professor Schillers freihändige Strukturanalyse der FDP-Wählerschaft vom 28. September wurde durch die inzwischen vorliegende Wahlstatistik weitgehend – aber doch nur zum Teil – bestätigt:

Jenes runde Drittel von FDP-Wählern, die mit ihrer Erststimme bei den beiden letzten Bundestagswahlen nicht die eigene Partei, sondern eine der beiden großen Parteien wählten,

entschied sich 1969 im Verhältnis 2 : 1 für die SPD. Das war ein neues Ergebnis. Noch 1965 hat sich die – damals relativ kleinere – Gruppe von FDP-Wählern, die ihre Stimmen spalteten, im Verhältnis 2:1 für die CDU / CSU entschieden.

Gleichwohl konnte die relative Stimmenmehrheit, auf die sich die Bonner Regierungsparteien nach dem 28. September stützten, keineswegs als gesicherte Ausgangsbasis für künftige Wahlen – auch auf Länderebene – angesehen werden. Für die SPD/FDP blieben problematische Wählergruppen:

- FDP-Wähler, die, ungeachtet gegenteiliger Versicherungen der FDP-Spitze vor dem 28. September, ihre Partei als gleichsam geborenes national-liberales Korrektiv einer von der CDU geführten bürgerlich-konservativen Regierung begriffen und nur darum FDP wählten.
- Wähler der rechten Restparteien, die in Zukunft aller Voraussicht nach von ihren Parteien abwandern würden.

Tabelle 2
Stimmverteilung bei der Bundestagswahl 1969
(Bundesgebiet insgesamt)

CDU/CSU	SPD	FDP	(SPD/FDP)	NPD/BP GDP/EP	ADF
46,1 %	42,7 %	5,8 %	(48,5 %)	4,8 %	0,8 %

SPD und FDP mußten damit rechnen, daß bei Wahlen nach der Bundestagswahl nicht nur viele der früheren Wähler der NPD und GDP zur Union abwandern würden, sondern auch jene FDP-Wähler vom September 1969, die im

Grunde die „Linksorientierung“ ihrer Partei nicht wünschten und auch nicht durch die Regierungspraxis der neuen Bonner Koalition zu überzeugen sind.

*

Tabelle 3
Bundestagswahl 1969
Niedersachsen / Nordrhein-Westfalen / Saarland
Anteil an den Wahlberechtigten und an den Parteistimmen im Bundesgebiet insgesamt.

	Wahlberechtigte	CDU	SPD	FDP	Sonstige
Niedersachsen	12,3 %	12,2 %	12,8 %	12,1 %	12,4 %
NRW *)	29,1 %	27,7 %	32,4 %	27,6 %	22,1 %
Saarland	1,9 %	2,0 %	1,8 %	2,2 %	2,5 %
NS / NRW / S	43,3 %	41,9 %	47,0 %	41,9 %	37,0 %

*) Lesebeispiel: 29,1 % aller Wahlberechtigten im Bundesgebiet bei der Bundestagswahl 69 kamen aus NRW, aber 32,4 % aller Wähler-

stimmen, die im Bundesgebiet für die SPD abgegeben wurden, kamen aus diesem Land.

Am 14. Juni 1970 waren in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland etwas über 43 % aller Wahlberechtigten in der Bundesrepublik zur Wahl ihrer Länderparlamente aufgerufen. Bei der Bundestagswahl 1969 kamen aus diesen drei Ländern insgesamt 47 % aller im Bundesgebiet abgegebenen SPD-Stimmen, hingegen waren alle übrigen Parteien, insbesondere aber die NPD, in dieser Ländergruppe unterrepräsentiert.

Die zwischen September 1969 und Juni 1970 in den drei Ländern erfolgten Netto-Stimmenveränderungen der Parteien (vgl. Tab. 1) geben unmittelbar noch keinen Aufschluß über das Ausmaß und die Richtung der (umfangreicheren) Brutto-Wählerbewegungen bzw. die tatsächliche Wählerfluktuation. Umfrageergebnisse und eine Plausibilitätskontrolle der Veränderungsraten lassen allerdings folgende gesicherte Aussagen zu:

- In allen drei Bundesländern gewann die CDU Stimmen bei Wählern, die 1969 noch der NPD ihre Stimme gaben. (Der Neu- oder Wiedereinzug der NPD in die Länderparlamente wurde dadurch verhindert).
- Die FDP verlor in allen drei Ländern an die CDU jenen Teil ihrer Wähler von 1969, die ihre politischen Überzeugungen und Interessen eher durch die konservative Opposition in Bonn vertreten sehen.
- Die SPD gewann in Niedersachsen Stimmen von Wählern, die bei der Bundestagswahl 1969 noch die CDU gewählt haben.
- Die SPD verlor in Nordrhein-Westfalen zwischen 1969 und Juni 1970 Wähler an die FDP.
- Die SPD verlor insbesondere in Nordrhein-Westfalen Wähler von 1969 an die „Partei der Nichtwähler“ 1970.

Lassen diese Wählerbewegungen den Schluß zu, daß die Juni-Wahlen von den Wählern und Nichtwählern unter vorwiegend bundespolitischem Aspekt — als ein Plebiszit für oder gegen die Regierung Brandt/Scheel — wahrgenommen wurden?

*

Die Gültigkeit der These von den „Bundestagsnachwahlen auf Länderebene“ wäre zu überprüfen

- an der Höhe der Wahlbeteiligung
- an den die Landtagswahlkämpfe beherrschenden Themen
- an der Richtung und dem Umfang der Wählerbewegungen in den Ländern vom

September 1969 bis zu den Wahlen im Juni 1970.

Wahlbeteiligung

Zwischen 1957 und 1970 lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Wahlen zu den deutschen Länderparlamenten mit 78 % um rund 12 % unter der durchschnittlichen Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen (88 %).

Das Saarland, das seit je bei Bundestagswahlen auch bei Landtagswahlen die kleinste Nichtwählerquote aller Bundesländer besitzt, hatte sowohl im September 1969 als auch im Juni 1970 eine über seinem mehrjährigen Durchschnitt liegende Wahlbeteiligung aufzuweisen. In Niedersachsen entsprach die Wahlbeteiligung 1969 und 1970 den Durchschnittswerten bei vorausgegangenen Bundestags- und Landtagswahlen. In Nordrhein-Westfalen lag sowohl die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1969 als auch bei der Landtagswahl 1970 unter den jeweiligen Durchschnittswerten in diesem Land, und sie lag 1970 um drei Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung von 1966.

Der im Vergleich zu Bundestags- und Kommunalwahlen niedrigeren Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen entspricht eine in zahlreichen Umfragen festgestellte Einschätzung der Wichtigkeit von Wahlen für die verschiedenen Gebietskörperschaften durch die Wahlberechtigten: Landtagswahlen werden von der Bevölkerung als die am wenigsten wichtigen Wahlen angesehen.

Fraglos reflektiert dieser Befund eine realistische Einschätzung der Einflußmöglichkeiten der Länderparlamente und Landesregierungen auf jene politischen Sachfragen, die bei den Wählern an der Spitze politischer Prioritäten stehen: Wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Geldwertstabilität und Sicherheit vor äußerer Bedrohung. Zugleich war in der Vergangenheit aber zu beobachten, daß, wenn diese vordringlichen politischen Aufgaben und Ziele nach Meinung der Bevölkerung von den Politikern und Parteien nur unzureichend garantiert wurden, auch die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen zunahm. Das klassische Beispiel dafür ist die Landtagswahl 1966 in Nordrhein-Westfalen. Sie brachte nicht nur in diesem größten Bundesland zum erstenmal einen Vorsprung der SPD-Stimmen vor denen

der CDU; bei der gleichen Wahl stieg auch die Wahlbeteiligung um vier Prozentpunkte gegenüber der vorausgegangenen Landtagswahl. Die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen im Juni 1970 deutet darauf, daß dort ein Teil SPD-Wähler von 1966 und 1969 – vermutlich wegen Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, insbesondere mit der Entwicklung der Preise – der großen Regierungspartei seine Unterstützung versagte. Zwar wanderten diese Wählergruppen nicht zur in der Opposition stehenden CDU ab, aber sie enthielten sich der Stimme. Daß der Stil des Wahlkampfes der SPD in Nordrhein-Westfalen 1970 dieser Tendenz zur Stimmenthaltung bei den eigenen Anhängern sehr viel weniger entgegenwirkte, als dies noch 1969 oder 1966 der Fall gewesen ist, läßt sich immerhin vermuten. Andererseits zeigt die niedrige Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen aber auch, daß im Urteil der Bevölkerung weder die Wirtschafts- und Preisentwicklung als extrem bedrohlich angesehen wurden noch daß die Verständigungspolitik der neuen Bundesregierung gegenüber dem Osten auf eine breite Ablehnung bei der Wahlbevölkerung getroffen ist. Beides hätte sich erfah-

rungsgemäß in einer besonders hohen Wahlbeteiligung ausgedrückt. Diese Schlußfolgerung kann aus der Wahlbeteiligung in den anderen Bundesländern, in denen 1970 gewählt worden ist, gezogen werden.

Wahlkampfthemen

In allen drei Ländern, die im Juni ihre Parlamente neu zu wählen hatten, gelang es der CDU, das angebliche Versagen der SPD/FDP auf wirtschaftspolitischem Gebiet, in Fragen der Geldwertstabilität und insbesondere bei der Sicherung des Besitzstandes deutscher Rechte gegenüber dem Osten zu zentralen Wahlkampfthemen zu machen. Demgegenüber gelang es der SPD nur in geringerem Maße, die eigentlich zur Entscheidung anstehenden landespolitischen Fragen, vorab Fragen der regionalen Strukturpolitik, aber auch der Bildungspolitik, ins Bewußtsein der Wähler zu heben. Das Ergebnis der Landtagswahlen deutet an, daß es der Bonner Opposition in keinem Land gelungen ist, durch Verdächtigung der Entspannungspolitik der Bundesregierung ehemalige Wähler der SPD und FDP in nennenswertem Umfange zu gewinnen. Dies hätte sich für die

Tabelle 4
Stimmenentwicklung der Parteien bei Bundestags- und Landtagswahlen 1957–1970

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	Nettoveränderungsrate
1. BTW 1957	50,2 %	31,8 %	7,7 %	10,4 %	
Diff. 1–2	– 7,6 %	+ 5,4 %	± 0 %	+ 2,1 %	7,6 % BTW nach LTW
2. LTW 57–61	42,6 %	37,2 %	7,7 %	12,5 %	
Diff. 2–3	+ 2,7 %	– 1,0 %	+ 5,1 %	– 6,8 %	7,8 % LTW nach BTW
3. BTW 1961	45,3 %	38,2 %	12,8 %	5,7 %	
Diff. 3–4	– 1,9 %	+ 5,0 %	– 4,6 %	+ 1,5 %	6,5 % BTW nach LTW
4. LTW 61–65	43,4 %	41,2 %	8,2 %	7,2 %	
Diff. 4–5	+ 4,2 %	– 1,9 %	+ 1,3 %	– 3,6 %	5,5 % LTW nach BTW
5. BTW 1965	47,6 %	39,3 %	9,5 %	3,6 %	
Diff. 5–6	– 4,7 %	+ 2,2 %	– 1,8 %	+ 4,3 %	6,6 % BTW nach LTW
6. LTW 65–69	42,9 %	41,5 %	7,7 %	7,9 %	
Diff. 6–7	+ 3,2 %	+ 1,2 %	– 1,9 %	– 2,5 %	4,5 % LTW nach BTW
7. BTW 1969	46,1 %	42,7 %	5,8 %	5,4 %	
Hamburg/Nieders./ NRW/Saarland					
8. BTW 1969	43,4 %	46,3 %	5,6 %	4,7 %	
9. LTW 1970	45,3 %	46,5 %	5,3 %	2,9 %	
Diff. 8–9	+ 1,9 %	+ 0,2 %	– 0,3 %	– 1,8 %	2,1 % BTW nach LTW

Union besonders in Niedersachsen zeigen müssen — aber gerade in diesem Land, in dem jeder vierte Wähler zur Gruppe der Vertriebenen zählt, hatte die SPD deutliche Stimmengewinne im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 und erst recht gegenüber der Landtagswahl 1967 zu verzeichnen. Die Zerstörung der großen Koalition in Niedersachsen durch die CDU — ein landespolitisches Thema also — hat offensichtlich eine entscheidende und für die SPD positive Rolle bei der Stimmabgabe der Wähler gespielt. Die Stagnation des Stimmenanteils von SPD und FDP in den drei Bundesländern insgesamt wird man darauf zurückführen müssen, daß es der CDU gelungen ist, die Wähler über die Angemessenheit wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Bundesregierung im Jahr 1970 zu verunsichern.

Wählerbewegung

Für die These, daß die Landtagswahlergebnisse vom Juni (aber auch die vom März in Hamburg) zu ihrem Zeitpunkt und in diesen Ländern indikative Bedeutung in bundespolitischer Hinsicht besaßen, spricht die Tatsache, daß in diesen Ländern weniger als je zuvor die Stimmenanteile der großen Parteien und auch der FDP von ihren Anteilen bei der vorausgegangenen Bundestagswahl abwichen.

Seit 1957 läßt sich in allen Ländern der Bundesrepublik eine fortschreitende Angleichung der Landtagswahlergebnisse an die bei Bundestagswahlen und umgekehrt beobachten. Die Faustregel, daß die SPD bei Landtagswahlen gewinnt und bei Bundestagswahlen wieder einen erheblichen Teil dieser Gewinne an die CDU/CSU verliert, galt, von Ausnahmen in einigen Ländern abgesehen, nur bis 1957. Seither gelang es der SPD zunehmend, ihre Landtagswahlgewinne in der nachfolgenden Bundestagswahl — vorwiegend auf Kosten der CDU — zu konsolidieren, und umgekehrt gelang es der CDU/CSU, vor allem in ihrer Funktion als Auffangbecken für ehemalige Wähler der kleinen Parteien rechts von der Mitte, ihre Position auf der Länderebene auszubauen. Auch bei den der Bundestagswahl 1969 vorausgegangenen Länderwahlen wurde dieser Prozeß der Stimmenkonzentration und -stabilisierung bei den großen „Catch-all-Parties“ durch das vorübergehende Aufkommen der NPD nicht entscheidend gestört. Daß diese Partei der äußersten Rechten in einer Phase der ökonomischen

Rezession und struktureller Krisen, trotz der Sperrklausel in den Wahlgesetzen, bis in die Länderparlamente überhaupt vordringen konnte, war vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die CDU/CSU in den 60er Jahren noch nicht bereit gewesen ist, durch sichtbare politische Konzessionen die ehemaligen Wählerschichten des BHE und der DP zu gewinnen. Sie integrierte zwar deren Wähler, aber, wie sich zeigte, nur einen Teil ihrer politischen Kader. Manches deutet darauf hin, daß die CDU, insbesondere aber die CSU, seit der Bundestagswahl 1969 dieses Versäumnis durch eine Politik der Öffnung nach rechts zu korrigieren versucht.

*

Bei den im November 1970 fälligen Länderparlamentswahlen in Hessen und Bayern wird sich wahrscheinlich die Stimmenkonzentration auf die beiden großen Parteien fortsetzen.

In beiden Ländern wird die NPD, die dort bei der Bundestagswahl jeweils noch über 5% der Stimmen gewinnen konnte, weitere Wähler an die Union verlieren.

Die Chance der FDP, im Landtag vertreten zu sein, ist in Hessen vorhanden, sie ist in Bayern fraglich. In beiden Ländern erscheint die führende Position der jeweiligen Regierungspartei nicht gefährdet.

Thematisch wird in beiden Ländern die Politik der Bundesregierung — neben Fragen der Landespolitik — eine bedeutende Rolle spielen. Nichts spricht bisher dagegen, daß die Spitzenpolitiker der Union sowohl in Hessen als auch in Bayern erneut zu einem „Plebizit“ gegen die Bonner Koalition aufrufen werden.

In Bayern hat die CSU bereits erkennen lassen, daß sie den Wahlkampf mit „schleifer Schlachtordnung“ zu führen gedenkt: In den großstädtischen Ballungsgebieten bemüht sie sich um das Image einer modernen Partei des industriellen-technologischen Fortschritts, auf dem Land tritt sie als bewährte Wächlerin gefährdeter sozialer Interessen, insbesondere derjenigen der Bauern und Grundeigentümer, auf. Für die bayerische SPD wird es darauf ankommen, die Widersprüche in der Programmatik der CSU den Wählern sichtbar zu machen.

In Hessen führt die Sozialdemokratie erstmals einen Wahlkampf ohne den „Landesvater“ Georg August Zinn gegen eine CDU, die sich ihrerseits erstmals nicht nur als Opposition im Musterland der Sozialdemokraten, sondern

auch als die Partei der Alternative in Bonn anbieten wird.

Ein letztes Wort: In der Regel wurden in der jungen Geschichte der Bundesrepublik Landtagswahlen von der Opposition im Falle des Sieges als Testwahlen gegen die Regierung und von den Regierungsparteien im Falle ihres Sieges als Testwahlen für die Regierung ausgegeben. Das wird nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen kaum anders sein.

Aber wie immer diese Wahlen ausgehen mögen — die Besinnung darauf, daß nach dem Grundgesetz diese Wahlen gleichwohl nichts über die Legitimität der Bonner Regierung zu jenem Zeitpunkt aussagen, sollten Gewinner und Verlierer gleichermaßen nicht versäumen. Auch das lehrt die Geschichte der letzten zwanzig Jahre.

Über die Wahlchancen der Bonner Koalition und Opposition bei der nächsten Bundestagswahl entscheiden vorab deren bis dahin vollbrachte Leistungen und ihr Vermögen, diese den Wählern — auch unter dem Aspekt der Langfristigkeit — verständlich zu machen.

viertel jahres berichte

Nr. 40 • Juni 1970

**Werner Klatt:
Ernährungs- und Landwirtschaftsprobleme in Asien**

**Rüdiger Sielaff:
Die Spaltung des Indischen Nationalkongresses**

**Wolfgang Ule:
Die landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften im Iran**

**Heinz Rudolph:
Der Aufbau und die Arbeitsweise der Bundesbehörde für Industrieplanung und Industrieförderung (FIDA) in Malaysia**

**Heino Froehling:
Chile vor den Präsidentschaftswahlen**

Ercheinungsweise: viermal jährlich. Preis des Einzelheftes 8,— DM, Jahresbezugspreis 20,— DM zuzügl. Porto. Bezug durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

**Forschungsinstitut der
Friedrich-Ebert-Stiftung**

**Verlag für Literatur
und Zeitgeschehen GmbH**

Bruno Friedrich

Das Bündnis Strauß/Guttenberg

„Der Vertrag mit der Bundesrepublik ist als Vorreiter der Büchsenöffner, mit dem die Pandorabüchse, die Büchse des Unheils, geöffnet werden soll . . . Der Beschluß des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU, in dem eine abschließende Entscheidung vorbehalten wurde, kann nicht so gedeutet werden, daß damit eine Denkpause und ein Lernprozeß zwecks Annäherung an die Überlegungen der Bundesregierung eingeleitet werden soll.“

Franz Josef Strauß

„Bayernkurier“, 15. 8. 1970

„Man wird mich beschimpfen, für das was ich jetzt sage: Aber ich muß in großer Sorge feststellen, daß es gewisse dunkle Parallelen gibt zwischen der Fahrt Brandts und Scheels nach Moskau und dem Gang Chamberlains und Daladlers nach München 32 Jahre zuvor. Beide Fahrten wurden im Namen des Friedens angetreten . . .“

Karl Theodor von und zu Guttenberg

„Welt am Sonntag“, 16. 8. 1970

Es war zu erwarten, denn man hatte sich vorher zu eindeutig festgelegt, daß Strauß und Guttenberg nach dem Trocknen der Unterschriften unter dem deutsch-sowjetischen Vertrag fortfahren würden, die Ostpolitik als Kampfinstrument der Innenpolitik zu handhaben. Die Motive ihres Handelns, die hier aufgezeigt, geprüft und gewogen werden, verdienen die gleiche Beachtung wie der Streit um die Interpretation des Vertrages.

Ein im Juni in der „Neuen Rundschau“ gegebener Bericht über „Das Verhältnis der CSU zur CDU“ endet mit dem Satz: „Der CSU-Vorsitzende visiert die Übernahme der Macht in der CDU/CSU an – dies ist der Grund seines Zermürbungsfeldzuges gegen Kiesinger. Wird sich die CDU Strauß als Vorsitzenden leisten? Sie wird es tun, wenn sie va banque spielt.“

Wird die CDU va banque spielen? Wird Strauß die Karte sein, auf die von der CDU/CSU alles gesetzt wird? Der Ausgang in Moskau, das positive Echo zum Vertrag in Deutschland, in Europa und allen anderen Kontinenten, haben

das Risiko der CDU/CSU verschärft. Aber Strauß und Guttenberg haben nach der Unterzeichnung des Vertrages keine Sekunde gezögert klarzumachen, daß auch ein hohes Risiko sie nicht abhalten wird, den im Frühjahr eingeschlagenen Weg, der zur Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden führen soll, fortzusetzen. Im Herbst, wenn die Blätter fallen, endet dieser Weg. Im November wird sich die CDU, spätestens, entscheiden müssen. Doch im November sind Landtagswahlen in Bayern. In Bayern will Strauß der CDU beweisen, wie man Macht gewinnt.

Am 3. Juli hat Strauß die Delegierten des CSU-Parteitages in Nürnberg beschworen, den Landtagswahlkampf ausschließlich mit bundespolitischen Argumenten zu führen. Strauß-Argumente: die Verhandlungen in Moskau seien eine Neuauflage des Molotow-Ribbentrop-Paktes; dies werde mit dem Einmarsch der Sowjets in Deutschland enden. Nach der Ankunft Scheels in Moskau sprach Strauß vor der Presse in München vom „Erfolgswang“ der Bundesregierung. So wie Strauß den Wahlkampf in Bayern angelegt hat, ist er gezwungen, bis zum Wahltag in Bayern jedes Verhandlungsergebnis aus Moskau als Mißerfolg darzustellen.

*

Wer die Wahlstrategie des CSU-Vorsitzenden für den Herbst 1970 verstehen will, muß sich mit der CSU als Partei und mit der Wählerstruktur Bayerns befassen.

Die Gründer der CSU und die ersten Parteivorsitzenden, Adam Stegerwald, Dr. Josef Müller, Dr. Hans Ehard, Dr. Hanns Seidel, versuchten die Union von der Tradition der Bayerischen Volkspartei (BVP) zu lösen. Strauß hat seine Vorgänger korrigiert. Die Tradition der BVP bestimmt heute das Selbstverständnis der CSU. In der von der Bundeszentrale für Politische Bildung 1965 herausgegebenen Darstellung „Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik“ schreibt Alfred Milatz unter anderem über die Rolle der Bayerischen Volks-

partei: „Ihrem Wesen nach stand die BVP somit sehr viel weiter rechts als das Zentrum. Als anti-sozialistische Interessenvertretung bäuerlichen und bürgerlichen Mittelbesitzes lehnte sie jede Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie entschieden ab... Ihr autoritärer Legitimitismus trug wesentlich dazu bei, daß der demokratische Gedanke in Bayern sehr viel weniger als in anderen Reichsteilen an Boden gewann... Erst als das Zentrum ab 1928 einen zunehmenden Rechtskurs einschlug, kam es auch zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden katholischen Parteien (BVP und Zentrum), die jedoch nicht zu einer organisatorischen Bindung gedieh.“

Bayern, so meint *Strauß*, hat eine heile, konservative Welt. Da von den 10,4 Millionen Bewohnern Bayerns 58,7 % in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern und nur 21,2 % der Bevölkerung in den fünf Großstädten des Landes leben, der Prozeß der Urbanisierung in diesem Lande langsamer voranschreitet als anderswo, sieht die CSU keinen Anlaß, überlebte konservative Denkformen und Verhaltensweisen kritisch zu überprüfen.

Die CSU hat die Konfessionsschule länger verteidigt als die katholische Kirche. Sie hofiert *Baron Finck*, den reichsten Mann Deutschlands, der seinen Reichtum der Bodenspekulation verdankt, zu einer Zeit, in der die Bevölkerung sich über Wuchermieten und Wucherpreise beim Bauland empört.

Die CSU als Partei der Landwirte hat bis heute keinen Beitrag zur Lösung des Agrarproblems geleistet. Als sie selbst den Landwirtschaftsminister stellte, gab sie dem Europäer *Manshoff*, seit dem Abtritt *Höcherls* gibt sie Bundeslandwirtschaftsminister *Ertl* die Schuld an der Agrarmisere.

Die CSU wirbt um die Stimmen des Mittelstandes, zugleich vertritt *Strauß* die Interessen der oft den Mittelstandsinteressen entgegenstehenden Großindustrie. *Strauß* bietet den Gewerkschaften Gespräche an, zur gleichen Zeit fordert die CSU ein Gesetz, das die Gewerkschaften von der betrieblichen Mitbestimmung ausschließen soll, verlangen CSU-Landtagskandidaten die Kontrolle der Gewerkschaften. *Strauß* dirigiert die CSU nach Belieben. Seine hartnäckigsten innerparteilichen Gegner aus dem Petra-Kreis, Dr. *Hundhammer* und Dr. *Huber*, sind aus der Politik ausgeschlossen oder haben sich selbst ausmanövriert. *Guttenberg* ist treuer Weggefährte. *Strauß* beherrscht seine

Partei über ein hochmodernes Parteilmanagement. Unterstützt von *Springer* mobilisiert er die Emotionen von Millionen. Er hat kein Regierungsamt, aber Parteilmacht, Macht in der Fraktion, Macht in der Wirtschaft und Einfluß in Massenmedien wie nie zuvor.

Da die Strategie der CSU im Wahlkampf darauf abzielt, bisher rechts von der CSU stehende Wähler der kleinen Parteien aufzusaugen, ergänzt die Konzeption der CSU im Land die nationallistische Position im Bund.

Bei den Landtagswahlen seit 1950 hatten CSU und SPD folgende Ergebnisse:

	CSU	SPD
1950	27,4 %	28,0 %
1954	38,0 %	28,1 %
1958	45,6 %	30,8 %
1962	47,5 %	35,3 %
1966	48,1 %	35,8 %

Die CSU gewann Ihre Stimmen zwischen 1950 und 1966 vor allem von den sich auflösenden kleinen Parteien. Bayernpartei 1950 17,9 %, 1966 3,4 %; GDP 1950 12,2 %, 1966 0,2 %. Die CSU hofft, daß sich dieser Prozeß 1970 fortsetzen wird. 1966 entfielen in Bayern auf die FDP 5,1 %, auf die Bayernpartei 3,4 %, auf die GDP 0,2 %, auf die NPD 7,4 %; kleinere Parteien 1966 insgesamt 16,1 %.

Strauß kämpft um die Wähler rechts von der CSU. Wer beobachtet, wie *Strauß* in seinen Reden die ihm eigene Vitalität in durchschlagende Primitivität umsetzt, so, als sei bereits jede Erinnerung an die verbalen nationalistischen Sudeleien der Jahre 1919 bis 1945 ausgelöscht, erkennt, daß *Strauß*, wenn es seinen Interessen dient, wenig Hemmungen hat, die demokratische Substanz unseres Staates zu zerstören.

Strauß ist heute der Vertreter eines modernen Machiavellismus, der höchst gefährlich ist, da *Springers* Massenmedien und mächtige Wirtschaftsgruppen sich von ihm politisch repräsentiert fühlen.

Strauß verdankt die Chance einer möglich gewordenen Kanzlerkandidatur zuerst dem Freiherrn *Karl Theodor von und zu Guttenberg*. *Guttenberg* leiht heute *Strauß*, was *Strauß* braucht: das Ansehen und die Motive einer moralisch engagierten Persönlichkeit. *Strauß* und *Guttenberg*, einst intime Gegner, sind heute die Dioskuren und Nothelfer der CDU/CSU.

In der Auseinandersetzung zwischen einer illusionslos, doch konsequent von den Realitäten

ausgehenden Regierung und einer Opposition, die jeden Kompromiß als Verrat oder Verzicht auslief, hat der Abgeordnete von Guttenberg die ideologische Führungsrolle übernommen. Die Unfähigkeit der CDU/CSU zum Verhandeln mit dem Osten ist eine schwere, wohl die schwerste Belastung der deutschen Friedenspolitik. Unfähig, eine auf Verhandlungspositionen gegründete Alternative zur Regierung zu entwickeln, führt Guttenberg die Opposition aus der Welt der Tatsachen in eine von den Wirklichkeiten der außenpolitischen Machtverhältnisse gereinigte Welt der politischen Moral.

Der Begriff der Freiheit ist der tragende Pfeiler in Guttenbergs Denkgebäude. Der Freiheitsanspruch aller Deutschen ist für ihn übergreifender Wert aller europäischen Politik. Aus diesem Freiheitsrecht aller Deutschen wird auch eine Verantwortung der Deutschen für die Freiheitsrechte Osteuropas abgeleitet: *„Unser Ziel ist die Durchsetzung der Freiheit. Der Verantwortungsbereich der deutschen Politik geht daher über die deutschen Grenzen hinaus. Deutschland trägt Verantwortung in und für Europa. Ich zögere nicht zu sagen, daß es eine deutsche Mitverantwortung für Europa gibt. Zwischen der Spaltung Deutschlands und dem Verlust der Freiheit Osteuropas besteht ein vorgegebener und nicht unserem Willen entspringender Sachzusammenhang: niemand soll glauben, daß sich die deutsche Freiheit ohne grundlegende Veränderung der Verhältnisse in Osteuropa wiederherstellen ließe.“* Freiheit für die Deutschen wird also nur möglich sein nach Änderung der Verhältnisse in Osteuropa. Kommunistische „Minderheitsregierungen“ sind für Guttenberg keine Partner. Denn, so Guttenberg: *„Die Unterwerfung der Ungarn, Polen, Tschechen und Rumänen unter fremden Willen ist auch das Ergebnis des Hitlerkrieges; die Wiederherstellung ihrer Freiheit muß nicht zuletzt aus diesem Grunde ein Ziel des freien Deutschland sein“* (Guttenberg: *„Wenn der Westen will“*). Über die Frage, wie viele Polen und Tschechen darauf warten, von den Deutschen befreit zu werden, hat sich Guttenberg ausgesprochen.

Mit biblischer Wortgewalt wird bedrängt, wer von Guttenbergs Konzeption meint abzuweichen zu können: *„Die Ausrede Kains, daß ihm das Schicksal des Bruders nicht betreffe, ist dem Westen angesichts der deutschen Teilung verwehrt. Es ist dem Bündnis bei Strafe seiner el-*

genen Existenz nicht gestattet, das Schicksal derer zu vergessen, die in Sklaverei leben. Das militärische Gleichgewicht der Kräfte ist ungenügend. Es muß ergänzt werden durch das Gleichgewicht politischen Drucks. Dem Expansionswillen des Kommunismus muß die Entschlossenheit entgegentreten, die Freiheit wieder herzustellen, wo immer die Völker dies wünschen“ („Wenn der Westen will“).

Wo immer die Völker dies wünschen? Das schreibt ein Politiker, der wissen sollte, warum der Westen nicht konnte: am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, im November 1956 in Ungarn, am 13. August 1961 beim Mauerbau. Wo immer die Völker dies wünschen. Was hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Theodor von und zu Guttenberg, im August 1968 unternommen, gemäß eigener Prinzipien, den Kanzler Kurt Georg Kiesinger zum Handeln zu bewegen? Wo immer die Völker dies wünschen. Wie viele Budapest und Prag braucht Guttenberg noch, um zu begreifen, daß er, auch als Teilhaber der Macht im Bundeskanzleramt, nicht in der Lage war, den selbst gesetzten Maßstäben politischen Handelns gerecht zu werden?

Was viele an Guttenbergs Kritik beeindruckt, ist die Art seiner Beweisführung. In der Regel verwendet er nicht Tatsachen, sondern moralische Begriffe als Prämissen. Das von ihm gefällte Urteil ist deshalb auch nicht ein Tatsachenbeweis, sondern dient der Absicht, der frei behaupteten Tatsache einen hohen moralischen Rang zu geben. Da Guttenberg nicht nach den Bedingungen der Freiheit fragt, kann er jeden Kompromiß, den andere eingehen, als Preisgabe sittlicher Werte verurteilen. Zugleich läßt Guttenberg selten eine Gelegenheit aus, die eigene moralische Lauterkeit zu demonstrieren: *„Herr Bundeskanzler, ich habe in diesem Hause einmal vor langen Jahren gesagt, daß ein damals von Ihren Freunden vortragener Kurs zur Einheit Deutschlands führen möge, daß ich aber fürchtete, daß dann die Trümmer unserer Freiheit am Wege liegen würden. Ich habe auch damals nicht gesagt, daß Sie das wollten, um Himmelswillen, nein. Aber ich glaube, daß das gegen Ihren Willen geschähe, wenn Sie nicht rechtzeitig haltmachen. Sie, Herr Bundeskanzler, sind dabei, das Deutschland-Konzept des Westens aufzugeben und in jenes der Sowjetunion einzutreten.“*

Zur Vornehmheit von Guttenbergs Stil gehört,

dem Diffamierten zu versichern, dies alles geschehe nicht bewußt: „... um Himmelswillen, nein!“ – so glatt geht das dem über die Zunge, der es geübt hat, flott zu moralisieren. Das könnte Guttenberg natürlich nicht ohne die Fähigkeit, frühere Verdächtigungen entweder unbewußt zu verdrängen oder bewußt zu kaschieren.

Im April 1959 hatte der gleiche Abgeordnete von Guttenberg erklärt: „Die Verwirklichung des Sozialismus, die sich unter den Mehrheitsverhältnissen der Bundesrepublik als undurchführbar erwies, soll für ganz Deutschland auf dem Wege des Kompromisses mit dem Regime Ulbricht erreicht werden“ (Politische Meinung, Heft 36).

Wahrlich! Man kann dem Baron Guttenberg nicht vorwerfen, daß er Diffamierungen wiederholt, da sein hoher Intellekt sich der zeitgemäßen Diffamierung zu bedienen weiß. Guttenbergs Art zu diskutieren, diese Mischung aus Lavendelöl, produzierter Moral und polemischer Naivität, ist, optisch und akustisch – wer kann dies bestreiten? – eindrucksvoll. Den Gesetzen einer von der Wirklichkeit bestimmten politischen Vernunft kann Guttenbergs Methode nicht gerecht werden.

Daß Guttenberg vor zehn Jahren zutiefst überzeugt war, die Sozialdemokraten würden nie eine Führungschance in der Bundesrepublik erhalten, daß diese Überzeugung möglicherweise sein Gesamtverhalten zur heutigen Regierung bestimmt, daß seine Ablehnung der Ostpolitik möglicherweise nur Teil einer totalen Opposition ist, kann man einer Äußerung Guttenbergs über die außenpolitische Funktion der Opposition entnehmen, die er 1960 so beschrieb: „In allen funktionierenden Demokratien der Erde gibt es eine parlamentarische Diskussion um die Wege der Außenpolitik. Sie wird hier schärfer und dort weniger erbittert geführt. Die Opposition aber sollte dabei niemals so weit gehen, der legitimen Vertretung ihrer Regierung bei der Vertretung ihrer Politik gegenüber anderen Mächten in den Arm zu fallen oder sie gar zu verdächtigen, in Wahrheit das Gegenteil von dem zu wollen, was sie erklärt . . . denn nach dem Grundgesetz ist der Kanzler Vollstrecker der deutschen Politik. Alles Gerede über eine gemeinsame Außenpolitik bleibt daher so lange leer und unglaubwürdig, wie die Opposition dem Ersten Bevollmächtigten der deutschen Demokratie das persönliche Vertrauen verwei-

ger“ (Politische Meinung, Heft 50). Gibt es für Guttenberg eine Moral, passend für die Regierung, zugleich eine zweite Moral, passend für die Opposition? Ist Guttenberg ein moralischer Politiker oder ein politischer Moralist, „der sich eine Moral so schnaldert, wie es der Vorteil des Staatsmannes für zuträglich findet“ (Kant)?

Der Konflikt von Moral und Wirklichkeit, die Auswechselbarkeit von Prinzipien, je nachdem, ob man der Regierung oder der Opposition angehört, bei der CDU/CSU allgemein, bei Guttenberg stark ausgeprägt, wird den Oppositionsstil möglicherweise auch dann bestimmen, wenn es um die Aussöhnung mit Polen geht. Über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen schrieb Guttenberg im Oktober 1958 (Politische Meinung, Heft 29): „Allerdings, Polen scheint bei der etwaigen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen bereit zu sein, einen Vorbehalt der Bundesrepublik hinzunehmen, der die Nichtanerkennung der Wegnahme der deutschen Ostgebiete einschließt.“ Guttenberg hat damals die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, selbst bei Hinnahme eines Nichtanerkennungs vorbehaltes durch Polen, mit folgender Begründung abgelehnt: „Wenn ein zukünftiges friedliches und blühendes Europa seine Einigung voraussetzt, dann fällt uns Deutschen die große Aufgabe zu, alle historischen Hypotheken zu löschen und Feindschaften zu begraben, die einem freundschaftlichen Verhältnis im Wege stehen . . . Ob jedoch allzu innige Beziehungen zu den kommunistischen Minderheitsregierungen dieser Völker hierzu das geeignete Rezept sind, erscheint zum mindesten fraglich. Denn auch diese Völker sind Europäer und lieben die Freiheit, so wie wir dies tun.“

Dies ist der Verzicht auf Aussöhnung, dies ist die kategorische Ablehnung aller Verständigungspolitik, das Ende aller Entspannungsbemühungen – solange in Osteuropa kommunistische Parteien regieren, oder, wie Guttenberg sagt, „Minderheitsregierungen“ existieren. Im Namen der Freiheit verweigert Guttenberg Europa den Weg zur Entspannung, obwohl allein Entspannung den Weg zu einer europäischen Friedensordnung, den Weg zur friedlichen Selbstbestimmung auch der Deutschen öffnen kann.

Ist Guttenberg eine tragische Persönlichkeit? Möglicherweise insoweit, als er sich bemüht, moralische Positionen, denen er sich ver-

pflichtet weiß, auch gegen die politische Realität aufrechtzuerhalten. Ihm geht es um den Sinn seines politischen Wirkens, wie er ihn von Anfang an verstanden hat. *Guttenbergs* Reden 1970 sind Reden „auf der Suche nach der verlorenen Zeit“. Aber anders als im gleichnamigen Roman gibt es für *Guttenberg* keine wiedergefundene Zeit. Auch keine Offenbarung der Zeit, da diese Offenbarung nur dem zuteil wird, der fähig ist, die von der Zeit vollzogene Wandlung der Realität zu erkennen und zu akzeptieren. Die standhafte Negation der Zeit, die Weigerung, ihre Änderungen hinzunehmen und mit diesen Änderungen zu leben, gibt dem Freiherrn von *Guttenberg* den Habitus einer tragischen Persönlichkeit.

*

Schlußbemerkung

Für das Bündnis *Strauß/Guttenberg* gibt es zwei Hauptgründe. 1. Hauptgrund: *Franz Josef Strauß* als machtsbezogener Politiker bedarf einer moralischen Begründung seines Handelns, um als Kanzlerkandidat glaubhaft wirken zu können. Fällt in der CDU/CSU-Fraktion *Guttenbergs* außenpolitische Konzeption, dann fällt auch der Kanzlerkandidat *Franz Josef Strauß*.

2. Hauptgrund: Bis zum Tage der Wahl des Bundeskanzlers *Willy Brandt* war für die CDU/CSU die Identität der Partei- und Staatsinteressen Maßstab allen Handelns. Der Wille zur Wiederherstellung dieser Art „staatlicher Normalität“ in der deutschen Politik hat *Strauß* und *Guttenberg* zusammengeführt.

Für *Guttenberg* gibt es kein Zurück, weil er den Sinn seines bisherigen politischen Handelns weder widerrufen kann noch will. Es gibt kein Zurück für *Strauß*: denn dies hieße ihm die Hoffnung auf Macht aufgeben.

Das Bündnis der Dioskuren *Strauß/Guttenberg* ist im Falle *Strauß* eine Herausforderung aller Demokraten in der Bundesrepublik, im Falle des Freiherrn von *Guttenberg* die Herausforderung einer von der Wirklichkeit ausgehenden politischen Vernunft. Aussöhnung und Frieden in Europa, die Fortentwicklung der Demokratie bei uns sind nur möglich, wenn *Strauß* und *Guttenberg* scheitern.

Olaf Radke

Hessen vor der Landtagswahl

Hessen, geographisches Zentrum der Bundesrepublik und etwa ein Zehntel ihrer Fläche und Bevölkerung umfassend, wählt am 8. November einen neuen Landtag. Seit 1966 stellt die SPD allein die Landesregierung; 1962 konnte sie erstmals die absolute Mehrheit im Landtag erreichen.

Nach fast 20jähriger ununterbrochener Amtszeit zwang 1969 eine schwere Krankheit Dr. Georg August Zinn vom Amt des Ministerpräsidenten zurückzutreten. An seine Stelle wurde Albert Osswald zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, der unter Zinn zuerst dem Wirtschafts- und später dem Finanzministerium vorstand.

Man sagt der hessischen SPD nach, sie sei radikal. Prüft man die Bundesparteitagsprotokolle, läßt sich feststellen, daß von den Diskussionsrednern mehr als ein Zehntel Hessen waren; prüft man den Inhalt ihrer Beiträge, findet man viel Kritik, oft harte Kritik; das Protokoll vermerkt öfters, daß Unruhe im Saal bemerkbar wurde.

Diese Aufsässigkeit scheint eine Prägung der hessischen Landschaft zu sein, denn selbst Rudolf Krämer-Badoni stellte mit Verwunderung fest, als er seinen Zettelkasten durchsah, um Material für sein Buch „Deutschland, ohne Hessen“ (erschienen bei Hoffmann & Campe, Hamburg 1968) zusammenzutragen, daß diese Aufsässigkeit nicht planlos, sondern konsequent durchdachte Aufsässigkeit ist, die schon die hessischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts besaß.

Die Bauernaufstände um 1830, das wiederholte bürgerliche „Nein“ zu fürstlichen Forderungen, die Barrikadenkämpfe in Frankfurt, die Aufstände von 1848, bei denen sich die Wiesbadener Bürgergarde weigerte, gegen die Bürger vorzugehen, die glatte Steuerverweigerung der Stände um 1850 im Kurfürstenhaus Hessen und als Antwort auf die Verhängung des Belagerungszustandes der spektakuläre Rücktritt von neunzig Prozent der kurhessi-

schen Offiziere — sie sind Beweise hessischer „Aufsässigkeit“.

Vielleicht liegt die oft beklagte und auch manchmal bewunderte hessische Aufsässigkeit an dem kleinbüßchen Mehr an demokratischer, an bürgerlicher, an liberaler Tradition, die sich in den vormaligen hessischen Duodezfürstentümern entwickelte, und an der bürgerlich freistädtischen Tradition Frankfurts.

Hier sei noch einmal der wohl eher als konservativ denn progressiv einzustufende Krämer-Badoni zitiert:

„Ich kann dem Mann Zinn und seiner unschlagbar in Hessen regierenden SPD bescheinigen, daß sie bisher wahrhaft politische Verantwortung gezeigt haben; sie haben sich bemüht, allen Temperamenten und Gesinnungen Freiheit zu lassen, und sie haben auch in Ihrer eigenen Partei die bitteren Revolutionäre neben den blederen kleinbürgerlichen Traditionsmitgliedern bei der Stange gehalten. Hätte die gesamtdeutsche SPD sich an der hessischen ein Beispiel genommen, sie hätte unter anderem die Kluft zwischen sich und dem Studentenbund nicht aufgerissen, und manches stünde heute anders.“

Hier spreche ich also geradezu von einer hessischen Hoffnung für Deutschland. Wenn überhaupt, so könnte von hier die Versöhnung zwischen den staatstragenden und den verdrossenen Sozialisten ausgehen. Ich sage das, obwohl ich kein Sozialist bin. Jeder unfanatische Bürger muß ein Interesse an möglichst vielen Institutionen haben, die nach verschiedenen Richtungen hin die wilden Männer glaubwürdig integrieren. Wer das für die Quadratur des Zirkels hält, sehe sich einmal genau die hessische SPD an.“

Diese Feststellung ist überwiegend literarisch; was liegt ihr zugrunde, und ist die SPD in Hessen auch diesmal unschlagbar?

*

Ein Maßstab der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes ist das Volkseinkommen.

Ab 1960 liegt in Hessen die Zuwachsrate des Bruttoinlandproduktes weit über dem Bundesdurchschnitt; sie lag 1968 pro Kopf der Einwohner mit 9338,- DM noch über der von NRW (9098,- DM) und Baden-Württemberg (8963,- DM).

Hessen hat den höchsten Wohnungsbestand pro 1000 Einwohner in der Bundesrepublik (1968: pro 1000 Einwohner 347 Wohnungen). Jede zweite hessische Familie bewohnt eine Wohnung, die erst nach dem Kriege gebaut wurde. Hessen hat von allen Flächenstaaten die höchste Pkw-Dichte, mit 210 Pkw's auf 1000 Einwohner.

Es hat die höchste Abiturientenquote: von 100 Schülern eines Geburtenjahrgangs erreichen 12 das Abitur. Auf 100 000 Einwohner kommen 667 Studierende (im Wintersemester 1969/70 waren an den hessischen wissenschaftlichen Hochschulen 38 200 Studierende eingeschrieben). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 460 Studierenden auf 100 000 Einwohner. Verglichen mit dem Nachbarland Rheinland-Pfalz (mit 280 Studierenden auf 100 000 Einwohner) hat Hessen mehr als das Doppelte an Studienplätzen.

Schon dieser kurze statistische Aufriß erklärt, warum Hessen auch die größte Bevölkerungszunahme innerhalb der Bundesrepublik aus Wanderungsüberschüssen hat. Von 1961 bis 1968 betrug die Wanderungsbilanz (Zuzug – Wegzug =) 160 000 Personen.

Die planmäßige Steuerung der Gesellschaftspolitik begann mit dem „Hessenplan“ 1950/51. Ihm folgten einzelne Entwicklungspläne über vordringliche Sachgebiete, die 1965 im „Großen Hessenplan“ zusammengefaßt wurden und nunmehr als vollständiger Landesentwicklungsplan „HESSEN '80“ vorliegt.

Es sei noch an das neue Schulverwaltungsgesetz erinnert, das in Hessen die Förderstufe obligatorisch einführt und dessen Ziel die integrierte Gesamtschule ist, sowie an die nunmehr abgeschlossene Gesetzgebung der organisatorischen Hochschulreform, sicher die fortschrittlichste in der Bundesrepublik. Ob sie sich bewährt, muß sich zeigen.

Dem voraus ging die Landschulreform mit der Abschaffung der einklassigen Schulen und dem Aufbau eines Netzes voll ausgebauter Mittelpunktschulen, ergänzt durch die schon 1948 in der hessischen Verfassung garantierte Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Hessen ist in vielem Modell, so zum Beispiel

in seinem Programm zur Urbanisierung des Dorfes, beginnend mit dem Aufbau von Dorfgemeinschaftshäusern – mittlerweile gibt es mehr als 500. Hessen ist aber nun an die Grenze seiner Möglichkeiten gelangt. Die Finanzreform, von anderen Ländern – und auch von Sozialdemokraten – gelobt, wird in Hessen zur Fessel. Der Fetisch des Zentralismus, die inhaltsleere Formel der Vereinheitlichung, die Einheit als Selbstzweck strangulieren die Initiativen von unten. Die Länder werden zu Provinzen, selbständige Entwicklungen, ermöglicht durch ein entsprechendes politisches Votum, werden zunehmend schwerer, die fortschreitende Erosion der bundesstaatlichen Prinzipien machen sie letztlich unmöglich.

Eine sozialdemokratische Regierung in Bonn ist sicher fortschrittlicher als eine christdemokratische Regierungsdarstellung, deren führende Schauspieler sich mit ihren vorgestrigten und gestrigen Wertvorstellungen selbst im Wege stehen. Aber auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung muß im Bereich der Gesellschaftspolitik ihr Tempo nach dem langsamsten Schiff des Geleitzugs der Länder richten. Modelle kann sie nicht schaffen. Ihre Aufgabe erschöpft sich darin, die Nachzügler anzutreiben. Sie ist der Hirt, der versucht, die Herde zusammenzuhalten.

Durch die nunmehr vom Bund beanspruchten Kompetenzen muß die Bundesregierung die Vorhut, ob sie will oder nicht, bremsen. Die Bundesrepublik wird Durchschnitt, bei aller Unbestimmtheit, was das im einzelnen bedeutet. Hessen leidet unter dem Bund, das aber reflektiert der Wähler als Ergebnis sozialdemokratischer Politik.

Früher stellte sich die sozialdemokratische Landespolitik dem Wähler als positiver Kontrast des Fortschritts zu einer konservativ-beharrenden, wenn nicht restaurativen Bundespolitik dar. Jetzt ist Hessen gezwungen, durch Erschöpfung seiner finanziellen Möglichkeiten, die wiederum ihre Ursache in der Finanzreform durch Verlust von Steuereinnahmen zugunsten des Bundes und der übrigen Länder hat, auf der Stelle zu treten oder nur noch langsam voranzugehen.

Unmerklich verliert damit die sozialdemokratische hessische Landespolitik ihr Flair. Die Ausstrahlungskraft von *Georg August Zinn*, dessen Person zum Symbol für liberale und soziale Kontinuität wurde, verblaßt, seine Bedeutung wird Geschichte. Das Amt des Mini-

sterpräsidenten allein gibt heute nicht mehr ohne weiteres diese Symbolkraft.

Albert Osswald hat es schwer, als Nachfolger Zinns eine gleiche oder ähnliche symbolische Bedeutung seinem Amte zu geben. Sicher, ihm fehlt noch die Verfestigung, die sich aus einer langen Amtszeit gleichsam von selbst ergibt. Ob es ihm gelingt, Fortschrittlichkeit, Liberalität und Kontinuität zu verkörpern, muß sich erweisen. In dieser Situation nun fragt man sich: wie wird der Wähler reagieren?

*

Sowohl durch allgemeine Volksbefragung als auch durch die Erfahrungen bei Landtagswahlen zeigt sich, daß ein großer Prozentsatz von Wählern seine Entscheidung auch von seinem Urteil über die Bundespolitik abhängig macht.

Bei aller Redlichkeit des Bemühens der Kleinen Koalition blieben aber bisher spektakuläre, sichtbare, für den Wähler überzeugende Reformen aus. Die Außenpolitik wird vom Wähler mit ihren Beziehungen zur Innenpolitik kaum gesehen, und wenn, oft mißverstanden.

Die CDU/CSU, sowohl in der Bundes- als auch in der Landespolitik in der Opposition, hat die organisatorische Konsolidierung erreicht, die ihren bisherigen Charakter als Honoratiorenverein zu überwinden scheint. Diese Konsolidierung täuscht über die Verworrenheit ihrer politischen Aussage hinweg.

Vertreter der CDU neigen dazu, nationalistische, ja chauvinistische Phrasen wiederzubeleben, um ihr Stimmenreservoir nach rechts zu erweitern. Einige werden dabei zu Verteidigern reaktionärer und nationalistischer Ideologien.

Die Gefahr von rechts liegt nicht in der NPD als Organisation und Partei, sondern in ihrer Funktion, rechtsradikale Ideologien und Wertvorstellungen wieder öffentlich aussprechbar gemacht zu haben. CDU/CSU sind für solche Ideologien anfällig. Die CSU unter Franz Josef Strauß sicher stärker als die CDU; ihre Immunitätsschranken gegen Autoritarismus, Nationalismus und Chauvinismus sind niedrig.

Die hessische CDU, früher ein biederer Honoratiorenverein etwas muffiger und plüschiger Spielart, hat Zuzug von jungen Leuten bekommen, die sich als militant demokratisch empfinden, ohne zu bemerken, daß gerade ihr Demokratieverständnis ein rein formales ist. Sie wahren die demokratischen Formen, verkünden gesellschaftspolitische Vorstellungen, die nicht mehr von vorgestern sind, aber doch

von gestern. Ihnen gelingt es, der CDU zumindest das Muffige zu nehmen, der Plüsch aber bleibt.

Die hessische FDP, soweit überschaubar die Stabilität in der Bundesrepublik, hat in der Vergangenheit unter der ständigen Auseinandersetzung zwischen den alt-liberalen, den neu-liberalen, den national-liberalen und den konservativen Kräften, die im Liberalismus nur eine Ersatzideologie für ihren Nationalismus sehen, gelitten; gleichzeitig hat sie sich gefestigt. Der Prozeß, der heute erst in anderen Landesverbänden der FDP wirksam wird, scheint in Hessen abgeschlossen zu sein; daß sie wieder in den Landtag einzieht, ist sicher.

Die NPD erreichte erstmals bei der letzten Landtagswahl etwa 8 Prozent der Stimmen. Sie verfügt im Landtag über 8 Sitze. Parlamentarisch ist sie nicht in Erscheinung getreten. Außerhalb des Parlaments bot sie allerdings ein Bild des übelsten Rechtsradikalismus, gipfelnd in den Vorgängen in Kassel, wo ihr „Bundesbeauftragter“ für den „Ordnerdienst“, Kolley, das erste Mal eine neue Nuance in Wahlkämpfe brachte und die Pistole als politisches Argument in den Wahlkampf (wieder) einführte. Der Fraktionsvorsitzende der NPD im Hessischen Landtag deckte seine Flucht. Die Prügelorgie ihres Ordnerdienstes im Frankfurter Cantatesaal ist ein weiteres sichtbares Datum eines primitiven Rechtsradikalismus.

Der Hessische Landtag hatte wegen dieser Vorfälle einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, dessen Bericht demnächst veröffentlicht werden wird. Deutlich bleibt, daß der Kreis der Menschen, die sich in der NPD zusammengefunden haben, typisch ist. Er ähnelt in seiner soziologischen Erscheinung den Kerntrouppen der SA.

*

Die politischen Verhältnisse haben sich verändert, unter denen die Landtagswahl 1970 stattfindet.

1. Der SPD ist es nicht mehr ohne weiteres möglich, ihre landespolitischen Entscheidungen als Kontrast zu der restaurativen und konservativen Bundespolitik einer CDU/CSU-Regierung zu verdeutlichen.
2. Die von der SPD in die Zukunft projektierten Programme lassen sich nicht mehr in demselben Tempo verwirklichen wie früher. Der finanzielle Spielraum Hessens ist durch die Finanzreform eingeengt.

3. Die zwanzigjährige Oppositionsstellung der CDU/CSU in Hessen, nun auch im Bund, hat einen Regenerationseffekt, der allerdings im Bund noch nicht deutlich geworden ist. Sie bot sich in Hessen für politische Karrieristen nicht als Sprungbrett an. Der CDU gelang es, gegen früher ein etwas moderneres Image aufzubauen.
4. Die FDP hat sich in Hessen konsolidiert und wird ihre Stellung halten. Sollte sich eine Schwächung der SPD ergeben, bietet sich eine Koalition mit der FDP fast als selbstverständlich an.
5. Die NPD wird wahrscheinlich unter die 5-Prozent-Klausel sinken. Ihre Wähler werden zur CDU wandern.

Prognosen zu stellen ist schwierig. Würde die Entscheidung des Wählers allein aus rationalen Gründen getroffen, abgeleitet aus der Leistung der sich zur Wahl stellenden politischen Parteien, dürfte die SPD in Hessen kaum Verluste erleiden.

Die Entscheidung des Wählers hängt aber auch von emotionalen Umständen ab. Und diese sollten nicht unterschätzt werden.

Veronika Schröter

Demokratisches Gespräch – Beispiel Erlangen

Als wir – einige Freunde, mein Mann und ich – Mitte August 1969 den Erlanger SPD-Bundestagskandidaten *Dieter Haak* anriefen und ihm unsere Hilfe im Wahlkampf anboten, wußten wir noch nicht, wie diese Hilfe im einzelnen aussehen würde. Wir wußten eigentlich nur, warum wir uns entschlossen hatten, ein politisches Engagement zu wagen. Wir waren und sind keine Mitglieder einer Partei und sozusagen „politische Laien“, was aber keineswegs politische Interessenlosigkeit bedeutet. Abgesehen von einer permanenten, seit Jahren genährten Unzufriedenheit über die politischen und gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten – verursacht durch zwanzigjährige CDU/CSU-Herrschaft –, die uns gemeinsam war, kamen bei jedem von uns noch persönliche Gründe hinzu.

Mir zum Beispiel gab die Tatsache, daß ich als Frau mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und zwei Kleinkindern trotz einiger Versuche keine Möglichkeit hatte, eine sowohl die Kinder als auch mich befriedigende Rolle in der Gesellschaft zu finden, und die Einsicht, daß sich das von alleine nicht ändern würde, den letzten Anstoß zu einer politisch gezielten Tätigkeit. Für andere waren es die katastrophalen bayrischen Schulverhältnisse, die Misere in der Hochschulpolitik, die mangelnden städtebaulichen Maßnahmen – die zum Beispiel immer die Bodenspekulation blühen lassen – oder auch die fehlende Infrastruktur in neuen Wohnvierteln. Nach der Wahl bildeten sich auf der Basis der „Wählerinitiative“ zu diesen Themen Arbeitsgruppen, auf die ich noch zurückkommen werde.

Schon viele Jahre lang hatte jeder von uns bei politischen Diskussionen oder privaten Gesprächen die Frage nicht beantworten können: was kann ein „normaler“ Bürger tun, um seine Stimme hörbar und seinen Protest wirksam werden zu lassen. Als Studenten in Berlin waren wir an Demonstrationen beteiligt, wir hatten uns mit Leserbriefen in politische Auseinandersetzungen eingeschaltet in der

Hoffnung, meinungsbildend zu wirken. Wir hatten auch versucht, mit bekannten Politikern zu sprechen, wobei wir stets nur bis zum dritten Stellvertreter vordringen konnten. Sicher glaubte man – so sahen wir es jedenfalls – auf Ansichten verzichten zu können, hinter denen nicht mächtige Interessengruppen standen. Wir kannten jedenfalls die Resignation, die solchen Anläufen folgt. Und wir waren uns auch im klaren darüber, wie politisch gefährlich solche Resignation ist.

Unmittelbarer Anlaß zum Handeln wurde für uns die Wahlveranstaltung von *Günter Grass* in Erlangen. Viele hörten das erste Mal von einer „Sozialdemokratischen Wählerinitiative“. Hier sahen wir eine Möglichkeit, eine Mitbestimmung des einzelnen in angemessener Form zu erreichen und an einer „Demokratisierung“ der Gesellschaft mitzuwirken. Unsere erste und eindrucksvollste Erfahrung war die, daß viel mehr „unpolitische Bürger“ zu einer Mitarbeit bereit waren, als wir erwartet hatten und daß wir sogar nicht selten hörten: „Auf so einen Anstoß haben wir schon lange gewartet.“

Sicher entsprang diese Bereitschaft nicht so sehr einer hohen Einschätzung der Rolle des aktiven Bürgers als vielmehr der Hoffnung, mit einer öffentlich geäußerten Meinung doch etwas mehr zu einem Regierungswechsel in Bonn beizutragen. So waren auch viele an einer weiteren Mitarbeit nicht interessiert, nachdem dieses Ziel erreicht war. Aber dieses gemeinsame Ziel bewirkte bis zur Bundestagswahl Solidarisierung, die gemeinsames spontanes Handeln möglich machte.

Vielleicht sollte kurz etwas über die Struktur Erlangens gesagt werden. Von den 90 000 Einwohnern Erlangens beschäftigt die Firma Siemens ungefähr 15 000. Es sind vorwiegend hochqualifizierte Fachkräfte, da ein großer Teil der Siemens-Konzernverwaltung nach dem Krieg hierher verlegt wurde und Siemens hier ein großes Forschungszentrum aufgebaut hat. Ein weiterer Schwerpunkt der Stadt ist die

Universität mit ungefähr 10 000 Studenten. Kontakte, die über das Nötigste hinausgehen, bestehen zwischen Siemens und der Universität nicht. Wir mußten versuchen, an beide, Siemens und Universität, heranzukommen.

um überhaupt erst einmal mögliche Mitarbeiter herauszufinden, werteten wir ungefähr 3000 Fragebogen aus, die der SPD-Kandidat im Rahmen einer Meinungsumfrage vor der Wahl an Erlanger Haushalte verteilt hatte. Etwa zweihundert Adressen fanden wir auf diese Weise heraus. Diesen und circa fünfzig bekannten Erlangern schickten wir ein erstes Rundschreiben, in dem wir uns als unabhängige Bürger vorstellten, die keine Mitglieder der SPD seien und die nach dem Vorbild der „Sozialdemokratischen Wählerinitiative“ von Günter Grass, Günter Gaus, Prof. Sonthelmer und Prof. Jäckel auch in Erlangen eine Wählerinitiative zur Unterstützung der SPD und ihres Kandidaten bilden wollten. Drei Professoren der Universität hatten sich nach einem persönlichen Gespräch bereit erklärt, dieses Schreiben, das gleichzeitig die Einladung zu einer ersten größeren Zusammenkunft war, mit zu unterzeichnen. Damit war der Weg in die Universität geöffnet. Ähnlich gelang es, über persönliche Kontakte eine Verbindung zu Siemens herzustellen, die sich allerdings auf Angestellte der „mittleren Ebene“ beschränkte.

An dem erwähnten ersten Abend erläuterten der Bezirksvorstand und der SPD-Kandidat die Situation zu dieser und zu früheren Wahlen. Initiatoren der Münchner Wählerinitiative, unter anderen Samy Drechsel, der in Erlangen sehr beliebt ist, berichteten von ihren Münchner Aktionen. Von der Gründung der Wählerinitiative bis zur Bundestagswahl hatten wir noch genau vier Wochen Zeit.

Nachträglich sind alle, die mitgearbeitet haben, der Meinung, daß sich die kurze Zeit, die uns verblieb, positiv ausgewirkt hat, weil unter dem Zeitdruck die Begeisterung gar nicht nachlassen konnte und viel Nebensächliches, was sonst hochgespielt worden wäre, keine Bedeutung fand.

Neben öffentlichen Versammlungen, die am nächsten Tag von der Presse kommentiert wurden, und kleineren Treffen organisatorischer Art waren vor allem Aktionen, die auf die Initiative einzelner zurückzuführen waren, sehr erfolgreich. Manch einer nahm zum Beispiel einen Paken SPD-Informationsmaterial mit, wenn er am Sonntag mit der Familie aufs

Land fuhr. Ein anderer ließ Plaketten fürs Auto drucken mit der Aufschrift: „Wir wählen diesmal SPD!“ So erzielten wir auch Fernwirkung, die allerdings nicht nur positiv war, denn ich erinnere mich an Tegernseer Bauern, die uns und unser Auto deswegen recht massiv bedrohten.

Zwei Aktionen will ich besonders hervorheben, die eine, weil sie sehr wirkungsvoll war, die andere, weil sie total fehl schlug.

Am 15. September kam Bundeswirtschaftsminister Professor Karl Schiller zu einer Wahlveranstaltung der SPD nach Erlangen. Im Anschluß an die Veranstaltung fand ein Empfang der Wählerinitiative statt, bei dem Prof. Schiller im kleinen Kreis zu einem Gespräch bereit war. Zu diesem Empfang luden wir etwa 25 Herren aus dem Siemens-Vorstand und der Siemens-Verwaltung persönlich ein. Die Hälfte der Herren ließ telefonisch absagen, die andere Hälfte kam auch nicht. Heute würden sie wahrscheinlich kommen!

Den größten Überraschungseffekt erzielten die Großanzeigen im vielgelesenen „Erlanger Tageblatt“ (einer Lokalausgabe der „Nürnberger Nachrichten“). Wöchentlich einmal, in der Woche vor der Wahl zweimal, fanden die Erlanger in Ihrer Zeitung eine Anzeige: „Wir wählen diesmal SPD!“, die jedesmal von fünfzig bis siebzig verschiedenen Namen unterzeichnet war. Die Mitteilung: „Diese Anzeige wurde nicht von der SPD finanziert“ und: „Wir sind keine Mitglieder der SPD“ wurde jeder Anzeige hinzugefügt. Die letzte – eine Sammelanzeige – enthielt 275 Namen, darunter waren 14 Hochschulprofessoren, bekannte Geschäftsleute, Ärzte, Rechtsanwälte.

Dies erregte natürlich einlges Aufsehen und entfachte andernorts Unruhe. So erhielten wir anonyme Anrufe, ob das wirklich der und der sei, der da so schamlos für die SPD werbe, oder ob es sich nicht vielleicht doch nur um eine Namensverwechslung handele. Auch nicht sehr feine Beschimpfungen mußten wir uns von Anrufern gefallen lassen.

Nachdem das Ziel der „Wählerinitiative“ mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn erreicht und der Erlanger SPD-Bundestagskandidat gewählt war, mußten wir diskutieren, wie die Ankündigung, auch nach der Wahl mit der Partei und dem Abgeordneten im Gespräch zu bleiben, verwirklicht werden konnte. Denn der sicherlich auch sehr große Erfolg einer „Politisierung“ vieler vorher un-

interessierter Bürger, ihre Bereitschaft zum Widerspruch und zur Aktion, durfte nicht verspielt werden. Gerade die Möglichkeit, über den Akt des Wählens hinaus auch während der Legislaturperiode „mitbeteiligt“ zu sein, hatte ja vielen eine Mitarbeit in der „Wählerinitiative“ interessant gemacht.

Das erwies sich als äußerst schwierig! Sowohl für die Partei, die zum Gespräch bereit war und von sich aus manchen Anstoß zu Kontakten gab, als auch gerade für uns war diese Form einer Zusammenarbeit neu. Es wurde und wird uns bestätigt: demokratische Verhaltensweisen müssen geübt werden! Partei und „Wählerinitiative“ trafen sich nach der Wahl zu einigen Veranstaltungen. Einmal unter dem Motto „Rechenschaft über vier Monate SPD-FDP-Regierung“, ein andermal wurde über die Gesetzesvorlage zur Amnestie für Demonstrationsdelikte diskutiert. Auf Grund dieser Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die der Abgeordnete an Bundesjustizminister Jahn weiterleitete.

Aus den am Anfang schon erwähnten Themenkreisen bildeten sich Arbeitsgruppen. Eine Gruppe von Stadtplanern, Architekten und Volkswirten nahm die bevorstehenden Lesungen des Städtebauförderungsgesetzes zum Anlaß, eine Stellungnahme dazu zu erarbeiten, die Bundeswohnungsbauminister Lauritz Lauritzen übergeben wurde.

An Verbesserungsmöglichkeiten für Erlanger Kindergärten arbeitet, zusammen mit der SPD, eine weitere Gruppe. Das Ziel ist, die vorhandenen, mehr oder weniger guten Aufbewahrungsteilen einnervoll zu einem Ort der vorschulischen Erziehung umzuwandeln.

Bei einer Zusammenkunft zwischen den Arbeitsgruppen der „Wählerinitiative“ und dem Kreisvorstand der SPD wurde beschlossen, sogenannte Projektgruppen zu bilden, die aktuelle Probleme bearbeiten werden, so zum Beispiel im Augenblick Fragen zum außerordentlichen Bundesparteitag der SPD über Gesellschaftspolitik.

Diese Projektgruppen bestehen aus sechs bis zehn interessierten Mitgliedern der „Wählerinitiative“ und – was neu ist – aus einigen kompetenten SPD-Mitgliedern, die den entsprechenden Fragenkomplex kennen und sowohl sachlich als auch organisatorisch Hilfeleistung geben sollen.

Lange Zeit wurde darüber diskutiert, ob sich die „Wählerinitiative“ bei der Bayerischen

Landtagswahl im November wieder aktiv am Wahlkampf beteiligen solle, wobei die Furcht vor Verschleiß eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

Die Äußerungen von Franz Josef Strauß in Nürnberg waren schließlich eine Entscheidungshilfe. Wir haben in der Presse angekündigt, daß wir auf seine CSU als Ort einer „vaterländischen Sammelbewegung“ im September zu sprechen kommen werden.

Was man schwarz auf weiß besitzt...

Berichte der SPD-Bundestagsfraktion, der Landtagsfraktionen und Beschlüsse der Parteitage finden Sie in den Jahrbüchern der SPD:

SPD-Jahrbuch	1952/53	6,00 DM
SPD-Jahrbuch	1960/61	7,00 DM
SPD-Jahrbuch	1962/63	7,00 DM
SPD-Jahrbuch	1964/65	7,00 DM
SPD-Jahrbuch	1966/67	9,75 DM
SPD-Jahrbuch	1968/69	9,75 DM

Die SPD-Parteitagsprotokolle enthalten die wörtliche Wiedergabe der Parteitagsverhandlungen sowie die gefaßten Beschlüsse:

Parteitagsprotokoll Hannover 1960	11,00 DM
Parteitagsprotokoll Köln 1962	11,00 DM
Parteitagsprotokoll Karlsruhe 1964	15,00 DM
Parteitagsprotokoll Nürnberg 1968 (Ergänzungsband) *)	7,00 DM
Parteitagsprotokoll Bad Godesberg 1969	15,00 DM
Parteitagsprotokoll Saarbrücken 1970 (erscheint im Herbst)	ca. 20,00 DM

*) Dieser Ergänzungsband enthält alle Anträge und die Art ihrer Behandlung. Das Wortprotokoll der Verhandlungen ist vergriffen.

... und für den Kommunalpolitiker

„Geschäftsordnungslexikon für Gemeindevertreter“
von Stadtdirektor Max Henning, Oberhausen

9,80 DM

Alle Preise zuzüglich 1,- DM Versandkostenanteil

Bücher aus dem Vorwärts-Verlag

Bestellungen richten Sie bitte an: Neuer VORWÄRTS-Verlag,
53 Bonn-Bad Godesberg, Postfach 910

Dokumentation

Herbert Wehner

Nachdenkliches Gedenken an W. I. Lenin

Am 22. April 1970 jährte sich der Geburtstag W. I. Lenins zum hundertsten Mal. Die Gedanken Herbert Wehners aus diesem Anlaß, die im folgenden abgedruckt sind, erschienen zuerst in „osteuropa“, Heft 4/1970.

Wer einen Teil seines Lebens im Banne Lenins gelebt hat, der hat es schwer, über Lenin zu schreiben. Sofern er dem, was an Lenins Persönlichkeit groß war, seinen Respekt nicht nachträglich versagen will. Sofern er andererseits nicht zu den zahlreichen Interpreten Lenins gehören möchte, die nur an denen, die sich – seit seinem Tode im Besitze von mehr oder weniger Partei- und anderer Amtsgewalt – auf ihn berufen, Kritik üben, ohne diese auf Lenin selbst zu beziehen. Sofern er schließlich nicht eine Stellung beziehen will, von der aus Lenin als eine Art Verkörperung des Bösen dargestellt wird.

Im Vertrauen darauf, daß aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr von Lenins Geburtstag unübersehbar viele Publikationen erscheinen werden, die Lenins Leben und Wirken schwarz oder weiß darstellen und würdigen, ohne den Ehrgeiz, eine systematisch analysierende Darstellung des wahrscheinlich nachhaltigst wirksam gewordenen Revolutionärs bieten zu wollen, darf der Verfasser dieser Zeilen vielleicht doch annehmen, daß einige nachdenkliche Betrachtungen in der Flut der Lenin-Gedenkpublikationen nicht völlig sinnlos bleiben müssen. Deshalb seien sie gewagt und dem kritischen Leser überantwortet.

Im Oktober 1919 erschien die erste Auflage eines Buches, deren Verfasser N. Bucharin und E. Preobraschenski jahrelang zu den bekanntesten und wortgewaltigsten Verkündern der Revolutionstheorien Lenins gehört haben. Es trug den Titel „Das ABC des Kommunismus“ und sollte „das Elementar-Lehrbuch des kommunistischen Wissens“ sein. Die Notwendigkeit eines derartigen „Lehrbuchs“ wurde von den Verfassern damit begründet, daß „die alte marxistische Literatur, wie das ‚Erfurter Programm‘,

... offensichtlich nicht mehr zu gebrauchen“ sei und „Antworten auf neue Fragen . . . nur sehr schwer zu finden“ seien.

Bucharin und Preobraschenski schickten Ihrem Buch folgende Widmung voraus:

„Der stahlharten Verkörperung der Größe und Macht des Proletariats, seinem Heroismus, der Klarheit seines Klassenbewußtseins, seiner Todefeindschaft gegen den Kapitalismus, seinem mächtigen Drange zur Schaffung einer neuen Gesellschaft und der großen Kommunistischen Partei widmen wir dieses Buch.

Wir widmen es der Partei, die eine Millionenarmee befehligt, in den Schützengräben haust, einen ungeheuer großen Staat verwaltet, an ihren ‚Samstagen‘ Holz verladet, den Auferstehungstag der Menschheit vorbereitet. Wir widmen es der alten, in Kämpfen und Siegen gestählten Parteigarde und den jungen Sprößlingen der Partei, denen es beschieden ist, unser Werk zu Ende zu führen.

Den Kämpfern und Märtyrern der Partei, den an vielen Fronten Gefallenen, in den Gefängnissen zu Tode Gemarterten, an Foltern Gestorbenen, den von unseren Feinden für die Parteisache Gehängten und Erschossenen widmen wir dieses Buch.“

Etwa zwanzig Jahre danach konstatierte die „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“, die auf der Titelseite den Vermerk trug „Gebilligt vom ZK der KPdSU(B). 1938“, im Kapitel X „Die Partei der Bolschewiki im Kampfe für die sozialistische Industrialisierung des Landes (1926–1929)“ in dessen drittem Abschnitt „Die Offensive gegen das Kulakentum. Die parteifeindliche Bucharin-Rykov-Gruppe. Die Annahme des ersten Fünfjahrplanes. Der sozialistische Wettbewerb. Der Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung“:

„Im Kampfe für die sozialistische Industrialisierung des Landes überwand die Partei in den Jahren 1926–1929 ungeheure innere und internationale Schwierigkeiten. Die Anstrengungen der Partei und der Arbeiterklasse führten zum

Siege der Politik der sozialistischen Industrialisierung des Landes . . . Dieser Vormarsch auf dem Wege zum Sozialismus war von einer Verschärfung des Klassenkampfes innerhalb des Landes und von einer Verschärfung des innerparteilichen Kampfes begleitet. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Kampfes waren: die Unterdrückung des Widerstands des Kulakentums, die Entlarvung des trotzkistisch-snowjewistischen Kapitulantenblocks als eines antisowjetischen Blocks, die Entlarvung der rechten Kapitulantinnen als einer Kulakagentur, die Verjagung der Trotzkisten aus der Partei, die Kennzeichnung der Anschauungen der Trotzkisten und rechten Opportunisten als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU(B).

Die Trotzkisten, die von der bolschewistischen Partei ideologisch geschlagen wurden und jeden Boden in der Arbeiterklasse verloren, hörten auf, eine politische Strömung zu sein und wandelten sich in eine prinzipienlose Karrieristenclique politischer Gauner, in eine Bande politischer Doppelzüngler."

Bucharin und Preobraschenski, die ihr Buch „Das ABC des Kommunismus“ „der stahlharten Verkörperung der Größe und Macht des Proletariats, seinem Heroismus, der Klarheit seines Klassenbewußtseins, seiner Todsinnlichkeit gegen den Kapitalismus, seinem mächtigen Drange zur Schaffung einer neuen Gesellschaft und der großen Kommunistischen Partei“ gewidmet hatten und den „Kämpfern und Märtyrern der Partei . . . den Gehängten und Erschossenen“, waren inzwischen selbst erschossen worden, ohne allerdings zu den „Märtyrern der Partei“ gezählt werden zu dürfen. Sie zählten zu den Leuten, von denen der staatliche Ankläger, „der Staatsanwalt der UdSSR, Genosse Wyschinski“, in seinen Reden am Schluß der Prozesse, die ihnen gemacht wurden, sagte: „Dieser Prozeß zieht Bilanz des Kampfes dieser Leute gegen den Sowjetstaat und die Partei, dieser Leute, die den Kampf schon vor langem, noch zu Lebzeiten Lenins, unseres großen Lehrmeisters und Organisators des Sowjetstaates, begonnen haben; dieser Leute, die zu Lebzeiten Lenins gegen Lenin, nach dem Ableben Lenins gegen seinen genialen Schüler, den treuen Sachwalter des Leninschen Vermächnisses und den Fortführer seines Werks, Stalin, gekämpft haben.“

Sie wurden vom staatlichen Ankläger „verbohrt Hartnäckigkeit“, „schlangenhafter Kaltblütigkeit“, der „Verschlagenheit von Berufs-

verbrechern“, als „Banditen“ und ihr Verhalten als „diabolische Grenzenlosigkeit der Verbrechen“ bezichtigt. Der staatliche Ankläger liebte es, seine Anklagereden mit Fabeln zu würzen, in denen von Tieren die Rede ist. Dazu gehörte die Fabel Krylows „Der Löwe auf der Jagd“. In Wyschinskijs Anklage nahm sich das nach dem amtlichen Prozeßbericht so aus:

„In der Fabel wird erzählt, wie der Hund, der Löwe, der Wolf und der Fuchs miteinander ein Abkommen trafen — ‚einen Bund schließen‘, gemeinsam auf die Jagd zu gehen. Der Fuchs fing einen Hirsch, man schritt zur Teilung. Da sagte eine der ‚vertragschließenden Parteien‘: ‚Dieser Teil hier gehört mir nach dem Vertrag, dieser hier gehört unbestritten mir als Löwe, dieses ist mein Teil, weil ich der Stärkste bin, und wer von euch nach diesem Teil die Pfote ausstreckt, der kommt nicht lebendig davon.‘ Dieser ‚Bund‘ gleicht außerordentlich ihrem Abkommen, meine Herren Angeklagten, meine Herren Offiziere des deutschen und japanischen Faschismus! So ist es auch bei Ihnen herausgekommen, vielleicht nur mit dem Unterschied, daß in Ihrem Abkommen der Löwe in der Rolle eines Kettenhundes auftritt. Das ist der Grund, warum ich behaupte, daß wir überhaupt keine politische Partei vor uns haben, sondern eine Bande von Verbrechern, moralisch nichtswürdige, in moralischer Hinsicht verkommene Menschen, die Gewissen und Verstand verloren haben. . . .“

Der stereotype Schluß der Anklagerede: „Nicht ich allein klage an! Ich klage zusammen mit unserem ganzen Volke an, ich klage die niederträchtigsten Verbrecher an, die nur ein Strafmaß verdienen — die Erschießung, den Tod!“ Ob Lenin das gebilligt hätte?

Der staatliche Ankläger dozierte nach einem amtlichen Prozeßbericht wie folgt:

„Lenin hat die Unvermeidlichkeit eines so schmachvollen Endes vorausgesehen, zu dem die Angeklagten gelangt sind, zu dem jeder gelangen muß, der den Weg betritt, den sie betreten haben. In der auf Antrag Lenins angenommenen Resolution des X. Parteitages unserer Partei, die damals noch Kommunistische Partei Rußlands hieß, war eine drohende Warnung enthalten, daß derjenige, der unter dem Sowjetregime auf seiner Fraktionstätigkeit und auf seinen Irrtümern beharrt, unvermeidlich in das Lager der Feinde der Arbeiterklasse, in das Lager der Weißgardisten und Imperialisten abgleiten muß. Diese Herrschaften haben

durch alle ihre Handlungen die ganze Richtigkeit dieser geschichtlichen Voraussage bewiesen.“

Ob das eine willkürliche und gewalttätige Auslegung von Auffassungen Lenins gewesen ist, die sich gegen andere, aber nicht gegen die eigenen Parteigänger richten sollten? Ob Wyschinskijs Auslegungen Lenins auf das Konto des Stalin zugeschriebenen „Personenkults“ zu setzen waren, wie es nach dem Ende Stalins einer seiner Nachfolger — Chruschtschow — zu erklären versucht hatte?

Bucharin und Preobraschenskiĭ haben in ihrem eingangs erwähnten und zitierten Buch bei der Darlegung der von Lenin geprägten Grundauffassungen der Kommunistischen Partei unter anderem geschrieben:

„Der Klassenkampf baut sich auf den Interessengegensätzen zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat auf. Diese Gegensätze sind ebenso unversöhnlich wie die Gegensätze zwischen den Schafen und den Wölfen.“

Oder:

„Wenn man glaubt, daß die Revolution ohne Bürgerkrieg möglich sei, so ist es dasselbe, wie wenn man an die Möglichkeit einer ‚friedlichen‘ Revolution glauben würde. Diejenigen, die so denken . . . kehren von Marx zu den vorsintflutlichen Sozialisten zurück, die glaubten, daß es möglich sei, den Fabrikanten für die Arbeiterinteressen zu gewinnen. Das ist gerade so, wie wenn man glaubt, daß man den Tiger durch ‚Streichein‘ dazu bringen könnte, sich von Gras zu nähren und die Kälblein in Ruhe zu lassen.“

Tier-Vergleiche auch bei denen, die schließlich selbst unter unsäglichen Beschimpfungen mit Anleihen aus dem Tierreich ums Leben gebracht worden sind. Tier-Vergleiche, mit denen sie selbst drastisch die Gewichtigkeit ihrer Argumente gegen Demokratie und Sozialdemokratie betonen wollten. Sozial-Demokratie gleich „Sozial-Verräter“ auch bei Bucharin, dem später von den eigenen Genossen das Brandmal eines „Verräters“ aufgedrückt wurde, ehe er ums Leben gebracht worden ist.

Und Lenin?

In einem seiner berühmten Bücher, der Streitschrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, in dem er sich mit den nach dem Ersten Weltkrieg in einigen Ländern auftretenden und um sich greifenden ultralinken und extremistischen Spielarten von Kommunismus und Linksradikalismus befaßte und auseinandersetzte, hat Lenin in eindring-

licher Weise zum Beispiel den englischen Kommunisten, von denen er schrieb, es falle ihnen „jetzt oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur Gehör zu verschaffen“, nahegelegt:

„Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, daß ich auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen, so wird man mich gewiß anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament, warum die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (die durch das Aushängeschild der bürgerlichen ‚Demokratie‘ verdeckt wird), sondern ich werde auch erklären können, daß ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, wie der Strick den Gehängten stützt; daß eine Annäherung der Henderson an ihre eigene Regierung ebenso bewiesen wird, daß ich recht habe, und ebenso die Massen auf meine Seite bringen, ebenso den politischen Tod der Henderson und Snowden beschleunigen wird, wie das bei Ihren Gesinnungsgenossen in Rußland und in Deutschland der Fall war.“

Lenin war ganz im Banne der Vorstellungen, mit denen er die Sowjetrevolution in Rußland vorbereitet und zum Erfolg geführt hatte. Dem Einwand, daß die von ihm empfohlene Taktik „eine viel zu ‚schlaue‘ oder zu komplizierte Taktik“ sei, und „die Massen würden sie nicht verstehen, sie werde unsere Kräfte verzetteln, zeraplittern und uns hindern, diese Kräfte auf die Sowjetrevolution zu konzentrieren“, trat er mit der Antwort entgegen:

„Wälzt euren Doktrinarismus nicht auf die Massen ab! In Rußland ist das Kulturniveau der Massen gewiß nicht höher, sondern niedriger als in England. Und dennoch haben die Massen die Bolschewiki begriffen; und es hat den Bolschewiki nichts geschadet, sondern ihnen geholfen, daß sie am Vorabend der Sowjetrevolution, im September 1917, die Listen ihrer Kandidaten für das bürgerliche Parlament (für die Konstituierende Versammlung) aufstellten, und am Tage nach der Sowjetrevolution, im November 1917, an den Wahlen zur selben Konstituierenden Versammlung teilnahmen, die sie dann am 5. Januar 1918 auseinanderjagten.“

Einen anderen unterstützen, „wie der Strick den Gehängten stützt“, das ist, verbunden mit der „Unversöhnlichkeit“, einem in der Ausdrucksweise der Kommunisten fast aller Spielarten am häufigsten vorkommenden Begriff, die Me-

thode, mit der es immer wieder diejenigen zu tun bekommen, die sich „stützen“ lassen. Es war aber ein folgenschwerer Irrtum anzunehmen, diese gewalttätige Methode und die ihr zugrunde liegende „Unversöhnlichkeit“ richte sich „nur“ gegen „Klassenfeinde“ oder „Klassenverräter“. Wer „Feind“ und wer „Verräter“ und entsprechend zu behandeln ist, das bestimmt ja nicht irgendeine objektiv urteilende „Instanz“ oder Macht. Das bestimmt die „Partei“, und die Partei ist keineswegs identisch mit dem Willen von deren Mitgliedschaft, sondern sowohl „die Partei“ als auch „die Arbeiterklasse“ sind Begriffe, die keineswegs rechtlich oder soziologisch bestimmbar sind. Mit der Verwerfung der Demokratie als Lebensart und ihrer Unterwerfung unter die „Klassen“- und „Partei“-Interessen ist schließlich die kommunistische Partei selbst in ihrem Eigenleben und im Verhältnis ihrer Mitglieder sowohl zum Volk als auch zueinander selbst in die schwersten Nöte geraten, aus denen jeweils entweder Tugenden oder Krisen gemacht worden sind.

Aus der „Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze“ und dem „unversöhnlichen Kampf gegen den Staat als dem Machtinstrument der herrschenden, weil besitzenden, Klassen“ ist die Relativierung der Stellungnahme zu den Kriegen als Mittel der Politik (entsprechend der ideologischen Konstruktion vom „Klassen-Interesse“) und zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen geworden und abgeleitet. Die der Theorie, das heißt der Lehre, innewohnende Tendenz zur Totalität hat in *Stalins* Schmelzofen den „Leninismus“ und „Lenins Leninismus“ zum „Axiom“ werden lassen. *Stalins* Auslegung der Lehren *Lenins* wurde „Axiom“. Doch die Kommunisten der meisten Spielarten unterscheiden sich – bei all ihren Gegensätzen, die sie meist „unversöhnlich“ austragen – eben nicht voneinander in der „Unversöhnlichkeit“, in der sie ihre jeweilige *Lenin*-Auslegung gegen andere verfechten und durchzusetzen versuchen.

Im Kampf gegen faschistische Diktatur-Regimes und andere Diktaturen haben Kommunisten Wunder an persönlicher Tapferkeit und an Heroismus bis zur Selbstverleugnung gezeigt und zeigen sie an manchen Stellen noch. *Lenins* „Unbeugsamkeit“ und „Unversöhnlichkeit“ beflügelt sie, aber auch das, was sie „Haß gegen die Unterdrücker“ nennen. Solange sie die Unterstützung anderer Gruppen, Parteien oder Einzelpersonlichkeiten brauchen können, um aus

der Unterdrückung zur Gleichberechtigung als politische Partei zu gelangen, sind sie häufig aufopferungsvolle Weggefährten und Verbündete. Sobald sie Rechte haben wie andere Parteien auch, sind sie versucht, anderen diese Rechte streitig zu machen. Weil sie sich im Besitze der „objektiven Wahrheit“ wähnen und die meisten anderen lediglich als Stützen oder Handlanger des „Kapitalismus“ ansehen. Die schrecklichen Aderlässe, denen Kommunisten unter faschistischen Diktaturen und während der Kriegs- und Besetzungsverhältnisse in vielen Ländern ausgesetzt worden waren, haben zu ernstzunehmenden Versuchen der „Demokratisierung“ des Begriffs der „Diktatur des Proletariats“ und zur Humanisierung der politischen Auseinandersetzungen einschließlich einer anderen als der streng „klassen-ideologisch“ bestimmten Haltung zu Nation und religiösen Bereichen geführt. Aber die Lehre ist nach wie vor „stählern“. *Stalins* berühmte Schrift „Die Grundlagen des Leninismus“, aufgebaut auf Vorlesungen an der Swerdlow-Universität 1924, zeigt zwar die charakteristischen Züge der Handschrift *Stalins*, aber die Elemente sind unzweifelhaft *Lenins* vielen grundlegenden Schriften entnommen und entsprechen wohl dessen eigener Grundauffassung. Die Lehre von der „Partei“ beschreibt

1. Die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse.
2. Die Partei als organisierte Truppe der Arbeiterklasse.
3. Die Partei als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats.
4. Die Partei als Werkzeug der Diktatur des Proletariats.
5. Die Partei als Einheit des Willens ist unvereinbar mit der Existenz von Fraktionen.
6. Die Partei wird gestärkt durch ihre Reinigung von opportunistischen Elementen.

Es fehlt das demokratische Regulativ. Doch diejenigen, die sich damit beruhigt hatten, das gelte nur für eine „Übergangszeit“ und nur gegenüber den „klassenfremden Elementen“, haben inzwischen – und nicht nur in Rußland – erfahren müssen, daß es auch in der „Partei“ selbst fehlt oder nur sporadisch und kampagnemäßig für Zeit wieder in eine gewisse Ordnung gebracht wird oder worden ist.

Das menschliche Individuum ist leidtragend. Es ist nicht dagegen geschützt, wegen seiner Herkunft, seinen Neigungen, Bekanntschaften oder Verwandtschaften als „klassenfremd“ bis „klassenfeindlich“ klassifiziert und je nach

politischen Bedürfnissen des Staates oder seiner Organe entsprechend behandelt zu werden. Ungeachtet vieler sehr weitgehender und mitunter vorsorglicher Bestimmungen gegen Übergriffe von Behörden oder deren Vollzugspersonen. Unter bestimmten Verhältnissen geht das bis zur Auslöschung des menschlichen Individuums.

Die von *Lenin* inspirierte Partei wurde zu einem riesigen Machtapparat. Seine Angehörigen berufen sich auf *Lenin*. Sie bekennen sich zu ihm und studieren seine ungezählten Werke. Sie hören auch von seiner Liebe zum einfachen Menschen, und manches Beispiel wird ihnen geschildert. Aber sie ereifern sich über die richtige Auslegung der Lehren *Lenins*, und es gibt Zeiten, in denen sie einander mit *Lenins* Lehren in Schach zu halten oder auszuschalten versuchen und verstehen. Heute gilt es als ein bemerkenswerter Fortschritt, wenn Kommunisten dort, wo sie als Partei die Staatsmacht innehaben, einander bei Austragung ihrer Differenzen nicht mehr körperlich eliminieren.

Vieles, was in den mehr als fünfzig Jahren, in denen *Lenins* Partei die Geschichte der inzwischen zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewordenen Sowjetföderation bestimmte, geschehen ist, erklärt sich aus den besonderen Verhältnissen der Machtergreifung einer Kommunistischen Partei unter den spezifischen Bedingungen eines durch Krieg und Bürgerkrieg aufgewühlten Landes mit einer langjährigen und bis ziemlich vor dem Sturz nur sehr wenig konstitutionell gemilderten monarchischen Selbstherrschaft, unter der demokratische Parteien nur sehr kümmerliche Entfaltungsmöglichkeiten gehabt hatten. Nach einem Zwischenakt, in dem demokratische Parteien von der einzigen militärisch organisierten politischen Partei zermürbt, zerschlagen und überwunden wurden.

Lenins grundlegende Schriften „Was tun?“ und vor allem „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ sind zweifellos eigenständige geistige Leistungen, entstanden aus der politischen Trostlosigkeit des zaristischen Rußland. „Staat und Revolution“ und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ sind Schriften, die unzählige Köpfe inspiriert haben. Aber durch alle diese und die zahllosen anderen Schriften hindurch zieht sich immer wie ein roter Faden die These von der im Besitze der „objektiven Wahrheit“ befindlichen „Partei“, der fast alles erlaubt ist

und die alle und alles andere als „Material“ verwenden darf. Daß diese Partei im Kampf um die Macht zusammen mit anderen, die sie als Verbündete betrachtete, gegen andere Gewalten kämpfte und die gemeinsamen Lösungen zu gegebener Zeit so auslegte, daß zum Beispiel die gemeinsame Forderung nach der Einsetzung der Verfassungsgebenden Versammlung zwar ernstgemeint, aber von den Bolschewiki noch speziell so ausgelegt wurde, bevor sie wirklich zusammenträte, müsse entschieden sein, was dann von ihr nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte — das gehörte zur revolutionären Taktik. Aber ihre eigenen Mitglieder und Anhänger haben dann mehr oder weniger, früher oder später zu erleben gehabt, daß nach diesem Gesetz, nach dem sie angetreten sind, auch weiter verfahren und regiert wurde. *Swetlana Allilujewa*, *Stalins* Tochter, hat in ihrem Buch „Das erste Jahr“ auszudrücken versucht:

„Das Rußland der zwanziger Jahre verfügte über gebildete Marxisten in der Partei, gebildete Diplomaten, eine freie Kunst, eine freie ökonomische Politik (NEP), eine freie Bauernschaft. Rußland wollte sich europäisieren und die europäische Demokratie erlernen. Ich bin weit davon entfernt, die zwanziger Jahre im Gegensatz zu den dreißiger Jahren zu idealisieren, denn schon zur Zeit Lenins war einzig der Terror das Mittel, die Macht zu behalten. Schon damals erschoss man Menschen, vernichtete man die Partei der Sozialrevolutionäre, eine der am realistischsten denkenden Parteien im damaligen Rußland. Und damals schon legte Lenin das Fundament zu einem totalitären Regime. Doch in den zwanziger Jahren schloß sich das Land noch nicht völlig ab. Alles strebte danach, sich der Welt zu öffnen, von außen Zivilisation anzunehmen. Erst mit dem Beginn der ‚Epoche des Stalinismus‘ versank das Land in einen chauvinistischen ‚nationalen‘, ‚völkischen‘ Dünkel, und jeder ‚westliche Einfluß‘ wurde für verderblich und unheilbringend erklärt.“

Welchen mildernden Einfluß es hätte praktisch haben können, wenn andere sich weniger gegen dieses Rußland verschlossen und mehr mit seinen Problemen befaßt hätten, muß nach allem, was geschehen und insbesondere was ihm durch den Hitlerkrieg zugefügt worden ist, ungeklärt bleiben. Man sollte weder pharisäisch noch naiv sein, wenn man sich mit diesem Land befaßt.

Ob Rußland ohne *Lenin* nach dem Ersten Welt-

krieg sich zu einer einflußreichen Macht hätte entwickeln können, ist schwer zu beantworten. Daß es aber trotz *Lenin* durch schwerste innere und ihm von außen auferlegte Prüfungen hat gehen müssen, haben wir mit zu erleben gehabt. Dank des Weltmachtgleichgewichts ist manches, was sonst im Rückstoß zusätzlich zu den in Europa angerichteten Veränderungen hätte von Rußland ausgehen können, gemildert worden. Wie sich dieses riesige Land im nächsten halben Jahrhundert entwickeln und welche Entwicklungen es in seinem Einflußgebiet zulassen wird und kann, ist schwerlich vorauszusagen. Hundert Jahre nach *Lenins* Geburtstag berufen sich auf ihn sowohl *L. Breschnew* als auch *Mao* und *Castro*. Persönlichkeiten wie *W. Gomułka*, *J. Kádár*, *Husák*, *Tito*, *Ceausescu*, die teils Jahre in der ihnen von den eigenen Genossen zugefügten Haft, teils Jahre erregender Spannungen mit den Spitzenpersönlichkeiten der kommunistischen Zentralmacht in Moskau hinter sich haben, vertreten ihre eigene *Lenin*-Lesart. Bewunderer und Gegner wetteifern miteinander in der Würdigung des bedeutenden Sowjetrevolutionärs und Partei-Ideologen, der als Staatsmann schon 1924 aus dem Leben gerissen wurde.

Zu den erregenden Büchern des Jahres 1969 gehört der Augenzeugenbericht eines sowjetischen Beobachters, „Chinesische Kulturrevolution aus der Nähe“, von *A. Schelochowzew*, weil es in der den jüngeren studierenden Russen eigenen Art wiederzugeben versucht, was ein in der von *Lenin* begründeten Sowjetunion geborener und erzogener Sowjetbürger empfindet, wenn andere tun, was im „eigenen“ Land nur gegen „Klassenfeinde“ oder „ausländische Agenten“ denkbar sein soll.

Aber auch die Anhänger *Maos* berufen sich auf *Lenin*. Sogar auf *Stalin*, wenn's darum geht, die gegenwärtig in der UdSSR auf dem Platze *Lenins* residierenden Männer zu attackieren.

Die „Welt“ manipuliert

Kurt Hiller, der am 17. August 1970 seinen 85. Geburtstag feiern konnte, sandte am 10. Mai 1970 zusammen mit Horst Müller und Volker Mack einen Leserbrief an „Die Welt“, der zu einem zwei Tage zuvor in der „Welt“ erschienenen anderen Leserbrief Stellung nahm. „Die Neue Gesellschaft“ bringt im folgenden den vollen Wortlaut des Hillerschen Briefes. Der den Lesern der „Welt“ vorenthalte Teil ist hier durch Fettdruck hervorgehoben.

Kein Privileg eingeräumt

In der WELT vom 8. Mai veröffentlichten Sie einen mit „Wilhelm Lotze, Rechtsanwalt“ unterzeichneten Leserbrief („Dritte Welt verlangt ihr Recht“), worin es hieß:

„Man hat in München für den russischen Sozialisten *Lenin* an dessen Wohnhaus eine Plakette angebracht. Müßte man nun nicht auch folgerichtigerweise an dem Wohnhaus des österreichischen Sozialisten *Adolf Hitler* in München eine Gedenktafel anbringen?“

Die Unverschämtheit, *Lenin* und *A. Hitler* auf eine Stufe zu stellen, ist nicht der Grund unseres Schreibens. Wer solches tut, ohrfeigt sich vor aller Öffentlichkeit selber. Wir sind nicht Kommunisten, sondern freiheitliche Sozialisten, und stehen zu *Lenin* respektvoll-kritisch. Eben deshalb halten wir uns für befugt, mit Verachtung an jemand vorüberzugehen, der die Stirn hat, eine große und umstrittene Gestalt der Geschichte wie *Lenin* dem verworfensten Verbrecher der Neuzeit gleichzusetzen.

Der Grund, uns an Sie zu wenden, ist: Sie zu fragen, warum zwar die zwölf anderen Leserbriefe der Seite, alter Übung gemäß, den Wohnort des Absenders nennen, aber Herrn Lotze das Privileg eingeräumt wird, ihn zu verschweigen. Da man ein Versehen Ihrerseits gewiß ausschließen darf, muß doch wohl eine Bitte des Briefschreibers vorgelegen haben, die Sie erfüllten. Warum stellte er sie? Weil er sich für seinen Schuß einen Hinterhalt suchte, der ihn den Augen der Anständigen verbarg?

Dr. Kurt Hiller, Horst H. W. Müller, Volker Mack, für den Vorstand des Neosozialistischen Bundes, 2 Hamburg.

Leder war es doch ein Versehen: Herr Wilhelm Lotze wohnt in 477 Soest.

Die Redaktion (der „Welt“)

Zum Zeitgeschehen

Auf's Neue: Sicherheitskonferenz

In den kurzen Ansprachen, die der Außenminister der Sowjetunion, *Gromyko*, und Bundesaußenminister *Walter Scheel* nach der Paraphierung des deutsch-sowjetischen Abkommens hielten, erklärten beide übereinstimmend, der Vertrag würde dazu beitragen, die Sicherheit in Europa zu verstärken. In der Tat: Das Abkommen von Moskau erleichtert zweifellos die Diskussion, die nunmehr schon seit einigen Jahren über die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz geführt werden. Bekanntlich hatte Bundeskanzler *Willy Brandt* als Außenminister der Regierung der Großen Koalition den Gedanken einer solchen Konferenz im Prinzip begrüßt, aber sofort erklärt, eine solche Konferenz habe nur einen Sinn, wenn sie nicht zu einer Propagandaschau umgestaltet würde und wenn an ihr die USA und Kanada beteiligt seien. Im Mai dieses Jahres hat der Ministerrat der NATO den Staaten des Warschauer Paktes konkrete Vorschläge unterbreitet.

Wie weit die Sowjetunion und ihre Verbündeten bereit sind, auf diese Vorschläge einzugehen, ist dem „Memorandum“ der Warschauer Pakt-Mächte zu entnehmen, das „Neues Deutschland“ am 27. Juni 1970 veröffentlichte. Es greift den vorher stets abgelehnten NATO-Vorschlag auf, über Truppenreduzierungen zu verhandeln, zunächst allerdings nur über die Verminderung fremder Truppen. Ebenso werden auch erstmalig die USA und Kanada als Verhandlungspartner akzeptiert.

Das sind ohne Zweifel erste Schritte auf dem Weg zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz, wobei die Betonung auf erste liegt. Denn es sind einige Begleiterscheinungen nicht zu übersehen. Abgesehen davon, daß eine Europäische Sicherheitskonferenz nur dann einen Sinn haben könnte, wenn zuvor das Berlin-Problem durch einen Beitrag der Sowjetunion so gelöst wird, daß die Freiheit West-Berlins, seine gewachsenen Bindungen zur Bundesrepublik und die Zufahrtswege garantiert werden. Die Begleiterscheinungen betreffen bestimmte Aktivitäten europäischer kommunistischer Parteien, die an „Einheitsfront- und Volksfront-Manöver“ vergangener Zeit erinnern. Hinzu kommt, daß zum Beispiel die SED eine Begleitmusik zu den Bemühungen um Entspannung in Europa liefert, die sicher nicht dazu angetan ist, ernsthafte Bemühungen auf dem Wege zur Verstärkung der Sicherheit in Europa zu erleichtern.

Jeder macht sich lächerlich wie er kann: In den „Informationen“ Nr. 41 vom Mai 1970, wenige Tage vor Kassel, für die Funktionäre der SED, die zu der Begegnung in Erfurt Stellung nehmen, heißt es unter anderem: „In der Person des Genossen *Stoph* und des Bundeskanzlers *Brandt* standen sich Sozialismus und Imperialismus, unsere sozialistische Friedensstrategie und die revanchistische Strategie

der herrschenden Kreise der monopolkapitalistischen Bundesrepublik gegenüber.“

Es ist an der Zeit, daß im Interesse einer wirklichen Entspannung von kommunistischer Seite geklärt wird, was man wirklich will.

Schon 1954 hatte die Sowjetunion Verhandlungen über ein europäisches Sicherheitssystem angeboten. Auf dieses Angebot ist sie nicht mehr zurückgekommen, nachdem die Bundesrepublik ein Jahr später in die NATO aufgenommen worden war. Schon damals hatte sie die Kommunistischen Parteien und sympathisierende Organisationen angeboten, um dem Gedanken der europäischen Sicherheit eine breite Resonanz bei den Völkern zu verschaffen und damit einen Druck auf die Regierungen auszuüben.

Eine ähnliche Aufgabe hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihren Anhängern in Westeuropa auch in diesem Jahr gestellt. Bereits auf der Konferenz der Kommunistischen Parteien, die im Januar dieses Jahres in Moskau stattfand, wurde sichtbar, daß die KPdSU in Westeuropa eine Bewegung zur Förderung der Sicherheitskonferenz zu organisieren im Begriffe war. Gegen den Widerspruch einiger Reformer, zum Beispiel der italienischen Kommunisten, setzte sich die KPdSU auf dieser Konferenz mit der Forderung durch, daß die neue Bewegung volksfrontähnlich arbeiten solle, das heißt die Kommunistischen Parteien hatten sich im Hintergrund zu halten und Sympathisanten; möglichst mit angesehenen Namen, sollten auf der Bühne agieren. Diese Beschlüsse werden zur Zeit in der Bundesrepublik realisiert. Im Juli hat sich ein Vorbereitungskomitee gebildet. Für Oktober plant man einen Kongreß in der Frankfurter Paulskirche, zu dem, wie die Veranstalter hoffen, auch prominente Sozialdemokraten erscheinen werden. Diese Hoffnungen werden sich zwar als Illusionen erweisen, aber dennoch wird der Moskauer Plan in Szene gesetzt werden. Anfang 1971 eine Serie internationaler Konferenzen zu beginnen, eine Serie von Konferenzen nicht der europäischen Staaten, sondern dieser „Bewegung“.

Welcher Zweck mit dieser „Kampagne“ verfolgt wird, ist jedem klar, der das alte Volksfrontmodell nicht vergessen hat: Die „Bewegung“ soll breite Volksmassen mobilisieren oder wenigstens den Eindruck erwecken, sie seien mobilisiert. Beeindruckt werden sollen die Bundesregierung und die Regierungen anderer westeuropäischer Länder, damit sie eher auf die Forderungen der kommunistischen Politik eingehen. Klar sagte das der DKP-Vorsitzende *Bachmann* am 21. Juli in Duisburg, wo er an „alle Arbeiter und friedliebenden Bürger“ appellierte: „Fordert von der Bundesregierung, daß einem möglichen ersten Schritt zur Anerkennung der Realitäten weitere folgen: die Befürwortung der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Be-

reitschaft zur Teilnahme an einer Europäischen Sicherheitskonferenz.“

Das ist *Bachmanns* Meinung. Sie mag von der Ansicht geprägt sein, daß Verhandlungen, bei denen die DDR mitwirkt, ein Stück der Anerkennung selbst sind. Wer aber an der Erhöhung der Sicherheit interessiert ist – und wer würde das nicht sein –, muß der Sowjetunion sagen, das Begleiterscheitlungen, die einer kommunistischen Schaunummer gleichen, nicht geeignet sind, echte Verhandlungen über die europäische Sicherheit zu fördern. F. Sch.

Emilio Colombos schwieriges Amt

Gerade noch rechtzeitig zum traditionellen Ferienbeginn am Mittsommerstag „Ferragosto“ brachte der 50jährige Christdemokrat und neue Ministerpräsident *Emilio Colombo*, von Kammer und Senat bestätigt, Italiens 52. Nachkriegskabinett unter Dach und Fach. Während beim letzten Regierungdebakel im Frühjahr vier Versuche gestartet wurden, bis das neue und dann nur hundert Tage regierende Mitte-Links-Kabinett *Rumor* stand, genügte bei dieser Krise, der insgesamt vierten in dieser Legislaturperiode, bereits zwei Anläufe, bis sich unter dem ehemaligen Schatzminister *Colombo* eine neue Viererkoalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern zur Zusammenarbeit bereitfand. Die Schwierigkeiten sind zwar nicht kleiner geworden, doch diese Kombination ist und bleibt im Augenblick für Italien die einzig mögliche Formel, bei der eine demokratische Regierung auf eine Parlamentsmehrheit bauen kann.

Sieht man einmal davon ab, daß die Krisenmüdigkeit etwas größer geworden ist – daraus kann bei den Parteien, den Gewerkschaften und in der Bevölkerung stärkere Entschlossenheit im positiven wie im negativen Sinne erwachsen –, so geht die Regierung *Colombo* doch mit der Belastung durch jene ungelöste Frage ans Werk, die *Mariano Rumor* fünf Wochen vorher provokativ durch seinen Rücktritt lösen wollte, nämlich die Klärung des Verhältnisses der Koalitionsparteien zu den Kommunisten. Man erinnere sich: *Rumor* demissionierte, weil die Sozialisten in zwei der fünfzehn neu geschaffenen Regionen (in der Toskana und Umbrien) mit den Kommunisten Regierungsbündnisse beabsichtigten. Diese Koalitionen und noch eine weitere, gegen die sich vor allem auch die Sozialdemokraten stellten, wurden aber inzwischen, während der römischen Krise, verwirklicht. Mit dem Dokument *Colombos*, auf dessen Grundlage jetzt eine neuerliche Einigung zwischen den vier Parteien der linken Mitte erfolgte, ist aber das Verhältnis der Koalitionsparteien zur KPI genauso ungeklärt wie unter dem letzten Kabinett *Rumor*.

Damals versuchte man schon mit der sogenannten „Präambel Forlani“ die Klärung zu umgehen, für die nun *Colombo* den gleichen Kompromiß nur mit anderen Worten konzipierte: Volksfrontkoalitionen der Sozialisten mit den linksextremen Parteien in den italienischen Regionen, Provinzen und Gemeinden seien auch weiterhin mit dem Geist der Regierungskoalition in Rom „unvereinbar“. Wo künftig die Wahl eines Zusammengehens mit den Kommunisten oder einer „Centro-Sinistra-Formation“ möglich ist, sollen vorwiegend Mehrheiten der linken Mitte gebildet werden.

Früher hieß es lediglich „möglichst vorwiegend“. Im Verhältnis zu den Kommunisten, für viele politische Beobachter das entscheidende Problem der italienischen Innenpolitik, ist durch die Krise keine Lösung gefunden worden. Die Entschlossenheit der Sozialdemokraten, weiterhin für die Abgrenzung der Mehrheit gegenüber der KPI zu kämpfen, bestätigte das Parteiblatt „*Umanità*“ schon kurz nach der Regierungseubildung erneut. An dieser Entschlossenheit ist nicht zu zweifeln.

Diese Haltung findet zwar Sympathien beim rechten Flügel der *Democrazia Cristiana*, nicht aber beim linken. Nicht umsonst haben die Sozialisten und die linken *Democristiani* die Krise von vornherein als unverstänlich und ungerechtfertigt bezeichnet. Die divergierenden Strömungen innerhalb der DC haben sich jedenfalls mit *Rumors* Rücktritt noch verstärkt. Schon deshalb tritt *Emilio Colombo* kein leichtes Amt an.

Eine weitere Bürde entsteht ihm durch die kritische Wirtschaftssituation seines Landes. Zwölfmonatige, fast ununterbrochene Arbeitskämpfe und soziale Auseinandersetzungen haben der Wirtschaft Italiens weit mehr geschadet, als gemeinhin bekannt ist: es bestehen enorme Produktionsrückstände, Exportschwierigkeiten, eine defizitäre Handelsbilanz, schwere Schulden der öffentlichen Hand, Kapitalflucht und Inflationsgefahr. Mit *Colombo* hat die fähigste Persönlichkeit zur Bewältigung dieser Probleme das Ministerpräsidentenamts übernommen. Sein Regierungsprogramm stellt dementsprechend auch die Maßnahmen zur Lösung der Konjunkturschwierigkeiten in den Vordergrund. *Colombo* kann aber nur dann sein Land mit einer Steigerung der Produktivität – neben gezielten fiskalischen Maßnahmen das wichtigste Sanierungsprinzip – vor dem wirtschaftlichen Abstieg retten, wenn er der Solidarität der drei großen Gewerkschaften sicher sein kann, d. h. wenn sie ihm die Fortdauer des Arbeitsfriedens gewährleisten. Diese Frage ist aber noch offen.

Seinen guten Willen zur Zusammenarbeit bezeugte *Colombo* mit der Aufforderung zur Fortsetzung des Dialogs über Sozialreformen zwischen Regierung und Gewerkschaften, den sein Vorgänger *Rumor* gezwungenermaßen begann. *Colombo* ging sogar so weit, den Reformforderungen der Arbeitnehmerorganisationen im Wohnungsbau, Ver-

kehr- und Gesundheitswesen in seinem Regierungsprogramm Prioritäten einzuräumen. Allerdings bleibt die Frage, ob Colombo bei der angespannten Finanzlage Italiens dem dafür bereits geäußerten Dringlichkeitswunsch der Gewerkschaften auch wirklich schnell genug nachkommen kann. Colombo ist zwar kein Politiker mit großer Massenwirkung, aber sein Verhandlungsgeschick und sein europäisches Renommee als Wirtschaftsfachmann haben im Augenblick die Lage in Italien etwas entspannt. Doch das Verdienst, Retter des römischen „Centro-Sinistra“ zu sein, bietet nicht die Gewähr dafür, daß sich Italiens aufgeschobene Probleme von selbst lösen.

G. S.

Kabinettsumbesetzung in Polen

Da vor Polens Wirtschaft schwere Aufgaben stehen, mußten einige Kabinettsmitglieder ihre Ministerseessel verlassen. Sie wurden in den Ruhestand bzw., wie es hieß, „auf andere verantwortliche Stellen“, geschickt.

Von den sieben neuernannten Männern ist nur einer über fünfzig Jahre alt und nicht ein einziger ohne akademische Ausbildung. Nur einer hat kein ökonomisches oder technisches Studium absolviert. Diese personale Führungsverstärkung, die Premier Cyrankiewicz während der letzten Sejm-Sitzung angekündigt hatte, geht offensichtlich auf das Mai-Plenum des Zentralkomitees der PVAP zurück.

Auf diesem Plenum wurde nicht nur im allgemeinen über die andauernde Stagnation der polnischen Staatswirtschaft gesprochen, sondern auch konkret auf die große Zahl industrieller Großbetriebe hingewiesen, die mit Defizit arbeiten, auf die Selbstkostenpreise, die in den meisten Fällen unbekannt sind, auf die geringe Ausnutzung der Maschinen und sonstigen Ausrüstungen, auf die Zeitverschwendung infolge schlechter Organisation der Arbeit, auf den hohen Prozentsatz an Produktionsausschuß und vor allem auf die schlechte Qualität der Waren, für die man im Ausland keine Kunden findet.

All diese Schwächen sollen nun beseitigt werden. Denn es geht um den neuen Fünfjahresplan 1971 – 1975, der gegenwärtig ausgearbeitet wird. Durch eine Intensivierung der Produktion, durch Import moderner Technologie, durch mancherlei Änderungen im Verwaltungssystem und durch eine Reform des Finanzsystems sollen die Chancen für die Verwirklichung des neuen Planes vergrößert werden.

L. Sch.

Japans KP in den Fußstapfen der italienischen Kommunisten

Japans Kommunisten geraten mit ihrer sowjetischen Bruderpartei aneinander. Auf dem 11. Parteitag der KPJ, der nach vierjähriger Pause vom 1.–7. Juli in Tokio stattfand, weigerte sich der langjährige Generalsekretär Kenji Miyamoto, eine Grußbotschaft der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verlesen zu lassen mit der Begründung, sie sei nicht erbeten worden und im übrigen zu kompliziert.

Das war die Antwort auf herbe sowjetische Kritik an einer vom ZK der japanischen KP vorgelegten Resolution, deren Inhalt schon vor Eröffnung des Parteitages bekanntgegeben worden war. So hatte die Zeitschrift „Parteileben“, offizielles Organ der KPdSU, in einem Kommentar geschrieben: „Die Führer der japanischen Kommunistischen Partei haben beschlossen, ihre Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Parteien zu vertiefen.“ Man habe den Eindruck, als wollten sie den Parteitag zu einer Demonstration der Unabhängigkeit und Autonomie benutzen. „Solch ein Konzept – das einer ‚dritten Kraft‘ in der kommunistischen Bewegung – ist völlig unvereinbar mit dem Kampf für eine internationale Einheit des Kommunismus.“

Was die japanischen Kommunisten am Verhalten der Sowjets – und übrigens auch der Chinesen – unvereinbar fanden mit den Grundprinzipien des Kommunismus, das formulierten sie in der vom Parteitag später ohne Änderung verabschiedeten Resolution folgendermaßen: „Jede Partei sollte die Situation in ihrem eigenen Lande wissenschaftlich analysieren und Einmischungsversuche der kommunistischen Großmächte zurückweisen, die als selbsternannte Führer des Sozialismus die Ideologie und Politik ihrer eigenen Partei den Parteien anderer Länder aufzwingen wollen.“

Diese Kritik bezog sich im Falle der Sowjets auf den von der KPJ wiederholt verurteilten Einmarsch in die Tschechoslowakei, noch konkreter aber auf wiederaufgenommene Versuche der sowjetischen Botschaft in Tokio, die aus der Partei ausgeschlossene pro-sowjetische Shiga-Gruppe durch gezielte Förderung zu einer Konkurrenzpartei aufzubauen. Versuche, die der KPJ um so befremdlicher erscheinen mußten, als sie noch im Vorjahr eine KPdSU-Mission unter Suslow empfangen hatte, um die schwebenden Spannungen zwischen den japanischen und den sowjetischen Kommunisten zu beseitigen. Wie man jetzt weiß, ohne Erfolg.

Auch das Verhältnis zu Peking ist seit längerer Zeit getrübt. Hier geht es im Augenblick allerdings weniger um Einmischungsversuche von Mao-Anhängern in Japan – obwohl es auch die gegeben hat –, sondern um die hartnäckige Weigerung der Chinesen, wenigstens bei ihren Hilfsaktionen für Vietnam die anti-sowjetische Haltung zurückzustellen. Die KPJ versuchte seit Jahren über die Vietnam-Frage eine Überwindung des sowjetisch-chinesischen Führungs-

konflikts einzuleiten. Der Kampf gegen den gemeinsamen Gegner „US-Imperialismus“ soll dabei als Bindeglied dienen. Bisher hat es Peking jedoch abgelehnt, ein solches Ansinnen zu erwägen. Es hat vielmehr die Kommunistische Partei Japans wegen ihrer intransigenten Haltung in dieser Frage zu einem seiner vier Erzfeinde erklärt (neben dem Sowjet-Revisionismus, dem US-Imperialismus und der japanischen Regierung Sato).

Kenji Miyamoto, der Initiator dieses Kurses außenpolitischer Unabhängigkeit, läßt sich durch die Anfeindungen aus Moskau und Peking offensichtlich nicht müde machen. Wie zur Unterstreichung seiner Haltung wurden zum Parteitag nur Delegationen ähnlich denkender Bruderparteien eingeladen: nämlich aus Italien, Rumänien, Nordvietnam, Nordkorea und Australien.

Kenji Miyamoto, mehr denn je der starke Mann der KPJ (übrigens übernahm er den neugeschaffenen Posten des Vorsitzenden des Präsidiums des ZK und besetzte dieses entscheidende Parteigremium ausschließlich mit treuen Gefolgsleuten, darunter der 41jährige Erste Sekretär *Tetsuzo Fuwa*, der erst durch seinen Einzug ins japanische Unterhaus nach den letzten Parlamentswahlen in die vorderste Parteigarnitur aufgerückt ist). *Miyamoto* hat es diesmal jedoch nicht bei Bekundungen der Unabhängigkeit nach außen bewenden lassen. Vielmehr scheint er entschlossen, seine Partei durch einen betonten Reformkurs nach innen zu einem größeren Machtfaktor in der japanischen Politik auszubauen. Dazu gehört — offenbar in Anlehnung an den von *Togliatti* vorgezeichneten „italienischen Weg zum Sozialismus“ — ein erstaunlich eindeutiges Bekenntnis zum Parlamentarismus. So heißt es in der Parteitagresolution zu diesem Thema: „Die freie Betätigung jeder politischen Partei wird garantiert, es sei denn, die Partei versucht, das demokratische System mit Gewalt zu zerstören.“ Und weiter: „Jeder Partei, die bei Parlamentswahlen die Mehrheit gewinnt, wird es selbstverständlich gestattet, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.“

Da für die KPJ in dieser Hinsicht Auslecht besteht, ist der gleichzeitig erhobene Ruf nach einer „Koalitionsregierung aller demokratischen Kräfte“ nur konsequent. Erfahrungen sind bereits gesammelt worden: in Tokio und Koto regieren seit mehreren Jahren linke Gouverneure gestützt auf eine Koalition von Kommunisten und Sozialisten.

Ulbricht-Brief

Kurz vor der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages schickte der Staatsratsvorsitzende der DDR, *Walter Ulbricht*, an verschiedene Regierungschefs europäischer Länder einen Brief mit der Aufforderung, die veränderte politische Lage zu be-

denken. Als Frucht des Nachdenkens sollte die DDR anerkannt werden.

Der Zeitpunkt, zu dem er abgesandt wurde, verdient ein gewisses Interesse: Die Sowjetunion hat als Vorbedingung für den Abschluß eines Vertrages zwischen ihr und der Bundesrepublik nicht mehr die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verlangt. Die DDR-Regierung muß sich also in dieser Hinsicht um die Hoffnung getäuscht sehen, eine diplomatische Anerkennung durch die Bundesrepublik ohne jede Verhandlung und jedes Zugeständnis erreichen zu können.

Andererseits ist es denkbar unwahrscheinlich, daß die mit der Bundesrepublik verbündeten oder befreundeten Staaten Europas der Bundesregierung in den Rücken fallen werden bei ihrem Bemühen, auch mit der DDR zu einer friedlichen Einigung über das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu gelangen. Die friedliche Einigung setzt aber ernsthafte, von Polemiken freie Gespräche voraus.

Der Brief *Walter Ulbrichts* erscheint als ein letzter — untauglicher — Versuch, einem ernsthaften Gespräch zwischen den beiden deutschen Regierungen auszuweichen. Dem Zwang zur Entspannung in Europa, der vom deutsch-sowjetischen Vertrag ausgeht, wird sich auch auf die Dauer die DDR nicht entziehen können, worauf auch das Ergebnis des Moskauer Gipfeltreffens der Partei- und Regierungschefs der Warschauer Pakt-Staaten hindeutet. Die Wahrscheinlichkeit der Wiederaufnahme des innerdeutschen Dialogs ist gewachsen.

Die „Zwanzig Punkte“ *Willy Brandts* liegen noch immer auf dem gemeinsamen deutschen Tisch. Niemand, es sei denn, er verdrehe bewußt die Wahrheit, wird behaupten können, daß in ihnen nicht eine ernsthafte, auch von der DDR zu akzeptierende Verhandlungsgrundlage enthalten wäre. Dieser Bundesregierung wird niemand in Kenntnis der „Zwanzig Punkte“ von Kassel den ernsthaften Willen zur Verständigung auch mit der DDR bestreiten können. Es ist an der Regierung *Walter Ulbrichts*, ihren oft beschworenen Friedenswillen unter Beweis zu stellen.

H. Sch.

Kambodscha: Verfahrener Karren

Je älter der Krieg in Kambodscha wird, desto unähnlicher und paradoxer muß er erscheinen. Diejenigen, die ihn entzünden halfen, zogen sich falsch verrichteter Dinge wieder zurück. Das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollten, trat ein: Das Land, inzwischen zu zwei Dritteln von kommunistischen Guerillas kontrolliert, ist mehr denn je Nachschubbasis der Nordvietnamesen für den Krieg in Vietnam. Das durch einen Rechtsputsch installierte System, dem die bei solchen Gelegenheiten immer hilfreichen Amerikaner nach allen Regeln der Geheimdienst-Kunst zu einer schwindstüchtigen Existenz verhalfen,

let dem wirtschaftlichen und militärischen Bankrott näher als den proklamierten Zielen. Nicht allein der kambodschanischen Bevölkerung müssen diese Ziele angesichts von Nahrung, Hunger und Chaos pervers erscheinen; denn nur Zyniker können Freiheit und Demokratie mit solchen Mitteln zu schützen vorgeben.

Mit dem momentanen Dilemma verglichen herrschte zu *Sihanouks* Zeiten ein geradezu paradiesischer Zustand. Daß dieser Zustand unter anderem ein Ergebnis von Konzessionen an die Kommunisten war, macht ihn – zumindest für die Bevölkerung – nicht weniger wertvoll. Aber auch für die Amerikaner war – gemessen an der heutigen Situation – das „*Sihanouk-neutralistische*“ Kambodscha immer noch unproblematischer als das nun proamerikanische, das den Kriegschauplatz noch unkontrollierbarer macht und das Ansehen der USA in der Weltöffentlichkeit weiter herabsetzt.

Obwohl die Entwicklung vorauszusehen war, mögen *Nixon* und seine Berater sie nicht vorausgesehen haben oder zumindest der festen Zuversicht gewesen sein, daß sie nicht einträte. Aber das spielt im Nachhinein keine Rolle mehr. Es bleibt nur zu hoffen, daß – trotz des unentschuldbaren Abenteuerers in Kambodscha – der unselige Krieg in Südostasien friedlich beigelegt werden kann. Die Hoffnung ist um so größer, als allen Beteiligten durch das Beispiel Kambodscha einmal mehr bewiesen wurde, daß der Konflikt militärisch nicht „gelöst“ werden kann. D. B.

Putsch in Ecuador

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni 1970 war Ecuadors jüngster Versuch mit der Demokratie gescheitert, die 1967 verabschiedete 16. Verfassung vom Militär außer Kraft gesetzt, der Kongreß suspendiert. In der einhundertvierzigjährigen turbulenten Geschichte der Republik ein fast alltägliches Ereignis.

Nach einer Periode relativen Friedens und demokratischen Machtwechsels (1948 – 1960) folgte Anfang der sechziger Jahre der gewaltsame Regierungswechsel wieder fröhliche Urstände. So war Dr. *José María Velasco Ibarra* gerade ein Jahr im Amt, als er im November 1961 vom Militär gestürzt und ins Ausland abgeschoben wurde.

Das Militär hatte jedoch nur interveniert, um – für Ecuador typisch – den verfassungsmäßigen Vizepräsidenten *Carlos Julio Arosemena Monroy* zu inthronisieren. Erst als dieser sich gegenüber den Argumenten der Moskau-Kommunisten und der Castro-Anhänger allzu zugänglich zeigte, putschte das vereinte Militär 1963 erneut.

Aber auch die daraufhin eingesetzte Militär-Junta regierte nur knapp drei Jahre, und nach zwei wei-

teren Interimspräsidenten gelang *Velasco Ibarra* 1968 auf demokratischem Wege die Wiederwahl. Von seinen vorangegangenen Regierungen hatte *Velasco Ibarra* nur eine über die gesetzmäßige Wahlperiode von vier Jahren retten können. Man rechnete darum auch jetzt wieder mit einer abgekürzten Amtszeit. – Und gerade dieses Warten auf den möglichen Regierungsturz war es, das dem Land wachsende Schwierigkeiten brachte: die Unternehmer stellten Investitionen bis zum Zeitpunkt des erwarteten Regierungswechsels zurück, um dann von der neuen Regierung in der Regel konzidierte Steuererleichterungen auszunutzen. Der traditionell angespannte Staatshaushalt wurde dadurch weiter strapaziert. Staatsangestellte und Lehrer lagen mit ihren Gehältern zeitweilig zwei bis drei Monate zurück, und statt des Ausbaus der Universitäten forderte die Regierung einen *Numerus clausus*. Es kam zu teilweise blutigen Studentendemonstrationen, die sich zu regelrechten Straßenkämpfen entwickelten, als die Regierung in dieser Situation die Gehälter für das Militär erhöhte.

Im April 1970 wurde der Führer der größten Studentenorganisation FEUE (*Federación de Estudiantes Universitarios del Ecuador*), *Milton Reyes*, mit zertrümmertem Schädel und Stichwunden in einer Schlucht in der Nähe der Hauptstadt Quito aufgefunden. Die spätere ärztliche Untersuchung erbrachte, daß der Tote vorher mißhandelt worden war.

Die daraufhin einsetzenden Demonstrationen veranlaßten das Militär zu immer brutaleren Gegenschlägen. Zur Rechtfertigung wurden nach altem ecuadorianischem Vorbild Anschläge auf bekannte Persönlichkeiten fingiert und Morde „vorgetäuscht“. Ein in den Straßen tot aufgefundener und auf Mord herausgeputzter Polizist war nach ärztlichen Aussagen eines natürlichen Todes gestorben und erst nach dem Tod mit den Mordmerkmalen ausgestattet worden.

Das Militär, wahrscheinlich das in Quito stationierte Fallschirmjäger-Batallion, nutzte den gestellten Anlaß unmittelbar zum Gegenschlag und sprengte die Druckerei der Central-Universität in Quito in die Luft.

Mit dem Scherbenhaufen der innenpolitischen Situation und den nur zur Hälfte gedeckten Ausgaben seines Budgets vor Augen, versuchte *Velasco Ibarra* seine Regierung durch eine 100prozentige Zollerhöhung zu retten. Das Dekret wurde jedoch vor den Obersten Gerichtshof gebracht, und es galt als sicher, daß dieser das Dekret als verfassungswidrig ablehnen würde.

Zu diesem Zeitpunkt, am Freitag, dem 19. Juni, hatte auch die Auseinandersetzung zwischen Militär und Studenten ihren Höhepunkt erreicht. Auf einer Kundgebung in der Central-Universität rief der Rektor Dr. *Manuel Agustín Aguirre* die Studenten zum Kampf auf („*Vamos a luchar!*“).

Da bot Velasco Ibarra zur allgemeinen Überraschung seinen Rücktritt an. Nach der Verfassung wäre damit der Moskauerlehnende und als Kommunist verketzerte liberale Vizepräsident Zavala Baquerizo an die Macht gekommen. Allem Anschein nach wollte das Militär jedoch nicht den gleichen „Fehler“ wie 1961 machen. In der Nacht zum 22. Juni besetzten sie die Universitäten, den Kongreß und den Justizpalast, die Verfassung wurde außer Kraft gesetzt und mögliche und tatsächliche Gegner festgenommen.

Die dermaßen „bereinigte“ Szenerie offerierte der Verteidigungsminister und Neffe des Präsidenten, Jorge Acosta Velasco, dem rücktrittswilligen Velasco Ibarra und bat ihn, von nun mit Unterstützung des Militärs diktatorisch zu regieren. Der demokratisch gewählte Präsident akzeptierte. Offensichtlich nicht zum Nachteil des Landes: unmittelbar nach der Machtübernahme gewährte Großbritannien ein Darlehen von 205 200 Pfund Sterling, die Export-Import Bank ein Darlehen von 3 Millionen US-Dollar und die US-amerikanische Agency for International Development (AID) einen Kredit von 1,5 Millionen Dollar. mdr

achen Religionen sich den staatlichen oder privaten Maßnahmen zur Geburtenbegrenzung entgegenstellen will. In seinem Schlußwort nannte Willi Eichler dieses Ergebnis „sehr ermutigend“ und schlug als konkretes Thema für die Anschließkonferenz im kommenden Jahr Fragen der Umweltverpesterung und radioaktiven Verseuchung vor. Auf Anregung mehrerer Teilnehmer wurde außerdem beschlossen, für eine spätere Konferenz das Thema „Jugend- und Erziehungsprobleme“ vorzubereiten. G. H.

Internationales Forum über Familienplanung

Als zweites Internationales Forum der Reihe „Weltanschauung und Politik“ fand jetzt in Tokio, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, eine internationale Konferenz von 40 führenden Politikern, Gewerkschaftlern, Regierungsvertretern, Religionsführern, Wissenschaftlern und Journalisten aus neun asiatischen Ländern statt. Auf einer ähnlichen Veranstaltung vor zwei Jahren war versucht worden, die „ethischen und sozialen Forderungen der Weltreligionen für eine moderne Gesellschaft“ zu fixieren und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und den verschiedenen gesellschaftspolitischen Kräften bei der Verwirklichung dieser Forderungen zu suchen. Diesmal ging es um einen ganz konkreten und für alle Entwicklungsländer höchst bedeutsamen Anwendungsfall: Geburtenkontrolle und Familienplanung, die unter dem Thema behandelt wurden „Wie können die Weltreligionen uns helfen zu überleben?“

Initiator und Vorsitzender beider Konferenzen war Willi Eichler, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nicht ohne Befriedigung konnte er am Ende der einwöchigen Beratungen feststellen, daß auch in Asien eine Verständigung zwischen den religiösen und den weltlichen Gruppen möglich erscheint, selbst in der schwierigen Frage einer Kontrolle der Bevölkerungsexplosion. Denn es zeigte sich, daß zwar nicht jede Kirche bereit ist, Programme der Familienplanung offen zu unterstützen, daß jedoch keine der auf der Konferenz vertretenen großen asiati-

Leserbriefe

Bewußtsein

Erlauben Sie mir zur letzten Ihrer Fragen im Gespräch mit den Professoren *Leussink* und *Lohmar* („Die neue Gesellschaft“ 3/70, S. 315 f) einige Bemerkungen:

Herr *Leussink* meinte in seiner Antwort auf Ihre Frage nach dem Prozeß der Demokratisierung unter anderem, daß „*der Bildungsstand insgesamt einfach ein höheres Niveau erreichen*“ müsse. Das ist im Kontext der Antwort wohl als eine zentrale Bemerkung anzusehen. Das Wörtchen „einfach“ deutet aber die Konfusion an, in der sich auch so illustre Kreise der „Information“ gegenüber zu befinden scheinen. So „einfach“ ist es nun auch wieder nicht, wenngleich es bei „richtigem Bewußtsein“, was immer das auch sein mag, sehr „einfach“ werden kann, sich zu informieren.

Ein solches Bewußtsein ist meines Erachtens durch folgende Akzente gekennzeichnet: niemand ist (seit längerem) mehr in der Lage, sich selbst alle für einen Sachverhalt relevanten Informationen zu besorgen – auf Grund technischer Mängel und politischer Unzulänglichkeiten sind Informationen oft genug zum Zeitpunkt ihres Bekanntwerdens veraltet – um sich „richtig“ zu informieren, muß man wissen, was man braucht – dieses Wissen muß den Informationsstellen so vorgetragen werden, daß diese möglichst auf Anhieb verstanden haben, worum es jeweils geht.

Von diesem Komplex her wäre die eine oder andere Struktur „moderner“ politischer Bildungsarbeit anzulegen, wie Sie es dann in der folgenden Bemerkung antippten: man muß lernen, sich selbst und seine Wünsche hörbar und anhörens-wert zu artikulieren – man muß lernen, Wahrgenommenes menschen-nah, zeit-nah und problem-nah zu interpretieren – man muß den Mut haben, in den nahezu automatisch sich herstellenden Kommunikationsfeldern von möglichst vielen „Standpunkten“ her Ortungen dessen vorzunehmen, „was da eigentlich gemacht werden muß“. Je durchdringender (oder umfassender) die Perspektive, desto souveräner die Entscheidung – „einfacher“ bzw. einfach nicht im Probleme weg-schiebenden, sondern verdeutlichenden Sinn. Vielleicht war das in Ihrem Gespräch auch so gemeint, aber es war nicht so zu lesen.

Bernd Börger

„Anthropologisches“ zu „Kybernetik und Ideologie“

Peter Streichans Überlegungen zu einer sich selbst regulierenden pluralistischen Gesellschaft (siehe „Die Neue Gesellschaft“, Nr. 4/1970, S. 485 ff), die per se die „Würde des Menschen“ – ideologiefrei, versteht sich – sicherstellen werde, sind – soll man bohaft formulieren? – eine irrealer Utopie.

Er übersieht, daß der Begriff der „Würde des Menschen“ in verschiedenen Kulturen und Zeiten sehr verschieden interpretiert worden ist, ja, daß „gut“ und „böse“ wandelbare Begriffe darstellen.

Ich erinnere nur an „Gut ist, was dem Volke nützt“ der NS-Zeit und an „Die Partei hat immer recht“ bis ins SED-Zeitalter, um nur die jüngste Vergangenheit zu zitieren, gewißlich Menschenopfer bis in die heutige Zeit. Die Würde des Menschen, sein Recht auf Entfaltung nach seinen eigenen Wertvorstellungen – eben pluralistisch – endet freilich dort, wo dann eben dieses Recht gegenüber Mitmenschen verletzt würde.

Wer setzt die Maße? Die realen Kraftverhältnisse? Die Statistik? Wertfreiheit als „Ideologie“? Also doch Ideologie?

Ein Beispiel: Das reale Ziel, jedem lebenden Menschen eine ausreichende Ernährung zu sichern, auf die er zweifellos Anspruch hat, kann bei der wachsenden Weltbevölkerung durch mehrere verschiedene Regelungen erreicht werden:

- a) Die Nahrungsmittelproduktion wird erhöht.
- b) Krankheit infolge Hungers dezimiert die Bevölkerung ausreichend.
- c) Krieg und Massentötung führen zu ausreichender Ernährung der Überlebenden.
- d) Geburtenregelung.

Während a) nur begrenzt möglich ist, b) und c) vielen heute lebenden Mitteleuropäern „menschenunwürdig“ erscheinen, bietet sich also vernunftgemäß die Lösung d) an. Diese Entscheidung ist aber durchaus im Sinne *Streichans* „ideologisch“; denn sie verwirft b) und c) als „menschenunwürdig“. Andere Kulturen und Denksysteme könnten durchaus anders entscheiden: Sparta, das nur die Kräftigen überleben ließ, Indien etwa oder Frankreich (französ. Familien-gesetzgebung!) und schließlich US-Amerika, das im Namen der Freiheit tötet.

Mir scheint, hier wird auch *Peter Streichan* ohne Ideologie nicht auskommen können. Heißt seine Ideologie Vernunft? Woher bezieht er die Führungsgröße seines kybernetischen Systems?

Praktische schrittweise Reformen ja – aber doch wohl nicht ohne Zielvorstellung; und unsere Zielvorstellung „Menschenwürde“ bedeutet bereits eine Ideologie!

Ob Sicherheit des Individuums und Paradiesvorstellungen die alleinigen entscheidenden Antriebe des Menschen darstellen – zu berücksichtigende Utopien, wie *Streichan* zugibt –, ist auch in Frage zu stellen.

Wie ist es mit der Aggression, dem Machtstreben, von dem der Verhaltensforscher *Konrad Lorenz* so eindringlich zu berichten weiß, wie mit dem Trieb der Erhaltung der Art (als negative Erscheinung pervertiert zum Rassismus), die nicht nur „unvernünftige Ideologien“, sondern auch genetisch vorgegebene Voraussetzungen haben?

Hier werden bei *Streichan* in arger Weise die Hoffnung auf wissenschaftliche Erkenntnis, Information

und Demokratie (auch eine Utopie übrigens) vermengt mit Vorwürfen gegenüber „fiktiven Anthropologien“, die einfach andere Hoffnungen (Utopien) als Grundlage ihrer Ideologien haben.

Warum wehrt sich *Streichan* eigentlich so gegen eine (seine) Ideologie der Menschenwürde? Oder möchte er sie etwa im Wettstreit der pluralistischen Gesellschaft der tüchtigen Voraussetzungslosigkeit der Gesellschaftsmanager opfern, deren Computer statistisch berechnete Möglichkeiten offerieren werden? Vielleicht ist die Hiroshima-Bombe die billigste und im Sinne der Manager menschenwürdigste Lösung?

Sabine Hopmann

Warum aber die Attacke? Für die Bewältigung des gestellten Problems ist sie zweifelsohne nicht von Belang. Im Gegenteil: Sie berührt – so unqualifiziert – unangenehm, und sie lenkt ab. Sie lenkt ab vom Problem, das – wie sich bei der weiteren Lektüre des Artikels dann herausstellt – schließlich gar nicht so unprofilert durchdacht und dessen Bewältigung mit echten Alternativen angegangen wird.

Friedrich Schuh

Verwerfliche Methode

In Nr. 3/1970 der „Neuen Gesellschaft“ versuchte sich *Georg Neemann* an dem Thema „Die Gigantomachie der Technokraten und die Verantwortung des Politikers. Zur Konzentration wirtschaftlicher Macht – Versuch eines Umrisses“.

Zur kontrastreicheren Illumination der von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertretenen „Vorschläge für die Verwirklichung eines demokratischen und menschenwürdigen Gemeinwesens“ entwirft er zunächst von den „Technokraten“ und der „Neuen Linken“ ein möglichst düsteres Bild – wie ich meine, mit völlig unzulänglichen, nämlich demagogischen Mitteln.

Sehen wir einmal davon ab, daß die so beschworene Ideologie der „Technokraten“ als deklarierte Ideologie sicherlich nicht existiert, daß vielmehr hinter Deklarationen wie: „Unter geringsten Reibungsverlusten soll der größte Gewinn für das naturwissenschaftlich-technologische System selbst erzielt werden“ (diese Neemannsche Formel einmal in eines „Technokraten“ Mund gelegt) ganz konkrete – opportunistische, egoistische, machtpolitische – menschliche Bestrebungen stehen, denen also durchaus andere als die erklärten Motive zugrunde liegen. Sehen wir einmal davon ab, daß sich *Neemann* bei der reichlich pauschalen Etikettierung der „Neuen Linken“ in billigen, vor allem von der konservativen und Springerpresse kolportierten Klischees ergeht. – Die Methode an sich ist schon verwerflich: Ein fertiges – natürlich negatives – Urteil über unlieb-same Zeitgenossen mit dem eigenen, jetzt selbstverständlich mit einer Vielzahl von schlüssigen Argumenten gespickten Urteil zu konfrontieren.

Solcherart Überzeugungspraktik steht nicht in sozialdemokratischer Tradition. Die von der SPD betriebene Argumentation war stets und ist stark genug, sich mit anderen Auffassungen intellektuell auseinanderzusetzen. *Neemann* setzt sich nicht auseinander – zumindest nicht mit den Kritikern des wirtschaftlichen Konzentrationsprozesses auf der „Neuen Linken“. Warum nicht?

Der Beruf in der modernen Gesellschaft

von Hans-Jürgen Dahelm,
Verlag Klevenheuer & Witsch
Köln 1970, 328 S., brosch., DM 26,-

Die moderne Berufs- und Arbeitswelt zieht immer wieder Kritik aus den verschiedensten Lagern auf sich: Kämpft die traditionelle Kulturkritik gegen die Verflachung des Berufes zum bloßen Job, so wird neuerdings in neomarxistischen Ansätzen die noch weiter gesteigerte Entfremdung des arbeitenden Menschen in der durchrationalisierten Leistungsgesellschaft angeklagt. Ohne Zweifel stellt das moderne Berufsleben vielfältige soziale und kulturelle Probleme, die endlich richtig erkannt werden müssen, um sie vorausschauend politisch lösen zu können.

Die Untersuchung von Dahelm gibt wichtige Aufschlüsse über diese Fragen, indem sie eine nützliche Bestandsaufnahme der Berufsstrukturen in den westlichen Industriegesellschaften vornimmt. Der Vorteil dieses heute stark bekämpften methodischen Verfahrens liegt klar in der Möglichkeit, auf der Grundlage einer solchen Zustandsanalyse Konsequenzen für erforderliche politische Lösungen ableiten zu können. Dahelms Ansatz einer Berufssoziologie versucht konsequent, das berufliche Handeln im Rahmen der modernen Gesellschaft zu analysieren. Die fortgeschrittenen Industriegesellschaften werden als Sozialsysteme verstanden, die strukturell und funktionell vielfältig in Teilbereiche und auf diese bezogene soziale Verhaltensweisen untergliedert sind. Ihr Hauptkennzeichen ist die vorrangige Bedeutung des wirtschaftlichen Teilsystems der Gesellschaft und einer damit zusammenhängenden Werthaltung, die rationelles, wissenschaftliches Denken auf alle gesellschaftlichen Bereiche anwendet.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis des großen Umbruchs von der agrarischen zur industriell bestimmten Gesellschaft mit der Trennung von Familie und Beruf, von Wohnstätte und Berufstätte. Die komplizierten Zusammenhänge der Arbeitsteilung in der Industriegesellschaft haben die Idylle von der Erarbeitung des Lebensunterhaltes im Familienkreis hinter sich gelassen, weil sie die Berufstätigkeit zur Leistung jeweils spezieller Arbeitsfunktionen umgewandelt haben. Wenn in einem differenzierten Sozialsystem die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft nur mit komplexem Wissen oder komplexer Technologie erfüllt werden können, dann werden die Anforderungen an das Wissen und die Leistung des einzelnen zunehmend spezialisierter. Infolge dieser Rationalisierung der Arbeitsprozesse wächst die Zahl der Berufspositionen, da immer weitere Teilfunktionen einer Tätigkeit zu einem neuen Berufsbild ausgegliedert werden.

Mit der Vermehrung der Berufspositionen geht ein

Prozeß zur Professionalisierung einher, dessen Grund in der zunehmenden Komplexität der bei einer Tätigkeit angewendeten Technologie liegt. So wird etwa, um mit diesem Beispiel zu beginnen, der Parlamentarier notwendig immer mehr zum *Berufspolitiker*; so spezialisiert sich etwa aus dem Elektrikerberuf der des Fernsehtechnikers, zu dessen Ausübung ein besonderes Fachwissen erforderlich wird. Diese Professionalisierung der Berufe kann jedoch auch zu Auswüchsen führen, die Dahelm am Beispiel der Drogisten verdeutlicht. Zunächst durchweg approbierte Apotheker, denen eine normale Niederlassung verwehrt wurde, organisierten sie sich in einem gesonderten Berufsverband, der über ein Fachschulwesen eine strenge Berufsqualifikation festlegte, um den Ausbildungsstand der ersten Drogistengeneration zu erhalten, obwohl er für die tatsächliche Tätigkeit nicht erforderlich ist. An diesem Beispiel ist zugleich die Bedeutung der Berufsorganisationen für die Qualifizierung von spezialisierten Berufspositionen zu Professionen sichtbar geworden, durch die ja vor allem auch der Zugang zu Berufen nach Vor- und Ausbildungswegen gesteuert wird.

In diesem Zusammenhang bekommt die Veränderung der Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer durch die Automatisierung ihre besondere Bedeutung. Es wird festgestellt, daß voraussichtlich mit zunehmender Mechanisierung die Positionen angelegener Arbeiter ersetzt werden durch Arbeiterpositionen mit technischem Wissen und hoher geistiger Belastbarkeit, daß aber Fertigungsvollzüge unterschiedlichen Mechanisierungsgrades gleichzeitig nebeneinander stehen werden. Demnach wird neben dem geringeren Bedarf an angelegten Arbeitskräften zur Bedienung der automatisierten Produktion ein zunehmender Bedarf qualifizierter „Kontrolltechniker“ für Installation, Wartung und Reparatur der Automaten und Teilautomaten stehen. All diese Überlegungen zur Berufsstruktur der modernen industriellen Gesellschaft zeigen, welche außerordentliche Bedeutung dem Schulwesen – das nicht mehr schichttypische Bildungsinstitution bleiben darf – und dem Berufsschulwesen – das sich nicht länger nur an den traditionellen Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren kann – für die weitere gesellschaftliche Entwicklung zukommt. Diese Analyse des Berufs in der modernen Gesellschaft macht seinen vorrangigen Stellenwert für die gegenwärtige Bildungs- und Sozialpolitik deutlich.

W. S.

Die befreite Gesellschaft

von Jean-Jacques Servan-Schreiber
Verlag Hoffmann und Campe
Hamburg 1970, 307 S., Leinen, DM 24,-

In „Die amerikanische Herausforderung“ hatte Servan-Schreiber das Gespenst einer Herrschaft

der USA über die europäischen Länder beschworen. In seinem neuen Buch zeigt er, wie dieser Drohung begegnet werden kann. Er bietet — wie schon der Titel sagt — nicht ein ökonomisches, sondern ein politisches Konzept an. Aus der Einsicht, daß die Wirtschaft im Begriff ist, sich den Menschen und die Gesellschaft zu unterwerfen, kommt der Autor zu der These: „... den Menschen von der Wirtschaft zu befreien, das wird die Aufgabe einer Generation sein, der unartigen.“ *Servan-Schreiber* lehnt die Ansicht ab, der wirtschaftliche „Fortschritt“, die ökonomischen Gesetze, zögen unvermeidbare Folgerungen nach sich. Solange höchster Zweck des Wirtschaftens der Ertrag, der Profit sei, bestehe die Gefahr, daß der Mensch zu einem Produktionsfaktor herabgestuft werde.

Welches Mittel sieht der Autor als geeignet an, dieser Entwicklung zu begegnen? Er ist kein *Rousseau*, der mit seiner Devise „zurück zur Natur“ empfohlen hatte, die Bedürfnisse zu beschränken. *Servan-Schreibers* Ziel ist es, das wirtschaftliche Wachstum zu fördern, um eine Erhöhung des Lebensstandards zu gewährleisten. Den Menschen aber will er von den Gesetzen der Rentabilität ausnehmen, er will ihn vom ökonomischen Zwang befreien.

Das klingt so wie: Wasch' mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Der Autor aber läßt sich davon nicht anfechten. Er stellt diese Aufgabe dem politischen Menschen, und er nennt auch Mittel, sie zu lösen. Den Weg des *Marxismus-Kommunismus* sieht *Servan-Schreiber* — obwohl er Radikal-„Sozialist“ ist — als ungangbar an. Das wirtschaftliche Wachstum, die ungeheure Steigerung des Lebensstandards auch der Arbeiterschaft, widerlegt die Verelendungstheorie, einen der Pfeiler der *Marx'schen* Lehre von der Revolution des Proletariats. Die Erfahrungen von 50 Jahren Produzierens in der Sowjetunion und von Jahrzehnten „sozialistischen“ Aufbaus in Osteuropa veranlassen den Autor, *Ota Sike* These zu übernehmen: „Dieses (das kommunistische) System ist unfähig, die Entwicklung der Produktion zu einem Leistungsmaximum zu bringen, ihre Qualität zu fördern...“.

Aber auch die sogenannte freie Marktwirtschaft hat in des Autors Augen nur den Wert eines Instruments, weil sie leistungsfähiger als jedes andere ist. Dieses System will er benutzen. Er meint aber, die Beziehungen zwischen Mensch und Wirtschaft müßten verändert werden, damit der Mensch der „Brutalität“ der wirtschaftlichen Gesetze entzogen werde. Zu diesem Zweck empfiehlt *Servan-Schreiber* folgende Reformen:

1. Trennung der politischen Gewalt von der wirtschaftlichen,
2. Schaffung sozialer Gleichheit durch eine in früher Kindheit beginnende „Grunderziehung“.
3. Abschaffung des Erbrechts an Produktionsmitteln,
4. Neuverteilung der öffentlichen Gewalt, und

zwar sowohl im Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden als auch in der Beziehung zwischen den Nationalstaaten, wobei der Autor leidenschaftlich für die Vereinigten Staaten von Europa eintritt. Auch die Probleme hat der Autor erkannt, die sich aus der Bildung übernationaler Wirtschaftsunternehmen ergeben, und zwar Probleme für die Nationalstaaten als auch für die „nationalen“ Gewerkschaften.

Die Gedanken des Autors sind hochfliegend, und jeder weiß: edle Gedanken zu fassen, ist leichter als sie durchzusetzen. Diese Einsicht trifft auf die Lage des Autors in besonderem Maße zu: Seit kurzem hat er erst einen Sitz im Parlament inne. Seine Reformen durchzusetzen, würde ihm selbst dann schwer fallen, wenn er dort eine regierungsfähige Mehrheit hätte. Die Qualität seiner Einsichten wird dadurch freilich nicht berührt. Nicht alles, was er empfiehlt, scheint in der deutschen Situation anwendbar. Manches aber bedarf ernster Prüfung. Die Empfehlung zum Beispiel, die soziale Ungleichheit durch eine bei den Zweijährigen beginnende Grunderziehung zu überwinden, ist sehr bemerkenswert. Durch frühen Beginn der Erziehung könnten sicher Fortschritte zur Überwindung der sozialen Ungleichheit erzielt werden. *Freuds* Lehren, nach denen in frühester Kindheit Eindrücke empfangen werden, die das Bild der Persönlichkeit bestimmen, scheinen das zu bestätigen. Wenn solche Versuche gemacht würden, dann gelänge es vielleicht, zum Nutzen der Menschen einige der Schranken zu überwinden, die heute auf unabänderliche „Erbanlagen“ zurückgeführt werden.

Der Gedanke, das Erbrecht an Produktionsmitteln — nicht die Vererblichkeit anderer Werte — abzuschaffen, ist sehr interessant. Er begegnet sich mit dem in unserem Lande diskutierten Vorschlag, bei großen Vermögen die Erbschaftsteuersätze drastisch zu erhöhen. Beide Vorschriften wären geeignet, die Demokratisierung der wirtschaftlichen Macht voranzutreiben. Sie würden auch dazu dienen, die Ungleichheit der Startbedingungen für die Kinder einer Generation zu mildern. Es ist immerhin tröstlich, daß nach den Artikeln 14 und 15 unserer Verfassung das Erbrecht an Produktionsmitteln durch einfaches Gesetz aufgehoben werden könnte. Der Widerstand gegen eine solche Regelung wäre dennoch ungeheuer, im konservativen Frankreich womöglich noch größer als in der Bundesrepublik.

Unser Land wird vom Autor häufig mit Hochachtung genannt. Ja, er stellt die Bundesrepublik sogar als Vorbild für Frankreich hin. Auf manchen Gebieten der Wirtschaft mag ein solcher Vergleich zwar angemessen sein. Leider kann man sich aber nicht in der Hoffnung wiegen, die Bundesrepublik sei den großen Zielen, die *Servan-Schreiber* aufstellt, näher als die Franzosen. Vielleicht haben hier einige Leute mehr als in Frankreich begriffen, in welche Richtung die Reformen gehen müssen.

Das ist aber keineswegs die Mehrheit der Deutschen. Und noch kann man nicht sicher sein, ob die Reformen überhaupt zu verwirklichen sind, die *Seyran-Schreiber* vorschlägt. Ein Urteil über die Einsicht der Zeitgenossen berechtigt zu keinerlei Optimismus. Wenn man sich aber vorstellt, wie sehr die Lage der arbeitenden Menschen in den letzten hundert Jahren durch Reformen verbessert worden ist, dann darf man doch einen Silberstreifen am fernen Horizont der Ziele des Autors erblicken.

F. Sch.

Civitas

Band VII – Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung
Pesch-Haus Verlag
Mannheim-Ludwigshafen 1968, 240 S., Leinen,
DM 29,50

Band VIII – Jahrbuch für Sozialwissenschaften
Pesch-Haus Verlag
Mannheim-Ludwigshafen 1969, 296 S., Leinen,
DM 29,50

Vor zwei Jahren sind an dieser Stelle (NG 3/68) die Bände III bis VI des Jahrbuches der Mannheimer Jesuiten unter der Charakterisierung „Vom Ordnungsdenken zur Wirklichkeit“ vorgestellt worden. Die schon damals deutliche Tendenz der Jahrbücher, von den Reflexionen über die „christliche Gesellschaftsordnung“ zum allgemeinen sozialwissenschaftlichen Denken der Gegenwart vorzustoßen, hat sich in den letzten Bänden fortgesetzt und in der Änderung des Untertitels in Band VIII seinen besonderen Ausdruck gefunden.

Nur noch vereinzelt wird das „Christliche“, das „Katholische“ thematisch, aber auch dann nur, um mit *Philipp Harder-Dorneich* („Christliche Gesellschaftslehre im Zeitalter des Pluralismus“, VII/9) festzustellen: „Heute zeigt sich, daß im gesellschaftlichen Raum auch für den Katholiken im wesentlichen alles offen ist.“ Und in einem historisch gut dokumentierten Beitrag über „Die Staatslehre der katholischen Kirche nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil“ kommt *Dieter Grimm* zu dem Schluß, daß „die Bedeutung der politischen Überlegungen des Konzils vornehmlich in der Rezeption anderwärts begründeter Traditionen“ liege (VIII/30). Der Fortschritt, den das Konzil innerhalb der katholischen Staatslehre bewirkt hat, habe die weltliche Staatslehre nicht bereichern können. „Der Rückstand der Kirche war dafür zu groß.“

So wendet sich denn auch „Civitas“ ziemlich entschlossen von der traditionellen christ-ideologischen Fragestellung ab und untersucht Probleme der Entwicklungsländer, Fragen der Hochschulpolitik, der Wahlrechtsreform und Aspekte des

Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Die großen Namen des Herausgeberkreises, die zugleich für bestimmte Positionen und Fragestellungen stehen – *O. von Nell-Breuning*, *Kardinal J. Höffner*, *Paul Mikat* und andere –, sind im Autorenkreis nicht mehr zu finden. An ihre Stelle sind die Namen jüngerer Wissenschaftler getreten, deren Beiträge die Rezeption der modernen, meist angelsächsischen Forschung erkennen lassen.

Dies gilt für *Hans Peter Heneckas* Aufsatz „Sozialer Konflikt und soziologische Theorie“ ebenso wie für *Franz Nuschelers* Beitrag „Theorien zur politischen Entwicklung“ (VIII/48 und VIII/67). *Nuscheler* stellt in seinem Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme der vielfältigen Theoriebildungen zur Entwicklungspolitik die amerikanischen Diskussionen in den Mittelpunkt, „weil sie sich mehr als die europäischen entwicklungspolitischen Wissenschaften um eine theoretische Synthese des umfangreichen empirischen Materials bemühen“ (VIII/67). Es gelingt ihm, auf 36 Seiten die Elemente des vi-dimensionalen Prozesses von Entwicklung, Nation building, Ideologiefunktion, politischer Infrastruktur, Parteienproblematik und andere darzustellen, seinen Rapport quellenkritisch zu sichern und zu systematisieren. Er widerlegt damit für seine Person die von ihm eingangs aufgestellte Behauptung, daß sich die deutsche Politische Wissenschaft „bisher nur am Rande mit den politischen Problemen der Dritten Welt beschäftigt hat“ und es ihr „kaum gelungen (ist), den internationalen Diskussionsstand nur zu rezipieren“.

Eif meist amerikanische Publikationen zu einem besonders aktuellen Gegenstand der Auseinandersetzungen in der Dritten Welt rezensiert sehr eingehend *Peter Molt* unter dem Titel „Lateinamerika – Kontinent der Enttäuschungen“ (VIII/245 ff.) und setzt damit einen Literaturbericht zum gleichen Thema in „Civitas“ III/1964 fort. Genau und überlegt ist die kritische Bilanz zur „Sozialpolitik der V. Legislaturperiode“, die der Leiter des Sozialreferats im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, *Paul Becher*, zieht (VIII/223).

Unter dem Titel „Sozialrechte und Freiheitsrechte“ geht *Annette Kuhn*, der wir auch eine wichtige Publikation mit dem Thema „Die Kirche im Ringen mit dem Sozialismus 1803 bis 1848“ (München 1965) verdanken, der Frage nach, ob wir nicht die Vorzüge unserer Sozialstaatlichkeit mit dem Preis unserer Freiheit erkaufen. Sie kommt nach einem sehr beweiskräftigen Exkurs durch die Geschichte nach der Französischen Revolution und der jüngeren deutschen Geschichte zu der Aussage: „Als Grundlage einer neuen Daseinsordnung sind die Sozialrechte vielmehr Anlaß zur Neuorientierung und zur Neubegründung unserer entleerten Idee der Freiheit“ (VII/78).

Dokumentarisch und kritisch bleibt die neue „Civitas“ auch da, wo sie sich weiter mit inner-

katholischen Problemen beschäftigt. Von großem Informationswert ist hier die Abhandlung von *Karl Heinz Grenner* „Die deutschen Katholikentage – Entwicklung ihrer Ziele und organisatorischen Struktur“ (VIII/104). Es bleibt nicht viel von dem Eindruck dieser acht so stolzen Tradition der deutschen Katholiken übrig, wenn man diesen Beitrag gelesen hat, der nun wenigstens für die Zukunft fordert, daß Katholikentage „der Meinungsbildung im deutschen Katholizismus“ dienen müßten (VIII/124) – und nicht der Manipulation oder der Kultivierung der Vereinsmeierei.

Dokumentarisch und kritisch – das sind die Merkmale eines Jahrbuchs der sozialwissenschaftlichen Forschung, der es seine Spalten weit geöffnet hat.

W. K.

Das politische System Japans

von Paul Kevenhörster

Westdeutscher Verlag

Köln und Opladen 1969, 330 S., kart., DM 29,-

100 Millionen Außenseiter

Die neue Weltmacht Japan

von Hans Wilhelm Vahlefeld

Econ Verlag

Düsseldorf 1969, 335 S., Leinen, DM 22,-

Der Aufstieg Japans zur drittgrößten Industriemation folgte belnahe unmittelbar auf die Olympischen Sommerspiele in Tokio. Beldes hat auch in Westeuropa das Interesse wieder auf ein Land gelenkt, das durch seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg vorübergehend aus der Weltpolitik verschwunden war. Für Ostasien galt lange Zeit eine Art publizistischer Arbeitsteilung: Über China erschienen Bücher, Korea und Vietnam beherrschten nacheinander die aktuellen Schlagzeilen, Japan schien vergessen. Übersehen wurde gerade in der deutschen Wissenschaft und Publizistik weitgehend, daß dieses Land noch vor hundert Jahren ein „Entwicklungsland“ war, heute aber das einzige „nicht-westliche“ Industrieland und zugleich eine der wenigen Demokratien außerhalb des westlichen Kulturkreises ist. Gerade dieser Gegensatz hätte eigentlich zu einer Vielzahl von gesellschaftswissenschaftlichen Arbeiten herausfordern müssen. Aber erst im Vorjahr erschienen endlich verschiedene Bücher deutscher Autoren. Davon vermitteln vor allem die zwei oben genannten dem Nicht-Experten für Ostasien ein weitgehend abgerundetes Bild der gesellschaftlich-politischen Situation.

Rein äußerlich haben die beiden Arbeiten nur den Gegenstand gemeinsam. Das anschaulich geschilder-

tene und leicht lesbare Buch des allgemein bekannten und erfahrenen Journalisten *Vahlefeld* wendet sich als eine Art politischer Erfahrungsbericht von vornherein an ein breites Publikum. Die Doktorarbeit eines jungen Politikwissenschaftlers kann im Grunde nur auf Beachtung durch die Fachkollegen hoffen. Dennoch bildet jedes der beiden Bücher geradezu eine notwendige Ergänzung für den Leser des anderen. *Vahlefeld* bietet weit mehr als einen Erlebnisbericht aus seiner Tätigkeit als Auslandskorrespondent. Er stellt aus eigener Anschauung und vorliegender Literatur bedeutsame Elemente der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit Japans dar. *Kevenhörster* hat weder eine klassische Dissertation verfaßt, die eine nur für Spezialisten bedeutsame Einzelfrage behandelt, noch gestaltet er Politikwissenschaft zu einem Theoretisieren, das nur dem in sozialwissenschaftlichen Fachjargon Eingeweihten zugänglich ist.

Vielmehr untersucht *Kevenhörster* in präziser Detailarbeit den Zusammenhang zwischen formalen Verfassungsinstitutionen, politischen Verhaltensweisen, sozialer Struktur und wirtschaftlicher Entwicklung. Sichtbares Resultat dieser Faktoren ist das Parteiensystem, dem in der gesamten Arbeit der weitaus größte Raum gewidmet wird. Entwicklung, Organisation und Programm der einzelnen Parteien sind ebenso umfassend dargestellt wie die Rekrutierung politischen Personals, die spezifisch japanischen Techniken zur Mobilisierung der Wählerschaft und die Bedingungen des Wählerwechsels. Dabei werden zwei Hauptprobleme des politischen Systems offengelegt: die eingeschränkte Chance des Machtwechsels im „Einheitsparteiensystem“ und die Schwierigkeiten einer einheitlichen Willensbildung durch die verschiedenen Fraktionen der großen Parteien. Diese beiden Faktoren tragen dazu bei, die zügige Kontrolle politischer Machtausübung zu verhindern. Als institutionelle Reformen regt der Verfasser eine Überprüfung des Wahlverfahrens und die Verabschiedung eines Parteiengesetzes an. Abschließend bescheinigt *Kevenhörster* dem politischen System Japans, es habe „den überzeugenden Nachweis erbracht, daß eine Synthese fernöstlicher Kultur und okzidental-demokratischer Regierungsformen möglich ist und erfolgreich sein kann“.

Hierin ergibt sich ein wesentlicher Berührungspunkt mit den Ausführungen *Vahlefelds*, zu dessen zentralen Aussagen die Trennung zwischen Modernisierung und Verwestlichung gehört: Japan „war immer bereit, westliche Technik zu importieren, aber niemals bereit, dafür seine östliche Seele zu opfern“. Nur auf diese Weise gelang es dem Land, die bedeutsamen Einbrüche der Außenwelt in seine gesellschaftliche Entwicklung ohne Auflösung traditioneller Verhaltensmuster zu überstehen: die Rezeption der chinesischen Kultur und die Übernahme der europäischen Technik ebenso wie

die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die amerikanische Besetzung. Selbst die von der Besatzungsmacht erzwungene verfassungsrechtliche Entmachtung des japanischen Kaisers („Tenno“) stellte nur die traditionellen Verhältnisse wieder her: Der Tenno wurde auf seine Rolle als „Papst des Schintoismus“ beschränkt, blieb so das Verbindungsglied zwischen Staatsgesinnung und Religion und bewahrte damit den Kern einer überlieferten Gefühlswelt, die den einzelnen Japaner zur Identifikation mit der jeweiligen Gesamtaufgabe veranlaßt. Das gilt ebenso für die patriarchalisch organisierten Industriebetriebe wie für die gesamte Nation. Die gesellschaftlich-politische Machtstruktur ist durch zwei Elemente bestimmt, ein feudales und ein föderales: Das gegenseitige Treueverhältnis zwischen dem Boß und seiner Gefolgschaft wird überbaut durch das Zusammenpiel der verschiedenen Bosse in einem „Autoritäts-Föderalismus von Gruppen, Cliquen und Clans“. Dieses System sorgt dafür, daß Japan von anderen Voraussetzungen ausgeht und auf anderen Wegen dennoch zu gleichen Ergebnissen kommt wie westliche Industriegesellschaften.

Auch wenn manche Einzelheiten nicht völlig zufriedenstellend erläutert werden, kann beiden Autoren eine anregende und aufschlußreiche Darstellung bescheinigt werden, die ein vorgegebenes Japan-Bild beachtlich zu korrigieren vermag. Die Verlage haben sich um eine angemessene Ausstattung bemüht: *Vahlefelds* Buch wird durch eindrucksvolle Bilder noch anschaulicher; *Kevenhörsters* Arbeit erhält durch Literaturverzeichnis, ausführliches Register und den Abdruck einer deutschen Übersetzung der japanischen Verfassung den Rang eines Quellenwerks, das für weitere Arbeiten über diesen Gegenstand zu Rate gezogen werden muß.

kh

Die ratlosen Rebellen

Jugend im Wohlfahrtsstaat

von T. R. Fyvel

Ernst Klett Verlag

Stuttgart 1969, 301 K., Leinen, DM 24,50

T. R. Fyvel nimmt sich eines Themas an, dessen Attribut „Ratlosigkeit“ sich gleichermaßen auf die jungen Rebellen wie auf die sie umgebende Gesellschaft anwenden läßt. Gewiß, Jugendkriminalität hat es zu allen Zeiten gegeben, sie paßt aber nach gängiger Meinung schlecht zu den Wohlfahrtsstaaten der Gegenwart. Der Gegensatz zwischen zunehmendem Reichtum und abnehmender Motivation zu Unruhe, Rebellion und Kriminalität geht gesamtgesellschaftlich nicht auf.

Stellvertretend für andere werden die Teddyboye

in England besonders gründlich unter die Lupe genommen. Sie traten, schon äußerlich modisch gekennzeichnet, deutlich als „Gruppe“ in Londoner Cafés auf. Sie waren immer eine kleine Minderheit (maximal nicht mehr als 30 000). Ihr Verhalten indessen, verstärkt durch das Echo in den Massenmedien, hielt die Öffentlichkeit in Atem: Randalieren in Lokalitäten mit Jazzveranstaltungen, üble Belästigungen von Straßenpassanten, sogar kaltblütiges Morden – in einem Fall mit dem lapidaren Kommentar „Mal fühlen, wie ein Messer durch die Knochen geht“.

Das sind Symptome einer Lebensauffassung, die aus einer anscheinend unverständlichen Mischung von Aggressivität, Gewalttätigkeit, dumpfer Langeweile, Unsicherheit und emotionaler Leere besteht.

Die Ratlosigkeit dieser jungen Rebellen wird spätestens dann deutlich, wenn der Strafvollzug naht und wenn Geltungsdrang, sexuelle Prahlerei und Zerstörungssucht als das entlarvt werden, was sie sind, nämlich Kitt für ein wenig Sicherheit und Nestwärme innerhalb der Bandengemeinschaft. Der Autor spricht sinngemäß von einer äußersten Tendenz zu egoistischem Hedonismus und formuliert damit das primäre Ziel von Gruppen dieser Art.

Derartige, in Form von Vermutungen aufgeworfene Thesen ermöglichen es Fyvel, Rückkoppelungsvorgänge zu konstruieren zwischen solcher „Subkultur“ und dem gesamtgesellschaftlichen System.

Tatsächlich lassen sich Institutionen aufzeigen, die eine entgegenwirkende Funktion übernehmen könnten; nur sind solche Einflußmöglichkeiten entweder im Schwinden begriffen, oder ihre Weiterentwicklung läßt zu wünschen übrig. Dazu gehören zum Beispiel die Familie und die unmodernen und unzeitgemäßen Schulen.

Eine besonders unheilvolle Einflußnahme schreibt Fyvel der Werbung zu, die Liebe, Sicherheit, Ansehen, Geborgenheit, Zugehörigkeit etc. lediglich als Verkaufsvehikel benutzt und mit äußerster Suggestivkraft Konsumgüter mit diesen Werten in Einklang zu bringen sucht.

Jeder Teenager kennt die ausgeklügelte Palette der Werbung, die bewußt auf das Andersseinwollen der Jugend abgestimmt ist und damit zum bedeutsamen Faktor für die Isolierung und Abspaltung von der übrigen Gesellschaft wird.

Wer sich in einer spannenden und leicht verständlichen soziologischen Studie über die komplizierten Probleme der Rebellion der Teddyboys in Großbritannien informieren möchte und zugleich am Vergleich mit ähnlichen Erscheinungen in den USA, der BRD und der UdSSR interessiert ist, wird nachdenkenswert Anregungen bei dieser Lektüre gewinnen.

Ob Bestrafung weiterhin als das „richtige“ Mittel angesehen wird oder ob andere Instrumente der Gesellschaftspolitik gezielt eingesetzt werden (verbesserte Bildungskonzepte, durchdachtere Re-

sozialisierung usw.), wird letztlich darüber entscheiden, ob weiterhin den ratlosen Rebellen eine ratlose Gesellschaft gegenübersteht. I. B.

Weltmacht Rußland

Tradition und Revolution in der Sowjetrepublik
von Heinz Pächter

Deutscher Taschenbuch Verlag
Oldenburg und Hamburg 1970, 398 S., kart., DM 6,80

Von Peter dem Großen über die napoleonischen Kriege bis zur Machtübernahme durch Lenin gibt der Autor zunächst einen knappen historischen Überblick über die Tradition zaristischer Außenpolitik. Imperialismus und ant imperialistische Ideologie der Revolution stehen keineswegs in einem Widerspruch. Im Gegenteil: mit erstaunlicher Eindeutigkeit weist Pächter nach, daß schon unter Lenin und in zunehmendem Maße unter Stalin, Chruschtschow und Breschnew die Ideologie als Mittel für die imperialistischen Interessen der Sowjetunion fungierte. Sowjetische Expansion wird folglich durch parteiliche Fraktionskämpfe, wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie Konfrontation mit den USA und China beeinflusst, nicht jedoch durch ideologische Skrupel.

Diese Annahme wird durch knappe und doch die wichtigsten Tatsachen berücksichtigende Darstellung der Brennpunkte der Weltpolitik gestützt. Jeder, der sich über die Deutschland- und Berlin-Problematik informieren will oder über die Nahost-Frage, über die Konfrontation zwischen der UdSSR und China, über Vietnam, die tschechoslowakische Intervention, die sowjetische Afrika-Politik oder das Auftreten der UdSSR in der UNO und in anderen internationalen Organisationen — um nur einige der behandelten Themen zu nennen —, wird dieses Buch mit Gewinn verwenden können. Da der Autor die sowjetische Außenpolitik bis in die Gegenwart darstellt, kann der Inhalt für eine aktuelle Beurteilung als besonders nützlich angesehen werden.

Das Schema "Tradition-Revolution", stellvertretend für imperialistische Interessenpolitik und ant imperialistische Ideologie, erscheint besonders geeignet, die babylonische Sprachverwirrung des Marxismus-Leninismus zu enträtseln. Räumen wir mit dem Autor den Staatsinteressen in der sowjetischen Außenpolitik den Vorrang vor der Ideologie ein — letztere dient eher der Rechtfertigung —, so bedeuten Sprachfloskeln wissenschaftlichen und soziologischen Ursprungs wie „objektiv-fortschrittlich“ oder „reaktionär“: den sowjetischen Interessen nützlich oder den sowjetischen Interessen abträglich.

In der gegenwärtigen Phase der Ostpolitik mit direkten Verhandlungen und einem Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR kann dieses Buch eine echte Beurteilungs- und Entscheidungshilfe abge-

ben. In einer historisch fundierten, bis in die Gegenwart reichenden — also aktuellen — Analyse wird nachgewiesen, daß in der sowjetischen Außenpolitik die jeweilige Interessenlage vorrangig ist. Die Ideologie zählt, solange sie mit der Interessenlage übereinstimmt, widrigenfalls wird sie zynisch umformuliert und dient der nachträglichen Rechtfertigung. Die Interessen eines Staates abzuwägen ist leichter, als sich bei seinen Entscheidungen an einer unberechenbaren und widersprüchlichen Weltanschauung orientieren zu müssen. I. B.

Soziologie und Erziehungswissenschaft

Wissenschaftstheoretische Grundzüge ihrer Erkenntnisstruktur und Zusammenarbeit
von Professor Dr. Heinrich Stieglitz
Ferdinand Enke Verlag
Stuttgart 1970, 608 Seiten, geheftet DM 60,—, Ganzleinen DM 86,—

Gemeinsame Berührungspunkte von Soziologie und Erziehungswissenschaft liegen auf den ersten Blick klar vor, überschneiden sich doch die Erkenntnisgegenstände beider Wissenschaften. Gesellschaft ist ohne Erziehung nicht denkbar und umgekehrt, Erziehung findet innerhalb der Gesellschaft statt. Doch der erste Eindruck täuscht, die Vertreter der beiden Wissenschaften befinden sich in einem Meinungsstreit über deren gegenseitiges Verhältnis.

Der Autor stellt sich bei dieser Lage der Aufgabe, einige wissenschaftstheoretische Grundzüge soziologisch-pädagogischer Erkenntnis aufzuweisen, um von daher Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu ermitteln. Er selbst bezeichnet seine Situation (er ist Lehrstuhlinhaber für Soziologie an einer pädagogischen Hochschule) als „glückliche Arbeitsvoraussetzung“ für ein solches Unterfangen.

Als Beispiel für die Verständnisschwierigkeiten von Soziologie und Erziehungswissenschaft führt Stieglitz einen Aufsatz von Rudolf Hülshoff über „Die pädagogische Bedeutung soziologischer Forschungsergebnisse“ an, nach dem soziologische Forschungsergebnisse nur als „Anregung“ für eine soziologiefreie Pädagogik gelten dürfen. Stieglitz macht deutlich, daß das Verständnisproblem den verschiedenen Strukturen der beiden Wissenschaften eigentümlich ist, schlagwortartig angedeutet mit den Begriffen „normative Pädagogik“ und „empirische Soziologie“. Um zu einem positiven Ergebnis bei der Frage nach der Erkenntnisstruktur und der Zusammenarbeit zwischen beiden Disziplinen zu gelangen, versucht Stieglitz einen, wie er schreibt „realistischen, d. h. wirklichkeitsgültigen Begriff von Soziologie und einen solchen von der Erziehungswissenschaft“ zu entwickeln. Er rechtfertigt seine wissenschaftstheoretischen Bemühungen mit dem Hinweis auf den seiner Meinung nach nicht zufriedenstellenden Auf-

satz „Pädagogik und Soziologie“ von *Wolfgang Lempert* und *Heinrich Roth*s Untersuchung über „Erziehungswissenschaft zwischen Psychologie und Soziologie“. Hier wird die Methode deutlich, die *Stiegltz* in seinem Buch anwendet. Er stellt die Problemlage dar, indem er Literatur anführt und kritisch Stellung nimmt.

So will *Stiegltz* bei der Darstellung der beiden Wissenschaften keine neuen wissenschaftstheoretischen Konzeptionen anbieten, sondern das in der Literatur Vorgefundene interpretierend herausarbeiten. Sein Repräsentant bei der Bestimmung von Soziologie und ihrer Erkenntnisstruktur ist *Werner Ziegenfuß*, dessen Gegenstandsverständnis als eine „jeweilige Welt sozialer Gestalten“ *Stiegltz* übernimmt.

Bei der Bestimmung von Erziehungswissenschaft hinsichtlich ihres Gegenstandes, Erkennens, Systems und ihrer Methode hält sich der Autor an die Ausführungen *Rudolf Lochners* in seinem Buch „Deutsche Erziehungswissenschaft“, wobei allerdings darauf hingewiesen werden muß, das *Lochners* empirische Erziehungswissenschaft von den meisten Pädagogen überaus kritisch beurteilt wird. *Stiegltz* allerdings schließt sich der Sicht *Lochners* an und greift die Positionen der geisteswissenschaftlichen Pädagogen an, denen er eine zu enge Bindung an die Philosophie vorwirft. Der Autor zitiert eine Schrift des zu jenen gehörenden *O. F. Bollnow* über „Erziehung in anthropologischer Sicht“. *Stiegltz* bejaht zwar grundsätzlich eine anthropologisch orientierte Erziehungswissenschaft (nicht Pädagogik), kritisiert aber heftig – und wie mir scheint mit Recht – die bisweilen obskure Begriffsbildung bei *Bollnow*.

Im letzten Kapitel versucht *Stiegltz* die Stellung von Soziologie und Erziehungswissenschaft im System der Wissenschaften zu ermitteln. Eine weitläufige Darstellung, die sich mit der Abgrenzung von Philosophie und Einzelwissenschaften, Naturwissenschaften gegenüber Geisteswissenschaften und mit den Methoden des Verstehens und Erklärens befaßt, zielt auf die Herausarbeitung einer grundlegenden (oder aus eigener Kraft existierenden) Anthropologie. Von dieser her gesehen – so lautet die abschließende Beurteilung über kooperative Möglichkeiten von Soziologie und Erziehungswissenschaft – wird das Sozialphänomen Erziehung als ein menschliches definiert und der Soziologie vorgegeben. Umgekehrt definiert die Soziologie die Erziehung als ein soziales Phänomen, das an die Erziehungswissenschaft weiterzuleiten ist.

Ein ausführlicher wissenschaftlicher Apparat beschließt das dickleibige Buch, dessen Lektüre gewiß nicht einfach, aber als Darstellung der wissenschaftstheoretischen Grundzüge der beiden angesprochenen Wissenschaften gewinnbringend ist. Kritisch anzumerken ist noch die vom Autor beherrschte „Kunst“ der Verschachtelung von Sätzen zu Satzungeheuern, deren Verständnis viel Zeit kostet.

L. O.

Mein Leben mit Martin Luther King

von *Coretta Scott King*
Deutsche Verlagsanstalt
Stuttgart 1970, Lelnen, DM 24,-

Coretta Scott King, die Frau des ermordeten Negerführers *Martin Luther King*, gibt mit diesem Buch einen Rückblick auf das Leben, das sie an der Seite dieses außergewöhnlichen Mannes führte. Zweifellos ist diese warmherzige Frau die ideale Begleiterin für einen Mann gewesen, der sein Leben dem Kampf um Frieden, Freiheit und Gleichheit aller Rassen der Welt widmete. Die große Bewunderung für ihren Mann, den festen Glauben an die Richtigkeit seiner Ziele und seiner Mittel zur Verwirklichung spürt man durch das ganze Buch. Der wahrscheinliche Höhepunkt im Leben *Martin Luther Kings*, die Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1964, ist die Bestätigung dafür, daß ein großer Teil der Weltöffentlichkeit ihre Meinung teilt.

Für *Coretta King* ist es Verpflichtung, der Welt mitzuteilen, aus welchen Motiven heraus und mit welcher unerschütterlichen Kraft ihr Mann gekämpft hat und wofür er gestorben ist. Ohne jeden Haß spricht sie von den Schwierigkeiten der Rassentrennung. Oft zeigt sie am Beispiel ihrer eigenen Kinder, welchen Demütigungen bereits die Kinder farbiger Eltern ausgesetzt sind. Es muß schwer sein für Eltern dunkler Hautfarbe, ihre Kinder glaubwürdig davon zu überzeugen, daß sie ebensoviel wert seien wie andere, wenn sie nicht nebenan auf dem „Spielplatz für weiße Kinder“ spielen dürfen. Erstaunlich ist das unerschöpfliche Maß an Geduld und Milde, mit dem sie ihre diskriminierenden Erlebnisse schildert, und es ist beschämend, daß zweitausend Jahre gepredigter christlicher Nächstenliebe bis heute nicht vermocht haben, den Rassismus zu überwinden.

Coretta King befindet sich in der vorteilhaften Lage einer farbigen Frau, die sich aufgrund ihres Bildungsnieves und ihrer christlichen Haltung sowohl praktisch wie intellektuell mit den sozialen und menschlichen Problemen ihres Volkes auseinandersetzen kann, ohne der oft unerträglichen Arroganz der Weißen mit Aggression und Gewalt zu begegnen.

Das Buch endet mit dem erschütternden Tod *Martin Luther Kings*. Aber es ist dennoch ermutigend, wie viele Freunde diese große Freiheitsbewegung der Farbigen im Lauf der Zeit gefunden hatte. *John F. Kennedys* persönliches Engagement beschleunigte die Durchsetzung der Bürgerrechtsvorlage 1964. Ebenso ist das von Präsident *Johnson* 1965 unterzeichnete Wahlrechtsgesetz eine wichtige Etappe im Kampf um gleiche Rechte.

Dies ist ein Buch, an dem es nichts auszusetzen gibt, denn es ist – aufrichtig und in schlichten Worten – von einer Frau geschrieben, deren Anliegen es war, die Politik *Martin Luther Kings* fortzusetzen. Denn sonst kann und wird der Rassismus in den

USA und in der ganzen Welt furchtbare Folgen haben.

R. M.

Die verhinderte Neuordnung 1945—1952

Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland.

von Eberhard Schmidt

In der Reihe: Theorie und Praxis der Gewerkschaften
Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1970

242 S. Paperback 15,— DM

Nach dem verlorenen Kriege galt vielen als bewiesen, was heute nur noch eine Theorie der Linken ist, nämlich: die ursächliche Verknüpfung von Faschismus und Kapitalismus. Was wäre, so scheint es heute, logischer gewesen, als das kapitalistische System durch ein sozialistisches System der Wirtschaftsdemokratie abzulösen?

Eine solche Neuordnung unterblieb nach Ansicht von Eberhard Schmidt nur deshalb, weil sie „verhindert“ wurde, verhindert durch Kräfte, die sich gegen den Lauf der Geschichte stemmten oder versäumten, konsequent den geschichtlichen Auftrag zu vollziehen.

Aufbauend auf Vorstellungen aus der Weimarer Republik hatten Gewerkschaftler im Exil ein Konzept entwickelt, das die Vergesellschaftung der Grundindustrien mit Mitbestimmung bei der Unternehmensleitung und der gesamtgesellschaftlichen Bedarfsplanung verbinden sollte. Ähnliche Vorstellungen bestanden auch außerhalb der sozialistischen Gruppierungen; sie haben sich etwa im Ahlener Programm der CDU niedergeschlagen und fanden im nordrhein-westfälischen Landtag breite Mehrheiten.

Schmidt deutet kaum an, daß es auch andere Einstellungen in Deutschland gab; nur einige Interessenvertreter der Großindustrie werden zitiert. Mehr noch: Nur nebenbei hört man, daß die deutsche Bevölkerung auch andere Sorgen hatte als die Neuordnung der Wirtschaft. Die Frage, ob die Zeit größter wirtschaftlicher Not wirklich so sehr geeignet ist, um eine neue Wirtschaftsverfassung durch Kampfmaßnahmen durchzudrücken, wird gar nicht gestellt. Und dennoch ist sie recht wesentlich, um Schmidts Hauptthese beurteilen zu können.

Nach Schmidt haben die Besatzungsmächte die Durchführung eines demokratischen Wirtschaftskonzepts verhindert. Teils war dafür Kommunistenterror und Ost-West-Konflikt das Hauptmotiv, öfter jedoch die Überzeugung, daß nur das kapitalistische System einen Wiederaufbau gewährleisten könne. General Clay spielte hierin eine hervorragende Rolle, vor allem nach Anlaufen des Marshallplans, der den Amerikanern absolutes Übergewicht unter den Alliierten gab.

Trotz militärischer und wirtschaftlicher Oberhanderschaft glaubt Schmidt, daß man die neue Wirtschaftsordnung gegen die Alliierten hätte durchsetzen können. Dazu berufen waren nach seiner Auffassung die Gewerkschaften, und sie, bzw. ihre Führer hatten versagt, behauptet Schmidt. Immer wieder seien sie davor zurückgeschreckt, ihre verbalen Forderungen durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu unterstützen. In der Tradition der Gewerkschaften der Weimarer Republik hätten sie sich auch geschaut, die „Basla“ zu aktivieren, da das den Kommunisten hätte zugute kommen können. So hätten sie sich immer mehr zurückdrängen lassen, bis sie durch die Annahme des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 ihre entscheidende Niederlage erlitten hätten.

Wer die Zeit nach dem Kriege aktiv miterlebt und mitgestaltet hat — und dafür gibt es noch unzählige Zeugen, die Schmidt einfach nicht zu Worte kommen läßt, wird zugeben müssen, daß die objektiven Verhältnisse es unmöglich machten, „Kampfmaßnahmen“, z. B. gegen die Besatzungsmächte, zu ergreifen. Schmidt vergißt auch, daß die Mehrheit der Bevölkerung angesichts des stalinistischen Vorgehens in dem von der Sowjetunion beherrschten Teil Europas und besonders in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone die Grundlage für einen aktiven Antikommunismus lieferte, der in den Augen der breiten Schichten der Bevölkerung jede Sozialisierung irgendwelcher Art verdächtig machte.

Schmidt macht kein Hehl daraus, daß er es bedauert, daß die sozialistische Neuordnung unterblieb. Er würde sich sicher als linker Kritiker einer allzu pragmatischen Gewerkschaftspolitik verstehen. Doch fehlt dem Buch seltsamerweise gerade das, was einen Geschichtsschreiber der Linken auszeichnen sollte: es fehlt die zusammenfassende Darstellung und Wertung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte. Die Lage nach dem Krieg, aus der heraus die Gewerkschaftsführer zu handeln hatten, wird in Schmidts Buch niemals umfassend analysiert, und deshalb handeln eigentlich immer nur Einzelpersonen, nach eigenem Gusto. So läßt sich natürlich trefflich nach Schuldigen suchen — doch vor dem Urteil sollte man noch weitere Zeugen hören.

DE

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Arnold Kramish:

Die Zukunft der Nichtatomaren

Zur Situation nach dem Kernwaffensperrvertrag

C. W. Leske Verlag

Opladen 1970, 164 S., kart., DM 6,80

Kramish zeigt in diesem Buch auch einem nicht-atomaren Land wie der Bundesrepublik Wege, wie es sich angesichts der Anforderungen der Zukunft verhalten sollte. Er sagt voraus, daß in der Staatenwelt eine neue Generation von Politikern entsteht, die sich auf dem gefährlichen Gebiet der Atompolitik mit einem geringeren Maß an nationalen Ambitionen bewegen wird.

Erich Zillen:

Jugendarbeit

Formen - Ziele - Methoden

Walter Rau Verlag

Düsseldorf 1970, 116 S., kart., DM 12,80

In dem vorliegenden Buch wird der Versuch unternommen, einen Überblick über die Formen, Ziele und Methoden heutiger Jugendarbeit zu geben. So ist eine Zusammenschau der unterschiedlichen Vorstellungen und Modelle der Jugendarbeit entstanden.

Kurt Müller:

Die Entwicklungshilfe Osteuropas

Konzeptionen und Schwerpunkte

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Hannover 1970, 274 S., brosch., DM 28,-

Diese Studie behandelt in Teil I die Änderungen in den entwicklungspolitischen Konzeptionen der kommunistischen Länder und ihre Anpassung an die Bedingungen in der Entwicklungswelt. Teil II ist den Schwerpunkten und den Verlagerungen, die sich aus den neuen Konzeptionen ergeben, vorbehalten.

Karl E. Birnbaum:

Frieden in Europa

Voraussetzungen - Chancen - Versuche

C. W. Leske Verlag

Opladen 1970, 146 S., kart. DM 6,80

Die Ost-West-Beziehungen in Europa waren in der Periode von 1966 - 1968 durch ständige Veränderungen bestimmt. Die vorliegende Untersuchung dieser Jahre zeigt, welche Voraussetzungen nach Ansicht des Autors für einen stabilen Modus vivendi und für Fortschritte auf dem Wege zu einer Lösung der Probleme, die Europa in zwei Lager teilen, gegeben sein müssen.

Josef Rattner:

Tiefenpsychologie und Politik

Einführung in die politische Psychologie

Verlag Rombach & Co.

Freiburg 1970, 190 S., Paperback, DM 19,-

Sowohl von der Medizin und Psychotherapie als auch von der Philosophie und den Sozialwissen-

schaften herkommend, gibt Rattner einen Überblick über die bereits geleisteten Ansätze zu einem tiefenpsychologischen Verständnis politischen Denkens und Handelns.

Karl Martin Bolte, Katrin Aschenbrenner, Reinhard Kreckel und Rainer Schultz-Wild:

Beruf und Gesellschaft in Deutschland

Berufsstruktur und Berufsprobleme

Beiträge zur Sozialkunde, Reihe B, Heft 8

C. W. Leske Verlag

Opladen 1970, 263 S., kart., DM 19,80

Anliegen der Veröffentlichung ist es, die umfangreichen Angaben, die aus vielen Untersuchungen über Beruf und Berufsprobleme für die BRD vorliegen, in übersichtlicher und geordneter Form darzustellen. Dadurch soll es möglich werden, im Zusammenhang zu erkennen, welche Entwicklungen sich im Berufsektor unserer Gesellschaft vollzogen haben, welche Probleme daraus entstanden und welche Ansätze zu ihrer Bewältigung erkennbar sind.

Fritz Scharp:

Die politischen Kosten des Rechtsstaats

Eine vergleichende Studie der deutschen und amerikanischen Verwaltungskontrollen

Reihe Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck)

Tübingen 1970, 82 S., kart., DM 6,80

Diese Studie unternimmt den Versuch, die rechtsstaatlichen Verwaltungskontrollen deutschen Musters von ihren politischen Wirkungen her zu problematisieren.

Niklas Luhmann:

Soziologische Aufklärung

Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme

Westdeutscher Verlag

Köln und Opladen 1970, 268 S., kart. DM 24,-

Leinen DM 38,-

Die funktional-strukturelle Theorie sozialer Systeme gewinnt immer größere Bedeutung für Soziologie und Politikwissenschaft. Der vorliegende Band bietet eine Einführung in die theoretischen Aspekte und die Probleme der Theorie. Er vereinigt zehn bereits veröffentlichte Arbeiten und zwei bisher nicht publizierte Beiträge des Autors.

Erika Aschauer:

Führung

Eine soziologische Analyse anhand kleiner Gruppen

Ferdinand Enke Verlag

Stuttgart 1970, 113 S., kart., DM 24,-

Die Studie hat sich eine Analyse des Problems der Führung zum Ziel gesetzt. Sie beschränkt sich vorzugsweise darauf, das Problem im mikrosoziologischen Bereich aufzurollen, ohne jedoch darüber den makrosoziologischen Bereich zu vernachlässigen.

Mitarbeiter dieses Heftes

Rüdiger Freiherr von Wechmar
Ministerialdirektor; stellv. Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Dr. Dettmar Cramer
Bonner Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“

Gerhard E. Gründler
Korrespondent des „Stern“

Dr. Rolf Zundel
Bonner Korrespondent der „Zeit“

Werner Hallemann
Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. rer. pol. Herbert Ehrenberg
Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt

Prof. Dr. Bruno Meißner
Direktor des Instituts für Verteilungstheorie und Sozialpolitik der Universität Würzburg

Fred Zander
Bundestagsabgeordneter der SPD; Mitarbeiter in der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall

Annemarie Renger
Mitglied des Präsidiums der SPD; parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion; Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses der SPD

Dr. Katharina Focke
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler

Hans-Helmut Lenke
Dipl.-Soziologe; wiss. Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin

Jean-Jacques Servan-Schreiber
Generalsekretär der Radikalsozialistischen Partei Frankreichs

Karl Wienand
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Gert von Paczensky
Freier Schriftsteller und Journalist

Olof Palme
Ministerpräsident Schwedens; Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schwedens

Gebhard Heischer
Auslandskorrespondent, Japan

Dr. Manfred Scheuch
Leiter des Ressorts Innenpolitik bei der „Arbeiter-Zeitung“, Wien

Leon Szulczynski
Freier Journalist

Heinz Ruhnau
Innensenator von Hamburg

Dr. Werner Sörgel
Leiter der Gruppe Politische Sozialforschung bei Infratest

Bruno Friedrich
Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelfranken; Direktor der Gesellschaft für Politische Bildung, Würzburg

Olaf Radke
SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen; Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall

Veronika Schröter
Dipl.-Ingenieur der Architektur; Initiatorin der Wählerinitiative Erlangen
